



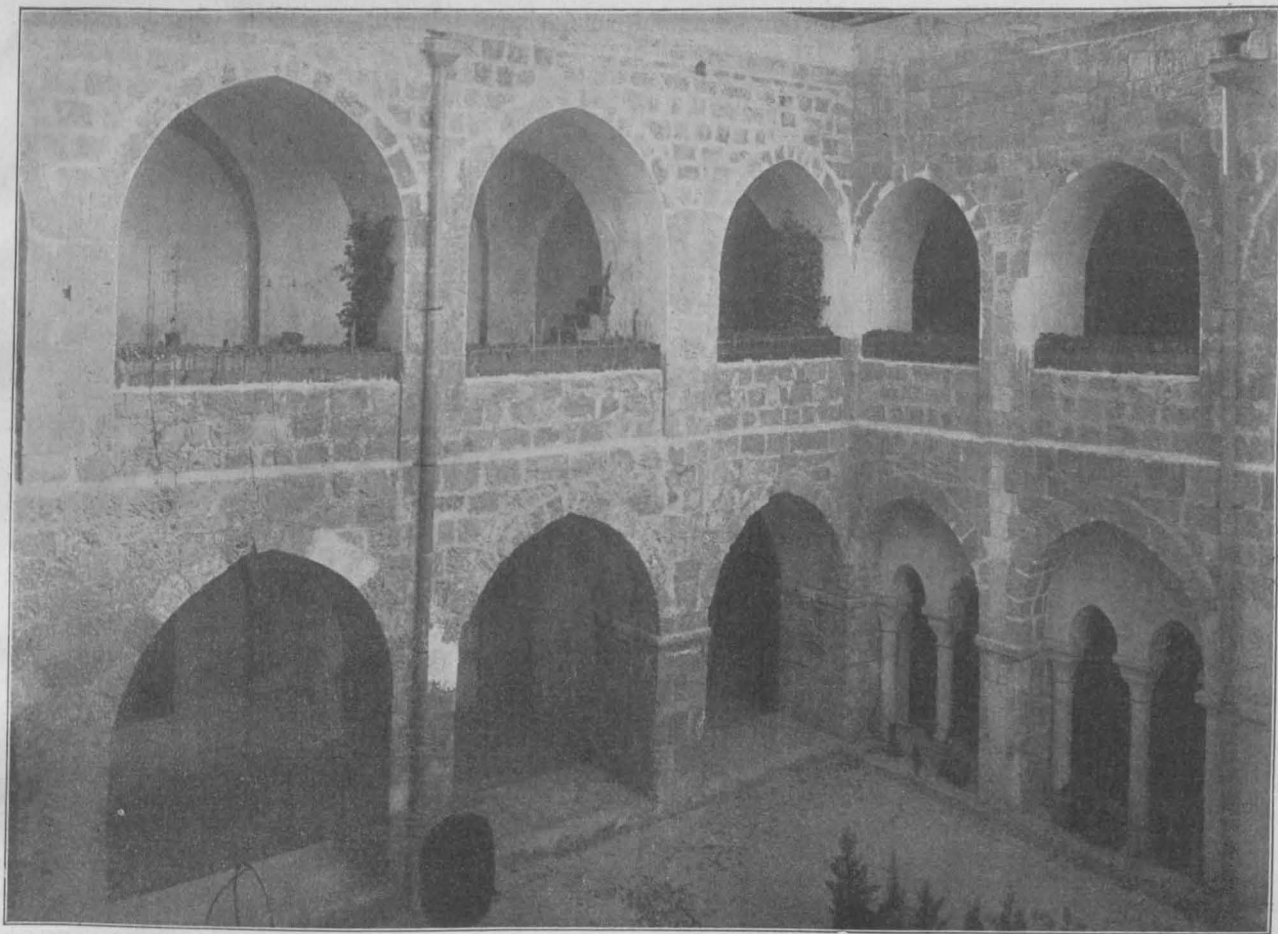
IE NEUEN DEUTSCHEN  
BAUTEN IN JERUSA-  
LEM. \*\* STADTBILD  
VON JERUSALEM MIT  
DERERLÖSERKIRCHE  
UND DEM BAUPLATZ  
FÜR DEN MURISTAN.

=== DEUTSCHE ===

\* BAUZEITUNG \*

XLV. JAHRGANG 1911

\*\*\*\*\* NO. 9 \*\*\*\*\*



Kreuzgang im Muristan.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 9. BERLIN, DEN 1. FEBRUAR 1911.

## Die neuen deutschen Bauten in Jerusalem.

(Schluß aus No. 6.)

### III. Die Kaiserin Auguste-Viktoria-Stiftung auf dem Oelberge bei Jerusalem.

Arch.: Reg.-Bmstr. a. D. Robert Leibnitz in Berlin. (Schluß.)



Die innere Ausschmückung der Himmelfahrtskirche konnte bisher nur z. T. fertig gestellt werden. Abgeschlossen waren am Tage der Einweihung die Marmor- und die Mosaikausschmückung des halbkreisförmigen Chorraumes, die nach den Entwürfen des Prof. Hermann Schaper in Hannover ausgeführt

wurde. Das der Ausschmückung des Chores zugrunde gelegte Motiv ist entsprechend dem Namen der Kirche die Auferstehung und Himmelfahrt Christi. In der Apsis erstrahlt auf Goldgrund die überlebensgroße Gestalt des zum Himmel fahrenden Heilandes mit segnend ausgebreiteten Armen, von einer aus stilisierten Wolken gebildeten Aureole umgeben. Rechts und links vom Heiland entwarf der Künstler nach den Worten der Schrift zwei weißgekleidete Männer. Auch Altar und Kanzel aus Kalkstein erhielten reiche musivische Einlagen aus Gold, Schwarz und Perlmutter.

Um aus dem reich geschmückten Chor einen Uebergang zu dem schlichten Kirchenschiff zu finden, soll auch der verlängerte Chorraum monumentalen Schmuck erhalten; der Chorraum ist auf beiden Seiten mit einem Engelchor geschmückt. Die Wand-

flächen sollen später gleichfalls Marmor-Verkleidung, die großen Bogenfelder über den Engelchören und rechts und links in der anschließenden Querschiff-Wand Mosaikbilder erhalten. Alles übrige erstrahlt sonst in der Schönheit des Steinmaterials, einem marmorartigen Kalkstein, der in weißen, gelben, grauen und roten Tönen mit dem Ganzen zu schöner Farbenharmonie zusammenfließt.

Kurz vor dem Weihnachtsfest 1910 erhielt der Chorraum über den Engelchören nach den Entwürfen von Ernst Pfannschmidt in Berlin zwei halbkreisförmige Mosaikbilder, die „Anbetung“ und die „Kreuzigung“. Die „Anbetung“ zeigt Maria mit dem Kinde auf einem Throne sitzend, links die drei Weisen aus dem Morgenlande; die „Kreuzigung“ zeigt die Kreuzgruppe mit Johannes, der zusammenbrechenden Gestalt der Mutter des Heilandes, römische Krieger, den Joseph von Aremathia tröstend. Die kleineren Bildnischen in gleicher Höhe zeigen nach Entwürfen des gleichen Künstlers „Jesus bei Maria und Martha“ und „Jesus, seinen Jüngern den Untergang Jerusalems prophezeiend“.

Die schmalen Rundbogenfenster und die beiden Rosen des Querschiffes sind in altchristlicher Art durch ausgeschnittene Steinplatten mit quadratischen Öffnungen geschlossen, die nur gedämpftes goldgelbes Licht in den stillen Raum fallen lassen. Mit Ausnahme der Chorfenster sowie der beiden großen Rosen haben alle Fenster Einlagen durch farbige Wappenschilder erhalten. In schlichtester Weise über-

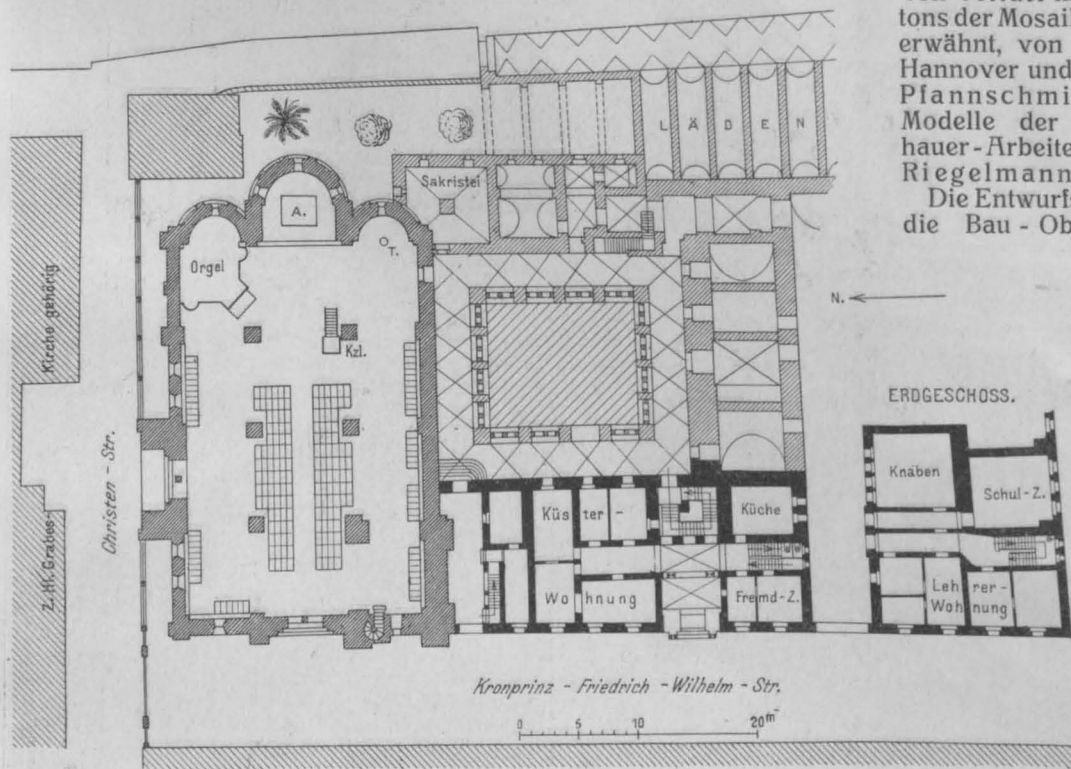


deckt eine reiche gemalte flache Decke den Raum. Das Teppichmuster der großen Fläche wird durch ein Kreuzmotiv beherrscht, das an die romanischen Kreuzfixe mit ihrer Flächengliederung erinnert. Am Fuße

die elektrische Beleuchtungs-Anlage von Siemens-Schuckert in Wien; der Kunstschmiedebeschlag des Hauptportales von Golde in Berlin; die Glocken von Ulrich in Apolda; die Kunstmalerei der Kirchendecke von Vittali in Berlin; die Kartons der Mosaiken stammen, wie erwähnt, von H. Schaper in Hannover und von dem Maler Pfannschmidt in Berlin; die Modelle der reicheren Bildhauer-Arbeiten von Professor Riegelmann in Berlin.

Die Entwurfsbearbeitung und die Bau-Oberleitung lagen in den Händen des Hrn. Reg.-Bmstrs. a. D. Rob. Leibnitz in Berlin, neben dem im letzten Baujahr Hr. Baurat O. Hoffmann in Friedenau die

technische Oberleitung an Ort und Stelle übertragen wurde. Bei der örtlichen Bauleitung waren außerdem die Hrn. Architekt Urban, Reg.-Baufhr. Brodführer, Reg.-Bfhr. Sandel und Architekt Appel beschäftigt. Die Baukosten betragen einschl. des gesamten inneren Ausbaues und der Einrichtung 1 350 000 Mark, während für den Ankauf und die Herichtung der Grundstücke rd. 204 000 M. aufgewendet wurden. —



Grundriß der Erlöserkirche und des Muristan in Jerusalem.

des Kreuzes ist die ewige Stadt Jerusalem dargestellt, in der Mitte in großen Abmessungen der thronende Christus.

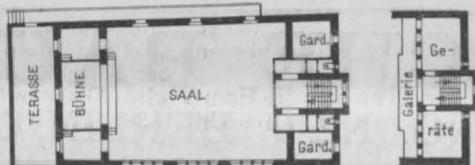
Eine klare Gliederung des Kirchenraumes als lateinisches Kreuz ist durch den Wechsel von roten und weißen Quadern für die Hauptpfeiler und die großen Gurtbögen ausgesprochen. Durch diese polychrome Anwendung des Steinmaterials ist zugleich ein Uebergang von den reichen musivischen und mit Marmor inkrustierten Teilen zum übrigen Kirchenraum geschaffen.

Der Raum verbietet uns, auf die Ausschmückung des Festsaales und des Speisesaales näher einzugehen.

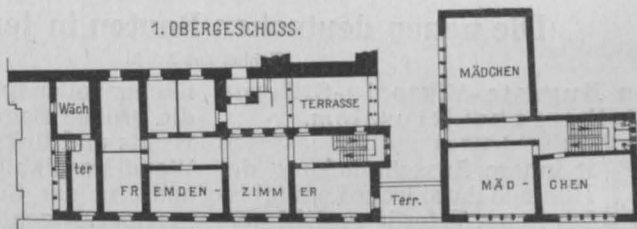
Die innere Einrichtung der Bauanlage wurde fast ganz aus Deutschland bezogen. Abgesehen von dem Zeitverlust durch den langen Seetransport über Hamburg nach Jaffa und den Bahntransport von Jaffa nach Jerusalem wurde der Bau durch die hohen Transport- und Verpackungskosten erheblich verteuert.

Die Arbeiten und Lieferungen wurden von folgenden Kunstanstalten und Unternehmern ausgeführt: die Fundamente, Zisternen, Maurer-, Steinmetz- und Zimmerarbeiten von der Firma Ehemann & Blaich aus Haifa; die massiven Decken von Westphal in Berlin; die Schlosserarbeiten von A. L. Benecke in Berlin; die Eindeckung der Dächer mit blauerdglasierten Biberschwänzen durch die „Schlesische Dachstein- und Falzziegel-Fabriken vorm. J. Sturm Akt.-Ges.“ in Freiwaldau in Schlesien; die Klempnerarbeiten von Gustav Stein in Berlin; die Glasmalereien und Mosaiken von Wichmann in Berlin, sowie Puhl & Wagner in Rixdorf; die Fußboden- und Wandfliesen von Rosenfeld & Co. in Berlin; die Be- und Entwässerung, sowie die Bäder und Klosette von David Grove in Berlin; die Kücheneinrichtung und eisernen Öfen von Hammer in Berlin;

2. OBERGESCHOSS.



1. OBERGESCHOSS.



#### IV. Der Neubau des Muristan.

Architekt: Reg.-Bmstr. a. D. Robert Leibnitz in Berlin. Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 69 u. 72.



Im Herzen der Altstadt von Jerusalem liegt der Muristan, eine alte Stiftung des Sultans Saladin aus dem Ende des XII. Jahrhunderts, eine als Irrenhaus benutzte Anlage, von der heute noch der in der Abbildung am Kopf dieser Nummer gezeigte Kreuzgang erhalten ist. Auf dem Gelände wurde im Jahre 1898 die Erlöserkirche vollendet, die im Mittelpunkt des Stadtbildes von Jerusalem erscheint, das auf unserer Bildbeilage dargestellt ist. Hieraus läßt sich auch erkennen, daß sich zur Seite der Erlöser-Kirche eine Trümmerstätte befindet, hinter welcher nach dem obenstehenden Lageplan der genannte Kreuzgang liegt. Diese Trümmerstätte ist die Baustelle für den Neubau des Muristan, der zu Ostern dieses Jahres vollendet und seiner Bestimmung übergeben werden wird und ein weiterer deutscher Bau im modernen Jerusalem ist. Jerusalem ist der

Sitz eines von der evangelischen Kirchen-Verwaltung in Deutschland ins Leben gerufenen Institutes zur Erforschung der Altertümer des Heiligen Landes, das unter der Leitung des Archäologen Prof. Dalmann steht. Der Neubau des Muristan soll nun der Sitz dieses Institutes und zugleich ein Hospiz für die Theologen sein, die vom Staate zum Studium der christlichen Archäologie nach Jerusalem entsendet werden. Zugleich soll das Gebäude zwei Mädchen- und zwei Knabenklassen der Schule des „Evangelischen Jerusalem-Vereins“ in Jerusalem aufnehmen. Wie die Grundrisse zeigen, ist die Anlage schlicht und bescheiden. Im romanischen Stil der Kreuzfahrerzeit gehalten, wird das Bauwerk den Forderungen des genius loci gerecht. —

Die Gruppe der hier geschilderten deutschen Bauten hat die Bedeutung eines wichtigen Abschnittes in der Entwicklung der Heiligen Stadt. Denn sie ergänzen die Bestrebungen der Gemeinde-Verwaltung

von Jerusalem, entsprechend den Umwälzungen des jungtürkischen Regiments in vielen Teilen des türkischen Reiches auch aus dem alten Jerusalem mit seiner an Verwahrlosung grenzenden konservativen Zurückhaltung eine Stadt zu machen, die in ihren baulichen Einrichtungen den Forderungen der Gegenwart entspricht. Hierzu zählen die Pläne einer guten Trinkwasser-Versorgung, die Errichtung eines Elektrizitätswerkes, die Anlage einer elektrischen Straßenbahn usw. Daß bei diesen Bestrebungen manche geschichtliche Eigenart der Stadt und der Landschaft verloren gehen wird, ist wahrscheinlich, muß bedauert werden, wird aber kaum aufgehalten werden können, denn warum sollte eine Stadt von der internationalen Bedeutung Jerusalems nicht auch teilnehmen dürfen an den Errungenschaften der Kultur unserer Tage? Läge doch der Fortschritt auch auf diesem Gebiet und damit der Menschheit im Sinne der fortschrittlichen Anschauung und Lehre des Erlösers. —

## Die Verbesserung der Rhein-, Elbe- und Oder-Schifffahrt.

Von Schwabe, Geh. Regierungsrat.



ie Bestrebungen, die Ströme zu vertiefen, um den Tiefgang und damit die Tragfähigkeit der Schiffe zu erhöhen, die Betriebskosten und sowie infolgedessen die Frachtsätze zu ermäßigen, sind in neuerer Zeit etwas in den Hintergrund getreten, seitdem mehr Klarheit über die Schwierigkeiten und Kosten der Ausführung sowie über die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung gewonnen worden ist.

Beim Rhein kommt noch hinzu, daß die schon vor einer Reihe von Jahren angeregte Vertiefung des Rheinfahrwassers von Cöln abwärts von 3 auf 4 m, der Fahrtiefe der Maas, in den Niederlanden keinen besonderen Sympathien begegnet und daß nach dem Jahresbericht der Zentral-Kommission für die Rheinschifffahrt für 1909 bei mittlerem Niedrigwasserstand die Fahrtiefe auf der unteren Merwede sowie auf der Noord nur 3 m, also nur ebenso viel wie auf der preußischen Rheinstrecke, auf der oberen Merwede sogar nur 2,8 m beträgt.

In bezug auf die Vertiefung der Elbe hat die Hamburger Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht bereits erklärt, unter gewissen Voraussetzungen einer Regulierung der Ober-Elbe gegen Erhebung von Schifffahrtsabgaben näherzutreten. Es handelt sich dabei um eine Vertiefung des Elbe-Fahrwassers auf eine Mindesttiefe von 1,8 m auf der Strecke Hamburg—Saalemündung und von 1,1 m von der Saalemündung bis zur böhmischen Grenze bei allerniedrigsten Wasserständen, wie sie in Ausnahmejahren wie 1903 und 1904 aufgetreten sind.

Da indessen die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Erhebung von Schifffahrtsabgaben weit auseinandergehen und insbesondere die Schifffahrtsinteressenten in Sachsen und in Böhmen Gegner der Schifffahrtsabgaben sind, so ist zurzeit noch wenig Aussicht auf die Verwirklichung des von der Hamburger Handelskammer gemachten Vorschlages.

Was schließlich die Vertiefung der Oder unterhalb Breslau betrifft, so scheint die Staatsregierung noch keine endgültige Entscheidung getroffen zu haben.

Bei diesen noch in einer fernen Zukunft liegenden Plänen zur Vertiefung von Rhein, Elbe und Oder dürfte es in Frage kommen, ob es nicht zweckmäßiger ist, anstatt eine ungewisse Zeit auf die Vertiefung zu warten,

die übrigens auch von den Elbschifffahrts-Interessenten durchaus nicht einstimmig gewünscht wird, einen Ersatz in der besseren Ausnutzung der Breite des Fahrwassers zu suchen, wie dies auf einzelnen der amerikanischen Flüsse mit außerordentlichem Erfolg geschehen ist.

Nach der auf einzelnen nordamerikanischen Flüssen, dem Monongahela, Ohio und Mississippi üblichen Betriebsweise kann diese Frage bejaht werden. Auf diesen Flüssen verkehren nämlich Kohlen-schiff-Flöße, welche aus Kohlenbarken von 500 t und aus Kohlenbooten von 1000 t gebildet sind (diese Unterscheidung zwischen Kohlenbarken und Kohlenbooten ist der amerikanischen Quelle „Engineering News“ entnommen) und eine Gesamt-Tragfähigkeit bis zu 25000 t haben.

Ein Floß von 13500 t ist z. B. aus drei Reihen von je fünf Schiffen gebildet, welche fest miteinander verbunden sind und so ein Floß bilden, das durch einen in der Mitte der dritten Reihe befindlichen Heckraddampfer gesteuert wird. Diese mit Kohle beladenen Schiffs-Flöße schwimmen von Pittsburg nach New-Orleans und kehren nach der Entladung leer zurück.

Wenn wir nun auch selbstverständlich auf unseren deutschen Schifffahrts-Straßen dem Beispiel der Amerikaner in betreff Bildung von Schiffs-Flößen nicht folgen können, so dürfte es bei der Breite des Rheinfahrwassers, von 150 m stromabwärts von Cöln, doch keine Schwierigkeiten haben, die Leistungsfähigkeit der Schleppzüge durch Beförderung von je zwei zusammengekuppelten Schiffen auf das Doppelte zu erhöhen. Mit Rücksicht darauf, daß der Rhein-Herne-Kanal nur für 1000 Tonnen-Schiffe angelegt wird, dürfte die Verdoppelung der Kohlen-Schleppzüge von Ruhrort-Duisburg nach Rotterdam und Antwerpen einen Ersatz bieten.

Ebenso wenig dürfte auf der Elbe von Magdeburg bis Hamburg der Verdoppelung der Tragfähigkeit der Schleppzüge ein Hindernis entgegen stehen. Nur auf der vorzugsweise in Betracht kommenden Oderstrecke von Breslau bis zur Mündung des Oder-Spree-Kanales bei Fürstenberg kann vielleicht an einzelnen Stellen eine Verbreiterung des Fahrwassers notwendig werden, doch dürfte der Umfang dieser Arbeiten wenig in Betracht kommen gegenüber einer Vertiefung des Fahrwassers. —

## Neuere Ausgrabungs-Ergebnisse. (Schluß.)

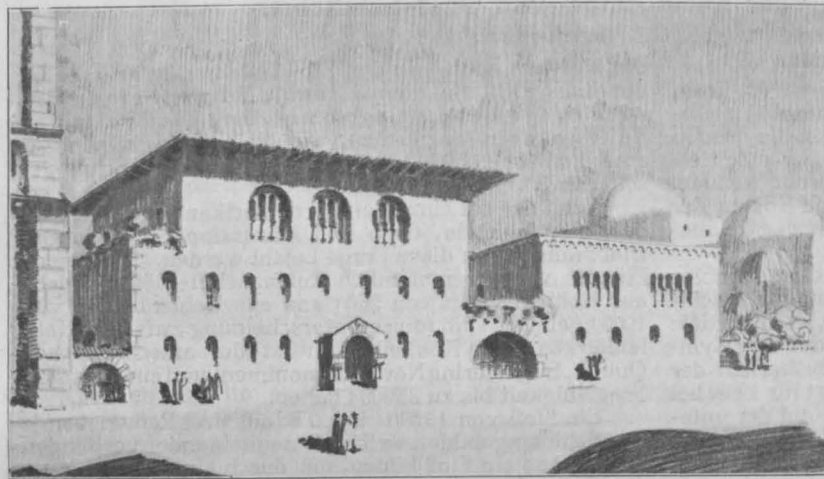
### III. Die letzten Ausgrabungen in Pergamon.



is zum Jahre 1900 war die Verwaltung der kgl. preußischen Museen zu Berlin die Trägerin der einheitlichen und planmäßigen Untersuchung der Attaliden-Residenz. Sie hatte 1878 auf Veranlassung Karl Humanns die Aufdeckung der gewaltigen Ruinenstätte begonnen und bekanntlich als schönstes Ergebnis den Gigantomachie-Fries des großen Altares heimgebracht. Von 1900 ab ist das Kaiserlich Deutsche Archäologische Institut zu Athen als Nachfolger eingetreten, da ein weiteres planmäßiges Arbeiten in Pergamon über die einem Museum für eine derartige Betätigung gesteckten natürlichen Grenzen hinauswachsen mußte, besonders da die Kräfte der kgl. Museen zu Berlin durch die seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnenen bedeutsamen Ausgrabungs-Unternehmungen im kleinasiatischen Jonien

(Magnesia, Priene, Milet, Didyma) vollauf in Anspruch genommen wurden. Andererseits aber war die Fortführung der Aufdeckung und Untersuchung eine wissenschaftliche Notwendigkeit und zugleich eine Ehrenpflicht für Deutschland. Das hat Professor Dr. Conze, der jetzt 79 jährige Nestor der Pergamoner, immer wieder hervorgehoben, bis seine Stimme erhört wurde. So überließ die Verwaltung der Berliner Museen ihr altes erfolgreiches Arbeitsgebiet dem Athenischen Institute, und dieses wurde seinerseits durch eine von der Reichsregierung in den ordentlichen Institutsetat eingesetzte Geldbewilligung (zuerst 1901) in den Stand gesetzt, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Seit 1900 hat daher alljährlich während der Monate September, Oktober, November unter Leitung von Dörpfeld und Mitarbeit von Conze und zahlreichen jüngeren Archäologen und Architekten eine Ausgrabungskampagne in Pergamon stattgefunden.

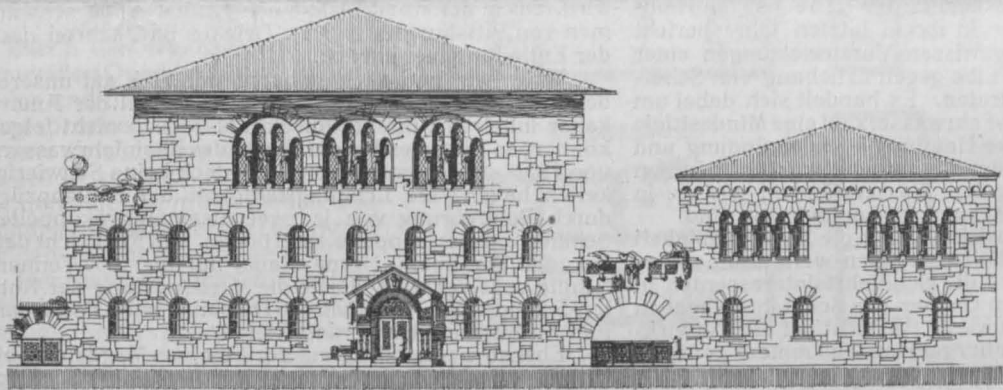




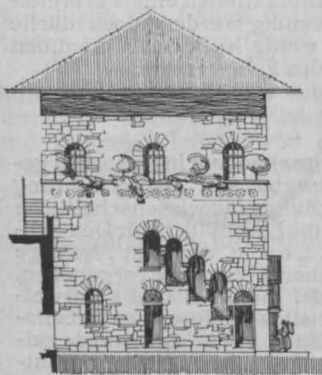
Conze selbst hat in der Dezember-Sitzung 1906 der „Archäologischen Gesellschaft“ zu Berlin (Deutsche Bauzeitung 1907, S. 15) und in der Februar-Sitzung 1908 (Sitzungs-Berichte der Ges. No. 33) über diese Ausgrabungen berichtete. Ueber die Ausgrabungen im Spätherbst 1909 sprachen nun am 1. Februar 1910 in der „Archäol. Ges.“ zu Berlin die Hrn. Prof. Dr. Dörpfeld aus Athen und seine beiden Mitarbeiter Dr. Hepding aus Gießen und Architekt Schazmann aus Genf unter Vorführung zahlreicher Zeichnungen und Aufnahmen im Lichtbilde, von denen uns Dörpfeld drei freundlichst zur Verfügung gestellt hat, die wir S. 73 als Illustration begeben.

Die Untersuchung des größten Königsgrabes (Jigma-Tepe), das einen Umfang von 500 m und einen Inhalt von 200 000 cbm Kies hat, von dem schon im Mittelalter ein Teil ausgegraben war, hat bisher zu keinem Funde geführt. Die Erbauer haben das Grab also vorzüglich angelegt; die Kammer muß exzentrisch liegen. Von den Thermen des oberen Gymnasiums sind zwei weitere Säle ausgegraben; im nächsten Jahre wird über die ganze Aufnahme zu berichten sein.

Die Hauptaufgabe war die Untersuchung der Terrasse der Demeter. Auf einer der künstlichen Terrassen des Berges hatte nämlich schon Humann eine Inschrift gefunden, welche die Bestimmung ergab. Hier wurde in der Tat ein großes Heiligtum der Demeter festgestellt. Eine ganze Reihe von Bauinschriften gab Aufschluß über Zeit und Urheber. Unsere Abbildung Seite 73 zeigt uns links die starken, mächtigen Stützmauern gegen Süden; gegen Norden ging die Terrasse in den Fels hinein. Der heilige Bezirk war von Säulenhallen umgeben und trug im Inneren den Tempel und den Altar. Außer der großen Stützmauer waren noch 3 parallele Mauern errichtet. Eine doppel-schiffige Säulenhalle lag in der Höhe des Bezirkes. Wie dort häufig, war ein großer Kellerraum vorhanden, in den Fenster und Türen hineinführen. Die Decke ruht auf großen vorkragenden Steinen. Der Bau stammt von der Königin Apollonis und ist in römischer Zeit erneuert. Zwischen den Säulen sind marmorene Schranken aufgestellt. An der Südseite der Stoa liegt das Tor, durch das man in den Vorhof gelangte. Hier lag ein römisches Brunnenhaus in der



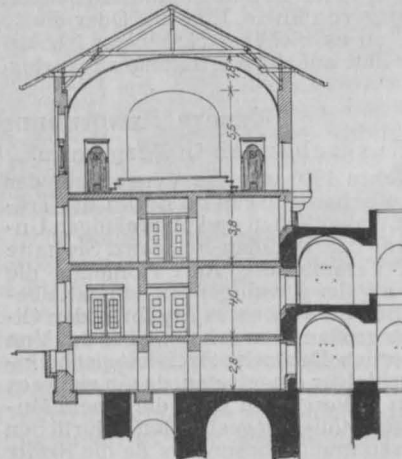
Ansicht von der Friedrich-Wilhelm-Straße.



Nordansicht.



Südansicht.



Die neuen deutschen Bauten in Jerusalem.

Der Neubau des Muristan. Architekt: Reg.-Bmstr. a. D. Robert Leibnitz in Berlin.

Die Decke ruht auf großen vorkragenden Steinen. Der Bau stammt von der Königin Apollonis und ist in römischer Zeit erneuert. Zwischen den Säulen sind marmorene Schranken aufgestellt. An der Südseite der Stoa liegt das Tor, durch das man in den Vorhof gelangte. Hier lag ein römisches Brunnenhaus in der



Form einer Exedra, ähnlich wie in Eleusis. In dem Pflaster des Hofes befand sich eine Opfergrube. In der Stoa lag eine Anzahl von Altären, einer mit der Inschrift: „Julia pia weicht diesen Altar“. Zum Tor führt eine Treppe von 10 Stufen, weil damals die Stadt noch oben auf dem Berge lag. Weiter wurde die ganze Ostmauer aufgegraben, die noch jetzt bis 10 m hoch ist, aber leider sehr beschädigt erscheint. Nach Westen liegen Räume aus römischer Zeit, sonst Altäre, bei einem Altar noch eine ganze Schicht Asche mit Knochenresten. Eine Tür in der Mauer liegt mehrere m über dem Bezirk.

Tempel und Altar sind nach den Inschriften Weihungen an die Demeter aus der Zeit des Begründers der Attaliden-Herrschaft, des Philaitairos († 262 v. Chr.) und zwar zu Ehren seiner Mutter Boa. In römischer Kaiserzeit ist dem Tempel eine Vorhalle vorgelegt worden, als deren Erbauer Claudios Seilanos genannt wird. In den Bezirk führt von Osten her ein Propyläenbau, auf dessen Architrav als Erbauerin die Königin Apollonis, Gemahlin Königs Attalos I (241 bis 197 v. Chr.) und Mutter der Könige Eumenes II. (197-159) und Attalos II. (159-138) genannt wird. Sie weicht die Säulenhalle und die daran liegenden Räume „der Demeter und Kore, den Thesmophoren“, ein Beiname, durch den die beiden Göttinnen als die Beschützerinnen der Sitte und Ehe bezeichnet werden. In der Inschrift des Tempelvorbaues des Seilanos wird Demeter als „Karpophoros“, die Geberin der Früchte, genannt.

Unsere Abbildung 1 gibt die Stützmauer mit Strebepfeilern und Untergeschoß der südlichen Säulenhalle des heiligen Bezirkes, Abbildung 2 das Untergeschoß der südlichen Säulenhalle, im Hintergrund die Treppe des Tores, und Abbild. 3 das Tor mit der Treppe wieder. Neben der Treppe steht noch ein Altar an seiner alten Stelle. Die ganze



Abb. 1. Stützmauer mit Strebepfeilern um das Untergeschoß der südlichen Säulenhalle des heiligen Bezirkes der Demeter.



Abb. 2. Untergeschoß der südlichen Säulenhalle des heiligen Bezirkes der Demeter. Im Hintergrund die Treppe des Tores.



Abb. 3. Tor mit Treppe des hl. Bezirkes der Demeter. Das Tor ist gebaut von der Königin Apollonis, der Mutter der Könige Eumenes II. und Attalos II. (Neben der Treppe noch ein Altar an seiner Stelle.)

Nordseite des Bezirkes, unterhalb der auch dort umlaufenden Säulenhalle, wurde von einem Zuschauerraum mit zehn Stufen eingenommen; weiter oben liegen noch einige Gebäude. Die Fortsetzung dieser Freilegung sowie die Aufdeckung des ganzen westlichen Teiles des Demeter-Bezirktes sollte die Aufgabe der Ausgrabungen im Herbst 1910 bilden.

Zu bemerken ist noch, daß die Säulen der Propyläen keine Basis haben; das Kapitell ist als Blattkelch gebildet. Der Altar ist 4,5 zu 8,5 m groß. Der südliche Teil ist durch ein großes Loch zerstört. Auf den Stufen finden sich überall Dübellocher für Marmorverkleidung. Hinter dem Altar der Tempel ist ein griechischer Naos mit Pronaos, davor ein römischer Pronaos. Dieselbe Inschrift finden wir am Altar und am Tempel. Der Tempel ist jonisch, der zweite Pronaos korinthisch in der Formgebung.

Die Einzelfunde, namentlich Inschriften und Skulpturen, behandelte im Anschluß an diese Darlegungen Heping eingehender. Besonders interessant waren seine Ausführungen über den Demeterkult und die Inschrift eines Marmoraltares, der den „unbekannten Göttern“ geweiht gewesen zu sein scheint. Eine besondere Gruppe bilden in Pergamon endlich die Altäre von Personifikationen, so der Tugend, der Treue, Besonnenheit, Eintracht, der Nacht, des Zufalls usw. Auch ansehnliche Skulpturenfunde: betende Frauen, Niken, Köpfe des Claudischen Kaiserhauses, wurden in Wort und Bild vorgeführt.

Die von dem leider so früh verstorbenen Richard Bohn begonnene Untersuchung der Ruinen der römischen Unterstadt ist von Schazmann fortgeführt und seine Aufnahme- und Rekonstruktions-Zeichnungen, welche zur Herausgabe im VI. Band der „Altertümer von Pergamon“ bestimmt sind, waren zu einer besonderen Ausstellung im Saal vereinigt. Ueber den Häusern der heutigen Stadt steht noch hochragend ein großer Teil eines Bezirkes, dessen kolossaler Hauptbau in die hadrianische Zeit gehört. Er wird heute von den Bewohnern seiner Ziegelmauern wegen „Die Rote Halle“ (Kirilawli) genannt. Ihre ursprüngliche Bedeutung ist noch nicht festgestellt. Eine andere sehr ausgedehnte Anlage wird von Schazmann als „Palastbau“ bezeichnet. Durch Ausgrabungen allen diesen römischen Bauten, die gewaltige Gewölbe-Konstruktionen zeigen, auf den Grund zu gehen, ist durch die Häuser in den türkischen Quartieren sehr erschwert. Das Amphitheater auf mächtigen Gewölbe-Substruktionen hat 30 Sitzreihen im Inneren und mißt 123 zu 137 m. Die Basilika ist gut erhalten. Die Römerstadt war rechtwinklig angelegt. Das mutmaßliche Gymnasium, „Gurnellia“ genannt, ist 140 m lang und bedeckt 17000 qm.

Die elegant und sicher gezeichneten Blätter Schazmann's werden ohne Zweifel, wie bei ihrer Ausstellung in der „Archäologischen Gesellschaft“ so auch bei ihrer Herausgabe das allgemeine Interesse der Architekten erregen.

Nach Conze's letztem Vortrag am 9. Dezember 1910 in der „Archäologischen Gesellschaft“ zu Berlin steht jetzt der Plan des Demeter-Heiligtumes fest. Noch mehrere Altäre sind hinzugefunden, aber wenig Skulpturen, im Keller Terrakotten. Am Gymnasium sind die Thermen aus römischer Zeit im Osten freigelegt. Wir übersehen nun die Anlage der Stadt: die Burg war dem Königtum, das Demeter-Heiligtum der Weiblichkeit und das Gymnasium der Jugend geweiht.

In der Nähe im Gebirge beim heutigen Mamurt-kale wurde endlich das bei Strabo angeführte Heiligtum der Göttermutter in etwa 14 Tagen durch 18 Arbeiter freigelegt, so daß die Restauration des Grundrisses durch Schazmann gesichert ist. Auch der „Ruinenleser“ Dörpfeld war dort, der gleich den Altar des Heiligtumes fand. Der Kultus der Berg-Göttin erklärt sich ohne weiteres aus der unwirtlichen Örtlichkeit, die auch dem Bau seine gute Erhaltung gesichert hat. Die Formen sind dorisch, das Material ist Trachyt. Durch eine Treppe kommt man in die Vorhalle, deren Front zwei Säulen zwischen Anten zeigt; davor liegt der große Altar. Zu beiden Seiten stehen Hallen für die Pilger, dazwischen befindet sich ein Durchgang nach dem Raum hinter dem Tempel, der nicht bebaut war und vielleicht einen heiligen Hain enthielt. Die Halle auf der Windseite ist zum Schutz für die Festbesucher länger und die Hallen sind darum auch geschlossen. Am Zugang zum Tempel finden sich Spuren von primitiven Ansiedelungen. Schon am ersten Tage wurde der Schluß der Bauinschrift auf dem Architrav gefunden; sie ergab die Weihung von Philetäros, dem alten Stifter der Dynastie. Merkwürdigerweise ist der Schluß der Inschrift in anderer Buchstabenform, also von anderer Hand. Eine Menge von kleinen Tonfiguren zeigt immer wieder das Kultbild der Kybele, dazu kommen Frauengestalten, das Tympanum schlagend, und ein Mann, die Flöte blasend; alle sehen aus wie aus einer Fabrik. Die Tierfiguren sind ganz anders, viel gröber und wohl von den Bewohnern selbst gemacht. Auch Lampen, Petrus wurden gefunden. Diese Untersuchung bringt uns den Philetäros noch näher, der sich mit seinem Geld vor allem bei der Priesterschaft beliebt gemacht hat. Die Durchforschung des größten Königsgrabes hat auch ferner nichts erbracht und ist jetzt als erfolglos aufgegeben; vielleicht birgt hier der Hügel das wohlverwahrte Grab des Philetäros. —

Nnl.

## Der Umbau der Nationalgalerie, der Bauakademie und die Errichtung eines Baukunst-Museums in Berlin.

**D**er preußische Staatshaushalt für das Verwaltungsjahr 1911 enthält zwei Forderungen, die an und für sich recht unbedeutend sind und daher hier kaum Erwähnung zu finden brauchen, wenn sie nicht mit der Berliner Kunstbewegung der letzten Jahre zusammenhängen und erfreuliche Aussichten auf eine Ausdehnung der Kunstpflege in den nächsten Jahren eröffnen. Es werden gefordert 59 000 M. für bauliche Veränderungen in der Nationalgalerie und 56 500 M. für den Umbau des ersten Obergeschosses der Bauakademie. Allgemein und mit Recht wird in diesen Forderungen ein Anzeichen der reformierenden Tätigkeit des neuen Direktors der Nationalgalerie, Ludw. Justi, erblickt. Die Nationalgalerie ist der jüngste der drei alten Monumentalbauten, welche sich auf dem vorderen Teile der Museumsinsel als eine Akropole der Kunst erheben. Nach einem Gedanken Friedrich Wilhelms IV. wurde sie noch von Aug. Stüler als eine Nationalgalerie zur Aufnahme von Werken deutscher Künstler entworfen. Der Entwurf wurde jedoch nach dem Tode des Meisters von Joh. Heinrich Strack umgearbeitet und der neue Entwurf mit einer Bausumme von 3 Mill. M. durch ihn auch ausgeführt und 1876 vollendet. Das Bauwerk hat die Form eines auf hohem Stylobat errichteten korinthischen Pseudoperipteros erhalten, der an seiner Vorderfront einen achtsäuligen, ein Giebelfeld tragenden Vorbau zeigt, zu welchem eine Freitreppenanlage emporführt, auf welcher das Reiterstandbild des kunstsinnigen Königs eine glückliche Aufstellung gefunden hat. Neues Museum und Nationalgalerie werden von einer dorischen Säulenhalle umgeben, die den Museen-Bezirk in sich abschließt und vom vorüberflutenden Verkehr trennt. Schon aus dieser äußeren Gestaltung des Bauwerkes und seiner näheren Umgebung läßt sich erkennen, daß es in seiner Außenwirkung bestimmte Absichten des königlichen Förderers

zu erfüllen hatte. Jedoch nicht allein für das Äußere, sondern auch für das Innere war der Architekt an Umstände gebunden, die ihm die freie Raumanordnung nicht ermöglichten. Ihm war in erster Linie die Aufgabe gestellt, die Kartons für eine Bilderreihe, mit welcher der Ostern 1841 durch Friedrich Wilhelm IV. von München nach Berlin berufene Peter Cornelius den im Bau begriffenen Campo Santo, der eine Ruhestätte der königlichen Familie neben dem alten Dom werden sollte, zu schmücken gedachte, zu einer angemessenen Aufstellung zu bringen, eine Aufgabe, die bei der Größe der Darstellungen mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft war und jedenfalls die Grundrißgestaltung des neuen Museums, wie die Folge zeigte, grundlegend beeinflussen mußte. Man kann es verstehen, daß damals die Aufgabe gestellt wurde, um diese Schätze gewissermaßen ein Museum zu bauen, denn sie gehören zu dem Größten, was die deutsche Kunst des neunzehnten Jahrhunderts geschaffen hat und sie behaupten trotz gelegentlich auftauchender anderer Meinungen diese Stellung im Wandel der Anschauungen auch heute noch. Man kann es verstehen und begreifen, daß sich alle anderen verfügbaren Räume diesem vornehmsten Zweck unterordnen mußten und auch noch durch das an sich sehr bedeutsame, aber viel Raum brauchende Treppenhaus benachteiligt wurden. Denn der korinthische Pseudoperipteros war durch die Beziehungen zur Umgebung in seinen Größenverhältnissen festgelegt und was daher von den Cornelius-Sälen übrig blieb, das blieb eben übrig. Es war nicht allzu viel und es war räumlich nicht allzu bedeutend, sodaß die Nationalgalerie seit ihrer Eröffnung ihren Leitern hinsichtlich der Aufstellung der Kunstwerke manche Sorge bereitet hat.

Diesem Mangel soll nun in doppelter Hinsicht durch einen in verhältnismäßig engen Grenzen sich bewegenden, aber zweckmäßigen Umbau abgeholfen werden. Zu Klagen hatten bisher hauptsächlich die Räume des Erd-



geschosses der Nationalgalerie Veranlassung gegeben. In den Obergeschossen hatte Strack eine bestimmte Aufgabe mit dauernden Verhältnissen zu erfüllen, unter welcher aber das Erdgeschoß zu leiden hatte. Vielleicht auch unter der veränderten Anschauung, die Strack über die Ausbildung von Räumen zur Aufstellung von Kunstwerken hatte. Wer einmal das Erdgeschoß der Nationalgalerie durchschritten hat, kennt die Mängel seiner Räume, vor allem der unglücklichen Apside. Eine Apside für einen griechischen Tempelbau, ein korinthischer Pseudoperipteros für Werke der deutschen Kunst, das sind die inneren Gegensätze, an welchen das Bauwerk leidet, das jedoch im Stadtbild seine Rolle behauptet. Hier nun setzen die Umbauarbeiten ein, die ohne Antastung des Baukörpers an sich das Ziel verfolgen, durch Versetzen der inneren Teilungsmauern und durch Verlegung der Gänge an die Fensterseiten nicht nur mehr Flächen zur Ausbreitung der Kunstwerke, sondern auch räumlich bessere Abteilungen zu geschlossener Vereinigung von Gruppen von Kunstwerken oder von Werken eines Meisters zu erlangen. Im Zusammenhang damit ist eine Umgestaltung des Vestibüls durch Verlegung der Eingangstüren geplant, die Räume zur Aufstellung von plastischen Kunstwerken ergeben soll.

Zugleich nun aber wird ein weiterer Plan verfolgt, der in der zweiten der geforderten beiden Summen seinen Ausdruck findet. Die Nationalgalerie, die sich nicht erweitern läßt, muß und soll entlastet werden. Da trifft es sich günstig, daß in ihrer Nähe die Bauakademie sich befindet, die schon mehr als einmal vom Untergang bedroht war und die doch so sehr es verdient, als eines der vornehmsten Beispiele für die Entwicklung der Berliner Baukunst der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erhalten zu bleiben. Denn dieses einzigartige Werk Schinkel's, selbst ein Museumsbeispiel für die stilistische Entwicklung der Bauformen, es hatte bisher seine wechselnden Schicksale und es wäre dringend zu wünschen, daß es endlich einem Zwecke dauernd zugeführt würde, der zu seiner künstlerischen Bedeutung auch wieder die Würde gesellt. Und das wäre der Fall, wenn die Bauakademie zur Schwesteranstalt der Nationalgalerie würde, wie es geplant zu sein scheint, wenn man die jetzt beabsichtigten Arbeiten als einen verheißungsvollen Anfang betrachten darf, nach und nach das ganze Gebäude der bildenden Kunst dienstbar zu machen. Es ist beabsichtigt, mit einem Aufwand von 56 500 M. das erste Obergeschoß der Bauakademie für Galeriezwecke herzurichten und aus ihm etwa nach der Art der Bildnisgalerie des Nationalmuseums in London oder der Uffizien in Florenz eine Galerie von Bildnissen bedeutender deutscher Persönlichkeiten, sowie eine besondere Art von Nationalmuseum oder patriotischer Bildersammlung zu machen. Es ist bei geeigneter Auswahl nicht ohne weiteres gesagt, daß damit der Rang dieses Teiles der Berliner öffentlichen Sammlungen sinken werde. Jedenfalls würde diese Absonderung die Raumverhältnisse der Nationalgalerie in bedeutender Weise entlasten und wohl Veranlassung sein, daß nach und nach das ganze Gebäude der Bauakademie Museumszwecken dienstbar gemacht wird, zu welchen es seine günstige Lage ganz besonders empfiehlt.

Die Bauakademie! Sie hat bisher im Treiben der Öffentlichkeit so wenig Schätzung gefunden und das begehrt Auge so manchen „großzügigen“ Städtebauers

wurde auf sie gerichtet, um sie zu beseitigen. Und doch ist sie ein Eckstein in der Baugeschichte Berlins; ein Bauwerk, an dem nach Zeiten der Vergessenheit zum erstenmal wieder der Versuch gemacht wurde, den alten märkischen Backsteinbau neuen Zwecken dienstbar zu machen; ein Bauwerk, an dem einer der Größten der deutschen Kunst seine umbildende Kraft mit schönstem Erfolg versucht hat. Ein Bauwerk, für ein Museum nach Inhalt und Lage wie geschaffen. Daß es ein Hort für nationale Kunst werden soll, ist in hohem Maße zu begrüßen; daß es diesem Zweck bald in seiner vollen Ausdehnung gewidmet werden möge, ist dringend zu wünschen.

Damit aber wird eine weitere Frage angeregt. Zu den vielseitigen Zwecken, denen das Bauwerk diene, seit Schinkel es als Wohnung verlassen mußte, gehört auch der einer Unterkunftsstätte für die Meßbildanstalt, das Denkmal-Archiv und deren Sammlungen. Bald werden diese eine neue Stätte suchen müssen und sie in logischer Weise nur im Anschluß an ein zu begründendes Museum für Baukunst finden können. Die Vorarbeiten für ein solches Museum sind schon seit Jahren eingeleitet, ohne aber daß es bisher zu einer Begründung kommen konnte, weil das Haus dafür fehlt, für das noch keine Mittel verfügbar werden wollen. Ein gut gelegenes Gelände an der Hardenberg-Straße, in unmittelbarer Beziehung stehend zu den Gebäuden der Technischen Hochschule in Charlottenburg wie zu der Gebäudegruppe der Hochschule für bildenden Künste, ist glücklicherweise seit längerer Zeit schon für diesen Zweck in Aussicht genommen. Die baldige Begründung eines Museums für Baukunst gehört zu den Notwendigkeiten der neueren Kunstentwicklung von Berlin. Die schönen Sammlungen des Denkmal-Archives, die wertvollen Bestände des Schinkel-Museums der Technischen Hochschule, zerstreute Sammlungsteile hier und da verlangen zu ihrer fruchtbaren Verwertung die Aufstellung und Verwaltung in Räumen, in denen der vorhandene und noch zu beschaffende Besitz sachgemäß untergebracht und geordnet werden kann. Die ideale Mission eines solchen Museums für den Baukünstler ist nicht hoch genug anzuschlagen.

Mit der zunehmenden Raumnot in der Nationalgalerie, die mit kleinen Mitteln nicht lange mehr zu bekämpfen sein wird, wird bald auch die Frage eines neuen Gebäudes für die deutsche Kunst der Gegenwart, etwa wie Paris es im Musée du Luxembourg für die nationale französische Kunst lebender Meister besitzt, brennend werden. Ein Raum für ein solches Gebäude müßte in unmittelbarer Nachbarschaft der bestehenden Museen gefunden werden können. Das wäre möglich durch eine Verlegung der Stadtbahn von der Museums-Insel, die um so mehr zu einer Notwendigkeit wird, je mehr die Museums-Insel sich mit Bauwerken für die Kunst bevölkert. Daß eine solche Verlegung möglich ist, ohne zu große Kosten hervorzurufen und zu große wirtschaftliche Umwälzungen in jenen Stadtgebieten herbeizuführen, werden wir demnächst versuchen nachzuweisen. Daß aber die Museums-Insel und der geheiligte Kunstbezirk der Museen von einer Anlage befreit werde, die nur der Zufall an eine Stelle gebracht hat, an die sie nicht gehört und an der sie auch nicht vermisst wird, ist ein Gebot jenes idealen Sinnes, der noch selten versagt hat, wenn auf ihn in irgend einer Beziehung hingewiesen wurde. —

Albert Hofmann.

### Vermischtes.

**Ehrendoktoren.** Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Berlin haben auf einstimmigen Antrag des Kollegiums der Abteilung für Bau-Ingenieurwesen dem etatsmäßigen Professor an der Technischen Hochschule zu Berlin, Hrn. Geh. Reg.-Rat Dr. Emil Lampe „in Anerkennung seiner langjährigen, für die mathematische Ausbildung von Ingenieuren mustergültigen Lehrtätigkeit, seiner vorbildlichen Leistungen in der Anwendung der mathematischen Wissenschaft und seiner erfolgreichen Schriftleitung des „Jahrbuch über die Fortschritte der Mathematik“ die akademische Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen“.

**Die Stelle des Stadtbaurates für Hochbau in Augsburg.** Zu der Mitteilung auf Seite 64 wird uns ergänzend geschrieben, daß am 1. April dieses Jahres Hr. städt. Ober-Brt. Friedr. Steinhäusser in Augsburg aus Gesundheits-Rücksichten in den dauernden Ruhestand tritt. Von 1880 bis 1891 im bayerischen Staatsbaudienst, zuletzt als Regierungs- und Kreisbauassessor in Regensburg, wurde er im Jahre 1891 von den gemeindlichen Kollegien Augsburgs als Leiter des städtischen Bauwesens berufen. Er schließt somit nunmehr eine 19jährige erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Stadt Augsburg ab. Eine stattliche Anzahl

zweckmäßiger und schöner Bauten, dem modernen Augsburg zur Zierde reichend, gelangten nach seinen Entwürfen oder nach seinen Gedanken und unter seiner Oberleitung zur Ausführung. Davon seien erwähnt: Die Stadtbibliothek, der Schlacht- und Viehhof, das Polizeigebäude, das Stadtbad, Schulhäuser vor dem Roten Tor, auf dem Kreuz, an der Hall-Straße, Munding-Straße, Flur-Straße, die Handwerkerschule usw. (Vergl. auch „Deutsche Bauzeitung“, Jahrg. 1902 No. 78.) —

**Deutsche Ingenieurschulen in China** sollen, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, demnächst gegründet werden. Zu diesem Zwecke sind bereits eine Reihe bekannter Persönlichkeiten zusammengetreten, um ein Kapital von 1—2 Millionen zu beschaffen, mit dem man eine höhere und 2 mittlere Schulen hofft errichten zu können. Bisher wird technischer Unterricht erteilt in einer besonderen Abteilung der Universität Peking, außerdem in einer Schule der südchinesischen Provinz Kiangsi. Die Lehrer sind dort fast ausschließlich Amerikaner und Engländer, wie denn diese beiden Nationen überhaupt sehr viel für den Unterricht in China getan haben. Die erste deutsche Anstalt ist die im Vorjahre eröffnete deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau, der nun ähnliche Einrichtungen auf dem technischen Gebiete folgen sollen. —





Entwurf mit dem Kennwort „Ein Heiligtum“. Arch.: W. Brurein in Charlottenburg u. Bildh. Prof. H. Hosäus in Grunewald.

# BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

## Die Entscheidung im Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

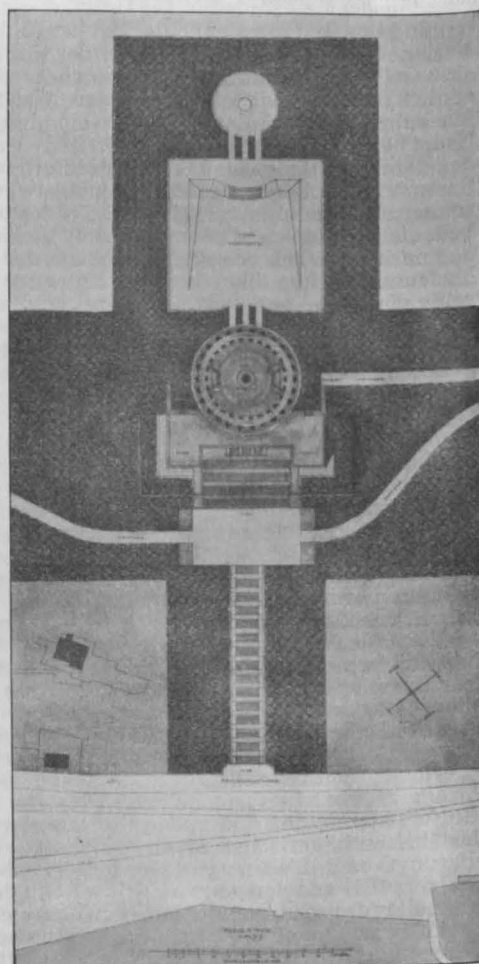


ie seit einigen Tagen bei der ungewöhnlich zahlreichen Beteiligung mit größter Spannung erwartete Entscheidung im Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück ist am Abend des 26. Januar nach viertägiger Beratung und nach einer Ortsbesichtigung gefallen. Der I. Preis im Betrage von 20 000 M. wurde, wie nach privaten Berichten verlautet, einstimmig, dem Entwurf des Bildhauers Prof. Hermann Hahn in München verliehen. Die Einstimmigkeit ist auf die hervorragenden künstlerischen Eigenschaften zurückzuführen, die der Entwurf besitzen soll. Die beiden II. Preise von je 10 000 M. wurden den Entwürfen einerseits des Hrn. Architekten Franz Brantzky in Cöln a. Rh., anderseits der Hrn. Reg.-Bmstr. Alfred Fischer und W. Kniebe in Düsseldorf zuerkannt. Die beiden III. Preise von

je 5000 M. fielen an die gemeinsame Arbeit des Architekten Otto Orlando Kurz und des Bildhauers Bernhard Bleecker in München, sowie an den Entwurf des Bildhauers Professor Richard Riemerschmid in München. Ueber die Zuerkennung der 10 „Entschädigungen“ im Betrage von je 2000 M., welche die Bedingungen in Aussicht stellten, ist bis zur Stunde dieses kurzen Berichtes noch nichts veröffentlicht worden.

Der Grundgedanke des Entwurfes von Herm. Hahn ist eine runde Pfeilerstellung von etwa 50 m Durchmesser, die demnach auf dem Wettbewerb mehrfach wiederzukehren scheint. Die Pfeilerhalle umschließt ein Wasserbecken und eine Gruppe von vier Bäumen; im Wasserbecken steht in mehrfacher Lebensgröße die symbolische Figur Jung - Siegfrieds, der sein Schwert zur Tat prüft. Es ist ein ähnlicher Gedanke, wie er am Bismarck-Denkmal in Berlin sich findet. Der Entwurf von Franz Brantzky schließt die Bergkuppe mit einem Rundbau ab, ein Gedanke, der gleichfalls im Wettbewerb sich wiederholt. Der Rundbau steht auf einem in großen Massen gehaltenen Unterbau, der mit einem Relief geschmückt ist, das die Figur Bismarcks als gepanzerter Reiter, also etwa als St. Georg zeigt. Die Bewerber Fischer und Kniebe krönen die Höhe des Berges mit einem in antiken Formen gehaltenen Tempelbau, der auf einem Stufen-Unterbau ruht und in der Auffassung Anklänge an Klenze's Walhalla bei Regensburg enthält. Die gemeinsame Arbeit des Architekten O. O. Kurz und des Bildhauers Bleecker in München zeigt einen runden Brunnenhof, der von einer Säulenhalle, also einer doppelten Reihe von Säulen umgeben ist. Der letzte der preisgekrönten Entwürfe, der Entwurf des Bildhauers Professor Rich. Riemerschmid, zeigt das Motiv eines runden Kuppelbaues in der Auffassung der Münchener Architektur. Schon aus dieser kurzen Aufzählung geht hervor, daß die Mehrzahl des besseren Teiles der Entwürfe auf einen architektonischen Grundgedanken und nicht etwa auf ein ins Riesenhafte gesteigertes figürliches Motiv sich stützt.

Mag man bei näherer Würdigung der preisgekrönten Entwürfe später denken wie man will, jedenfalls darf man schon jetzt anerkennend bemerken, daß das Preisgericht eine tatsächliche Entscheidung herbeigeführt hat und nicht durch eine gleichmäßige Verteilung der Preise vor einer eigentlichen Entscheidung zurückgewichen ist. —





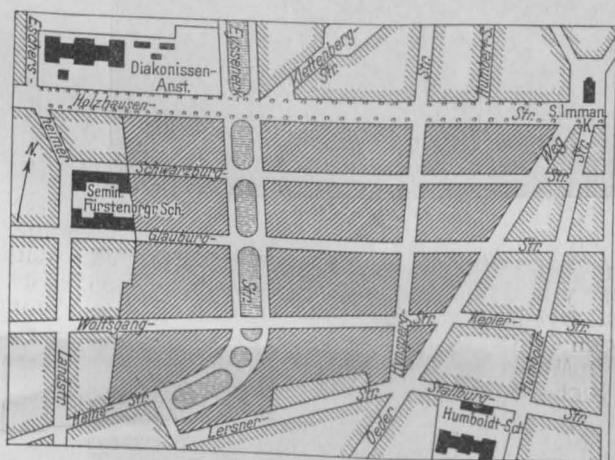
lich dicht bebauten Nordstadteil liegt der gegen 170000 qm messende, auf untenstehendem Lageplan samt der beabsichtigt gewesen Vernichtung bei Durchführung anstehender Sackgassen dargestellte Holzhausen-Park. Seit Jahrhunderten im Besitz der Adelsfamilie dieses Namens, gelangte das dicht mit alten Bäumen und Strauchwerk, dazwischen mit Wiesen bestandene Gelände ungefähr vor Jahresfrist in die Hände von Spekulanten, welche als Terrainbaugesellschaft andere Zwecke, als mögliche Nutzbarmachung in finanziellem Sinn nicht im Auge hatten. Es war beabsichtigt, zwei Straßen von Süden nach Norden und drei Sackgassen von Westen nach Osten in senkrechter Kreuzung nach Beseitigung des Baumbestandes durchzuführen. Die Hoffnung der Bevölkerung, welche den Wert des Parkes als unentbehrliche Lunge der umgebenden Wohnungen, Schulen, großen Spitäler und wohlthätigen Anstalten zu schätzen weiß, der verstorbene Besitzer werde den Park der Stadt zum Geschenk machen, blieb unerfüllt und die Väter der Stadt erklärten angesichts des durch wichtige andere Parkanlagen, z. B. des

will besonders die landschaftlichen Schönheiten des Parkes in der Mittelpartie wie auch in den für Villen mit Gärten bestimmten Teilen erhalten. Die wichtigsten Straßen sollen in einer dem Gesamtcharakter angepaßten Weise durchgeführt werden. Die Eigenheim-Baugesellschaft erließ ein Wettbewerbs-Ausschreiben an alle deutschen Architekten zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Villengeländes, auf das wir weiter unten zurückkommen.

Durch diesen erfreulichen Stand der für Frankfurts Heimatschutz wichtigen Angelegenheit ist das höchste vom dortigen „Architekten- und Ingenieur-Verein“ angestrebte Ziel erreicht und ihm schuldet für seine energische Initiative die Einwohnerschaft wie die Gesamtheit der Anstalten für das öffentliche Wohl in der Umgebung des Holzhausen-Parkes gebührenden Dank. — Gerstner.

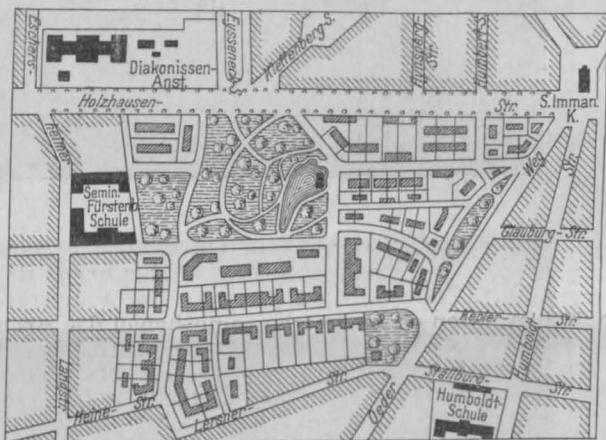
Der genannte Wettbewerb umfaßt die Parzellierung eines der zur Verfügung stehenden Baublocks und Entwürfe von freistehenden, sowie von an- und eingebauten Einfamilienhäusern.

Die perspektivische Darstellung einer Straßen- oder Platzfront von mindestens 100 m Gesamtlänge ist erwünscht, doch nicht Bedingung, ebenso sind weitere perspektivische Darstellungen den Bewerbern freigestellt, dagegen sollen Modelle von der Beurteilung grundsätzlich ausgeschlossen sein.



[Zerstörung des Parkes bei Durchlegung der Straßen.

Hohenzollern-Platzes, des Günthersburg-Parkes und der Zeppelin-Anlage leer gewordenen Stadtsäckels sich außer Stande zur Erhaltung durch Ankauf. Da gelang den unermüdblichen Bemühungen des „Architekten- und Ingenieur-Vereins“ die Rettung. Der Architekt Julius Lönholdt, welcher schon als Stadtverordneter auf das Unverantwortliche einer solchen Schädigung der Großstadt warnend aufmerksam gemacht hatte, hielt im Verein einen begeisterten Vortrag für die Erhaltung, und das Mitglied Mehs unterstützte ihn wirksam durch Ausarbeitung eines Planes, welcher erstrebte, das Zentrum des Parkes mit seinem kleinen See und dem Familiensitz als öffentliche Anlage zu erhalten, den verbleibenden Teil aber durch Villen mit Gärten derartig zu bebauen, daß im Großen und Ganzen der Park-Charakter erhalten bleiben sollte. Es wurde der Nachweis errechnet, daß auf diese Weise eine Rentabilität zu erreichen sei, welche ganz oder wenigstens teilweise Opfer der Stadt außer Betracht ließ. Der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde vervollständigt durch den wertvollen, vom sanitären Standpunkt erfolgten Zusatz eines Vertreters des Frankfurter Aerzte-Kollegiums. Erfolg der rednerischen Ausführungen und der sich anschließenden lebhaften Aussprache war eine Entschließung in Form eines dann den Stadtkollegien unterbreiteten einstimmigen Antrages auf Ankauf des Parkes in den Grenzen der städtischen Mittel. Der Wert des Gesamtgrundstückes beträgt etwa 3 Mill. M. Der hier beigefügte zweite Lageplan veranschaulicht, in welcher Weise die Frankfurter Stadtbehörde den von ihr erworbenen Mittelteil um den See zu einer öffentlichen Erholungsanlage etwa zu gestalten gedenkt und wie ungefähr die Gruppierung der von der Eigenheim-Baugesellschaft zu Frankfurt a. M. beabsichtigte Einteilung der Umgebung mit Villenparzellen sich anschließen wird. Der von Prof. Fr. Pützer in Darmstadt bearbeitete Entwurf



Vorschlag von Prof. Fr. Pützer zur Erhaltung des Mittelteiles des Parkes und zur Bebauung der übrigen Teile.

Es werden verlangt: Die Parzellierung eines Baublockes im Maßstabe 1:500; dabei sind möglichst auch Gebäudegruppen aus 3, 4 und 5 Häusern zu projektieren; der Entwurf für ein ringsum freistehendes Haus mit 7, 8, 9 oder 10 Zimmern; der Entwurf für ein einseitig angebautes Haus mit 6, 7, 8 oder 9 Zimmern; der Entwurf für ein eingebautes Haus mit 5, 6, 7 oder 8 Zimmern. Eine möglichst geringe Frontlänge bis zu 7,5 m Mindestmaß ist bei einem Entwurf erwünscht. Die Zimmer können sich auf Erdgeschoß, I. Obergeschoß und bewohnbares Dachgeschoß verteilen. Die Lage der Küchen, sowie die Disposition und Anzahl der Nebenräume und die Zimmergrößen bleiben den Bewerbern überlassen. Angebaute und eingebaute Häuser dürfen keine größere Tiefe als 15 m erhalten.

Durch die Bebauungslinien wird die Errichtung von Vorbauten nicht ausgeschlossen; fundierte Vorbauten dürfen, soweit sie an der Baulinie liegen, zusammen einen Flächenraum, der sich aus dem Produkt von  $\frac{1}{3}$  Fassadenlänge und  $\frac{1}{3}$  Vorgartentiefe ergibt, nicht überschreiten. Dieser Flächenraum kann beliebig verteilt, doch darf die halbe Vorgartenbreite nicht überschritten werden. In keinem Falle darf die hintere Baulinie um mehr als 3 m überschritten werden. Der Bauwuch beträgt mindestens 3 m, eine weitere Einschränkung durch Ein- oder Vorbauten ist nicht gestattet.

Die preisgekrönten und angekauften Entwürfe gehen in das Eigentum der E. B. G. über, welche sich das freie Verfügungsrecht und die Bearbeitung des Bauplanes für dieselben vorbehält.

Im Falle der Ausführung der in den Besitz der Gesellschaft übergegangenen Entwürfe erfolgt Honorierung nach der Norm des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, soweit der erteilte Preis sich unterhalb der Honorargrenze dieser Norm bewegt. —



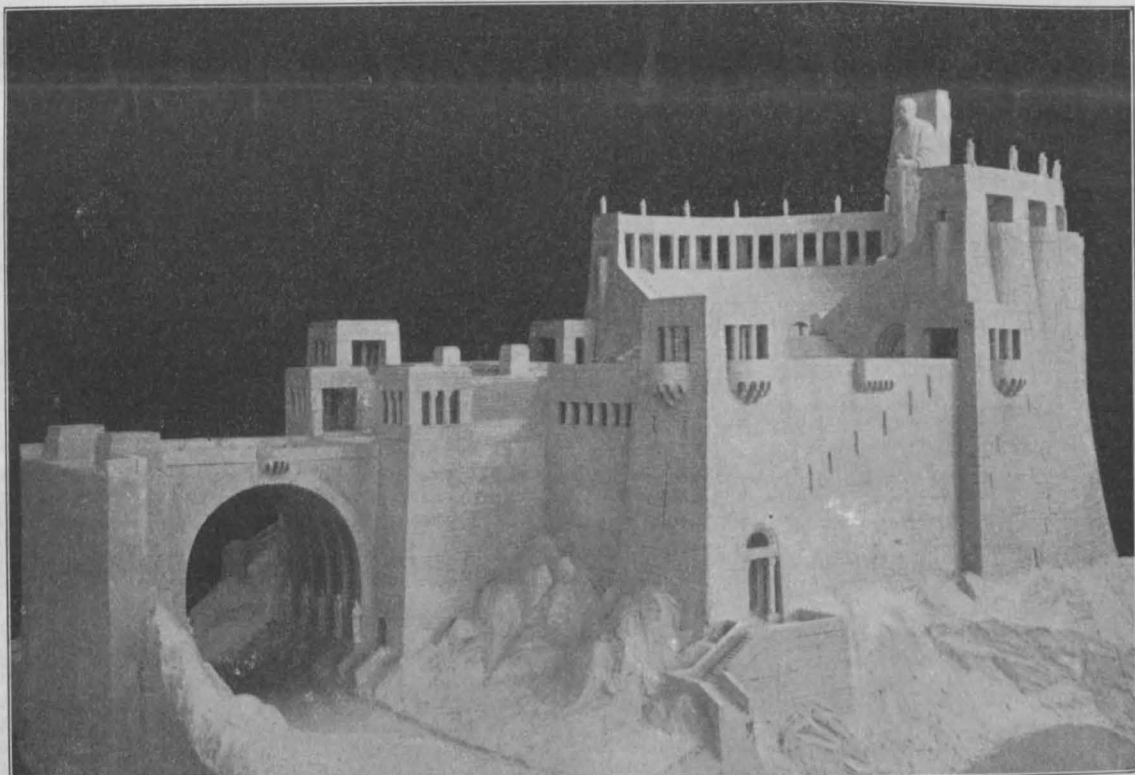
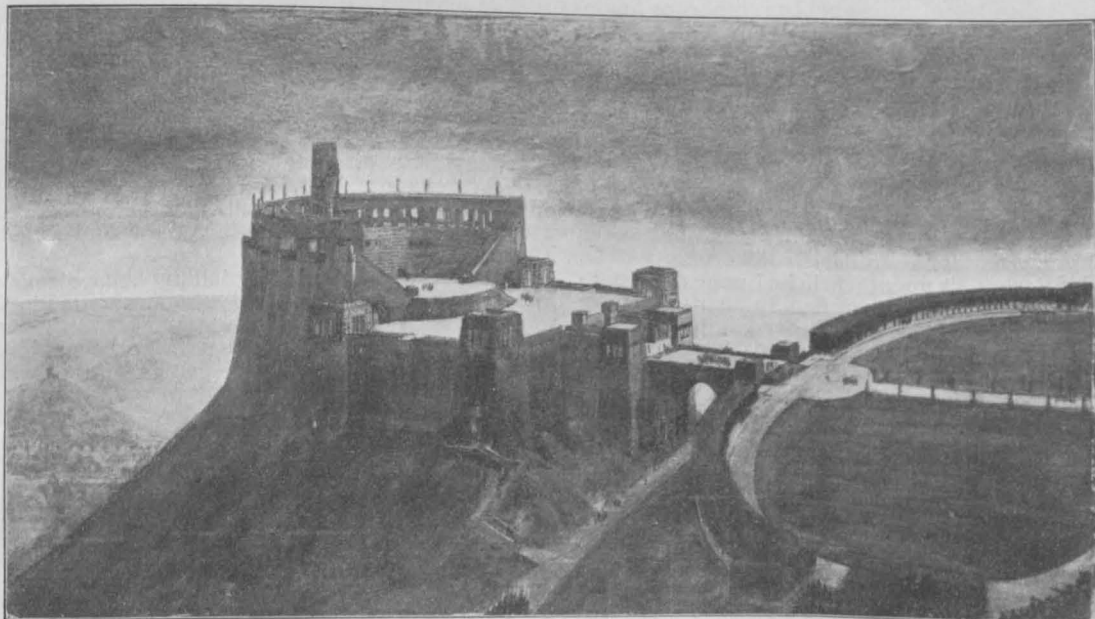
## Wettbewerbe.

Ideenwettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem Bebauungsplan für das der Terrain-Aktiengesellschaft am Flugplatz Johannisthal-Adlershof gehörige Gelände. Der Wettbewerb ist auch auf die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des „Bundes Deutscher Architekten“ ausgedehnt und sein Termin auf 11. März 1911 festgesetzt.

Für Preise stehen im ganzen 12000 M. zur Verfügung. Hiervon werden drei Preise von je 3000 M. verteilt. Für die restlichen 3000 M. werden nach Vorschlag des Preis-

Plan zugrunde zu legen oder einem der Bewerber die weitere Ausführung zu übertragen.

Das für die Erbauung zu erschließende Gelände liegt zum Teil auf dem Ortsgebiet von Adlershof, zum Teil auf dem von Johannisthal. Es wird begrenzt durch das umrandete Gebiet (Plan S. 79), und zwar im Norden und Nordosten durch die Berlin-Görlitzer-Eisenbahn und reicht vom Bahnhof Niederschöneweide-Johannisthal bis zum Bahnhof Adlershof-Alt-Glienicke; im Nordwesten durch die Bahn- und Wald-Straße; im Westen und Südwesten durch



Entwurf mit dem Kennwort „Deutschland seinem Bismarck“. Arch.: Prof. Bodo Ebhardt in Grunewald.

Die Entscheidung im Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

gerichtet Entwürfe zum Mindestpreis von 500 M. angekauft. Für den Fall der Ausführung der angekauften Entwürfe erfolgt Honorierung nach der Norm des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, soweit der gezahlte Ankaufspreis sich unterhalb der Honorargrenze dieser Norm bewegt. Die Terrain-Aktiengesellschaft übernimmt keinerlei Verpflichtungen, irgend einen der preisgekrönten bzw. angekauften Entwürfe ganz oder zum Teil dem zur Ausführung bestimmten Bebauungs-

die Flugplatz-Straße bzw. Grundstücke der Gemeinde Johannisthal; im Süden durch die Chaussee von Rudow nach Bahnhof Alt-Glienicke. Das Gelände ist vollständig eben.

Die Bewerber haben sich an die für die Ortsteile Johannisthal und Adlershof geltende Bauordnung vom 28. Mai 1907, welche geschlossene Bebauung vorschreibt, zu halten. Es bleibt ihnen freigestellt, Vorschläge zu machen, wie unter unwesentlicher Abänderung der bestehenden



Bauordnung und unter Wahrung der finanziellen Interessen der ausschreibenden Gesellschaft befriedigende Lösungen erzielt werden können, und wie es sich ermöglichen läßt, auf geeigneten Teilen des Geländes Reihenhäuser für 1—2 Familien an billig herzustellenden, etwa 10 m breiten Wohnstraßen zu errichten.

Bei der Bebauung des zu erschließenden Geländes mit einem Flächeninhalt von rund 315 ha wird es sich hauptsächlich um die Errichtung von Wohnhäusern mit Zwei- bis Fünf-Zimmerwohnungen, vereinzelt um Einzimmer-Wohnungen, zum Teil um Wohnhäuser mit Läden handeln. Dasjenige Land, welches zwischen dem Flugplatz, dem Eisenbahn-Dispositionsland und den ungefähr bei x und y zu schaffenden Straßen liegt, soll der industriellen Bebauung zugeführt werden.

Der Bebauungsplan für das Gelände des Ortsteiles Adlershof ist mit den eingetragenen Straßenzügen südlich der Rudower-Chaussee in Uebereinstimmung zu bringen. Es sollen aber die auf dem jetzigen Flugplatz an-

auf dem Adlershofer als auch auf dem Johannisthaler Gebiet 28 % vorzusehen.

In dem Johannisthaler Gelände ist außer den für Straßen und Schmuckplätze bestimmten 28 % eine Fläche von 5 ha für eine Parkanlage vorzusehen. Es wird freigestellt, aber nicht zur Bedingung gemacht, diese Parkfläche auf der Grenze mit Platzflächen aus Adlershofer Gebiet zu vereinigen. Es könnte hierdurch ein Zentralpark geschaffen werden, der die für Johannisthal festgelegten 5 ha mit denjenigen Flächen vereinigt, welche sich praktischerweise aus den 28 % Straßen- und Schmuckplatzflächen, die Adlershof zustehen, hierher legen lassen.

Die Gemeinde Johannisthal hat Anspruch auf Ueberlassung von 3 % des in ihrer Gemeinde liegenden Bruttobaulandes für kommunale Zwecke. Adlershof hat unter gleichen Bedingungen den Anspruch, von der Gesellschaft 2 % des Bruttobaulandes zu erhalten. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Bayerischen Verkehrsmuseums in Nürnberg



zulegenden Straßen unabhängig von den vorhandenen Johannisthaler Straßen auf die Flugplatz-Straße geführt werden.

Die außerhalb des Flugplatzes liegenden Gebiete sollen der sofortigen Bebauung erschlossen werden. Der Flugplatz dient seiner Bestimmung noch 20 Jahre; der Bebauungsplan hierfür ist aber auch sofort aufzustellen. Im Bebauungsplan für das gesamte Gelände ist zu berücksichtigen, daß am Bahnhof Johannisthal - Niederschöneweide ein von der Gemeinde Johannisthal später zu errichtendes zweites Rathaus geplant ist. An den Bahnhöfen Adlershof und Johannisthal-Niederschöneweide sind Platzanlagen zu schaffen. Bei der Einteilung des Geländes in Blockstreifen sind unmotiviert Blocklängen von über 200 m möglichst zu vermeiden. Vorschläge sind zu machen, wie bei tiefen Baublocks Hinterhäuser vermieden werden können und wie die wirtschaftliche Ausnutzung des Grund und Bodens doch zu ermöglichen ist.

Es sind breite Verbindungs-Straßen vorzusehen: 1. vom Eingang A aus quer durch das Gelände zur Süd-Ecke an der Adlershof-Rudower-Chaussee, 2. vom Bahnhof Adlershof - Alt-Glienicke etwa zu dem Zusammenschchnitt der Friedrich-Straße und der Johannisthal-Rudower-Chaussee. Die Vorgärten in diesen dem Verkehr dienenden Straßen sind fortzulassen und neben die Bürgersteige Schmuckstreifen zu legen, sodaß die Gesamt-Straßenbreite 30 m beträgt. Die übrigen Straßen sind als Wohnstraßen auszubilden. An Straßen und Schmuckplätzen sind sowohl

ist vom bayerischen Verkehrsministerium in München zum 1. Mai d. J. für alle in Bayern ansässigen Architekten geplant. Die Bausumme ist mit 1 300 000 M. angenommen. Es sollen 3 Preise von 6000, 4500 und 3000 M. in diesen oder anderen Abstufungen zur Verteilung gelangen. Jedenfalls ist beabsichtigt, die Summe der Preise im Betrag von 13 500 M. unter allen Umständen zur Verteilung zu bringen. —

Ein Preisausschreiben für die in Groß-Berlin ansässigen Mitglieder der „Vereinigung Berliner Architekten“ hat Geh. Kommerzienrat Herm. Frenkel zur Bebauung seines umfangreichen Geländes an der Hardenberg-Straße, Ecke Bismarck-Straße zu Charlottenburg, durchgehend bis zur Schiller-Straße erlassen. Das Gelände soll mit vornehmen Wohngebäuden bebaut werden, wobei die Aufteilung in einzelne Grundstücke den Bewerbern vorbehalten bleibt. An Preisen sind ausgesetzt ein I. Preis von 2000 M., ein II. Preis von 1500 M. und ein III. Preis von 1000 M., ferner sind 1500 M. für den Ankauf von drei nicht preisgekrönten Entwürfen mit je 500 M. bestimmt. Preisrichter sind die Hrn. Geh. Komm.-Rat Frenkel, Reg.-Bmstr. Hirte, Arch. Bachmann, Prof. Cremer und Arch. Seel. Einlieferungstermin ist der 1. März 1911. —

Ein internationales Preisausschreiben zur Erlangung von Vorentwürfen für ein Hospital und ein medizinisches Institut in Rosario de Santa Fé in Argentinien erläßt eine bezügliche Kommission zum 20. April 1911 unter Verheißung dreier Preise von 12 000, 8 000 und 5 000 Papier-

Pesos. Die Kommission hält sich nicht an die Entscheidungen des Preisgerichtes, sondern kann auch einen am Wettbewerb nicht beteiligten Architekten mit der Ausführung betrauen. Wir glauben, die Teilnahme am Wettbewerb deutschen Fachgenossen nicht empfehlen zu sollen. —

**Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Beethoven-Denkmal in Nürnberg**, für das eine Summe von 100000 M. zur Verfügung steht, erläßt der Magistrat zum 1. Aug. d. J. für die in Nürnberg schaffenden Künstler. Es sind 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 M. in Aussicht gestellt. —

**Wettbewerb Moselbrücke Trier.** Die Einsendungsfrist ist bis zum 1. Mai d. J. verlängert worden. —

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Gebietes der Marktgemeinde Gries bei Bozen** darf, obwohl er auf österreichische Teilnehmer beschränkt zu sein scheint, der Bedeutung dieses Gebietes wegen doch auch hier Erwähnung finden. Der Wettbewerb ist bei 3 Preisen von 1500, 1000 und 500 K. zum 1. April d. J. ausgeschrieben. In dem 12gliedrigen Preisgericht befinden sich nur zwei Techniker, die Hrn. Prof. Karl Hinträger und k. k. Bezirks-Ob.-Ing. von Bertel. Unterlagen gegen 30 K. durch den Magistrat. Wir haben darum gebeten, sie aber nicht erhalten. Denn wir glauben, daß der Wettbewerb über die Grenzen Tirols hinaus Beachtung verdient.

Am 6. Jan. 1911 ist die Vereinigung der Stadt Bozen mit der Landgemeinde Zwölfmalgreien vollzogen worden. Das Stadtgebiet Bozen umfaßte bis dahin eine Fläche von nur etwa 1 qkm mit 18000 Einwohnern. Bei diesen engen Grenzen war die Lösung vieler Aufgaben der Gemeinde wegen Mangel an Gelände teils ungemein erschwert, teils überhaupt unmöglich. Die nach langen Kämpfen erreichte Vereinigung schafft Abhilfe, indem sie die Fläche der neuen Gemeinde auf 34 qkm mit 27000 Einwohnern erweitert. Zur Durchführung umfassender Straßen- und Bahnbauten lokalen Charakters ist die Aufnahme einer Anleihe geplant. Ein genereller Bebauungsplan für den an die Stadt grenzenden Teil des neuen Gebietes ist eine unerläßliche Voraussetzung für diese Ziele und für eine gezielte Entwicklung. Nun hätte es doch für die Marktgemeinde Gries, die Bozen, am anderen Ufer der Talfer liegend, unmittelbar benachbart und wirtschaftlich von ihm durchaus abhängig ist, nahe gelegen, auch ihrerseits die Eingemeindung in Bozen zu beantragen, um so in dem gesegneten Bozener Boden, im Tale der Etsch, des Eisack und der Talfer, ein Gemeinwesen von großer Kraft und ausgesprochener örtlicher Eigenart zu schaffen. Diese naheliegendste Lösung einer brennenden Frage ist jedoch durch die politischen Verhältnisse, die in Gries vorwalten, verhindert worden; sie werden sich in absehbarer Zeit kaum ändern. Sie haben einen solchen Gegensatz gegen Bozen hervorgerufen, daß der in Rede stehende Wettbewerb ausgeschrieben werden konnte, der sich auf das Gemeindegebiet beschränkt, wo doch alle Verhältnisse zu einer großen, planmäßigen Lösung der Frage drängen. Man kann das aufrichtig bedauern, denn selten wälten wie hier die aus der Baugeschichte wie aus der Natur dieses Landstriches hervorgegangenen einer einheitlichen Lösung so entgegenkommenden Umstände so vor; selten hat die Aufgabe, für eines der schönsten deutschen Gebiete einen Bebauungsplan aufzustellen, so viel Reiz gehabt, wie hier. —

**Wettbewerb zur Erlangung von Fassadenentwürfen für das Eckgrundstück Jopengasse 1 und 2, Gr. Wollweber-Gasse 28-30 in Danzig.** Die Bedeutung dieses Wettbewerbes für das Stadtbild von Danzig veranlaßt uns, aus dem Protokoll des Preisgerichtes das Folgende wiederzugeben:

Die eingegangenen Entwürfe konnten nach der Art der gewählten architektonischen Lösung in vier Gruppen geteilt werden: 1. die alte zu erhaltende Fassade Jopengasse 1 wird in einen großen einheitlichen Eckbau als Risalit mit Giebel einbezogen, wobei sich der Neubau stilistisch mehr oder weniger den Formen des alten Hauses anschließt; 2. es wird versucht die alte Fassade dadurch in der Baumasse zur gebührenden Geltung zu bringen, daß das oberste Geschoß des Eckbaues eingezogen oder der Eckbau tiefer liegen gelassen und mit einer Plattform abgeschlossen wird; 3. es wird ein großer einheitlicher Bau geschaffen, dessen monumentale Wirkung darauf beruht, daß die alte Fassade der künstlerische Mittelpunkt bleibt; die anderen Bauteile sind durchaus im Stil des alten Hauses, wenn auch einfacher gehalten, wodurch der Eindruck eines einheitlichen Neubaus erzielt wird; 4. die alte Fassade wird als selbständiger Bau erhalten, indem nach der Jopengasse zu rechts und links von ihr zwei neue schmale Giebelhäuser errichtet werden, die zwar den Charakter der Danziger Häuser wahren, im Stil aber von dem Giebel Jopengasse 1 abweichen.

Auf Vorschlag der technischen Mitglieder des Preisgerichtes scheidet das Preisgericht beim ersten Rundgang diejenigen Entwürfe der Gruppe 1 aus, bei denen die alte Fassade in der neuen Baumasse derart zurücktritt, daß der Zweck des Preisausschreibens nicht erreicht erscheint. In engerer Wahl bleiben darauf 9 Entwürfe.

Bei einem zweiten Rundgang scheidet das Preisgericht die Entwürfe „Harmonie“ und „Schlüter“ aus. Bei beiden zur ersten Gruppe gehörenden Entwürfen wird die einheitliche und gut durchgebildete Architektur und der klare Aufbau anerkannt, doch wird die alte Fassade vor den großen Dächern zu sehr zur Nebensache. „Nunquam retrorsum“: Der zur zweiten Gruppe gehörige Entwurf macht den interessanten Versuch, die alte ruhige Fassade zu der lebhaft bewegten Architektur der Anbauten in Gegensatz zu bringen und dadurch zu heben. Doch sind die neuen Teile zu groß im Maßstab und das gemeinsame Dach ist auch hier zu groß. „Am guten Alten in Treue halten“: Der zur dritten Gruppe gehörige Entwurf erfreut durch seine großzügige architektonische Auffassung, macht aber den Fehler, die drei nach der Jopengasse gerichteten Giebel nach der Wollwebergasse zu wiederholen, wodurch die Baumassen zu groß werden.

Es verbleiben in engerer Wahl die Entwürfe:

1. „Ehr' das Alte, schaffe Neues“. Verfasser macht den Versuch, die den alten Giebel einschließenden Bauteile in ausgesprochen modernen Formen zu halten. Er erreicht hierdurch aber, daß die alte Fassade im Bau ganzen fremd und nebensächlich dasteht.

2. „Zwei Kugeln im Ring“. Auch hier ist bei reifer architektonischer Durchbildung durch flaches Abdecken der Ecke über dem dritten Geschoß der alte Giebel geschickt zu bedeutender Wirkung gebracht und die Wirkung der alten Zeughausfassade geschont. Leider ist die Raumaussnutzung zu ungünstig.

3. „1640—1910 (2)“. Dieser Entwurf gehört der Lösung nach zur zweiten Gruppe der Entwürfe. Das Bestreben, durch den wagrechten Abschluß der Ecke den alten Bau stark zur Geltung zu bringen und zugleich die Höhenwirkung des alten Zeughauses zu schonen, sowie eine gute Ausnutzung des 5. Geschosses herbeizuführen, wurden anerkannt, doch steht die Architektur mit dem alten Gebäude zu wenig im Einklang, auch wirkt die flach gedeckte Ecke in der Perspektive nicht durchaus befriedigend.

4. „Nikolas“ zeigt einen geschickten Versuch, durch doppelte Wiederholung des alten Giebels nach der Jopengasse und engen Anschluß des Neubaus an die Architekturformen des alten Hauses, jedoch in größerer Einfachheit der Einzelteile und durch zurückhaltende Behandlung der Fassade nach der Wollwebergasse ein neues monumentales Architekturbild zu schaffen, das sich dem Charakter der Jopengasse anschließt. Es geht hierbei aber die ursprünglich von Schlüter gewollte hochaufstrebende Wirkung der alten Fassade verloren.

5. „Peter Thumb“ sucht den Zweck des Preisausschreibens, die alte berühmte Fassade möglichst in ihrer ursprünglichen künstlerischen Wirkung zu erhalten, als einziger Entwurf dadurch zu erfüllen, daß nach der Jopengasse rechts und links von ihr zwei selbständige, verschieden ausgestaltete Giebelhäuser errichtet werden sollen. Durch den Verzicht auf eine einheitliche architektonische Gestaltung der ganzen Baumasse ist der Charakter des alten Giebels gewahrt, auch passen sich die Fassaden dem Gesamtcharakter der Jopengasse an. Hinzu kommt die geschickte und zurückhaltende Ausbildung der Fassade nach der Wollwebergasse, die Vermeidung eines hohen Daches hinter den Giebeln und eine gute architektonische Durchbildung der neuen Bauteile. Im 5. Geschoß wird allerdings durch die Kehlen zwischen den drei Giebeln eine mäßige Einbuße an nutzbarem Raum geschaffen.

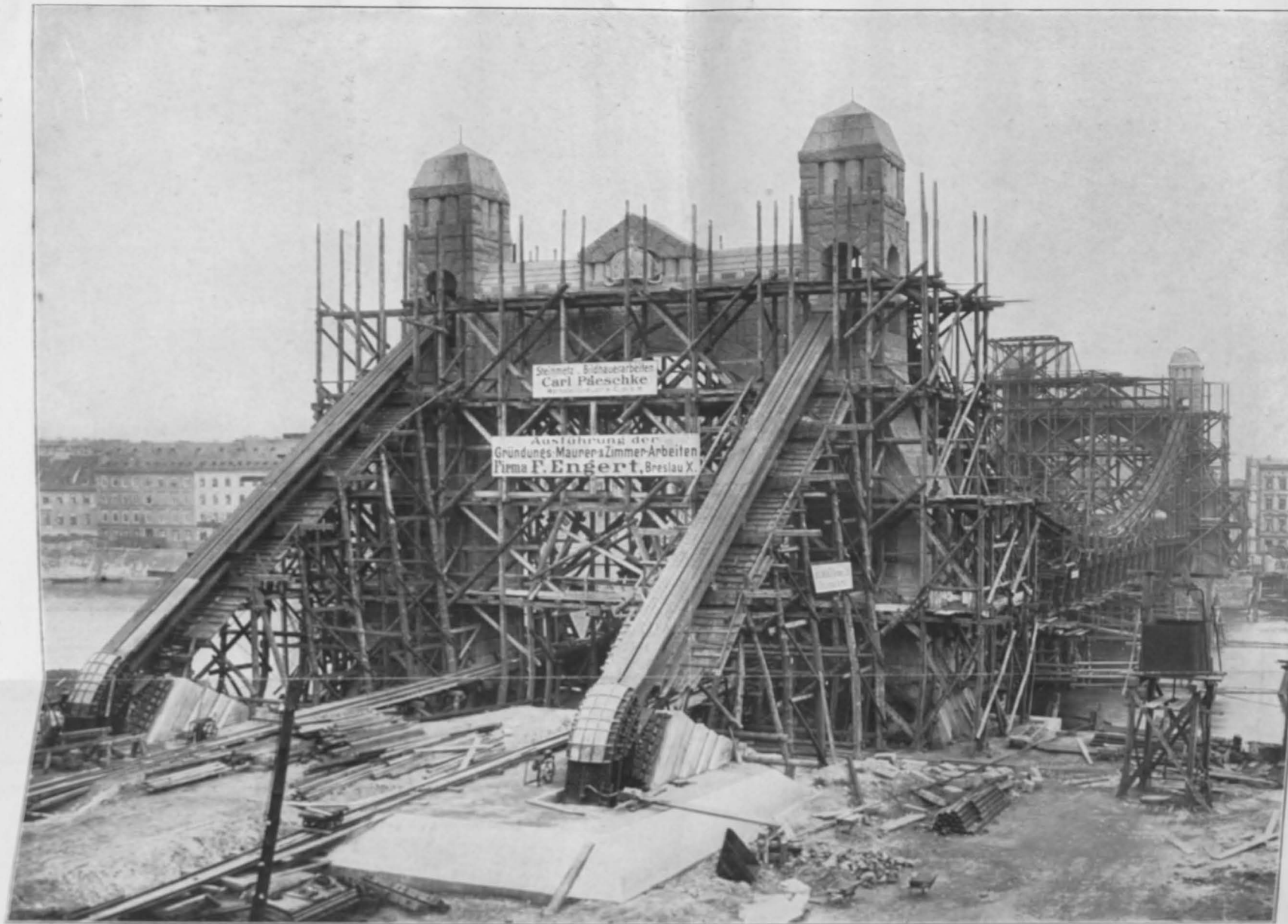
Das Preisgericht beschließt mit 8 gegen 3 Stimmen, diesem Entwurf mit Rücksicht auf die architektonischen Vorzüge den Preis zu erteilen. Es wird Hr. Arch. Carl Anton Meckel aus Freiburg i. Br. als Verfasser festgesetzt. —

Inhalt: Die neuen deutschen Bauten in Jerusalem. (Schluß.) — Die Verbesserung der Rhein-, Elbe- und Oder-Schifffahrt. — Neuere Ausgrabungs-Ergebnisse. (Schluß.) — Der Umbau der Nationalgalerie, der Bauakademie und die Errichtung eines Baukunst-Museums in Berlin. — Vermischtes. — Die Entscheidung im Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück. — Die Rettung des Holzhausen-Parkes in Frankfurt a. M. und der Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für die Bebauung des Villengeländes dieses Parkes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Stadtbild von Jerusalem mit der Erlöserkirche und dem Bauplatz für den Muristan.

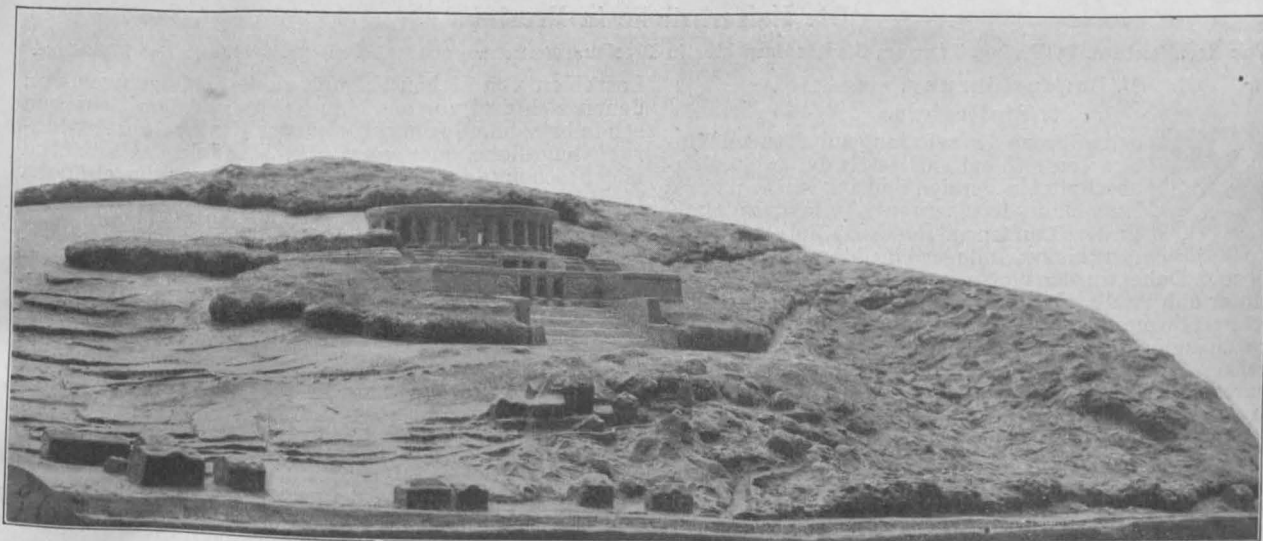
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber in Berlin.





IE KAISER-BRÜCKE  
 IN BRESLAU. \*\*\*\*  
 AUFNAHME WÄH-  
 REND DER MONTA-  
 GE, HERBST 1909. \*\*  
 OBERER TEIL DER  
 TÜRME BEREITS AB-  
 GERÜSTET. \*\*\*\*  
 === DEUTSCHE ===  
 \*\* BAUZEITUNG \*\*  
 XLV. JAHRGANG 1911  
 \*\*\*\* NO. 10. \*\*\*\*





Entwurf mit dem Kennwort „Ein Heiligtum“. Arch.: W. Brurein in Charlottenburg und Bildh. Prof. H. Hosäus in Grunewald  
Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. N<sup>o</sup> 10 BERLIN, DEN 4. FEBRUAR 1911.

## Mitarbeit der Fachkreise im Zweckverband für Groß-Berlin.



Der Ausschuss für Groß-Berlin, der gebildet wurde durch die „Vereinigung Berliner Architekten“ und den „Architekten-Verein zu Berlin“, richtete angesichts der bevorstehenden Beratungen des Entwurfes eines Zweckverband-Gesetzes für Groß-Berlin an beide Häuser des preußischen Landtages die folgende sehr

bedeutsame Anregung:

„Nach § 30 Abs. 2 des genannten Gesetzes können dem Verbandsdirektor noch andere obere Beamte zugeordnet werden. Wir bitten, dieser Absatz möge folgende Fassung und Ergänzung erhalten:

„Dem Verbandsdirektor sind die erforderlichen oberen Beamten zuzuordnen, darunter müssen sich an leitender Stelle mindestens ein in Städtebaufragen erfahrener Architekt und ein in Verkehrsfragen bewandelter Ingenieur befinden.“

Ferner möge hinter § 31 eingefügt werden:

„Dem Verbandsdirektor ist ein aus wenigstens sieben Mitgliedern bestehender Sachverständigen-Beirat zuzuteilen, der sich aus Baukünstlern, Ingenieuren und Vertretern der Volkswirtschaft und Hygiene zusammensetzt. Der Sachverständigen-Ausschuss wird von der Verbandsversammlung auf drei Jahre gewählt. Er ist vom Verbandsdirektor in wichtigen Fragen zu hören.“

Begründung: Der Ausschuss für Groß-Berlin hat seit dem Jahre 1906 diejenigen Fragen zum Gegenstand eingehender Beratungen und Vorarbeiten gemacht, welche in dem Entwurf eines Zweckverband-Gesetzes für Groß-Berlin dem neuen Zweckverband unter § 1 No. 1 bis 3 als zu lösende Aufgaben zugewiesen werden.

Der Ausschuss hat bewirkt, daß zum ersten Mal eine zeichnerische Zusammenstellung aller Bebauungspläne für Groß-Berlin erfolgt ist und daß in den Unterlagen zum Wettbewerb Groß-Berlin eine Anzahl Pläne vereinigt wurden, die zur Klärung der drei Fragen wertvolle Hilfsmittel bieten werden.

Der Ausschuss hat durch die Drucklegung einer Reihe von einschlägigen Schriften Material für dieselben Fragen gesammelt, das sich verbreitet über die Beschaffung eines Grundplanes für die städtebauliche Entwicklung von Groß-Berlin. Er hat die Anregung zur Ausschreibung eines Wettbewerbes zur

Erlangung solcher Bebauungspläne für Groß-Berlin gegeben, er hat das Programm zu diesem Wettbewerb entworfen und hat an der Durchführung desselben dauernd den lebhaftesten Anteil genommen. Die drei ersten Preise sind bei dem Wettbewerb an Mitglieder des Ausschusses gefallen.

Der Ausschuss hat bei seinen weitgehenden und umfassenden Vorarbeiten und außerdem bei der Durcharbeitung der eingegangenen Entwürfe auf den erwähnten Gebieten wertvolle Erfahrungen sammeln können. Diese für den zu bildenden Zweckverband nutzbar zu machen, scheint im öffentlichen Interesse zu liegen.

Eine Mitarbeit der Fachkreise ist nun zwar schon im Entwurf unter § 20 Abs. 1 sowie § 29 Abs. 2 vorgesehen; insbesondere ist die Zuziehung von Sachverständigen zu den Beratungen erwähnt. Eine solche ist aber dem Beschlusse des Verbands-Ausschusses bzw. dem freien Ermessen der Verbands-Versammlung oder des Verbandsausschusses nur „überlassen“, nicht vorgeschrieben.

Um so mehr erscheint es notwendig, wenigstens innerhalb der dem Verbandsdirektor unterstehenden geschäftsführenden Behörde durch Ernennung sachverständiger Beamter an leitenden Stellen und durch weitgehende Heranziehung sachverständiger Mitarbeiter die sachgemäße Vertretung des technischen und künstlerischen Elementes zu sichern, da die Aufgaben des Zentralverbandes vorwiegend auf diesen Gebieten liegen. Wie notwendig es ist, das nicht bloß anheimzustellen, sondern gesetzlich vorzuschreiben, dürfte die Tatsache zeigen, daß auch heute noch in Deutschland zahlreiche Selbstverwaltungsbehörden bestehen, die, obwohl sie dauernd technische und baukünstlerische Fragen zu entscheiden haben, den Vertretern dieser Fachgebiete grundsätzlich die Mitgliedschaft vorenthalten.“ —

Wir hoffen und wünschen, daß diese Anregung des Ausschusses „Groß-Berlin“, die ihre Begründung in sich selbst trägt, bei den zuständigen Körperschaften in sich selbst fruchtbar Boden fälle, damit die großen Fragen, die nach umfangreicher und mühevoller Vorarbeit nunmehr vor die gesetzgebenden Faktoren gebracht und damit an den Beginn einer verheißungsvollen Entwicklung gestellt sind, nicht allein nach der verwaltungstechnischen, sondern auch nach der fachlichen Seite die Lösung finden, die der Größe der Aufgabe entspricht. —

## Die Kaiserbrücke in Breslau.

Von Reg.-Bmstr. a. D. Dr.-Ing. Trauer, Stadtbauinspektor in Breslau. (Fortsetzung und Schluß aus No. 6.) Hierzu eine Bildbeilage.

### III. Bauausführung. (Schluß.)

#### 5. Pfeilerbau.



och während des sehr lang anhaltenden Winters von 1908 auf 1909 setzte der zweite Bauabschnitt ein, der den Bau der Türme und die Aufstellung der eisernen Ueberbauten umfaßt. Erstere mußten mit Rücksicht auf die Montierung bis zur Auflagerhöhe bis zum 15. Mai fertig sein. Daher wurden die Versetzgerüste bereits im Spätwinter aufgestellt, eine Arbeit, die oft noch durch heftige Schneestürme unterbrochen worden ist. Die Gerüste waren zunächst 24 m hoch und bestanden aus fünf Stockwerken, deren unterstes eine 6 m weite Oeffnung für das Durchschieben der eisernen Träger enthielt (Abbildungen 30 und 31 (vergl. auch Abbildung 28 in No. 6)). Für das Aufmauern der Turmhelme wurde später an den Ecken ein sechstes Stockwerk aufgesetzt. Der Berechnung des Gerüsts wurde ein Winddruck von 200 kg/qm tatsächliche Holzfläche in der ersten, 100 kg/qm in den anderen drei Ebenen zugrunde gelegt; ferner wurden das Gewicht des Holzes mit 650 kg/cbm, die zulässige Biegebeanspruchung mit 120 kg/qcm, die erforderliche Knicksicherheit nach Euler mit 6 eingesetzt. Das Gerüst mußte mit kräftigen Stahldrahtseilen von 20 t Bruchlast an den Ankerkörpern und in den Schächten für die Anker der Versteifungsträger gegen Umkippen gesichert werden und wurde mit dem Hochmauern der Pfeiler gegen diese noch abgesteift. Auf den obersten Langschwellen der inneren beiden 6,75 m entfernten Binder lief ein Kran von 12 t Tragkraft mit Windwerk zum Versetzen der Werksteine und der Stahllager.

Mit dem ersten wärmeren Tage Ende März wurde mit dem Pfeilerbau begonnen, der rasch und planmäßig fortschritt. Nachdem bis zur Auflagerhöhe gemauert und das Gerüst gegen das Mauerwerk abgesteift war, konnten auch die zuvor nötigen Verstrebungen in den Ebenen parallel zur Brückenachse soweit beseitigt werden, daß die Lehrbögen für die Verbindung der Pfeilerschäfte aufgestellt werden konnten. Das Lehrgerüst, Abb. 32, besteht aus 3 Bindern in 1,25 m Abstand und zerfällt in einen Unterbau, auf dem mit Kopfschrauben das Obergerüst steht. Die Bogensteine wurden zuerst trocken ohne Mörtel versetzt und erst zum Schluß wurden die Fugen mit Zementmörtel 1:3 ausgestopft. Es wurden damit sehr gute Ergebnisse erzielt, sodaß hiernach das Unterstopfen dem Vergießen jedenfalls vorzuziehen ist. Bei dem Ausrüsten nach vierwöchiger Erhärtung zeigten sich keinerlei Bewegungen. Der Bau der Pfeiler, die je 515 cbm Granitmauerwerk und 490 cbm Klinkermauerwerk enthalten, dauerte von Ende März bis Ende September 1909.

#### 6. Aufstellung des Eisentragwerkes.

Gleichzeitig mit den Maurerarbeiten wurden die Aufstellungs-Gerüste im Strome und diejenigen für die Schrägketten am Lande errichtet. Letztere bestanden aus verschiedenen hohen mit einander je zu zweien verstreuten Bindern und trugen eine zu den Rückhaltketten parallele Laufbahn etwa 5 m senkrecht über diesen. Auf den Schienen lief ein besonders ausgebildeter, durch eine Seilwinde unter dem Turmgerüst bewegter Wagen für den Einbau der rd. 13 m langen und 7 t schweren Stäbe. (Vergl. die Abbildung 28 in No. 6 und Abbildung 38 S. 87.) Die die Fahrbahn tragenden Aufsatzgerüste wurden für den Zusammenbau einer zweiten Kette wieder benutzt, während jede Kette ein eigenes Untergerüst besaß, auf dem sie ohne Vernietung der Vergitterung bis zum Ausrüsten der Brücke ruhte.

Die Stromgerüste wurden aus zwei Land- und zwei Stromjochen von je 32 und je 36 Tragpfählen gebildet und gewährten der Schifffahrt zwei seitliche 20,75 m weite und eine mittlere 25,5 m weite Durchfahrtsöffnung. (Vergl. Abbildung 33—36 und die Aufnahme der eingerüsteten Brücke Abbildung 37 S. 86.) Vom Traggerüst unabhängige Leitwerke mit vorgesetzten kräftigen Pfahlbündeln sicherten das Gerüst gegen den Anprall von Fahrzeugen. Die Pfähle wurden in üblicher Weise mittels einer Dampftramme von einem Prahm aus geschlagen, sie saßen so tief, daß sie nicht unterwaschen werden konnten und daß sie die genügende Tragfähigkeit — mit vierfacher Sicherheit nach der Rammformel von Brix — besaßen, was dauernd während des Rammens geprüft wurde.

Infolge der starken Schifffahrt an der Baustelle, an der die stromauf bestimmten Kähne zu Schleppzügen zusammengestellt werden, mußte ein Schleppdampfer von 200 PS. ständig Bugsierdienste leisten. Gleichwohl hat es nicht an aufregenden Zwischenfällen gefehlt. So wurden durch

Losreißen von sieben Kähnen eines Schleppzuges, von denen sich drei vor das eine fertige mit dem Ueberbau schon belastete Stromjoch und vor das noch in Ausführung begriffene quer vorlegten, 38 Pfähle des letzteren abgebrochen, da auch die Pfahlbündel vor diesem noch nicht ganz fertiggestellt waren. Es gelang jedoch, die hierdurch hervorgerufene Verzögerung wieder einzuholen.

Im Gegensatz zu der sonst oft gewählten Arbeitsreihenfolge, erst die Ketten zusammenzubauen und dann mit ihrer Hilfe die weiteren Teile, Versteifungsträger und Fahrbahn, herzustellen, wurde hier umgekehrt verfahren, da einmal die Türme erst Mitte Mai zur Verfügung standen und da andererseits infolge der späten Frühjahrs-Hochwässer erst verhältnismäßig spät an das Schlagen der Stromgerüste geschritten werden konnte. Während deren Errichtung wurden auf beiden Ufern die Hälften der beiden 114 m langen und rd. 3 m hohen Versteifungsträger zusammengebaut, und zwar in nur 4,8 m gegenseitigem Abstand, während dieser in der fertigen Brücke 18,9 m beträgt. Abb. 38 S. 87 zeigt diesen Zustand, während gleichzeitig die Rückhaltketten am linken Ufer eingebaut, auf den Pfeilern die 28 t schweren Stahllager versetzt werden und das Lehrgerüst für den Verbindungsbogen der Steinpfeiler aufgestellt wird.

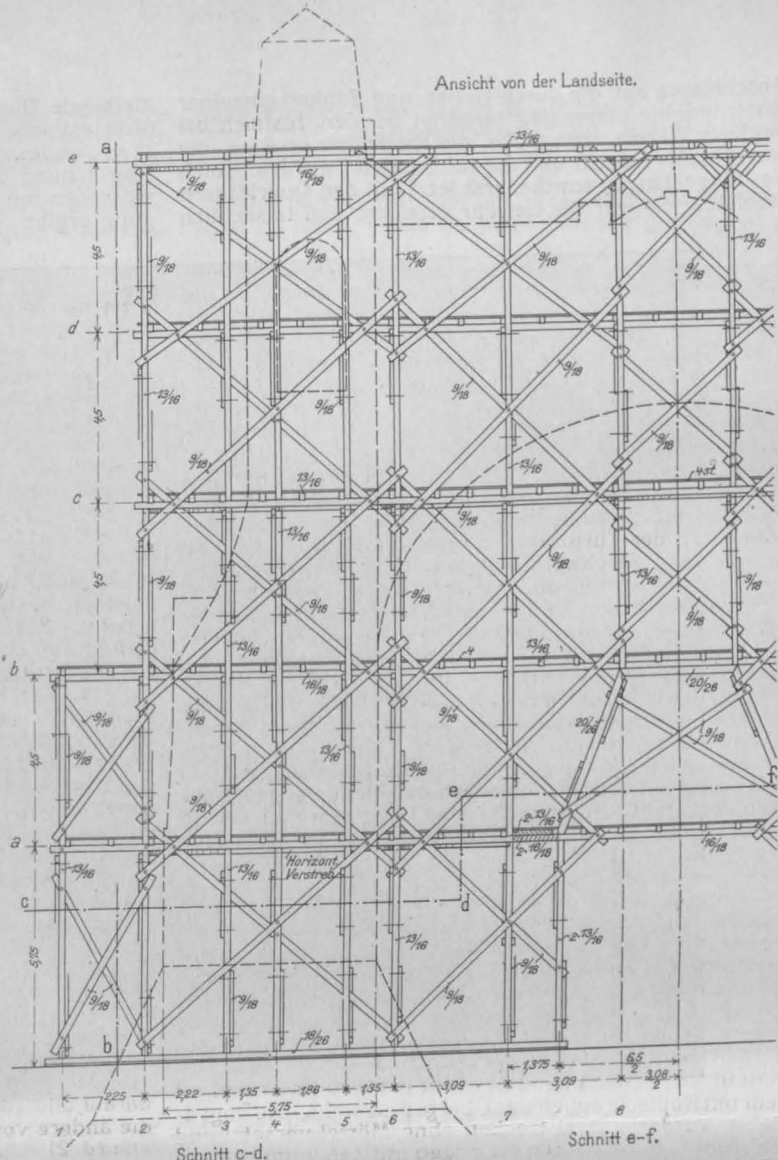
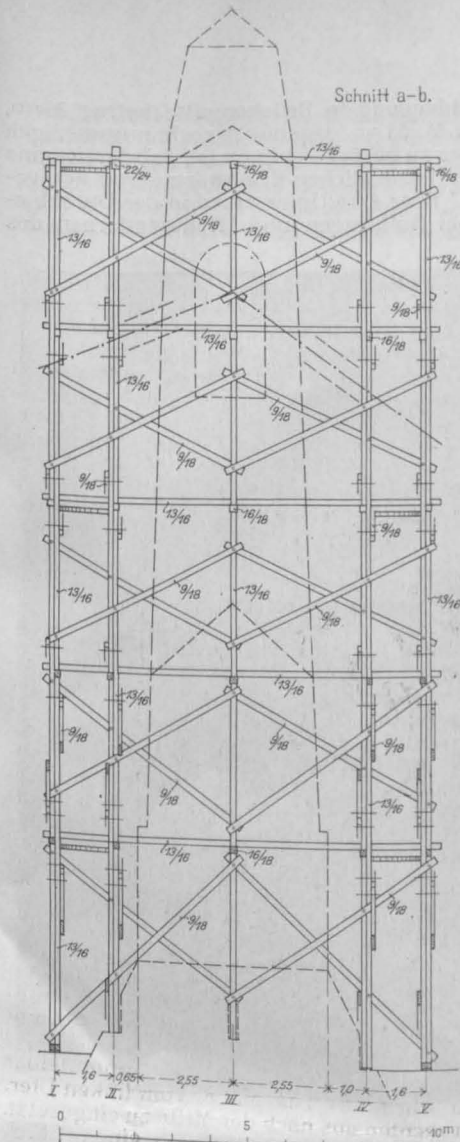
Nach Fertigstellung der Stromgerüste wurden die Versteifungsträgerhälften — untereinander genügend verbunden und abgesteift — auf Rollbahnen vorwärts geschoben, zunächst immer noch auf dem Landjoch unterstützt, dann frei vorkragend, bis die Spitze das Stromjoch erreichte und durch Rollen daselbst abgefangen wurde. Die Abb. 39 S. 86 stellt die Verschiebung vom rechtsseitigen Ufer aus dar, während auf dem linken die Arbeiten bereits weiter fortgeschritten sind. Sobald die Träger bis Strommitte vorgeschoben waren, wurden auf jedem Joch je zwei Rollbahnen quer verlegt und auf diesem die Träger unter gehöriger Sicherung gegen Umkippen seitlich auf das endgültige Maß von 18,9 m auseinander gezogen. (Vergl. auch die Anordnung der Verschiebbahnen im Grundriß Abbildung 35).

Der Einbau der 26 Querträger folgte unmittelbar darauf und zwar wurde die eine Hälfte vom linken Ufer, die andere vom rechten aus nach der Mitte zu eingesetzt. Die rd. 21 m langen und 13,5 t schweren, in einem Stück vom Werk versandten Querträger wurden seitlich neben dem Turmgerüst herangebracht, zwischen dieses und die Brücke geschoben und daselbst von einem auf den Obergurten der Versteifungsträger laufenden eisernen Kran gefaßt und an die Einbaustelle befördert (Abbildung 36 und die Aufnahme, Abb. 40, S. 87). Mit dem gleichen Kran wurden auch die Fahrbahn-Längsträger und die Windverbandstäbe eingebaut. Es wurden im Mittel täglich ein bis zwei, in einzelnen Fällen sogar drei Querträger an einem Tage eingesetzt.

Noch während dieser Tätigkeit auf der rechtsuferigen Hälfte wurde auf dem im wesentlichen fertigen linken Fahrbahngerippe für die letzte Hauptarbeit, den Zusammenbau der Ketten, ein rd. 20 m hoher fahrbarer Kran (Abbildgn. 33 und 34) mit beiderseits weit ausladenden Armen errichtet und das der Kettenform angepaßte Obergerüst auf den Versteifungsträgern aufgestellt. Die Kettenteile wurden auf seitlich neben den Kranschielen liegenden Rollbahnen herangeschafft und von den Türmen aus nach der Mitte zu nacheinander eingebaut. Die Kettenstäbe waren im Mittel 9,5 m lang und wogen 5 t; die längeren und schwereren Stäbe unmittelbar neben den Türmen wurden mit dem Kran und mit am Turmgerüst befestigten Flaschenzügen gehoben und eingebaut. Von den vier Bändern jedes Gurtes wurden zuerst die beiden unteren verlegt, verbunden und miteinander vernietet. Sobald sie sich frei von Anker zu Anker tragen konnten, wurden die Obergerüste von ihnen entlastet und dann wurden die oberen beiden Bänder eingebaut. So hatten die Obergerüste, die Versteifungsträger und die Pfahljoch je jeweils vom Kettengewicht nur die Hälfte zu tragen. Der Schluß der Bänder in der Brückenmitte erfolgte, sobald bei einer gewissen Wärme die Nietlöcher sich genau deckten.

Die Ketten waren nach ihrer Vernietung und dem Einbau der Hängestangen nunmehr imstande, die Fahrbahn und die Versteifungsträger, die zuvor als Gerüstbrücke für sie gedient hatten, selbst zu tragen. Die Last wurde unter langsamem Ablassen der unter dem Eisenwerk auf den Gerüsten stehenden Schraubenspindeln an die Ketten abgegeben. Rasch folgte der Abbau des Krans, der Obergerüste und der Stromgerüste, die pünktlich zur vorgeschriebenen Zeit, 15. Dezbr. 1909, entfernt waren,

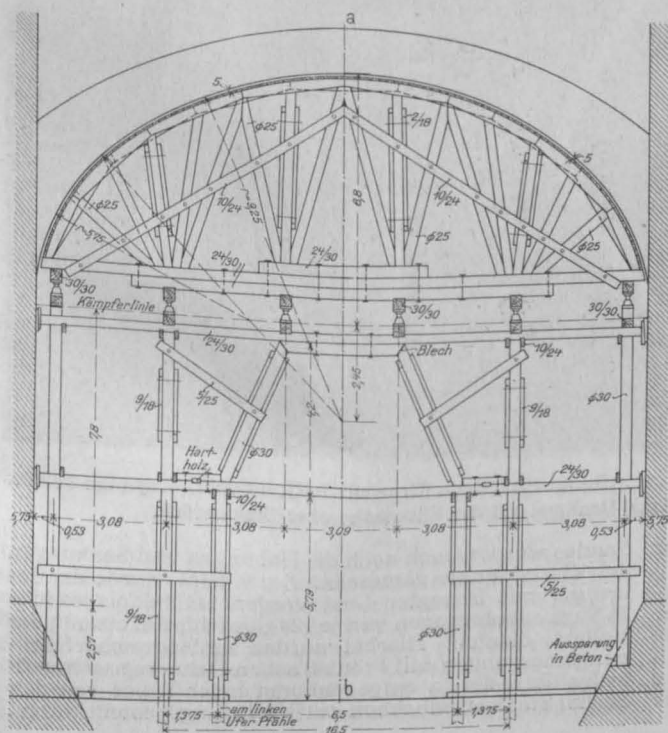
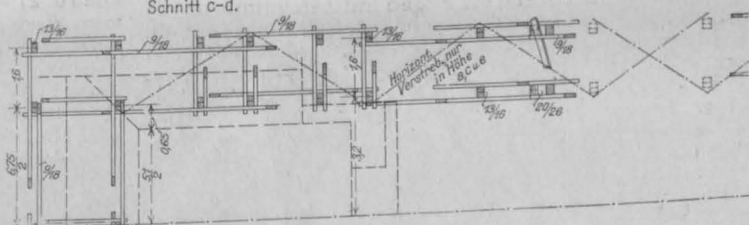




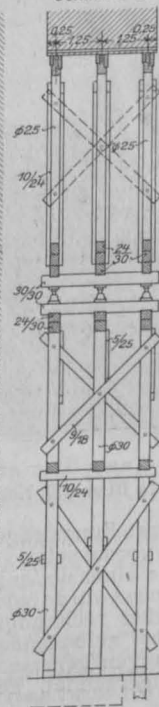
### Die Kaiserbrücke in Breslau.

Abbildungen 30 und 31. Gerüste für die Aufstellung der Türme und Portale.

Abbildung 32. Lehrgerüst der großen Portalbögen.



### Schnitt a-b.

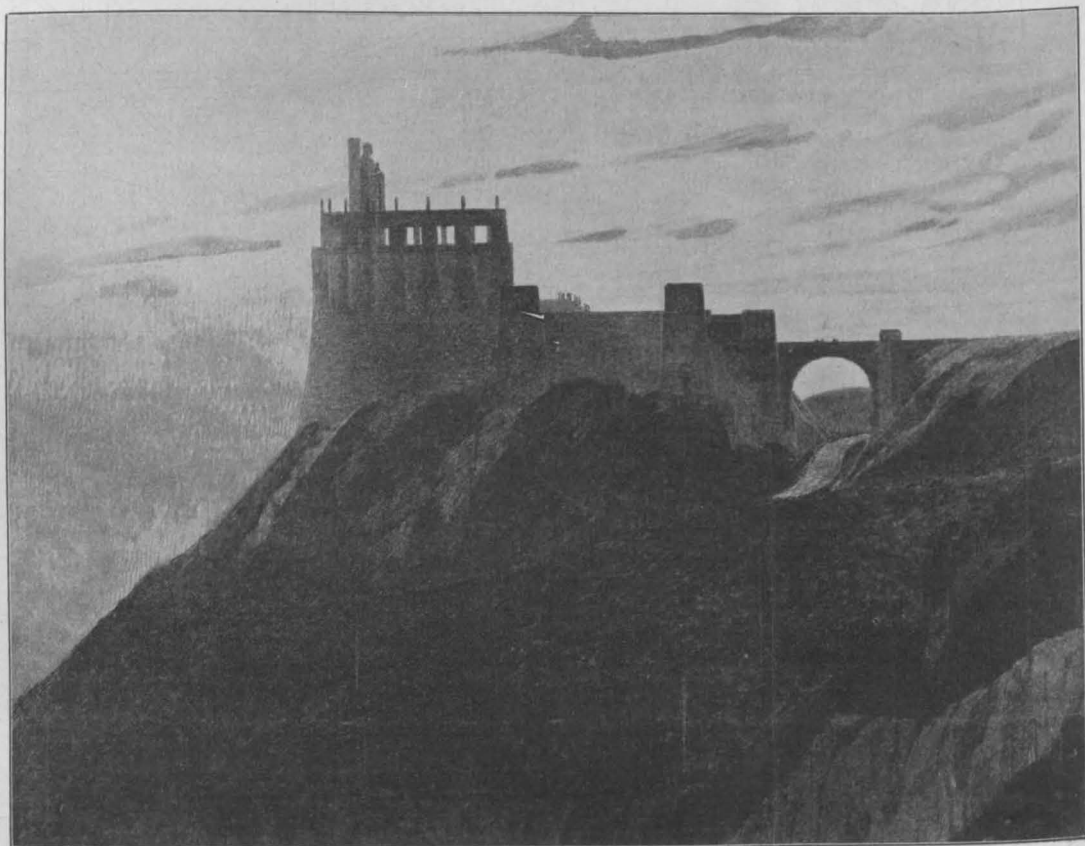


da der Strom von da ab wegen der Gefahren des Eisganges von allen Hindernissen befreit sein mußte. Die vollkommen eingerüstete Brücke zeigen Abb. 37, S. 86 von stromab aus gesehen und die Bildbeilage vom Lande aus, welche letztere zugleich die fertigen Türme und das Abrüsten der Turmgerüste wiedergibt.

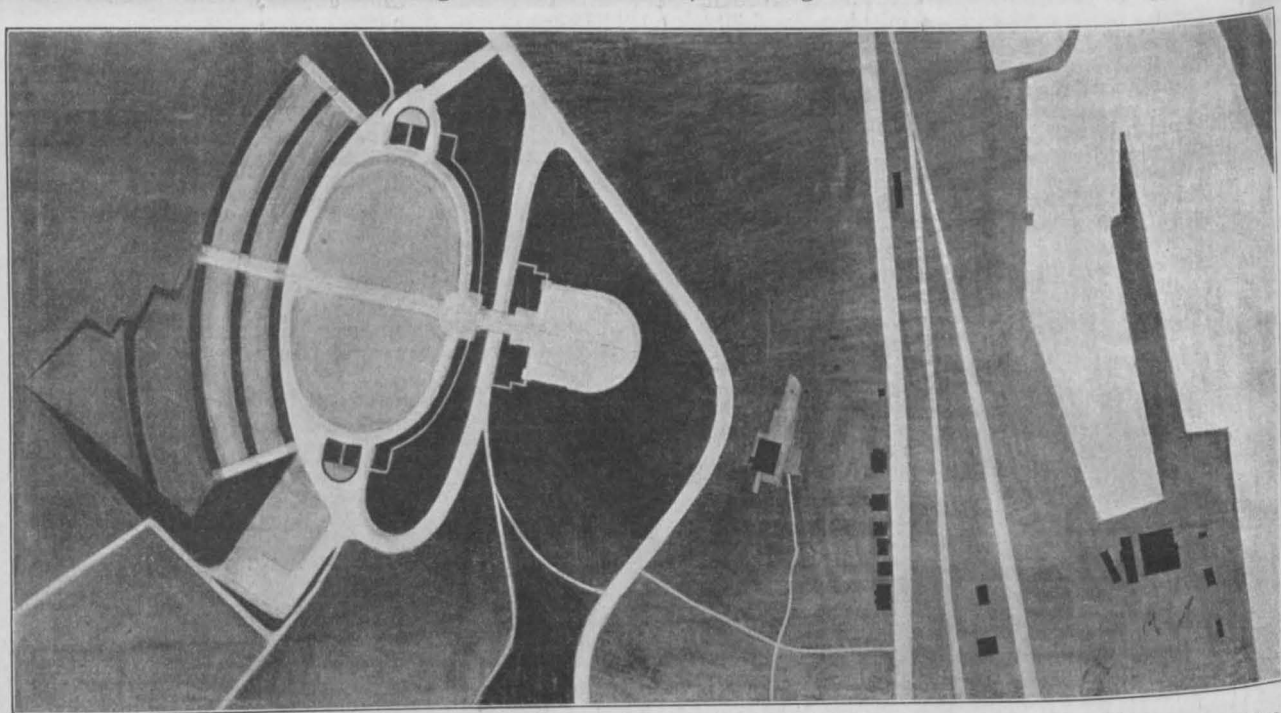
Im Winter 1909/10 wurden die Gas-, Wasser- und Kabelrohre verlegt, das Fahrgerüst wurde angebracht und die Fahrbahntafel fertiggestellt. Auf diese wurde im Frühjahr die Betonabgleichung mit dem wasserdichten Mörtelüberzug aufgebracht und das Hartholzplaster verlegt. Die weiteren Arbeiten, Verlegen der Fußwegplatten, Befestigen der Geländer, Aufstellen der Beleuchtungsmaste, endlich der Anstrich der Brücke füllten den Sommer 1910 aus. Für den Anstrich wurde auf Grund zahlreicher Proben ein grünlichblauer Ton gewählt, der zu dem rötlichen Granit der Türme abgestimmt ist. Erst nach Aufbringen der Gesamteigenlast wurden die Streben der Versteifungsträger mit den Obergurt-Knotenblechen vernietet, mit denen sie bisher nur verschraubt waren. Nach Lösen der Verschraubungen traten geringe Verschiebungen an den

Anschlüssen auf, die durch Heben und Senken einzelner Knotenpunkte planmäßig beseitigt wurden, bis sich bei mittlerer Wärme, früh 4 Uhr, die Nietlöcher deckten, die dann rasch verdorrt und darauf vernietet wurden. Auch die Hängestangen wurden erst jetzt mit den Querträgern vernietet. So war die Gewähr gegeben, daß tatsächlich

bleibende Durchbiegung in Brückenmitte betrug 26 mm, die elastische i. M. 53 mm gegenüber rechnermäßigen 48 mm, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß bereits eine Abweichung der tatsächlichen Eisenwärme von der gemessenen um  $1^\circ$  über 4 mm Unterschied in der Durchbiegung ergibt. Bei Aufbringen und Wiederentfernen des



Längsansicht vom Rhein her, stromauf gesehen.



Entwurf mit dem Kennwort „Deutschland seinem Bismarck“. Arch.: Prof. Bodo Ebhardt in Grunewald. Lageplan 1:5000. Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

bei Eigenlast und mittlerer Wärme der Versteifungsträger spannungslos ist, wie die Berechnung es voraussetzt.

Anfang September wurde die Brücke einer umfangreichen Belastungsprobe unterworfen. Zuerst wurde jeder Hauptträger mit  $4,26 \text{ t/m}$  Sand — gegenüber rechnermäßigen  $3,6 \text{ t/m}$  — belastet und die hierbei auftretenden bleibenden und elastischen Formänderungen gemessen und auf mittlere Wärme von  $+10^\circ \text{ C}$ . umgerechnet. Die

Sandes wurden auch noch die Hebungen und Senkungen der Viertelpunkte gemessen. Am 9. Sept. wurde die Belastung mit bewegter Last vorgenommen, als welche 24 Straßenbahnwagen von je  $12 \text{ t}$  Gewicht, d. i. etwa  $\frac{1}{3}$  der Vollast, dienten. Hierbei wurden umfangreiche Spannungsmessungen mit Fränkel'schen Dehnungszeichnern ausgeführt, die in entgegenkommender Weise von den Sächs. Staatseisenbahnen zur Verfügung gestellt waren.

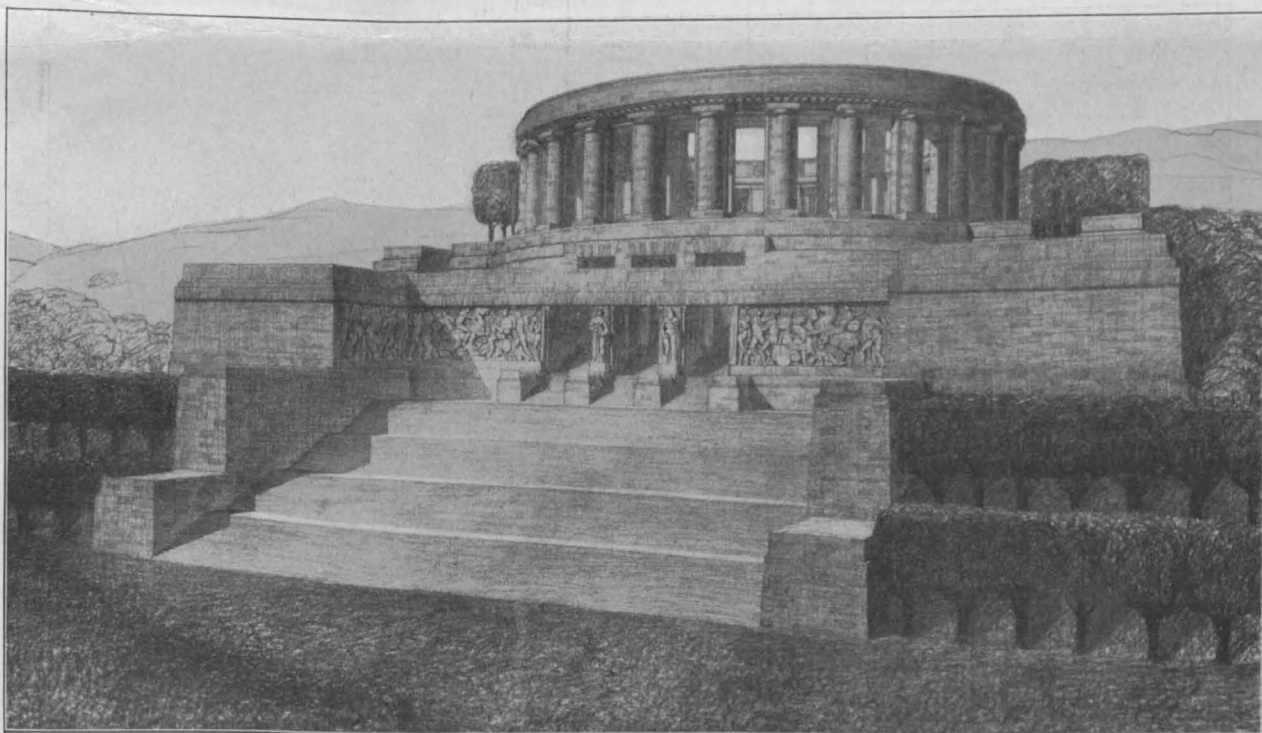


Die größte rechnungsmaige Spannung für die verfügbare Last in der ungünstigsten Stellung war in der Kette  $90 \text{ kg qcm}$ , in den Gurten 269, von welchen Werten die gemessenen Spannungen jedoch nur  $55^\circ$  bis  $75\%$  betrugen, was einerseits in der geringen Größe der auftretenden Spannungen, andernteils in der erheblichen Versteifung durch die kr-

kung des Brckenscheitels bei Wärmeänderung wurde sehr gute Uebereinstimmung mit der Berechnung festgestellt.

#### 7. Fristen.

Der Bau der Brücke samt allen Nebenanlagen währte rund  $2\frac{1}{2}$  Jahre, wobei im Jahre 1909 der größte Teil der



Entwurf mit dem Kennwort „Ein Heiligtum“. Arch.: W. Brurein in Charlottenburg und Bildh. Prof. H. Hosäus in Grunewald. Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

tigen Knotenpunkte begründet ist. Immerhin entsprach die Spannungsverteilung auf die einzelnen Stäbe der berechneten gut. Die außerdem vorgenommenen Schnellfahrten mit Straßenbahnwagen und Feuerwehr-Mannschaftswagen und mit der Dampfwalze ergaben nur sehr geringe senkrechte und seitliche Schwankungen, welche letztere i. M.  $\pm 0,36 \text{ mm}$ , als Größtwert  $\pm 0,6 \text{ mm}$  betrugen. Durch Monate lange Beobachtungen der Hebung und Sen-

Arbeiten geleistet werden mußte. Die Fristen der wesentlichsten, größtenteils ineinander greifenden Arbeiten sind folgende:

#### 1. Brücke.

Ankerkörper einschl. Einbau der	
Kettenanker . . . . .	Febr. 1908 bis Febr. 1909
Pfeilerfundamente . . . . .	Juli 1908 bis Jan. 1909
Pfeiler einschl. Gerüste . . . .	Febr. 1909 bis Sept. 1909

4. Februar 1911.

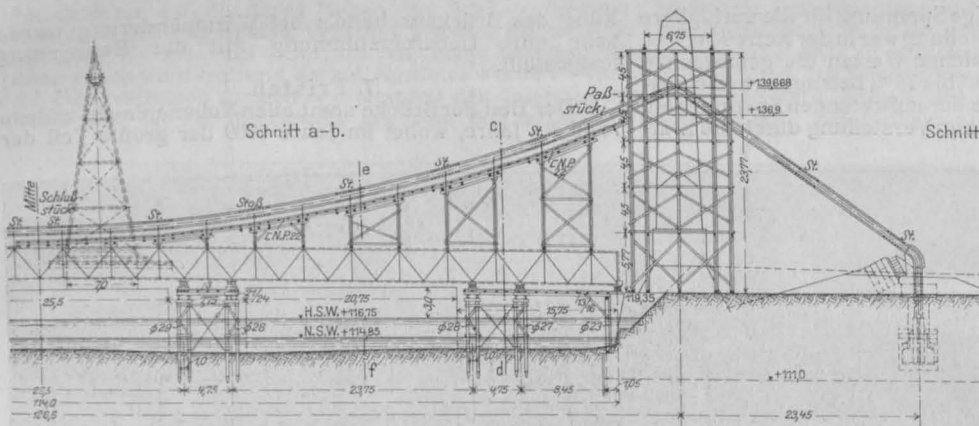


Abbildung 33. Längsschnitt neben der Kette.

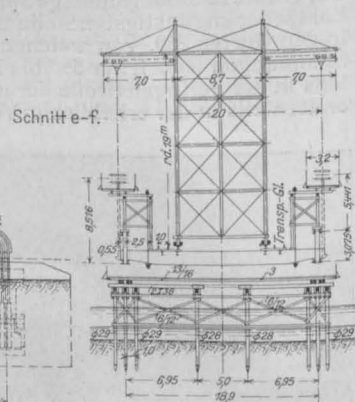
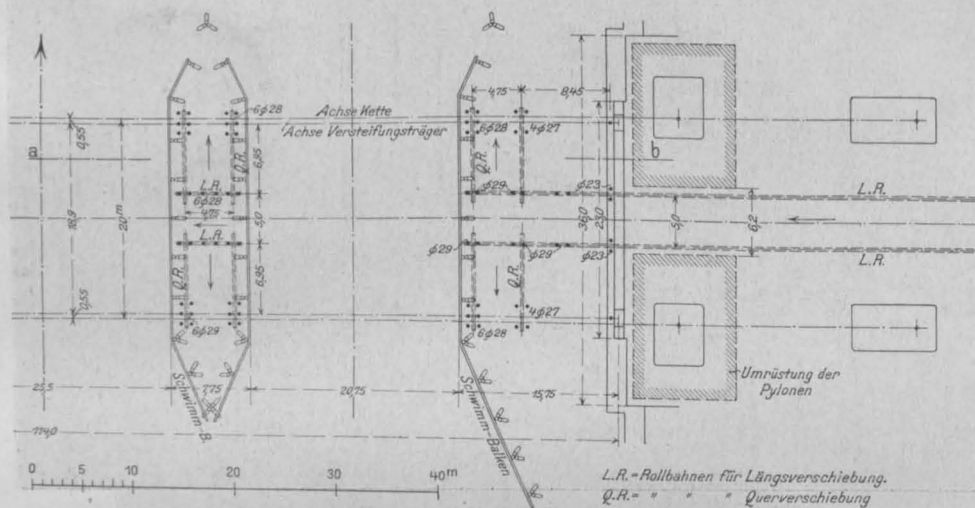


Abbildung 34. Kettenmontage



Abbildungen 33—36. Montage-Rüstungen.

Abbildung 35 (links). Grundriß.

Abbildung 36 (unten). Versetzkran für die Querträger.

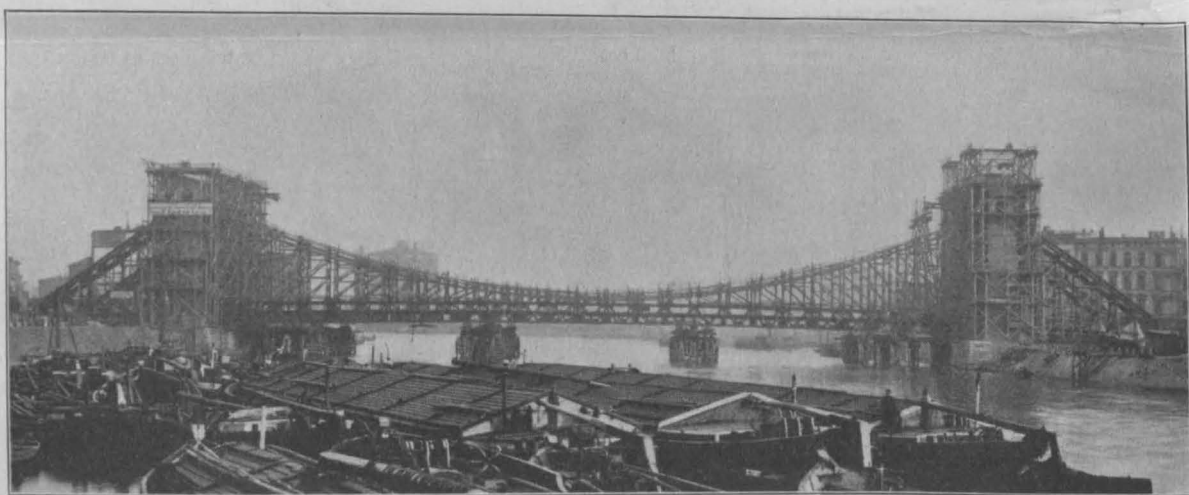
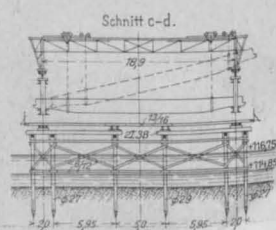


Abbildung 37. Aufnahme der Brücke mit den Montage- und Pfeilergerüsten.

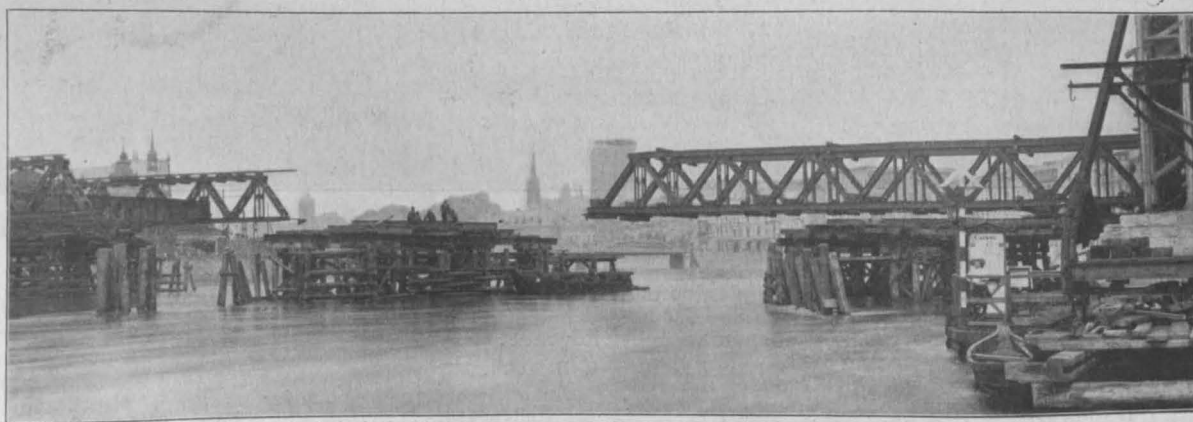


Abbildung 39. Ueberschiebung der Versteifungsträger der Brücke von den Ufern her.



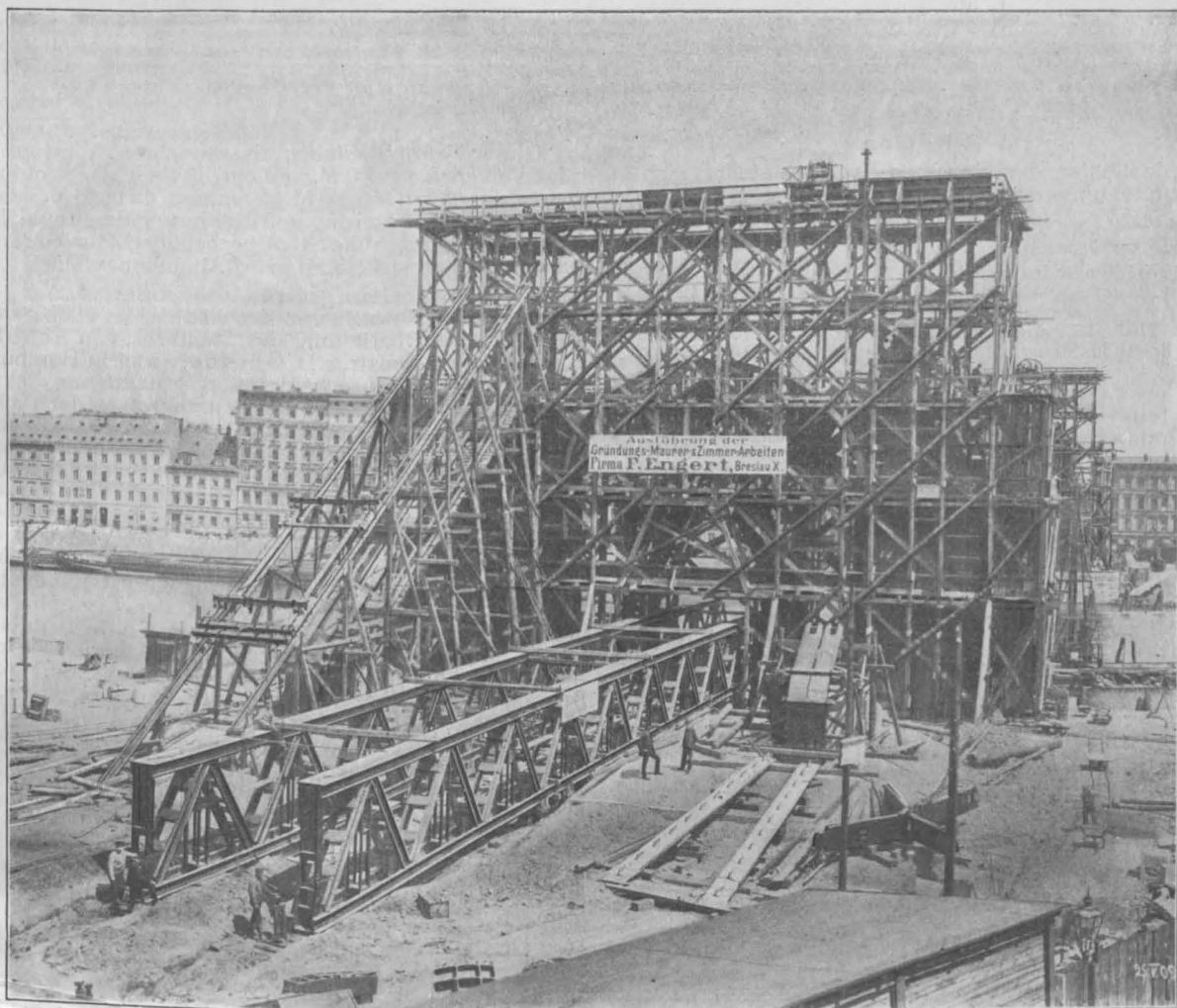


Abbildung 38. Pfeilergerüst und Montagegerüst der Rückhaltketten. Zusammenfügung der Versteifungsträger am Ufer.

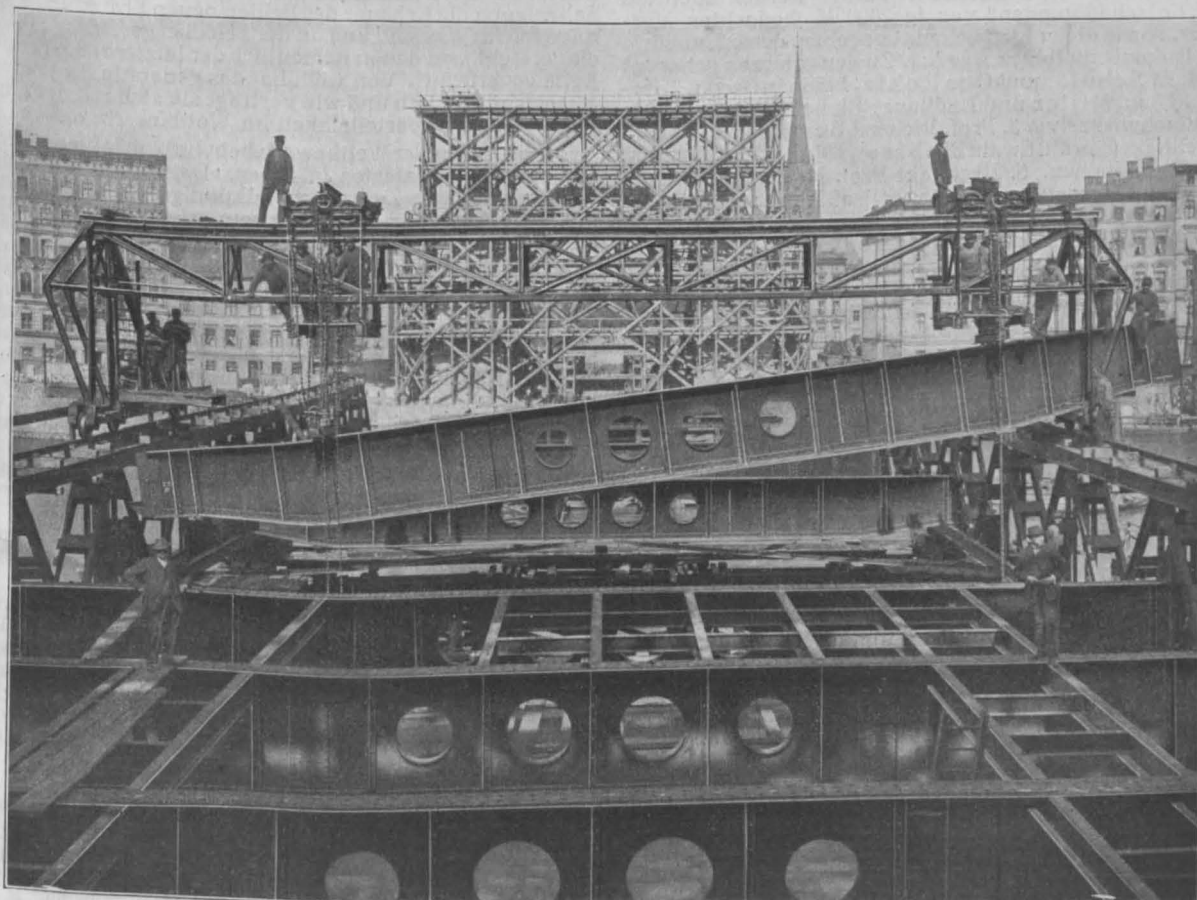


Abbildung 40. Einbau der Querträger mit besonderen, auf den Versteifungsträgern laufenden Versetzkranen.  
4. Februar 1911.

Stromgerüste . . . . .	April	1909 bis Juli	1909	2. Ufermauern . . . . .	300 000 M.
Haupttragwerk . . . . .	April	1909 bis Okt.	1909	3. Rampenstraßen . . . . .	417 000 "
Fahrbahn u. Vollendungsarbeiten	Okt.	1909 bis Sept.	1910	4. Bauleitung, Insgemein . . . . .	215 000 "
2. Ufermauern . . . . .	April	1908 bis Jan.	1910	5. Grunderwerb und Minderwert-Entschädigungen . . . . .	890 000 "
3. Straßenanlagen . . . . .	Juli	1909 bis Sept.	1910		

## 8. Kosten.

Die Kosten der einzelnen Arbeiten stellen sich in runden Summen wie folgt:

### 1. Brücke.

#### a) Ankerkörper.

12700 cbm Bodenaushub . . . . .	19 000 M.
1290 qm Umschließung der Baugrube . . . . .	29 000 "
Wasserhaltung . . . . .	67 000 "
270 t Eisengerippe . . . . .	77 000 "
8860 cbm Stampfbeton und Auflagergranitquader	192 000 "
Isolierungen, Hindernisse, Insgem. . . . .	42 000 "
	<u>426 000 M.</u>

#### b) Pfeiler.

1810 qm Spundwände . . . . .	44 000 M.
6400 cbm Bodenaushub . . . . .	13 000 "
1400 cbm Schüttbeton . . . . .	26 000 "
5390 cbm Stampfbeton einschl. Granitverblendung der Widerlager . . . . .	103 000 "
1025 cbm Granitverblendung der Pfeiler . . . . .	226 000 "
985 cbm Klinkermauerwerk der Pfeiler . . . . .	24 000 "
Hindernisse, Insgemein . . . . .	12 000 "
	<u>448 000 M.</u>

#### c) Eisenüberbau.

1996 t Flußeisen, einschl. Fahrgerüst . . . . .	755 000 M.
290 t Flußstahlguß . . . . .	161 000 "
1210 qm Holzpflaster . . . . .	35 000 "
820 qm Eisenbetonfußwegplatten und Granitbordsteine . . . . .	8 000 "
Beleuchtungsanlage, Geländer . . . . .	22 000 "
Schlepphilfe, Insgemein . . . . .	23 000 "
	<u>1 004 000 M.</u>

somit Gesamtsumme für die Brücke 1 878 000 M.

## Wettbewerbe.

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal Bingerbrück.** Die erste Bekanntgabe der Entscheidung wird vom Kunst-Ausschuß des Denkmals dahin berichtigt, daß die Verfasser des I. Preises sind: Prof. Herm. Hahn, Bildhauer in München, und Prof. Herm. Bestelmeyer, Arch. in Dresden; ferner ein II. Preis: Gesamtentwurf und Architektur von Arch. Reg.-Bmstr. Alfr. Fischer, Plastik von Walter Kniebe, beide in Düsseldorf. Ferner werden auch die mit „Entschädigungen“ von je 2000 M. bedachten Verfasser, sowie diejenigen bekannt gegeben, deren Entwürfe zum Ankauf empfohlen wurden. Zu den ersten gehören:

1. E. Schultz und Otto Kohtz, beide in Berlin. 2. Architekt Joh. Miller und Bildhauer Richard Miller, beide in München-Pasing. 3. Prof. Richard Berndt in München. 4. Architekt Oswald Ewald Bieber und Maler G. G. Klemm, beide in München. 5. Architekt Prof. Hermann Bestelmeyer in Dresden und Bildhauer Prof. Hermann Hahn in München. 6. Architekt Prof. Hermann Bestelmeyer in Dresden und Bildhauer Prof. Georg Albertshofer in München. 7. Bildhauer Prof. Georg Wrba, Architekt Max Wrba und Maler Otto Gußmann, sämtlich in Dresden. 8. Maler Prof. Max Läger in Karlsruhe. 9. Bildhauer Ludwig Dasio und Architekt Geh. Hofrat Prof. Dr. Friedr. v. Thiersch, beide in München. 10. Bildhauer Ernst Pfeifer und Arch. Prof. Paul Pfann, beide in München.

Zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe engerer Wahl von: 1. Paul Baumgarten und Adolf Amberg, beide in Berlin. 2. Hans Poelzig und Theod. v. Goosen, beide in Breslau. 3. Bildhauer Karl Burger und Architekt Wilhelm Kirchbauer, beide in Aachen. 4. Maler Pechstein, Bildhauer H. Schmidt und Architekt A. Wünsche, alle in Berlin. 5. Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf.

**Der neue internationale Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Denkmal an die Erinnerung der Gründung des Welttelegraphen-Vereins in Bern** wurde zum 15. Aug. d. J. erlassen. Die Form des Denkmals ist freigestellt; sie soll nur den Denkmalgedanken zeigen und sich dem Helvetia-Platz in Bern anpassen. Kosten 170 000 Frs.; Summe der Preise 20 000 Frs., Anzahl und Höhe der Preise werden durch das Preisgericht bestimmt. Diesem gehören u. a. an die Bildhauer Prof. Pet. Breuer in Berlin, Prof. Edm. Hellmer in Wien, Injalbert in Paris, George Frampton in London, Joh. Horvai in Budapest, David Calandra in Turin, Ramalho Ortigao in Lissabon, Theod. Lundenberg in Stockholm, sowie die Architekten Dr. P. J. H. Cuypers in Amsterdam und Eug. Jost in Lausanne. Wir glauben, nach den Erfahrungen des ersten Wettbewerbes werden deutsche Künstler wenig Neigung zeigen, an diesem zweiten Wettbewerb teilzunehmen.

2. Ufermauern . . . . .	300 000 M.
3. Rampenstraßen . . . . .	417 000 "
4. Bauleitung, Insgemein . . . . .	215 000 "
5. Grunderwerb und Minderwert-Entschädigungen . . . . .	890 000 "

Gesamtunkosten 3 700 000 M.

Dieser Ausgabe stehen als Einnahme Anliegerbeiträge von etwa 300 000 M. und eine Beihilfe der Provinzialverwaltung von 360 000 M. gegenüber, da die Brücke zugleich eine Verbesserung und Abkürzung der Provinzialkunststraßen durch die Stadt herbeiführt. Der Gesamtaufwand beläuft sich somit auf rd. 3 Millionen Mark.

## 9. Bauleitung und Unternehmer.

Der Entwurf wurde von der städtischen Tiefbauverwaltung unter Oberleitung des Stadtrats. von Scholtz durch den Reg.-Bmstr. a. D. Günthel, jetzt in Hamburg, und nach dessen Ausscheiden durch Stadtbauinspektor Brugsch, jetzt Stadtbaurat a. D. und Prof. an der Techn. Hochschule Hannover, ausgearbeitet. Die architektonische Ausgestaltung lag in den Händen des verstorbenen Stadtrats. Geh. Brts. Plüddemann und Rats-Bmstrs. Klimm, der auch alle architektonischen Ausarbeitungen für die Ausführung geleitet hat. Die Bauleitung lag unter Oberleitung des Stadtbaurates von Scholtz dem Verfasser ob.

Die Gründungs-, Zimmer- und Maurerarbeiten führte F. Engert, die Steinmetzarbeiten die Werksteinindustrie C. Paeschke, beide in Breslau aus, den Eisenüberbau lieferten und stellten auf Beuchelt & Co. in Grünberg i. Schl., deren technisches Bureau unter Oberleitung des Reg.-Bmstrs. a. D. Thomas auch die Einzelausbildung der Brücke, insbesondere der Ketten und Lager, bewirkte.

In dankenswerter Weise haben die städtischen Behörden die Mittel für den Bau so bemessen, daß nicht allein einem dringenden Verkehrsbedürfnis abgeholfen wurde, sondern daß auch ein Bauwerk geschaffen werden konnte, dessen Gesamtanordnung dem eigenartig schönen Stadtbilde Rechnung trägt.

**Wettbewerb Synagoge Mainz.** Zu unserer entspr. Nachricht S. 68 wird uns berichtend mitgeteilt, daß aus dem I. Preis von 3000 M. und dem II. Preis von 2000 M. zwei gleiche Preise von je 2500 M. gebildet und diese den Hrn. Willy Graf in Stuttgart und O. Menzel in Dresden verliehen wurden. Ferner übersendet man uns die Nummer des „Israelitischen Familienblattes“ vom 12. Jan. 1911, also einige Zeit vor der Entscheidung, die eine Notiz über den Wettbewerb enthält, in der Folgendes gesagt ist: „U. a. haben auch die Erbauer der beiden neuen Frankfurter Synagogen im Westend und an der Friedberger Anlage Pläne eingereicht, von denen namentlich der letztere sich großen Beifalles erfreut“. Von wem hat das genannte Blatt diese Nachricht erhalten und wie verträgt sie sich mit der Anonymität und Unparteilichkeit im Wettbewerbswesen? —

**Internationaler Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau eines Justizpalastes in Athen.** Der Wettbewerb, den wir vor längerer Zeit schon ankündigten, ist nunmehr mit Frist zum 12./25. Sept. 1911 vom griechischen Minister des Inneren erlassen worden. Die Bausumme beträgt 4 Mill. Drachmen. Es sind ein I. Preis von 20 000 und ein II. Preis von 8000 Drachmen (1 Drachme = 1 Fr.) in Aussicht gestellt. Wir erwähnen den Wettbewerb, um von einer Beteiligung abzuraten, denn die Bedingungen entsprechen in keiner Weise dem, was deutsche Architekten von einer sachgemäßen Durchführung des Wettbewerbes erwarten können. So sind die Entwürfe 1:100 und dazu Einzelheiten in größerem Maßstabe verlangt. Die Jury ist nicht bekannt gegeben; sie wird erst später ernannt. Die verlangten Zeichnungen und Schriftstücke sind zu versehen „avec un versement de deux cent drachmes pour honoraires du jury“ (mit einer Einzahlung von 200 Drachmen als Honorar für die Jury). Wir hoffen, es doch bezweifeln zu dürfen, ob sich unter dieser Voraussetzung eine internationale Jury zusammenfindet. Dazu kommt, daß die Preise, falls das Gebäude in Klasse III genommen wird, namentlich angesichts des großen Maßstabes der Zeichnungen, ganz unzulänglich sind; auch wenn das Gebäude in Klasse II genommen wird, entfernen sie sich noch erheblich von der Summe, die für diese Klasse in Frage käme. Ueber die Ausführung ist nichts bemerkt. Der Justizpalast soll auf einem 80:100 m großen regelmäßigen Gelände an der Kreuzung des Boulevard Kephissias und der Regilles-Straße erbaut werden.

Inhalt Mitarbeit der Fachkreise im Zweckverband für Groß-Berlin. — Die Kaiserbrücke in Breslau. (Schluß.) — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die Kaiserbrücke in Breslau.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





## \* BEILAGE FÜR VEREINE \*

### Berichte über Versammlungen und Besichtigungen.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 5. Dezember 1910. Vorsitz. Hr. de Thierry.

An diesem Abend hielt Hr. Geh. Brt. Stadtbrt. Gerlach einen durch die Vorführung von etwa 100 Lichtbildern wirksam unterstützten, fast 2½ stündigen Vortrag über die am 1. Dezember v. J. dem Betrieb übergebene „Elektrische Untergrundbahn der Stadt Schöneberg“.

Redner führte zunächst aus, daß die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung einer Großstadt durch nichts mehr gefördert werden könne, als durch den Bau von Schnellbahnen auf eigenem Plan und losgelöst vom Straßenverkehr. Den Beweis hierfür liefern nicht allein das Vorgehen vieler ausländischer Städte, sondern auch die glänzende Entwicklung der Berliner Hoch- und Untergrundbahn mit ihren segensreichen Folgeerscheinungen für Groß-Berlin. Naturgemäß bauten aber Privatgesellschaften, denen es auf eine unmittelbare Rentabilität ankomme, im allgemeinen nur durch dichtbevölkerte Stadtteile, während sie die an der Peripherie liegenden Stadtteile vernachlässigten. Und doch sei es für die inzwischen zu Großstädten herangewachsenen Gemeinden um Berlin geradezu eine Lebensfrage geworden, nicht allein gute Verbindungen mit den Geschäftsmittelpunkten Berlins zu besitzen, sondern auch ihre noch freien Gelände der Bebauung zu erschließen und dadurch ihre Steuerkraft zu erhöhen, um den vielfgestaltigen gemeindepolitischen Aufgaben gerecht zu werden.

Diesem zweifachen Bedürfnis sei auch die Ausführung der Schöneberger Untergrundbahn entsprungen. Nach dem Vorgang anderer Städte, wie Paris, Hamburg u. a., habe Schöneberg als erste unter den Städten Groß-Berlins aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln den Bau einer Schnellbahn in Angriff genommen, und zwar mit großer Entschlossenheit und fast „amerikanischem“ Wagemut. Am 7. September 1908 hatten die städtischen Körperschaften den Bau beschlossen und schon am folgenden Tag sei das Werk begonnen, ohne Unterbrechung gefördert und nach einer Bauzeit von zwei Jahren vollendet worden, fristgerecht und ohne Ueberschreitung der bewilligten Mittel.

Die Bahn ist eine Unterpflasterbahn von rd. 3 km Länge, hat dasselbe Normalprofil des lichten Raumes wie die bestehende Hoch- und Untergrundbahn, liegt auf  $\frac{3}{4}$  ihrer Länge im Grundwasser, auf  $\frac{1}{4}$  über Grundwasser und hat daher gegen dessen Auftrieb eine feste Betonsole erhalten. Sie besitzt fünf Haltestellen, von denen diejenigen an der Kreuzung der

Haupt-Straße mit der Ringbahn und am Nollendorf-Platz als vorläufige Endhaltestellen zu betrachten sind, da die Bahn sowohl in südlicher Richtung in das Schöneberger Südgelände und nach Steglitz-Groß-Lichterfelde oder nach Lankwitz als offene Einschnittbahn, als auch nach Norden durch die Motz-, Genthiner-, Königin - Augusta - Straße, Potsdamer-Brücke, Viktoria-Straße, Tiergarten nach der Friedrichstadt als Tunnelbahn weitergeführt werden soll. Der vorläufige Bahnhof am Nollendorf-Platz ist zur Erleichterung des Uebergangsverkehrs durch einen überdeckten Verbindungsgang mit der betreffenden Hochbahnstelle verbunden und soll später durch den endgültigen zweistöckigen Gemeinschafts-Bahnhof ersetzt werden, der außer der Schöneberger Bahn mit ihrer Fortsetzung auch die beiden unterirdischen Verstärkungsgleise der Hochbahn-Gesellschaft aufnehmen soll. Letztere sind bekanntlich erforderlich, um das Gleisdreieck aufzulösen und den Verkehr der neuen Dahlem-Wilmersdorfer und der neuen Charlottenburger Kurfürstendamm - Untergrundbahn zu vermitteln.

Die Tunnelbauweise erfuhr eine wesentliche Abänderung und Verbilligung insofern, als statt der früheren einheitlichen Betonmauern eine gemischte Bauweise aus Beton und Eisen gewählt wurde. In Abständen von 1,7 m wurden eiserne Wandstützen eingebaut und mit den Deckenträgern zu Portalen verbunden, zwischen denen der Beton eingestampft wurde. Durch diese Bauweise gelang es, die Stärke der Betonmauer von 1,1 m auf 55 cm einzuschränken, die Bauzeit wesentlich zu verkürzen und die Gefahr der Rissebildung zu vermindern. Eigenartig war auch die Baugrubenwand-Absteifung insofern, als die nach Fertigstellung des Tunnelprofils überflüssig gewordenen eisernen Wandstützen durch Herausziehen wiedergewonnen wurden.

Von den schwierigsten und interessantesten Bauausführungen wurden die Unterdeckungen von Sammelkanälen unter der Hohenstaufen- und Haupt-Straße, die konstruktiven Vorkehrungen für die spätere Unterfahrung von tiefer liegenden Schnellbahnen in der Grunewald- und Haupt-Straße und insbesondere die Gründung und der architektonische Aufbau der Haltestelle Stadtpark näher erwähnt. Die letztere ist wohl der interessanteste und am meisten in die Augen fallende Punkt der ganzen Bahn, die hier ein altes Fenngelände, die Talmulde des „Schwarzen Grabens“, in einem von E. Schaudt entworfenen viaduktartigen Bauwerk durchquert; nach Westen und Osten dehnt sich der mit Hilfe der Ausschach-



tungsmasse aus der Untergrundbahn (rd. 200 000 cbm) neu geschaffene Stadtpark aus, in den man sowohl vom Bahnsteig der Haltestelle als auch von der in etwa 6 m Höhe hinübergeführten, mit Bildgruppen verzierten Innsbrucker-Straße aus reizvolle Ausblicke hat. Bemerkenswert waren auch die umfangreichen Anlagen zur Senkung des Grundwasserspiegels, namentlich die hier zum ersten Male in großem Maßstab angewandte Verwendung von Dreikolbenpumpen mit elektrischem Antrieb.

Die Baukosten sind auf 13 900 000 M. veranschlagt (einschl. der gesamten Bahnausrüstung und der Bauzinsen). Die Bauausführung lag in den Händen der Firma Siemens & Halske, die eine in jeder Hinsicht gediegene mustergültige Anlage geschaffen und fast alle Arbeiten im Eigenbetrieb unter ausgedehntester Benutzung der elektrischen Kraft für die Baumaschinen ausgeführt hat.

Mit herzlichen Worten der Anerkennung für die beim Bahnbau beteiligten Fachgenossen, insbesondere für den Spiritus rector der Firma Siemens & Halske, den eigentlichen Schöpfer und Altmeister des elektrischen Schnellbahnwesens, Hrn. Geh. Brt. Dr.-Ing. Schwieger, und mit dem Wunsch, daß die neue Schöneberger Untergrundbahn ein gesundes lebenskräftiges Glied in dem Verkehrs-Organismus von Groß-Berlin werden möge, schloß der Vortragende seine interessanten Ausführungen. —

Versammlung am 12. Dezember 1910. Vorsitzender Hr. Brt. Redlich.

Es sprach Hr. Priv.-Doz. Dr. A. E. Brinckmann aus Aachen über „Die Entwicklung des Städtebau-Ideales im 17. und 18. Jahrhundert“.

Die Stadtanlagen des Mittelalters zeigen nach den Ausführungen des Redners, soweit sie nach einem einheitlichen Plan angelegt sind, die regelmäßige Gestalt sich rechtwinklig schneidender Straßenführungen, aber erst die italienische Renaissance verlangt, daß diese klare, einfache Form einen Höhepunkt besitzt, dem sich die gesamte Komposition unterordnet. Das Barock gibt dann statt eines ruhigen Nebeneinander ein bewegtes, sich steigerndes Hintereinander. Der französische Städtebau des 18. Jahrhunderts beruhigt endlich die starken Gegensätze, verfeinert die Beziehungen. In Deutschland zeigt sich die gleiche Erscheinung in bescheideneren Verhältnissen. Die Einwanderung der österreichischen Protestanten, der Réfugiés, führen zu verschiedenen Städtegründungen, unter denen Erlangen obenan steht. Stadt-Anlagen und Erweiterungen wurden von manchen Fürsten mit Leidenschaft betrieben. In diesen regelmäßigen Anlagen finden sich außerordentliche Feinheiten, die dem modernen Städtebau zum Teil verloren gegangen sind, bei der Ausbildung von Straßenfluchten und Ecken, bei der Stellung von Monumentalgebäuden, bei der Anlage von Plätzen im Verhältnis zur umgebenden Architektur.

Hierfür besonders wurden von dem Vortragenden eine große Anzahl eigener photographischer Aufnahmen und Planzeichnungen als Lichtbilder gezeigt und es wurde auch darauf hingewiesen, wie oft unsere Zeit solchen Anlagen verständnislos gegenüber stehe und ihre Wirkung zerstöre. Nach 1800 erstarrt die Kunst im Städtebau zum Schema, die Form bleibt, der belebende Geist mit seinen Eigenwilligkeiten verschwindet. Die Rolle der Städte gründenden Fürsten und damit die künstlerische Oberaufsicht über die Gesamtanlage wie die einzelnen Bauten haben heute die Städte selbst zu übernehmen und neben die Baupolizei müsse eine Behörde mit weitgehenden Befugnissen nach dieser Richtung treten. —

**Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M.** In der Versammlung vom 28. Nov. 1910 hielt Hr. Gerstner einen durch Lichtbilder und Ausstellung erläuterten Vortrag über Wien und seine bildende Kunst, beginnend mit Vorführung der Statue Marc Antons von Strasser vor Olbrichs Sezessions-Bauten. Unter den befestigten Lagern der römischen Kaiser des I. und II. Jahrh. n. Chr. hob Redner unter Vorzeigung von Ansichten die Ausgrabungen der Vindobona und der nahen Veste Carnuntum hervor, sodann Karls d. Gr. Fundamente der Peterskirche, worauf Bilder und Beschreibungen des Stephans-Domes und der anderen mittelalterlichen Kirchen Wiens folgten. Die Besprechung der Barock- und Rokokobauten der Kaiserstadt behandelte die Bauten des Adels, besonders das Belvédère, und die Schlösser Liechtenstein, Schwarzenberg, Auersperg usw., ferner des Klerus, besonders der Jesuitenzeit, samt ihren Skulpturen und Gemälden, besonders Raphael Donners Werke. Den Uebergang zur neuesten Zeit bildeten Canova's bedeutende Wiener Schöpfungen. Nach langem Baustillstande verfügte Kaiser Franz Josef 1857 den Fall der Ringfestung und die Anlage der großen Ring-Straße, an deren Stelle endlich den Ausbau der Glacis mit ihren über 50 Neubauten großen Stiles,

welche Förster, Ferstel, v. Hansen, Fr. v. Schmidt, Semper und Hasenauer usw. aufführten unter Mitwirkung der Bildhauer Fernkorn, Tilgner, Weyr, Zumbusch u. a., sowie der Maler Rahl, Blas, Schwind, Feuerbach, Makart u. a., von denen zahlreiche Beispiele besprochen und vorgezeigt wurden. Außer den genannten damaligen Bauten wurden diejenigen der modernen Sezession vorgeführt, besonders Otto Wagners Stadtbahn-Stationen, Brücken-Portale, Anstalt Steinhof und Jagdausstellung. Ein besonderes Kapitel war den öffentlichen Anlagen mit ihrer Fülle von Denkmälern gewidmet, dem Rathaus-Park mit der Ruhmesallee großer Herrscher, Feldherren und Künstler zwischen der Rathaus- und Hofburg-Theaterfront und dem fröhlichen Tanz-Denkmal mit den Statuen von Strauß und Lanner. Die Wanderung entlang der Ring-Straße, deren ehemaliger Stuben- und Park-Ring seit der letzten Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. in Wien nach diesem benannt ist, führte zu den mit Anlagen umgebenen Denkmälern Goethes, Schillers, Anzengrubers, Raimunds, Beethovens und endlich im Stadtpark Schuberts, Makarts und vieler anderer großer Wiener. Eingehende Betrachtung wurde dem Hofopernhaus und dem dahinter stehenden Mozart-Denkmal, den Statuen von Maria Theresia, Brahms, Donner und anderer außerhalb des Ringes gewidmet, endlich der Besprechung des Praters mit der Weltausstellung von 1873, sowie des Zentral-Friedhofes mit den reich geschmückten Gräbern großer Männer. Den Schluß bildete die Vorführung einer Reihe von Bauwerken der neuesten sehr lebhaften Bautätigkeit der schönen Kaiserstadt, sowie die Schilderung eines Ausfluges zur Donau mit ihren fünf Brücken, welche samt dem Panorama derselben und des Wiener Waldes vom Leopoldberg überblickt werden. — G.

**Architekten- u. Ingenieur-Verein zu Hamburg.** Sitzung am 4. November 1910. Vorsitz.: Hr. Bubendey; anwesend: 123 Personen; aufgenommen die Hrn. Reg.-Bmstr. Söffing und Dipl.-Ing. A. Schader.

Hr. Faulwasser spricht über den „Wiederaufbau der Michaeliskirche in Hamburg“. Nach einem Rückblick auf die Baugeschichte der Kirche geht der Vortragende auf die bisherigen, nach dem Brande vom 3. Juli 1906 in Angriff genommenen Wiederherstellungsarbeiten und insbesondere auf den inneren Ausbau ein. Das Ergebnis des Wettbewerbes für letzteren und die gewählten Ausführungsentwürfe, sowie die Ausbildung des neuen Westportales werden in Wort und Bild erläutert.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung werden noch kurz die vorhandenen Abweichungen in der äußeren Erscheinung von der alten Form der Kirche berührt. —

Sitzung am 11. November 1910. Vorsitz.: Hr. Gleim; anwes.: 73 Personen; aufgenommen die Hrn. Dipl.-Ing. Bieder und Voß.

Hr. Schertel macht Mitteilungen über den Gasaustritt in Neuengamme. Der Redner schildert die Dispositionen der Vorarbeiten für die Grundwasserversorgung, den Vorgang bei den hierfür begonnenen Tiefbohrungen und die Erscheinungen bei der einen, vom 3./4. November bis 245 m Tiefe gelangten Bohrung. Nach Herausschleudern der im Bohrrohr befindlichen Wassersäule trat eine gewaltige, auf 2,5 Millionen cbm in 24 Stunden geschätzte Gasmenge in senkrechter Richtung aus dem Hohlraum des Bohrgestänges, in wagrechter Richtung aus zwei seitlichen Öffnungen des 280 mm weiten Futterrohres aus, entzündete sich infolge nicht festgestellter Umstände, die ganze Umgebung weithin erleuchtend, von der engeren und weiteren Nachbarschaft als Naturwunder angestaunt.

Nach näherem Eingehen auf die chemische Beschaffenheit des Gases und die geologischen Verhältnisse des Untergrundes wird auf die zunächst geplanten Maßnahmen zur Sicherung der Umgebung und zur Verhinderung eines Herausschleuderns der Futterrohre eingegangen, auf die später noch zurückgekommen wird.

Hr. Burchard spricht sodann über „Grundsätze für neuzeitliche Bauordnungen“ an der Hand des von Hrn. Klöppel-Berlin erstatteten Vortrages. Es wird beschlossen, einen Vereinsausschuß zur Behandlung der Angelegenheit einzusetzen und dem Verband auf sein Ersuchen seiner Zeit das Ergebnis der Beratungen mitzuteilen. — L.

Sitzung am 18. November 1910. Vorsitz.: Hr. Bubendey; anwes.: 83 Personen; aufgen.: die Hrn. kgl. Brt. E. Jacobi und Betriebs-Ing. F. Rickmers.

Nach Erledigung der Wahl eines Ausschusses zur Frage der neuzeitlichen Bauordnungen berichtet Hr. Brandt. Westphalen über den „Brand auf der Weltausstellung in Brüssel“. Der Redner erläutert den Gesamtplan der Ausstellung, die durch eine eingeplannte Querstraße in zwei getrennte, nur durch Holz-



brücken verbundene, unter verschiedenen städtischen Verwaltungen stehende Teile zerfiel. Das Material der scheinbar monumentalen Gebäude bestand aus Eisen und Gips, vielfach nur aus Holz; auch die Dächer waren mit leicht brennbaren, nicht imprägnierten Stoffen abgedeckt. Die Feuerwehren standen unter getrennten Verwaltungen, die Feuerlöschmittel waren schwer aufzufinden, ein Patrouillendienst fehlte. Als der Brand am 14. August eintrat, dauerte es über 30 Minuten, bis die Berufsfeuerwehr aus Brüssel zur Stelle war, sodaß inzwischen bis zu einem energischen Eingreifen bekanntlich die Halle der belgischen Sektion und die französische und englische Abteilung fast ganz zerstört waren. Es werden in anschaulichen Lichtbildern die Wirkungen des Brandes vorgeführt. —

B.

**Verband Deutscher Diplom-Ingenieure. Bezirks-Verein Berlin.** Am 16. Jan. hielt Prof. Werner Sombart in der Technischen Hochschule in Charlottenburg einen Vortrag über „Die moderne Technik in ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben“. Sombart verbreitete sich einleitend über den ökonomischen Begriff Technik, um alsdann überzugehen zur Beantwortung der Frage, weshalb man das moderne Zeitalter das „Zeitalter der Technik“ nenne. Die Antwort sei zu erblicken in dem starken Hervortreten der Produktionstechnik, der sich die Transporttechnik sekundär anschließe. Das Wesen der Produktionstechnik eröffne sich in der immer fortschreitenden Verkörperung neuer Kräfte im maschinellen Apparat und in dem Walten zweier großer Entwicklungsprinzipien: eines formalen und eines materialen. Das formale Entwicklungsprinzip sei gekennzeichnet durch den Ersatz des empirischen Technikers durch den wissenschaftlichen, der nicht nur sagen könne, wie ein Arbeitsprozeß sich abspiele, sondern auch warum das so und nicht anders erfolge. Das materiale Entwicklungsprinzip wurzele in dem Satze: Emanzipation von den Schranken der Natur und dem Menschen selbst: Ersatz von Holz durch Eisen, von Muskelkräften durch mechanische Kräfte. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung stehe die Maschine, die in der Mechanisierung aller Arbeitsprozesse und in der maschinellen Maschinenherstellung den Menschen in fortschreitend zunehmendem Maße ausschalte. Der Grund, weshalb die moderne Technik mit Hilfe dieser zwei Prinzipien so Erstaunliches leiste, liege darin, daß die der ökonomischen Entwicklung entgegen stehenden Hindernisse, Zeit und Raum und die Mängel der menschlichen Individualität beseitigt werden: Unabhängigkeit von bestimmten Jahreszeiten, Unabhängigkeit von der Produktion und dem Wachstum tierischer Kräfte und Unabhängigkeit von der Kunst des „Meisters“. Was das alles in sich schließe zeige die Tatsache, daß in den deutschen Eisenbahnen allein 300 Mill. Pferdekräfte angelegt seien, während wir nur über etwa vier Mill. Pferde verfügten. Die Futterproduktion für 300 Mill. Pferdekräfte erfordere Flächen, die nicht aufgebracht werden könnten. Ebenso arbeiteten unsere Dampfhammer und Präzisionsmaschinen mit einer Kraftfülle und Genauigkeit, die das Vermögen des Handarbeiters quantitativ und qualitativ weit übersteige. Während früher das technische Verfahren geheimnisvoll in der Persönlichkeit des Meisters wurzele und mit ihm zu Grabe ging, hat sich heute eine technische Wissenschaft und Literatur herausentwickelt, die den dauernden Bestand des technischen Könnens verbürge.

Durch das Zusammenwirken dieser Prinzipien, das von dem Vortragenden anhand zahlreicher Beispiele vorgeführt wurde, habe die Produktionstechnik erstaunliche Leistungen vollführt; diese wiederum haben eingewirkt auf die menschliche Produktivität selbst und auf die Hebung der Volks- und Weltwirtschaft. —

L.

Der **Sächsische Ingenieur- u. Architekten-Verein in Dresden** hörte in der Wochenversammlung am 18. April 1910 einen Vortrag des Hrn. Prof. Dr. Bruck über: „Rembrandt“. —

4. Februar 1911.

168. ordentliche Hauptversammlung am 8. Mai 1910. Bereits am Abend vorher hatten sich zahlreiche Mitglieder mit Damen in den Räumen des Neustädter Casinos zur Begrüßung zusammengefunden.

Am Tage der Hauptversammlung fanden zunächst vormittags in den Räumen der Technischen Hochschule Abteilungssitzungen der Fachabteilungen I, II und IV statt, während in Fachabteilung III eine Besichtigung des neu erbauten Königlichen Friedrich-August-Seminares in Dresden-Strehlen unter Führung des Hrn. Finanz- und Baurates Canzler, der Erläuterungen gab, unternommen wurde.

In Fachabteilung I hielt Hr. Reinhardt vom Reichskolonialamt einen Vortrag über: „Die Eisenbahnen in Deutsch-Südwestafrika mit besonderer Berücksichtigung der Lüderitzbucht-Bahn“. Nach Mitteilungen über die Begrenzung, Geländegestaltung und die Bevölkerung Deutsch-Südwestafrikas besprach Redner zunächst die mit 60 cm Spur hergestellten nördlichen Bahnen: Die 1902 fertiggestellte 382 km lange Staatsbahn Swakopmund—Karibib—Windhuk, die 1906 eröffnete, 581 km lange nach den Otavi-Minen erbaute Privatbahn Swakopmund—Otavi—Tsumeb mit einer kurzen Verbindungsstrecke nach Karibib, und die in den Jahren 1907 und 1908 zur Erschließung von Weideland und Verwertung einiger Kupfergruben erbaute 91 km lange Stichbahn Otavi—Grootfontein. Hierauf schilderte er die in Kapspur (= 1067 mm) erbaute, 366 km lange Bahn Lüderitzbucht—Aus—Keetmanshoop mit der 180 km langen, 1909 eröffneten Anschlußbahn Seeheim—Kalkfontein, bei denen er selbst drei Jahre als Eisenbahnkommissar tätig war, dabei näher auf die hier erstmalig erfolgte Trennung in Vorbau und nachträglichen Ausbau, die durch die 8 km lange Dünenstrecke der Namib verursachten Schwierigkeiten in der Unterhaltung, die Bauausführung, Kunst- und Hochbauten und die Arbeiterfrage eingehend. Den Schluß der durch zahlreiche Lichtbilder unterstützten Ausführungen bildeten Angaben über den Umbau der Strecke Karibib—Windhuk in Kapspur und den Neubau der Linie Windhuk—Keetmanshoop.

In Fachabteilung II besprach Hr. Ob.-Ing. Krumbiegel aus Lauchhammer nach einem geschichtlichen Ueberblick über die gesamte Brikettindustrie: „Die Herstellung und Verwertung der Braunkohlenbriketts“ und gab eine anschauliche und ausführliche Schilderung des zumeist im Tagebau erfolgenden Abbaues der Kohle, der umfangreichen maschinellen Anlagen einer Brikettfabrik, der Dampfökonomie des Trocken-Prozesses und des Wirkungsgrades des gesamten Brikettierungs-Prozesses. —

Fachabteilung IV hörte einen Vortrag des Hrn. Bergmeisters Hartung, Döhlen: „Einiges über moderne mechanische Hilfsmittel des Bergmannes bei der Gewinnungs- und Förderarbeit“, in dem u. a. die mit den elektrischen Gesteinsbohrmaschinen, den Bohr- und Schrämmaschinen und den neuerdings mit Vorteil verwendeten Bohrhämmern erzielten Ergebnisse sowie die beim kgl. Steinkohlenwerke Zauckerode gemachten Erfahrungen besprochen wurden.

Nachmittags vereinigten sich die Mitglieder in der Aula der Technischen Hochschule zu der von Hrn. Geh. Bergrat Fischer geleiteten Gesamtsitzung. Aus der Tagesordnung derselben sei hervorgehoben, daß der Verein nach den erfolgten Neuaufnahmen 692 Mitglieder zählt, daß Hr. Oberbergrat a. D. Plattner in Schneeberg zum Ehrenmitglied ernannt wurde und daß sich der Verein damit einverstanden erklärt hat, wenn der Verband die im Jahre 1911 stattfindende Abgeordnetenversammlung nach Dresden verlegen will. Erwähnt seien noch Berichte über die Verbandsaufgaben: Bürgerhauswerk und Aufstellung von Grundsätzen für neuzeitliche Bauordnungen in Stadt und Land.

In dem an die Gesamtsitzung anschließenden Lichtbildervortrage des Hrn. Stadtbaurates Marsch aus Gera: „Neueres über Krematorienanlagen“ hob dieser hervor, daß die bisherige Aufbewahrung der Aschenreste wegen des großen Anwachsens der Urnenzahl in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein wird und erläuterte die von ihm erfundene Neuerung, nach welcher der Schornstein, der Hauptbestandteil der Anlage, in Gestalt von dünnen Mauern flankierende Bauteile als harmonischen Uebergang zur Umgebung erhält, deren Flächen durch Aushöhlungen zur Aufnahme der in Kapseln aufzubewahrenden Asche nutzbar gemacht werden.

Mit den für den 9. Mai angesetzten Besichtigungen des neuen Vieh- und Schlachthofes im Ostragehege in Dresden-Fr. unter Führung des Hrn. Stadtmstrs. Geißler, der Reinigungsanlage auf Kaditzer Flur für die Abwässer der Dresdener Kanalisation unter Führung des

Hrn. Stadtbaurates Fleck und des Gaswerkes in Dresden-Reick unter Führung des Hr. Stadtbaurat Wahl fand die Tagung ihren Abschluß. —

Am 9. Juni 1910 folgte der Verein einer Einladung des Dresdener „Bezirksvereins Deutscher Ingenieure“ zu einem Vortrag des Hr. Stadtbaurat Fleck in Dresden über: „Die Schwemmkanalisation in Dresden.“ —

Wochenversammlung am 24. Oktober 1910. Hr. Geh. Baurat Homilius berichtete über die Tagung der 39. Abgeordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. am 3. und 4. Sept. 1910. —

In der Wochenversammlung am 7. November 1910 führte Hr. Ziviling Stiasni den neuen Lichtbildlerapparat des Vereins vor. —

Versammlung am 14. Nov. 1910. Bericht des Hr. Ob.-Brts. C. Schmidt über „Die elfte Tagung für Denkmalpflege in Danzig“. Einleitend rühmt der Vortragende die Eigenschaften der Stadt Danzig, welche diese für die Tagung besonders geeignet machten, gedenkt der mit der Tagung verbundenen Ausstellungen und macht kurze Inhaltsangaben von den während der beiden Versammlungstage gehaltenen Vorträgen.

Hierauf geht er näher auf den von ihm gehaltenen Vortrag über die Beziehungen der Baumaterialien zum Heimatschutz ein und führt etwa folgendes aus: Die Gegner des Heimatschutzes suchen vielfach die Meinung zu verbreiten, als wolle der Heimatschutz nur das Alte erhalten, die Einführung neuer Baustoffe bekämpfen und sich neuzeitlichen Forderungen überhaupt entgegenstellen. Diese Angriffe seien aber völlig unberechtigt. Der Heimatschutz finde sich mit allen Baustoffen ab, nur fordere er künstlerische Werte. In erster Linie komme es dabei auf die Oberflächeneinwirkung und auf die Farbe an. Redner kommt hierauf auf die ästhetische Bewertung der Putz- und Ziegelrohbau-Ausführungen zu sprechen. Für Sachsen gebe der Putzbau den älteren Stadtteilen, besonders aber den Dörfern das charakteristische Gepräge. Er müsse daher als die heimatberechtigteste Bauweise angesprochen werden. Den Ziegelrohbau werde man aber deshalb und zumal nicht da ausschließen, wo kunsthistorische Rücksichten nicht zu nehmen sind. Wenn so viele neue Ziegelrohbauten unser Mißfallen erregen, so liege das vor allem daran, daß ihre architektonische Gestaltung an sich unschön oder dem Material nicht angepaßt sei. Ein nachteiliger Unterschied zwischen alten und neuen Ziegelrohbauten werde ferner durch das Material selbst bedingt. Früher habe man den eigentlichen Mauerstein für die Außenseite verwendet, während beim Ziegelrohbau jetzt ein weniger starker, meist gefärbter Blendstein vorgesetzt werde, der einen unsachgemäßen und unkünstlerischen Verband gezeitigt habe, in seiner glatten Oberfläche und gleichmäßigen Farbe auch unschön wirke. Die Rückkehr zum natürlichen Ziegelbau sei daher anzustreben. Redner ging dann auf die Vorzüge des Putzbaues und seiner zunehmenden künstlerischen Behandlung über, der auch aus Sparsamkeitsgründen für unsere heimischen Verhältnisse den Vorzug verdiene. Etwaige Mißerfolge in der Haltbarkeit seien meist auf Mißgriffe im Baumaterial oder in der Ausführung zurückzuführen. Nach alledem ergebe sich, daß der Putzbau gegenüber dem Ziegelrohbau überall da zu bevorzugen sei, wo er bodenständig, billiger und praktischer sei. Dasselbe gelte umgekehrt auch vom Ziegelrohbau.

Auf die ästhetischen Fragen eingehend schilderte der Vortragende, wie in dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte das Volksvermögen versagt habe, der Fülle neuartiger Erscheinungen auf allen Gebieten des Verkehrs- und Wirtschaftslebens künstlerisch und entsprechend der Eigenart der jeweiligen Volksstämme gerecht zu werden. Eine Reaktion habe eingesetzt, all das deutschfremdartige, das sich unserer Kultur aufdrängt und zur Verödung unserer Kulturbilder beigetragen hat, zu entfernen. Weiter kommt Redner kurz auf die Dachbeläge und ihre ästhetische Würdigung zu sprechen. Die Erscheinung eines Bauwerkes werde durch das Dach am meisten bestimmt. Anstelle der altbewährten und heimischen Dachsteine (Ziegel und Schiefer) seien neuerdings andere Stoffe, wie bunte Zementplatten, Pappe usw. und mit ihnen andere Dachformen eingeführt worden, die ein durchaus fremdartiges Moment in unsere überlieferten Landschafts- und Ortsbilder hineingetragen haben. Dabei handle es sich nicht nur um neue Baugeanken, Baustoffe oder Bauformen, die vom Eindringen in unsere Orts- und Landschaftsbilder ferngehalten werden möchten, sondern nur um solche, die unschön und falsch zur Anwendung kommen.

Auch bezüglich der Kunststeine gelte der Grundsatz, daß der Heimatschutz sich ihrer Verwendung gegenüber durchaus nicht ablehnend verhalte, sofern sie nur

künstlerischen Anforderungen entsprechen. Die Bevorzugung natürlicher Steine, die sich Jahrhunderte hindurch bewährt haben, erscheine danach allerdings erklärlich, aber ein Irrtum sei es, wenn behauptet wird, an dem Rückgang der Verwendung von Werksteinen überhaupt sei die Heimatschutzbewegung schuld.

Zum Schluß erwähnte der Vortragende, daß die Wirtschaftsprage die beste Lehrmeisterin in der Heimatschutzbewegung sei und daß wir hierbei von der einfachen Schönheit der Bauten früherer Zeit und ihrer sparsamen Ausführung immer nur lernen können. — Sch.

**Verein für Eisenbahnkunde in Berlin.** In der Sitzung vom 10. Jan. sprach der Ziv.-Ing. Zacharias über die „Erzeugung elektrischer Kraft auf elektrochemischem Wege, besonders im Eisenbahnbetriebe.“ Das Wesen der Kraft als primäre Erscheinung ist uns für immer verschlossen. Die daraus entspringenden sogenannten Naturkräfte Licht, Wärme, Elektrizität, chemische Kraft usw. wurden daher in ihrem Zusammenhang erst im Laufe der Jahrhunderte erkannt und es hat lange gedauert, ehe man die Erzeugung elektrischen Stromes in ihrer ganzen Tragweite erfassen lernte. Seit den Entdeckungen Galvanis und Voltas hat sich diese Sondertechnik in ungeahnter Weise entwickelt. Es sind jetzt rund 75 Jahre her, seit Daniell sein Zink-Kupfer-Element erfand. Es ist heute noch mit einigen Abänderungen von Meidinger und Callaud in der Telegraphie und besonders auch im Eisenbahnbetrieb im Gebrauch. Durch die Erfindung Leclanchés 1867 wurde außerdem das Zink-Kohle-Element eingeführt, das heute in vielen Millionen als nasses und trockenes Element, besonders für Haustelegaphen- und Telefonanlagen verwendet wird.

Planté erfand 1854 den Akkumulator, der 1881 von Faure verbessert wurde. Auch diese Sekundärelemente sind heute für Beleuchtung, Krafterzeugung und Signalanlagen bei den Eisenbahnen in Gebrauch. Primär- und Sekundärelemente ergänzen einander oder werden auch gemeinsam verwendet. Seit jeher ist man bemüht gewesen, galvanische Starkstromelemente herzustellen, die zu jeder Zeit und an jedem Orte unabhängig von einer Ladevorrichtung verwendet werden können. Die galvanischen Elemente von Bunsen, Grove sowie die Alkali-Elemente nach Lalande und deren Verbesserungen gestatteten zwar stärkere Ströme zu erzeugen, jedoch ist ihr Betrieb entweder umständlich und kostspielig, oder rationell überhaupt nicht durchzuführen. Hier haben in den letzten Jahren die Arbeiten von Ing. Theodor Mann bahnbrechend gewirkt, der durch ein von ihm hergestelltes Zink-Kohle-Element nachgewiesen hat, daß der Zinkverbrauch fast auf den theoretischen Wert herabgehen kann. Die Ausführungen des Vortragenden wurden durch praktische Vorführungen erläutert. —

#### Vereinigung der höheren technischen Polizeibeamten Deutschlands.

Zweite Tagung am 13. Februar d. J., 9<sup>1/2</sup> Uhr vorm., in Berlin, Saal G des Architektenhauses, Wilhelm-Str. 92/93.

1. Jahresbericht des Ausschusses.

2. Eine neue Güteprobe für Beton: k. k. Ob.-Br. Dr.-Ing. F. v. Emperger-Wien.

3. Die baupolizeiliche Prüfung der Baugesuche in konstruktiver Hinsicht, insbesondere bei Eisenkonstruktionen: kgl. Oberlehrer Dipl.-Ing. Geusen-Dortmund.

4. Bericht des Sonderausschusses über die Fragen des Beton-Vereins: Hr. Behrens, Bülhheim, Herndl, Probst, Sachs, Scharff.

5. Förderung des Baues von Ein- und Zweifamilienwohnhäusern durch baupolizeiliche Erleichterungen, unter Berücksichtigung von Bebauungsplan und Bauordnung: Stadtb. Greiß-München-Gladbach.

6. Bericht über Versuche mit Flechtwerks-Einlagen: Stadtb. Steinberger-Darmstadt.

7. Verschiedenes. (Stadtbauinsp. Daehr - Dortmund: Vereinigung unbaut zu lassender Grundstücksflächen von Nachbargrundstücken. — Bauk. Knörich-Plauen: Genehmigungspflicht von Zentralheizanlagen und von nicht unter erhöhtem Druck stehenden Behältern: freistehende Schornsteine mit verschiedenem Baumaterial usw.)

NB. Die Herren Mitglieder und Gäste werden gebeten, erst von Punkt 2 der Tagesordnung an, etwa 10<sup>1/2</sup> Uhr, teilzunehmen.

Der stenographische Bericht der vorjährigen Tagung ist vom Verlag der Göhmann'schen Buchdruckerei in Hannover zu beziehen. Wegen Anmeldungen zur Mitgliedschaft oder Einladungen wende man sich an die Geschäftsstelle der Vereinigung in Dortmund, Hagen-Straße 52. —

Der Ausschuß der Vereinigung: Baurat Max Schneider in München, Baurat Deditius in Lübeck, Bauinspektor Scharff in Hamburg, Ober-Ing. Dr.-Ing. Sachs in Dortmund.

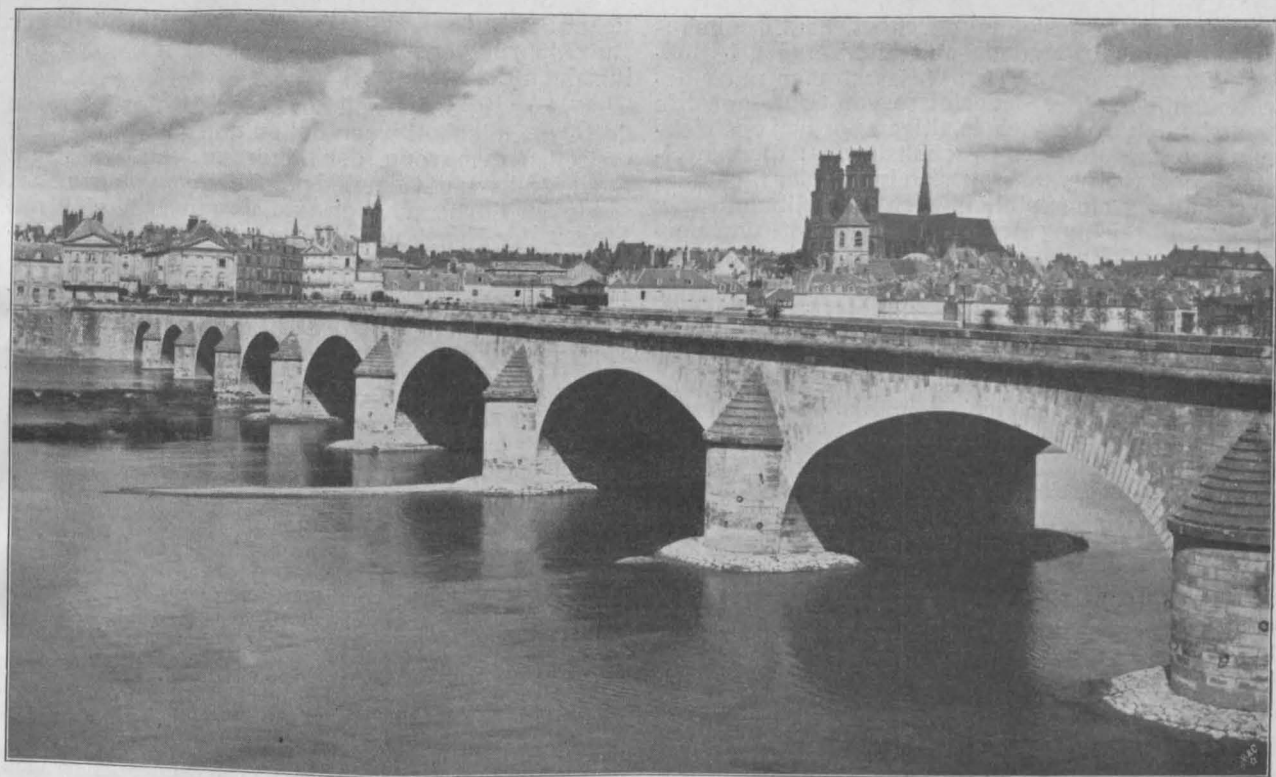




RANKREICHS BRÜCKEN IM STÄDTE-  
BILD. \* VON CHR. KLAIBER IN HOLZ-  
MINDEN. \* DIE ALTE BRÜCKE (PONT  
VIEUX) AUS DEM 13. JAHRHUNDERT  
IN ALBI, GESEHEN VOM PONT NEUF.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

\*\* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 11. \*\*



Frankreichs Brücken im Städtebild. Abbildung 9. Die Stadt Orléans mit der Loire-Brücke (1751—61).

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 11. BERLIN, DEN 8. FEBRUAR 1911.

## Fernere Tätigkeit des „Ausschusses für Groß-Berlin“.



Der „Ausschuß für Groß-Berlin“, gebildet aus Vertretern der „Vereinigung Berliner Architekten“ und des „Architekten-Vereins zu Berlin“, ist im Jahre 1906 ins Leben gerufen worden, um die bauliche Entwicklung von Groß-Berlin nach städtebau-künstlerischen, technischen und sozialen Gesichtspunkten anzuzuregen und zu fördern. Nach Erledigung des vorbereitenden Teiles dieser Aufgabe, nach Beendigung des Preisausschreibens für einen Bebauungs-Plan für Groß-Berlin, sieht sich der Ausschuß noch vor folgende Aufgaben gestellt:

1. Er soll vermitteln die Stelle und ein Sprachrohr bilden für alle auf die städtebaulichen Aufgaben Groß-Berlins sich beziehende Bestrebungen, welche mit Rat und Tat zu unterstützen sind.

2. Er soll durch Wort und Schrift immer wieder hinweisen auf die Groß-Berlin durch Ausführung mangelhafter Bebauungspläne drohende Gefahr

und auf die Pflichten der Gegenwart gegenüber späteren Geschlechtern der Stadt.

3. Er soll die Verwirklichung der durch den Wettbewerb Groß-Berlin sowie auf anderen Wegen zutage geförderten brauchbaren Gedanken anstreben und die Aufstellung eines endgültigen Bebauungsplanes für Groß-Berlin vorbereiten unter Benutzung der aus dem Wettbewerb oder der Behandlung dieser Frage in der Öffentlichkeit gewonnenen Erfahrungen.

4. Dieser endgültige Bebauungsplan (s. 3) muß in erster Linie ein Kunstwerk des Städtebaues sein. Daneben muß er berücksichtigen unter

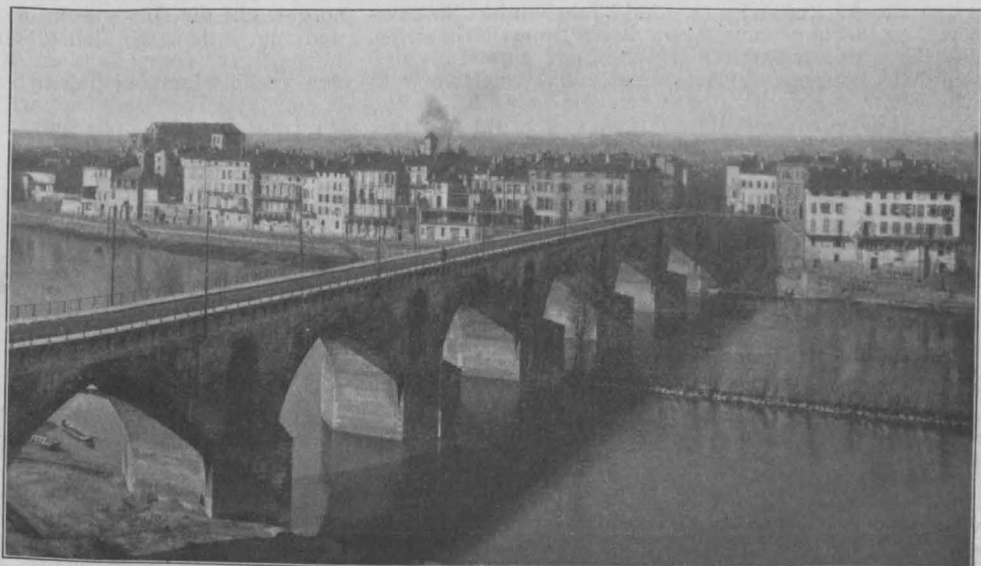


Abbildung 4. Die Tarnbrücke in Montauban im Städtebild (1303—76).



anderem: a) Ausgestaltung der staatlichen Eisenbahn-Anlagen für den Personen- und Güterverkehr; b) Ausgestaltung der öffentlichen Wasserstraßen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Groß-Industrie und Handel; c) die vielgestaltigen Formen des Wohnungswesens und des Geschäftslebens; d) Ausweisung der Hauptverkehrsstraßen in radialer Richtung; e) Schaffung eines einheitlichen Schnellbahnnetzes unter Einbeziehung der staatlichen Stadt- und Vorortbahnen; f) Ausweisung von nicht zu bebauenden Grünflächen an der Peripherie und in radialer Richtung, sowie von Sport- und Spielplätzen, Flugfeldern, Friedhöfen und Freibädern; g) Verwendung des fiskalischen und kommunalen Bodenbesitzes.

5. Neubildung einer Bauordnung für das gesamte Groß-Berlin in Uebereinstimmung mit dem Plan zu 3.

6. Schaffung einer unabhängigen, mit gesetz-

lichen Befugnissen ausgestatteten Zentralbehörde zur Durchführung des Bebauungsplanes im Ganzen und in seinen Einzelheiten. \*)

7. Der Ausschuss soll für diese Ziele das Interesse der Öffentlichkeit wach halten und die Mitwirkung erstreben der Krone, der Behörden von Staat und Stadt, Volks- und Gemeindevertretungen, der Presse, sowie der Körperschaften und Vereine, die sich mit Fragen der Kunst, der Wohlfahrt und der Volksgesundheit befassen.

8. Er soll seine Propaganda durch eigene gelegentliche oder regelmäßige Veröffentlichungen seiner Beschlüsse und Denkschriften unterstützen. —

\*) Inzwischen durch Einbringung der Gesetzentwürfe betr. Zweckverbände in Preußen und für einen Zweckverband Groß-Berlin erledigt. Vergl. No. 6 und 7.

## Frankreichs Brücken im Städtebild.

Von Chr. Klaiber in Holzminden. Hierzu eine Bildbeilage.

**D**ie langsame Entwicklung der Städte Frankreichs, abgesehen von Paris, bringt es im Gegensatz zu dem schnellen Aufschwung der deutschen Städte mit sich, daß der Gesamteindruck, verglichen mit der deutschen Stadt, ein bedeutend günstigerer ist in bezug auf die künstlerische Städtekultur. Dabei kommt noch in Betracht, daß so manche von französischer Kunst abgeleitete und darum häßliche Formgebung, wie die verunstalteten Mansarddächer, die Auflösung der Architektur in lauter Einzelheiten, Anwendung von Backstein und Hausteine usw., für das französische Volksempfinden bodenständige Formen sind, die nur in unverständlicher Weise und sklavischer Nachahmung auf deutschem Boden in den Begriff der Häßlichkeit übersetzt werden. Nun ist Frankreich ein an großen Flüssen reich gesegnetes Land, an welchen in ganz naturgemäßer Entwicklung der Dinge auch die großen Städte Frankreichs seit der Kelten- und Römerzeit bis auf unsere Tage zu liegen pflegen. Für die künstlerische Gestaltung des Stadtbildes als Ganzes wird damit die Flußseite mit den durch den Fluß und das Tal gegebenen Voraussetzungen der Schönheit den Ausgangspunkt und Hauptansichtspunkt vorstellen. Sehen wir nun ganz ab von dem natürlich Gegebenen, dem Gegensatz von Berg und Tal, und fassen wir nur das Werk des Menschen, für dessen Gestaltung er verantwortlich gemacht werden kann und muß, so finden wir durchweg die Tatsache bestätigt, daß das Brückenmotiv die beherrschenden charakteristischen Linien dem Gesamtstädtbild aufdrückte. Dabei ist es ganz nebensächlich, ob wir uns im Stromgebiete der Loire, Garonne, Rhône oder Seine befinden, wie es auch für die grundlegenden Begriffe der schönen Brückenwirkung ganz gleichgültig ist, ob wir uns in gotischer, Renaissance- oder Barockzeit bewegen. Vorwegnehmend kann als Gesamteindruck festgestellt werden, daß wir bei den altfranzösischen Brücken dieselbe Großzügigkeit der Auffassung beobachten, wie bei den kriegerischen Bauten, den Burgen, Schlössern, Stadtmauern usw. und daß die brückentechnische Fähigkeit stets, auch in den ältesten Zeiten im 11. und 12. Jahrhundert, für deutsche Begriffe auf ganz ungewöhnlicher Höhe sich bewegte. Dies läßt sich nur dadurch erklären, daß einmal bis zum heutigen Tage noch römische Brückenbauten als vortreffliche Vorgänger vorhanden waren und daß zu allen Zeiten der Verkehr über Südfrankreich, die Provence, nach Italien ein sehr reger war.

Sehen wir von den römischen Vorgängen ab und setzen die Betrachtung ein mit den selbständigen Kulturäußerungen des heutigen französischen Volkes, also im großen Ganzen mit dem 11. Jahrhundert. In diesem Sinne ist wohl als eine der ältesten Brücken Frankreichs überhaupt zu betrachten die von der „ville basse Carcassonne“ nach der „Cité Carcassonne“ über die Aude führende Brücke. Die „cité“ ist die auf einem Hügel gelegene, unter der Römerherrschaft, unter den Visigoten und dann im 11.—13. Jahrhundert blühende Stadt, berühmt durch die vortreffliche Erhaltung ihrer Festungswerke, während die „ville basse“ 1247 auf Grund eines absolut regelmäßigen Stadtplanes erbaut wurde. Die Abbildung 1 zeigt die alte Brücke, den Pont vieux, und zwischen deren Bögen hindurch erblickt man die nur wenige Schritte flußabwärts erbaute neue Brücke, sodaß die Vergleichung von einstmals und jetzt herausgefordert wird. Bei der alten Brücke schwingt sich in ansprechender Weise die Bogenlinie von Brückenpfeiler zu Brückenpfeiler, während bei der neuen Brücke die Pfeiler unter die segment-

artig zusammenstoßenden Bogenlinien gesetzt wurden. Das Unorganische dieser Verbindung von Pfeiler und Bogenlinie, wie der damit im Zusammenhang stehende unschöne Verlauf der letzteren tritt bei der unmittelbaren Vergleichungsmöglichkeit um so schärfer zutage und bestätigt die von feinfühlicher Seite aus schon längst erkannte Tatsache, daß eine Brückenbogenlinie nur dann schön in der Umrisslinie wirkt, wenn dieselbe, harte Anschnitte vermeidend, in ununterbrochener Kurvenlinie von Ende zu Ende verläuft. Noch ein Zweites lehrt dieses grundbegrifflich einfache Beispiel. Die sauber scharrierte Behandlung der Steinfläche des neu eingesetzten Bogens wie der Brüstung läßt im Gegensatz zu rauh behandelten alten Flächen das Restaurierte sofort erkennen. Das alte steinerne Brückenkreuzifix wieder verwendend, wurde das Brückengeländer selbst zwecks Erbreiterung auf Steinkonsolen gesetzt, womit ein ganz fremder Zug in den Gesamtcharakter der Brücke kommt. Wie eine derartige Aufgabe, die Erbreiterung der Brücke, in der gotischen Zeit selbst in echt künstlerischer Weise durchgeführt wurde, zeigt die Brücke von Albi (Abbildung 2, Bildbeilage). Welches von beiden Motiven künstlerisch höher steht, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Diese aus Backstein erbaute Brücke über den Tarn stammt aus dem 13. Jahrhundert.

Die Anwendung des soeben getadelten Segment-Bogens ist hier von ganz anderen künstlerischen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Die als ununterbrochen geforderte Bogenlinie ist für die Umrisswirkung durch die tragenden gotischen Spitzbogen erreicht. Diese auf einander folgende Spitzbogenlinie begleitet nun die nur auf Grund aufgesetzte und darum zart wirkende Segment-Bogenlinie, wodurch eine interessante Wechselwirkung der beiden Kurvenlinien entsteht. Es findet also eine Erhöhung der Wirkung statt. Die Gestaltung der Brückenpfeiler ist, zunächst ganz für sich betrachtet, interessant durch den Uebergang von dem an sich schon elegant geschwungenen unteren Teil zum stärker gekrümmten oberen Teil. Betrachten wir aber das Städtebild als Ganzes, so gewinnt die Anwendung dieses Motives erhöhte Bedeutung, indem wir denselben Charakter abgerundeter turmartiger Vorsprünge an der Festungskirche wie an dem verhältnismäßig kleinen Stück der ehemaligen Stadtmauer „Am Tarnufer“ beobachten. Daß die vortreffliche Wirkung des Gesamtstadtbildes in bezug auf den einheitlichen Charakter von dieser an sich ganz unwichtig erscheinenden Behandlung der Brückenpfeiler wesentlich abhängt, läßt die im Hintergrund sichtbare neue Eisenbahnbrücke klar erkennen, wie auch die Tatsache, daß die beherrschenden Linien im Stadtbild die Linien der Brücke sind. Sind wir schon bei dieser Brücke genötigt, die brückentechnischen Fähigkeiten des gotischen Zeitalters höher zu bewerten, als es in der Regel zu geschehen pflegt, so tritt dies in erhöhtem Maße zu Tage bei der allgemeiner bekannten Brücke Saint Bénézech von Avignon (Abb. 3, S. 97), deren Erbauer uns in der Person des St. Bénézech und seinen „faiseurs de ponts“ bekannt ist. Sie wurde erbaut in den Jahren 1177—85 und ist also um etwa 100 Jahre älter als die Brücke von Albi. Die reizende, aus dem Brückenpfeiler herauswachsende Kapelle St. Nicolas mit turmartig befestigtem Chor stammt aus dem 15. Jahrhundert. Die von der alten Pápsteburg aufgenommene Abbildung zeigt einmal die einheitliche Gesamtwirkung und das gegenseitige sich Steigern von Brücke und Festungswerken, wie die Tatsache, daß erst der Brückenbau (man denke ihn sich weg) die Rhône und

das gegenüberliegende Ufer zur Bildwirkung heranzieht. Der künstlerische Reiz des Bildes liegt neben dem von Natur gegebenen vor allem in dem Gegensatz der wuchtigen Monumentalität der Festungstürme und der nur infolge der Längenausdehnung ins Monumentale gehenden Brücke. Denn es ist ganz erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit die Brücke konstruiert wurde, von welcher geringen Höhe der Brückenschenkel selbst ist, wenn man vollends den Zeitpunkt der Entstehung der Brücke, das 12. Jahrhundert, in Betracht zieht. Für unsere moderne Zeit ist es hoch interessant, daß die im Eisenbetonbau wieder soviel angewendete, rechnerisch festgelegte Durchbrechung der Brückenpfeiler schon an dieser Brücke zu beobachten ist: Daß dies aber kein zufälliger Vorgang ist, sondern bewußtem technischem Können entsprang, beweist nichts besser als die Tatsache, daß auch andere französische Brücken dieser Zeit dieselbe Konstruktion zeigen. Als Beispiel hierfür wie für den konstruktiven Fortschritt selbst sei die im Jahre 1303—76 erbaute Tarnbrücke von Montauban vorgeführt. Die Abbildung 4 gibt die Ansicht der Brücke, bei deren Bau nur auf das konstruktiv Notwendige Rücksicht genommen worden ist. Die Verstärkung der Brückenpfeiler wird nur bis zum höchsten Hochwasserstand geführt und die Brückenpfeiler sind selbst, soweit es die Tragfähigkeit nicht schwächte, durchbrochen. Der Durchbruch ist im Vergleich mit Avignon kecker und sicherer. Daß eine solche nur auf Zweck und Konstruktion aufgebaute Backstein-Brücke das Stadtbild verunstaltet, das widerlegt die Abbildung, wobei noch in Rechnung zu ziehen ist, daß die der Erbreiterung wegen entfernte steinerne Brüstung ganz wesentlich mitgesprochen hat beim zweifellos monumentalen Gesamt-Eindruck\*). Wir verlassen damit den gotischen Brückenbau in Frankreich, der schon seiner künstlerischen Gesamtwirkung wegen mehr gewürdigt zu werden verdient, als es tatsächlich geschieht.

Ueberspringen wir die in bezug auf ihre Formgebung für deutsche Verhältnisse nicht gerade mustergültige Renaissance Frankreichs und gehen über zur Barockzeit mit der Brücke von Toulouse (Abb. 6, S. 96). Diese wurde erbaut von 1543 bis 1626 von Nic. Bachelier und dessen Sohn und ist sowohl in künstlerischer wie konstruktiver Hinsicht ein Meisterstück des Brückenbaues. Das schon in gotischer Zeit viel angewendete Prinzip der durchbrochenen Brückenpfeiler finden wir wieder, nur in zeitgemäßer Umformung der Umrisslinie. Die grundbegrifflichen Gegensätze von Barock und Gotisch treten an diesem einen und demselben Motive durchsichtig klar hervor. Aber auch sonst zeigt sich, abgesehen von der Profilierung und Steinbehandlung, der Wandel der Zeit. Bei den gotischen Brückenbauten sehen wir fast aus-

schließlich die wagrechte Fahrbahn, während wir hier infolge des beiderseitigen Ansteigens der Brücke eine interessantere, man ist versucht zu sagen, barockere Ueberschneidung des umgebenden Architekturbildes durch die beherrschende Brückenlinie erhalten. Die Brücke ist

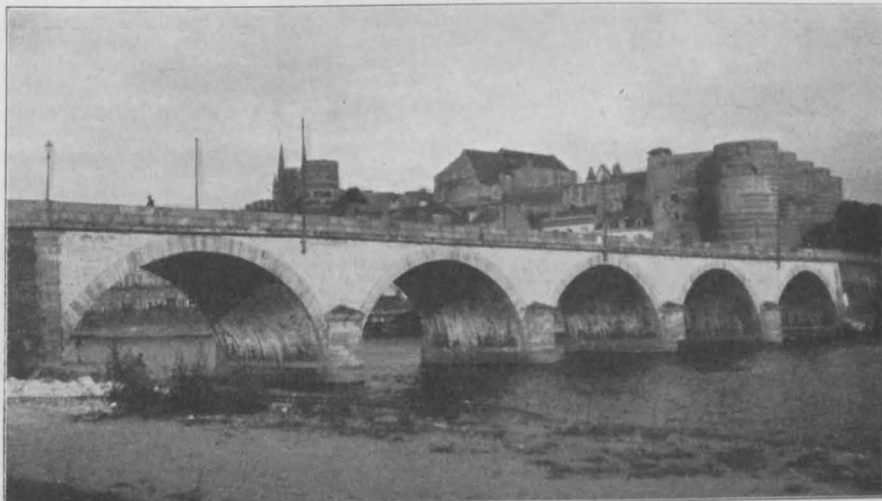


Abbildung 8. Brücke über die Loire bei Angers. (19. Jahrhundert.)

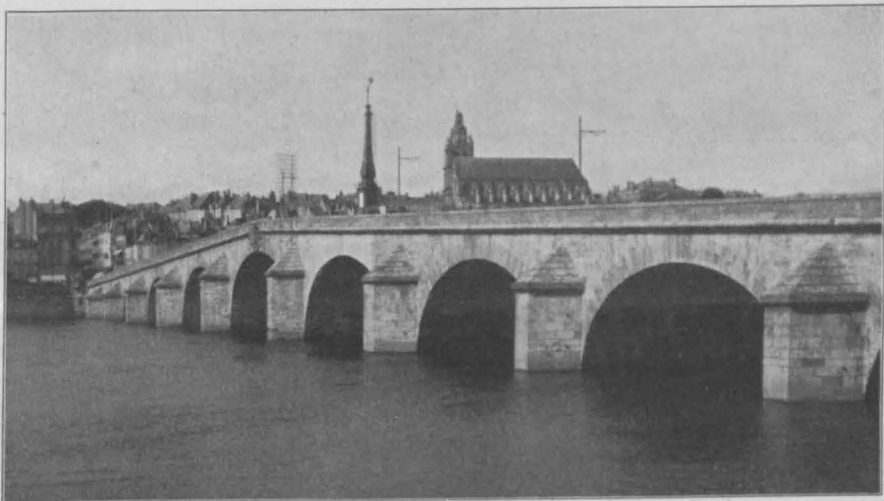


Abbildung 7. Brücke über die Loire bei Blois. (18. Jahrhundert.)

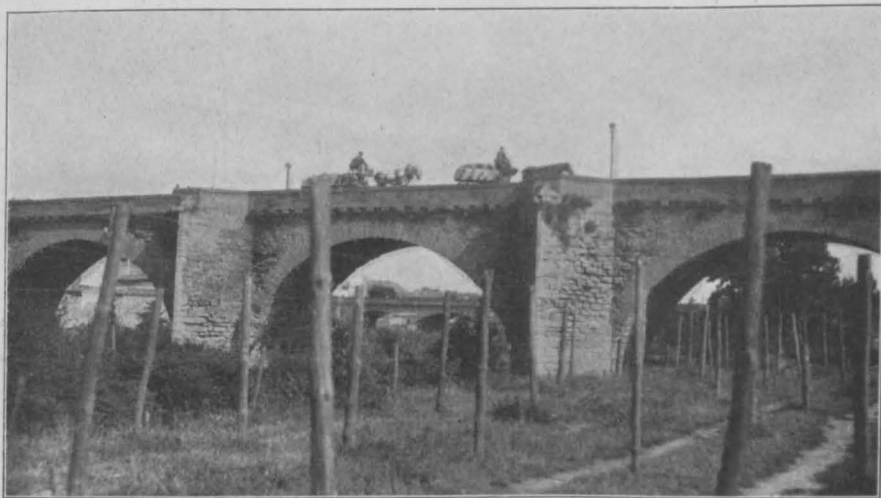


Abbildung 1. Alte und neue Brücke zu Carcassonne.

einerseits in bezug auf ihre Verhältnisse so künstlerisch durchdacht und andererseits tritt der Horizontalismus der Gebäude so scharf in Gegensatz zur Brückenlinie, daß konstruktive Gründe nicht als ausschließlich maßgebend herangezogen werden können. Mag auch nach unserem heutigen Empfinden der Anschnitt der beiden Schrägen als zu hart empfunden werden, so ist doch das

\*) Anmerkung: Betreffs der dem 14. Jahrhundert angehörenden Brücke von Cahors vergl. A. E. Brinkmann, Spätmittelalterliche Stadtbauanlagen in Südfrankreich. Deutsche Bauzeitung 1910, Seite 56 ff.



einheitliche Zusammenwirken mit der Gebäudearchitektur künstlerisch einwandfrei gelöst. Fassen wir aber die Brücke im Stadtbilde als Ganzes ins Auge, wie es Abbildung 5 zeigt, so ist schon im Hinblick auf die Wirkung der neuzeitlichen Hängebrücke wie auf das vierstöckige Mietshaus im Vordergrund, aber auch ganz abgesehen

erinnert sehr stark an die Toulouser Brücke. Die Durchbrechung der Brückenpfeiler ist verlassen und dafür sind die vorgesetzten Verstärkungspfeiler um so stärker betont, was für sämtliche Loirebrücken von Orléans abwärts der Fall ist. Man geht also wohl nicht fehl, wenn man für die Verbreitung bestimmter Brückenformen die Stromgebiete

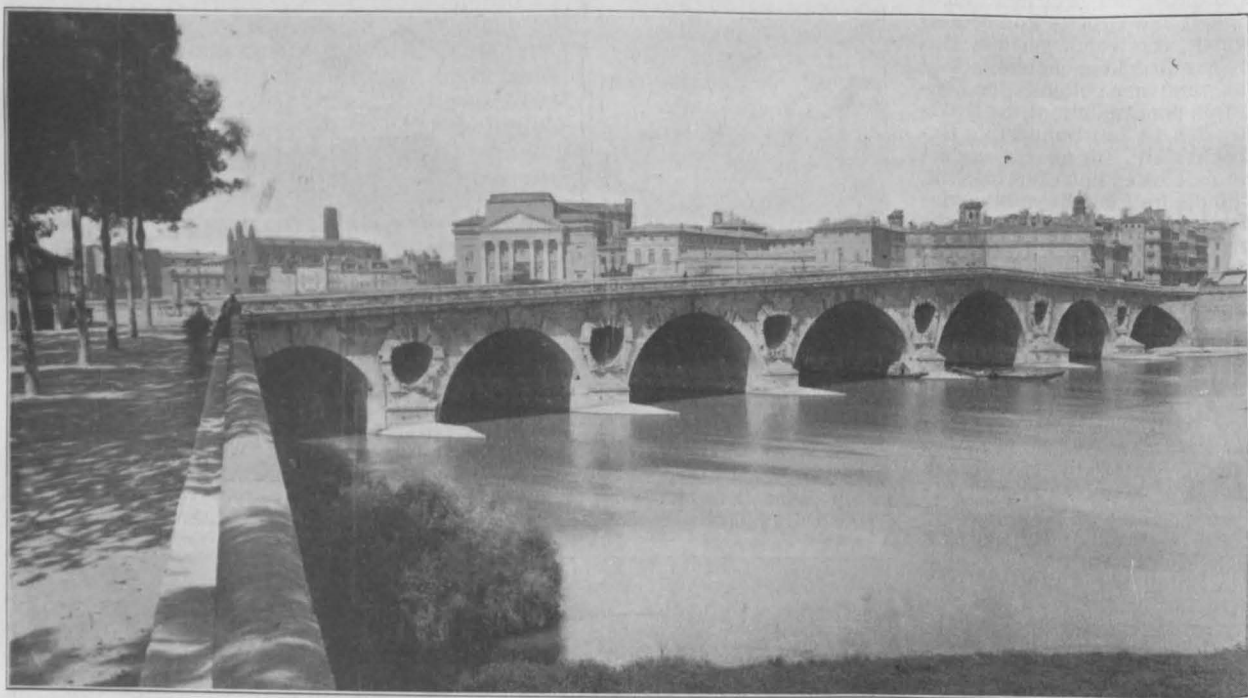


Abbildung 6. Der „Pont Neuf“ über die Garonne bei Toulouse.



Abbildung 5. Stadtbild von Toulouse.

von diesem Vergleich, Nicolaus Bachelier unter die ersten Brückenkünstler zu zählen. Nicht die konstruktiven Gesetze, nicht die Bauingenieurwissenschaft war für ihn maßgebend, sondern er zwang das Konstruktive dienstbar zu sein der Kunst seiner Gestaltungskraft.

Begeben wir uns nun in das Gebiet der Loire, so tritt uns in der Brücke von Blois das 18. Jahrh. entgegen. (Abb. 7, S. 95.) Die ansteigende Führung des Brückengeländers

zugrunde legt. Das Stadtbild von Blois wird, abgesehen von dem berühmten Renaissanceschloß, beherrscht einmal durch die Kathedrale St. Louis und deren aus der klassizistischen Zeit stammenden Kirchturm. Daß hierzu der architektonische Charakter der Brücke mit ihrem interessanten Obeliskenschmuck ganz vortrefflich paßt, tritt durch eine Vergleichung mit Abbildung 8, S. 95 klar hervor. Es ist geradezu beschämend

für unser neuzeitliches künstlerisches Empfinden in bezug auf das Einpassen von Brücken in gegebene Städtebilder, wenn wir erfahren, daß diese Loirebrücke bei Angers im Jahre 1850 neu erbaut worden ist. Man glaube ja nicht, daß es Zufall sei, wenn hier der imposante Ernst altfranzösischer Festungswerke in harmonischen Einklang gebracht worden ist mit dem Brückenbau des 19. Jahrhunderts. Gerade die beiden letzten Abbildungen beweisen einwandfrei, daß man noch bis vor etlichen Jahrzehnten imstande war, das Wesentliche im Stadtbilde herauszufühlen und sich hiervon beeinflussen zu lassen bei der Gestaltung gerade der Brücke. Geht man der Sache auf den Grund, d. h. fragt man, worin beruht das Treffen des Charakters eines Stadtbildes, so zeigt sich, daß dies meist auf die Anwendung scheinbar einfacher Mittel und Gegensätze zurückzuführen ist.

Einmal kommt in Betracht die Brüstungslinie, ob geradlinig oder gebrochen, dann die Anwendung einiger

nung dieser grundbegrifflich gegebenen Schönheit dieser selbst den Charakter des Zeit- und Städtebildes.

Dies alles bestätigend und als Gesamteindruck zusammenfassend beschließe diese Betrachtung französischer Brücken von der Gotik bis zur Neuzeit die Brücke von Orléans. Erbaut in den Jahren 1751—61, etwa 350 m lang, bildet sie mit der Stadt selbst ein kaum zu trennendes Ganze; die tatsächliche Trennungslinie zwischen Stadt und Brücke für das Auge befindet sich in Fahrbahnhöhe auf der Brückenmauer selbst, in dem sie begleitenden, starken Schatten werfenden Wulst. Auf den ersten Blick erscheint diese und die obere Brüstungslinie geradlinig, während sie tatsächlich nach der Mitte zu schwach ansteigt; sie vermeidet aber den bei Toulouse getadelten Knick. Es ist hier das richtige Mittel gefunden, sodaß auch das feinfühligste Auge durch diese Abweichung aufs angenehmste berührt ist. Noch eines lehrt diese Abbildung, was damals im Zeitalter des Unternehmertumes möglich war, die

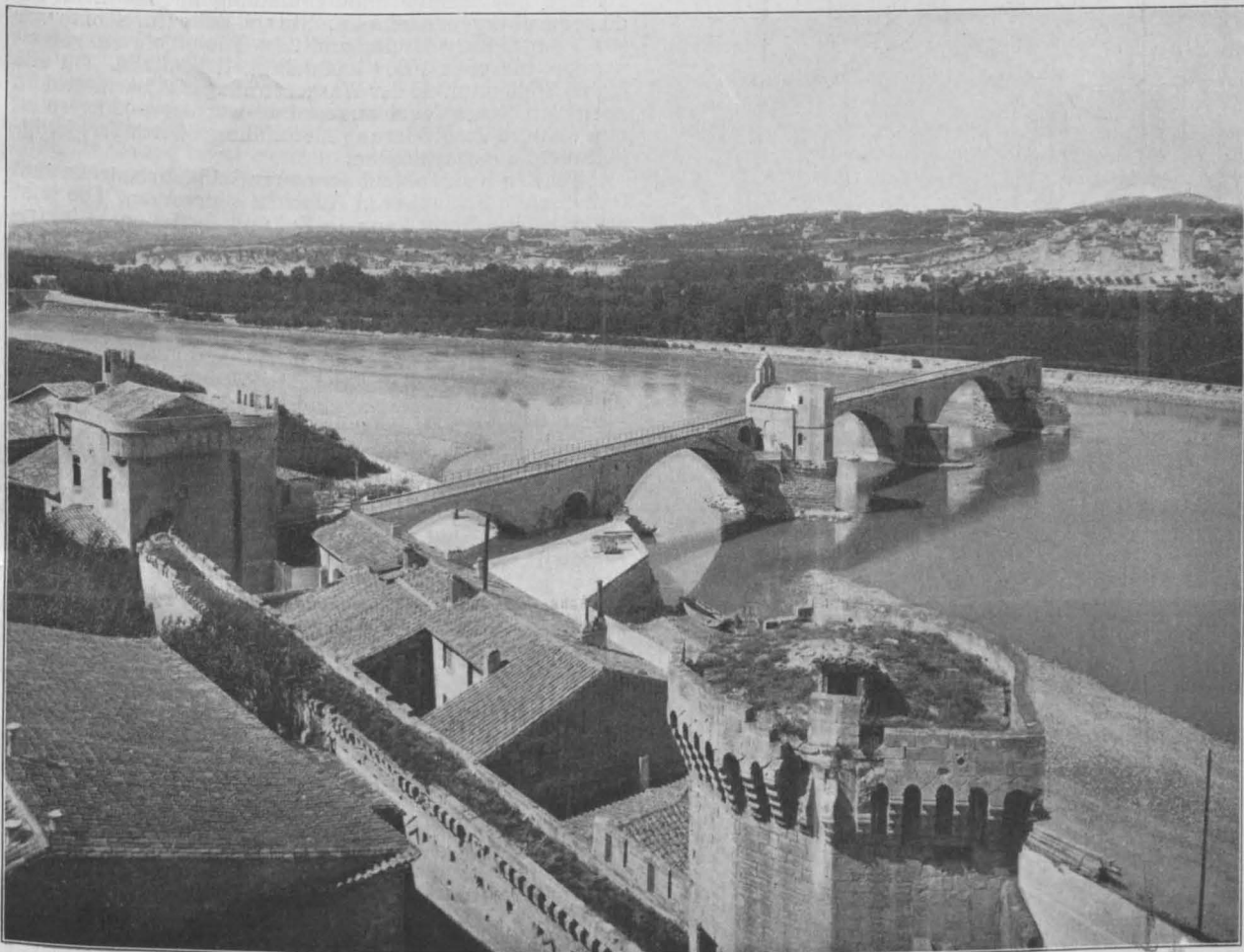


Abbildung 3. Pont Saint Bénézech in Avignon.

großzügiger Profilierungen im Zeitgeist, aber nie findet sich die Ueberladung mit Profilierungen, Kränzen usw. Es gehört zum Begriff der Steinbrücke, wenn sie monumental wirken soll, daß der Stein in der Fläche zur Geltung kommt. Alle Stilperioden beugten sich vor dem an sich im Wesen der Brücke begründeten Liegenden, den ewig gleich bleibenden künstlerischen Reizen der Bogenlinie und Brüstungslinie, und gaben unter möglichster Scho-

würdige architektonische Gestaltung des Stadteinganges, selbst durch Privatgebäude. Zu allen Zeiten aber sehen wir, daß das Wesentliche, die Bogenlinie, stets in ununterbrochenem kurvenmäßigem Verlauf im Schwung von Pfeiler zu Pfeiler, geführt wurde und daß erst unser Zeitalter den segmentförmigen Bogen, als Wunderkind neuzeitlicher Empfindung, zum Schaden des künstlerischen Eindruckes in Anwendung gebracht hat. —

### Die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn.

**D**ie Frage der Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn bildet auf Anregung Württembergs schon seit längerem den Gegenstand von Verhandlungen zwischen diesem Bundesstaat und Baden und Hessen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der württembergischen Industrie ist ein Anschluß an die große Rhein-Wasserstraße durch einen leistungsfähigen, die Zufuhr der Rohstoffe und den Absatz der fertigen Waren erleichternden und verbilligenden Schifffahrtsweg auf dem Neckar von besonderer Wichtigkeit, fast eine Lebensfrage. Eine solche wird daher von den Vertretern der württembergischen Industrie mit Nachdruck gefordert und auch in den

anderen Kreisen des Landes wird die Wichtigkeit einer solchen Verbindung für das wirtschaftliche Leben des Landes anerkannt.

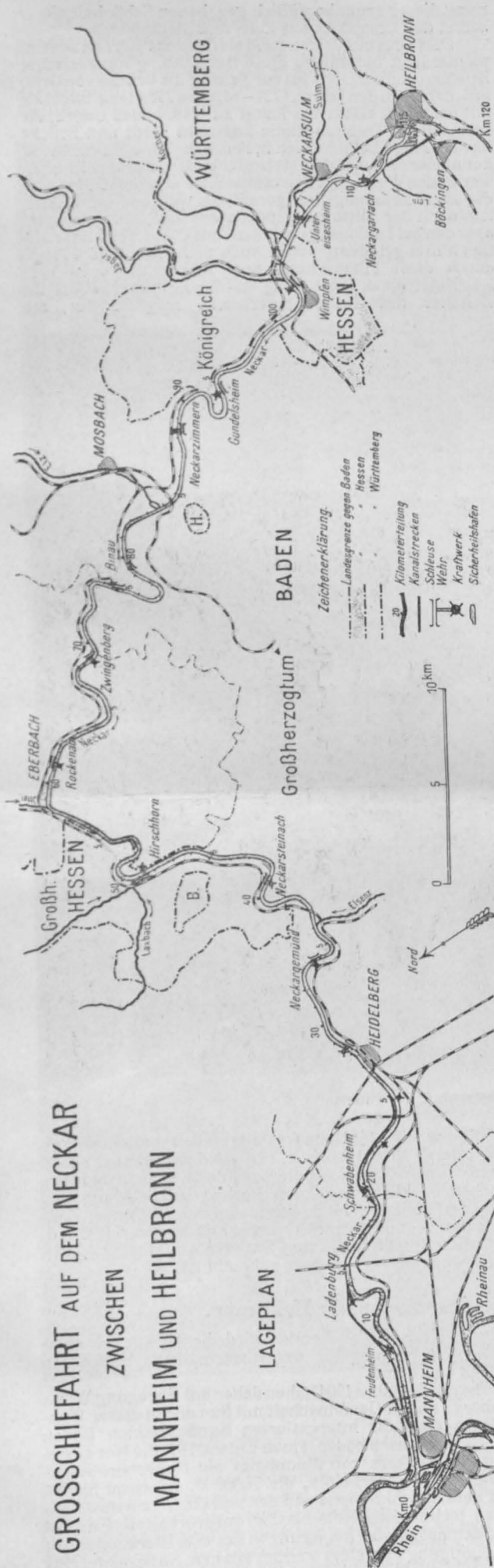
Bereits im Jahre 1904 haben daher auf Anregung Württembergs und in Gemeinschaft mit ihm die an dieser Wasserfrage ebenfalls interessierten Bundesstaaten Baden und Hessen beschlossen, einen Entwurf für die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn aufzustellen. Die Vorarbeiten, die 76000 M. erfordert haben, sind dem Abschluß nahe und der von einer gemeinschaftlichen technischen Kommission ausgearbeitete Entwurf wird demnächst den Regierungen der drei Uferstaaten zur Genehmigung vorgelegt werden können. So berichtete eine



# GROSSCHIFFFAHRT AUF DEM NECKAR ZWISCHEN

## MANNHEIM UND HEILBRONN

### LAGEPLAN



kürzlich den württembergischen Kammern vorgelegte Denkschrift des Ministeriums des Inneren, die eine allgemeine Beschreibung des Entwurfes nebst Lage- und Höhenplan, sowie einen kurzen Hinweis auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens für Württemberg gibt. Wir entnehmen der Denkschrift die nachstehenden, stellenweise wörtlich wiedergegebenen Mitteilungen.

Die in Betracht kommende Strecke vom Rhein bis zu den Anlandestellen im Oberwasser des Heilbronner-Wehrs umfaßt 117,5 km. Von den beiderseitigen Ufern von 235 km Länge stehen rd. 72% unter badischer, 16% unter württembergischer, 12% unter hessischer Landeshoheit. In der Hauptsache soll der natürliche Flußlauf selbst benutzt und durch Wehre entsprechend gestaut werden, nur an einigen besonders schwierigen Stellen sind Seitenkanäle vorgesehen, durch die sich die Länge der Schifffahrtsstraße auf 116,59 km verkürzt.

Dem Zweck der Wasserstraße entsprechend, müssen größere Rheinschiffe ohne Umladung in Mannheim auf dieselbe übergehen können. Sie soll daher für Schiffe von 80m Länge, 10,2m Breite und 2,2m Tauchtiefe ausgebaut werden, die etwa 1000 t Ladefähigkeit besitzen. Da alle festen Sohlenpunkte der Wasserstraße auf 2,5m unter dem normalen Stauspiegel angeordnet werden sollen, so ist eine spätere Vergrößerung für Schiffe größerer Tragfähigkeit nicht ausgeschlossen.

Für den Betrieb auf der neuen Schifffahrtsstraße sind freifahrende Schlepper in Aussicht genommen. Die jetzt erforderliche Kette kann in Zukunft fortfallen. Elektrischer Schiffszug vom Ufer her als an sich günstigste, aber auch teuerste Betriebsweise kam hier nicht in Frage, da er nur bei sehr großem Verkehr wirtschaftlich wird. Schleppzüge kommen bei den Krümmungsverhältnissen ebenfalls nicht in Frage, es wird vielmehr jeder 1000 t-Kahn allein geschleppt werden müssen. In Aussicht genommen sind Fahrgeschwindigkeiten von 4,5 km/ Stunde zu Berg, 5,5 km zu Tal. An Betriebstagen sind etwa 310 zu rechnen.

Die Denkschrift weist darauf hin, daß die jetzige Form des Flößereibetriebes auf dem kanalisiertem Neckar nicht aufrecht erhalten werden könne, wohl aber in wesentlich veränderter Form in sogenannten „Stücken“ von der Größe der Schleusenammern und mit Schleppbetrieb.

Ueber die bauliche Ausgestaltung der Schifffahrtsstraße besagt die Denkschrift Folgendes (vergl. dazu Lage- und Höhenplan):

„Das Gefälle des Neckars, das auf der Strecke Heilbronn—Mannheim rd. 67 m beträgt, soll auf 17 Stau-stufen mit 18 Haltungen und Schleusen verteilt werden. Das größte Gefälle hat die Staustufe bei Schwabenheim mit 8,3 m, das kleinste die Staustufe beim Mannheimer Friedhof mit rd. 3 m; im übrigen kommen Gefälle zwischen 3 und 4 m vor. Die längste Staustufe ist die bei Ladenburg mit rd. 10 km, die kürzeste die bei Wimpfen mit rund 4 km; die durchschnittliche Länge der Staustufen beträgt rund 7 km.

Die Wehre sind so anzuordnen, daß der Stau auch bei anlaufendem Wasser tunlichst lange in der festgesetzten Höhe erhalten werden kann und eine schädigende Veränderung der bestehenden Abflußverhältnisse vermieden wird. Von Wichtigkeit ist sodann, daß die beweglichen Wehrteile zur Verhütung von Wasserverlusten dicht schließen, daß sie bei Hochwasser rasch entfernt und wieder eingesetzt und daß sie ferner bei Frost zunächst stehen gelassen und noch kurze Zeit vor Eintritt des Eisganges in sicherer Weise entfernt werden können.

Diesen Anforderungen kann nach den bis jetzt vorliegenden Erfahrungen am besten durch die Anlage von Walzenwehren entsprochen werden. Die für die Neckar-Kanalisierung vorgesehenen Walzenwehre bestehen aus dem Wehrrücken in der Flußsohle, den Ort- und Mittelpfeilern und mehreren 30—35 m langen Verschlusswalzen mit Aufzugsketten, Zahnkränzen und Windwerken. Die Walze wird so hergestellt, daß sie sowohl von Hand als auch mit elektrischer Kraft gehoben und gesenkt werden kann. Beim Handbetrieb kann die Walze von sechs Mann in etwa drei Stunden, bei elektrischem Antrieb in etwa 15 Minuten über das höchste Hochwasser gehoben werden.

Damit die Fische während der Laichzeit über die Wehre aufsteigen können, werden diese mit besonderen Fischleitern versehen.

Die nutzbare Länge der Schleusen wurde zunächst auf 85 m festgesetzt. Sie soll jedoch nach den neuesten Vorschlägen der ständigen technischen Kommission auf 100 m vergrößert werden, damit der aus dem Schlepper und einem 1000 t-Schiff bestehende Schiffszug auf einmal durchgeschleust werden kann. Die Schleusenbreite ist zu 10,5 m angenommen. Der Drempel und der Boden der Schleusen werden 2,5 m unter den Stauwasserspiegel ge-

legt. Die Querschnitte der durch beide Kammerwände ihrer ganzen Länge nach durchzuführenden Umläufe sind so bemessen, daß eine Schleuse mit 3 m Gefälle in fünf Minuten gefüllt werden kann. Zum Abschluß der Kammern dienen eiserne Stemmtore mit einfacher, gekrümmter Blechwand. Die Schleusen sollen mit elektrischer Kraft betrieben werden.

Die Leistungsfähigkeit einer Schleuse berechnet sich unter der Voraussetzung, daß eine Schleusung durchschnittlich 40 Minuten dauert und daß bei wachsendem Verkehr durchschnittlich zu Berg 750 t, zu Tal 270 t befördert werden, bei 13stündigem täglichen Betrieb und bei 305 Betriebstagen zu 3111 000 t im Jahr.

Geht man davon aus, daß zur Bewältigung des anfallenden Verkehrs täglich 10 Doppelschleusungen erforderlich sind, so beträgt der Wasserverbrauch bei einem durchschnittlichen Schleusengefälle von 3,7 m rd. 49 000 cbm im Tag oder etwa 0,5 cbm/Sek.

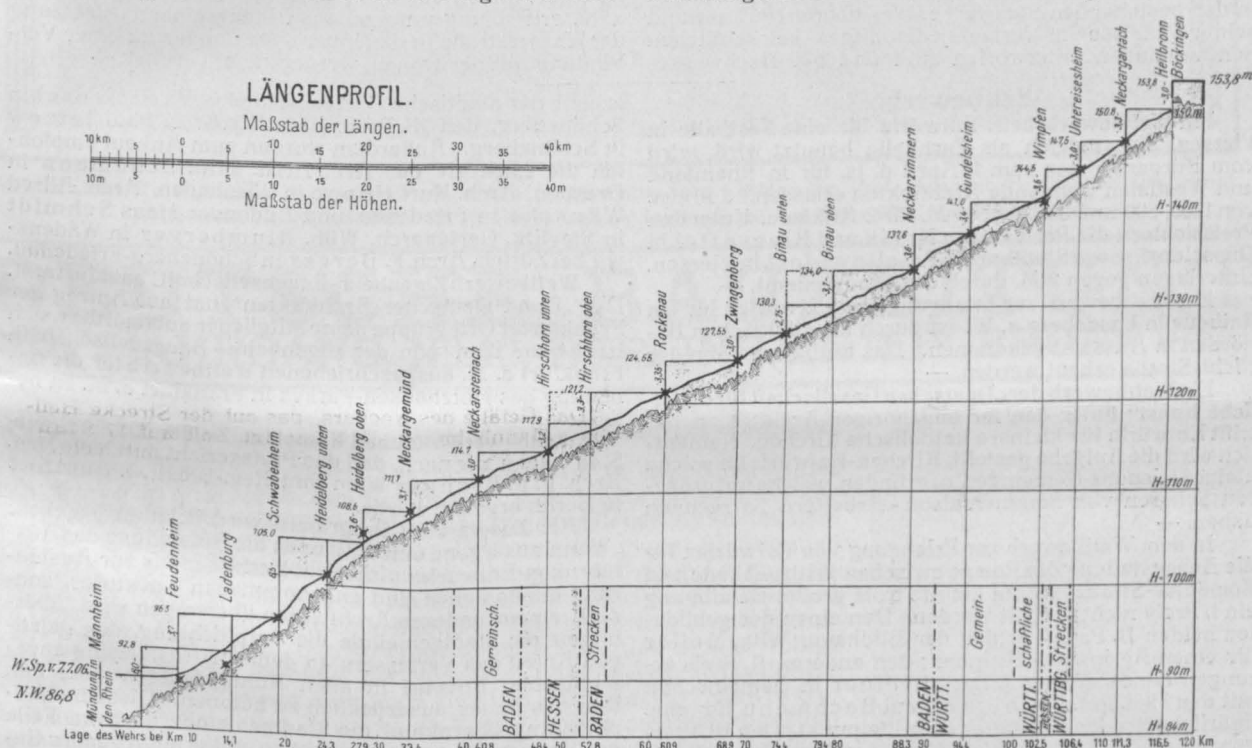
Je nach den örtlichen Verhältnissen wurde die Schleuse entweder neben dem Wehr oder abseits von diesem in einem besonderen Schleusenkanal geplant. Die Schleusenkanäle erhalten eine Sohlenbreite von 22 m und eine Mindest-Wassertiefe von 2,2 m.

In der freien Flußstrecke wird der Schiffsweg auf 30 m Sohlenbreite eine Mindestwassertiefe von 2,2 m erhalten. Während im unteren und mittleren Teil jeder Halung die nötige Wassertiefe durch die Hebung des Wasser-

bisher in der über 200 m breiten Flutrinne abgeführten Hochwassermengen aufzunehmen vermag und damit die bestehende Flutrinne, soweit sie zu dem Kanal nicht benötigt wird, auf die Höhe des Bahnhofes aufgefüllt und für Umschlagszwecke benützt werden kann.

„Die Erweiterung bestehender und die Herstellung neuer Häfen ist im allgemeinen als Aufgabe der beteiligten Kreise (Gemeinden, Handel, Industrie usw.) behandelt und daher in dem Entwurf nicht berücksichtigt worden. Der Umbau vorhandener Anlandestellen war indessen insoweit vorzusehen, als er durch die veränderten Stauverhältnisse notwendig wird. Außerdem ist die Beschaffung von Sicherheitshäfen ins Auge gefaßt worden. Die bestehenden Hafenanlagen in Mannheim und Heilbronn werden auch nach Einführung der Großschiffahrt die hauptsächlichsten Zufluchts- und Sicherheitsplätze der Neckarschiffe bilden. Der Karlsrufer Hafen in Heilbronn ist zu diesem Behuf mit einem Aufwand von 122 000 M. für die größten auf dem kanalisiertem Neckar verkehrenden Schiffe zugänglich zu machen. Weiterhin ist die Anlage von zwei neuen Sicherheitshäfen an der Elz- und an der Laxbachmündung für je 6 Schiffe von 1000 t Tragfähigkeit vorgesehen. Für ihre Herstellung sind 227 000 M. und 122 000 M. in den Voranschlag eingestellt.

In Heilbronn soll der oben erwähnte in die dermalige Hochflutrinne einzugrabende Schiffsfahrtskanal als neuer Umschlagshafen dienen. Das fast 100 ha große, über das



spiegels erzielt wird, muß sie am oberen Haltungsende erforderlichenfalls durch künstliche Vertiefung der Flußsohle gewonnen werden.

Von der Herstellung von Durchstichen für den Schiffsweg in den Schleifen bei Böckingen, Binau und Hirschhorn wurde Abstand genommen, weil die aufzuwendenden großen Kosten außer Verhältnis zu den dem Schiffsfahrts-Betrieb erwachsenden Vorteilen stehen würden. Nur an drei Stellen, nämlich zwischen Mannheim und Ladenburg, zwischen Schwabenheim und Heidelberg und bei Heilbronn, soll der Schiffsweg in abgesonderte Kanäle mit mindestens 22 m Sohlenbreite verlegt werden.

Die beiden ersten Kanäle am rechten Neckarufer erhalten 8,03 bzw. 5,4 km Länge. Abgesehen von den Rücksichten auf Eisgang, auf Herstellungs- und Betriebskosten kommt hier in Betracht, daß durch die Herstellung der Seitenkanäle zwei wertvolle große Wasserkräfte mit 6,8 und 8,3 m Nutzgefälle gewonnen werden können. Die Führung der Großschiffahrtsstraße vom Unter- ins Oberwasser von Heilbronn durch den bestehenden Schiffsweg, nämlich den Wilhelmskanal, ist nicht wohl möglich, da sie empfindliche Störungen im Hafenverkehr verursachen und sehr kostspielige und schwierige Umbauten erfordern würde. Es ist daher die Verlegung des Schiffsweges in den Hochflutarm zwischen Heilbronn und Böckingen in Aussicht genommen. Der hier anzulegende Kanal soll eine kleinste Sohlenbreite von 55 m erhalten, damit er die

Hochwasser zu legende Gelände rechts und links des Kanales bietet auf 2,5 km Länge eine gute Gelegenheit zur Entwicklung des Umschlagverkehrs zwischen der Wasserstraße und der Eisenbahn. Die für Hafenzwecke erforderliche Erbreiterung und Vertiefung des Schiffsfahrts-Kanals über das für die Kanalstrecken sonst vorgesehene Maß hinaus wird einen Aufwand von 3 281 000 M. verursachen. Die Aufwendungen für die erforderlichen Hafengleise und Umschlagseinrichtungen wurden in den Kosten-Voranschlag nicht aufgenommen.

Bezüglich der Baukosten bemerkt die Denkschrift: „Wenn bei der Kanalisierung nur die zur Einführung der Großschiffahrt auf dem Neckar erforderlichen Arbeiten ohne Rücksicht auf die etwaige Gewinnung von Wasserkraften ausgeführt werden, betragen die Baukosten, einschließlich der Kosten für die oben erwähnte Verlängerung der Schleusen von 85 m auf 100 m insgesamt 33 270 000 M. Die Kosten der Erweiterung des Kanals zu einem Umschlagshafen in Heilbronn mit 3 281 000 M. sind in dieser Summe nicht inbegriffen“. Von den Baukosten entfallen auf das badische Gebiet 19 613 810, auf das hessische 3 571 660, auf das württembergische Gebiet 10 084 530 M.

Die Kosten der Unterhaltung und des Betriebes der Schiffsfahrtsstraße sind auf Grund der anderwärts unter ähnlichen Verhältnissen gemachten Erfahrungen im Wege allgemeiner Schätzung zu 1 1/2 % der Baukosten angenommen worden, d. h. zusammen auf 499 050 M.



Es ist in Aussicht genommen, den Bau — ohne die für die Vorbereitungen erforderliche Zeit — in drei Jahren durchzuführen.

„Die Ausnützung der an den geplanten Wehren sich ergebenden Gefälle durch Kraftwerke ist nach den angestellten Erhebungen technisch möglich und wirtschaftlich lohnend. Für die Berechnung der gewinnbaren Wasserkräfte wurden diejenigen Wassermengen, die der Neckar an etwa 240 Tagen im Jahre führt, zugrunde gelegt. Diese Wassermengen betragen auf württembergischem Gebiet oberhalb der Kochermündung etwa 40 cbm, unterhalb der Jagstmündung etwa 56 cbm/Sek. Die in den vorgesehenen 17 Kraftwerken entstehenden Wasserkräfte sind von der württembergischen Baubehörde zu rd. 29 000 PS. geschätzt worden.

Zum Zweck der Ausnützung der Wasserkräfte müssen die Seitenkanäle zwischen Mannheim und Heidelberg mit einem Aufwand von 1 583 700 M. erbreitert werden. Die Kraftwerke selbst sind zu 11 089 500 M. veranschlagt. Der Gesamtaufwand beträgt also 12 673 200 M.“

Die Wasserkräfte verteilen sich auf die einzelnen Staaten, wenn man die Uferlängen der Staatsgebiete als Maßstab zugrunde legt, in den betreffenden Haltungen wie folgt: auf das badische Gebiet 21 100, das hessische 3400, das württembergische 4500 PS.

„Der Wert dieser Wasserkräfte wird dadurch erheblich beeinträchtigt, daß sie wegen Wasserzurückhaltungen in den bestehenden Stauwerken des oberen Neckars und seiner Zuflüsse im Verlauf jeden Tages beträchtlichen Schwankungen unterworfen sind und bei Hochwasser

und Eisgängen sogar kurze Zeit ganz versagen. Hierzu kommt, daß der Absatz der Wasserkräfte, soweit sie in abgelegenen Gegenden gewonnen werden, zunächst nicht gesichert ist und durch kostspielige Leitungen zu entfernten Verbrauchsstellen verteuert wird.“

Ueber die voraussichtlich auf den kanalisierten Neckar übergehenden Gütermengen macht die Denkschrift die Annahme, daß der größte Teil der für Württemberg bestimmten Transporte, die jetzt die Rheinwasserstraße benützen, auf die Neckarwasserstraße übergehen werden. 1905 betrug die gesamte Ein- und Ausfuhr in Württemberg 5,7 Millionen t und davon benutzten 1,5 Millionen t, also rd. ein Viertel, die Rheinwasserstraße. Für 1917 wird unter Berücksichtigung des Verkehrszuwachses dieser auf den Neckar für Württemberg übergehende Verkehr zu 2,573 Millionen t und der gesamte Neckarverkehr einschl. des badischen und hessischen auf 3,016 Millionen t geschätzt. Davon entfallen rd. 2,2 auf den Berg-, 0,82 Millionen t auf den Talverkehr. Nichtberücksichtigt sind hierbei die aus der neuen Wasserstraße und der damit verbundenen wirtschaftlichen Hebung des Landes sich ergebende Verkehrszunahme und auch nicht der Durchgangsverkehr nach Heilbronn, der dort auf die Bahn übergehen wird und umgekehrt. —

Die Denkschrift beschränkt sich auf das zunächst Erreichbare, die Kanalisierung des Neckar bis Heilbronn. Die weit ausschauenden, ebenfalls seit einigen Jahren näherer Prüfung unterzogenen Pläne einer Fortsetzung der Wasserstraße in das Innere des Landes zu einer Verbindung mit der Donau, werden nicht berührt. —

### Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Festhalle in Viersen, die zugleich als Turnhalle benutzt wird, wird vom Bürgermeister zum 1. April d. Js. für in Rheinland und Westfalen wohnende Architekten erlassen. 3 Preise von 1200, 800 und 300 M.; 500 M. für 2 Ankäufe. Unter den Preisrichtern die Professoren Kreis und Kleesattel in Düsseldorf, sowie Stadtmstr. Frielingsdorf in Viersen. Unterlagen gegen 2 M. durch das Stadtbauamt. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Rathaus in Landsberg a. W. ist durch die städtischen Behörden in Aussicht genommen. Das Rathaus soll an der Richt-Strasse erbaut werden. —

Ein Wettbewerb der „Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst“ unter den ihr angehörigen Architekten betrifft Entwürfe für kleinere katholische Kirchen. Namentlich wird die Aufgabe gestellt, Kirchen-Entwürfe für solche kleine Diaspora-Gemeinden zu erfinden, welche mit größeren Scharen von Sommersaison- Arbeitern zu rechnen haben. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Ausgestaltung der Rampe zwischen Justizgebäude und Komödien-Strasse in Köln konnte trotz großer Beteiligung ein I. Preis nicht verteilt werden. Den einen der gebildeten beiden II. Preise erhielt der Bildhauer Wilh. Meller für einen Agrippina-Brunnen; den anderen II. Preis errangen der Bildhauer J. B. Schreiner in Gemeinschaft mit den Hrn. Pet. Recht und Paul Bachmann für eine figürliche Gruppe mit Reiter als Mittelpunkt. Den III. Preis gewannen der Bildhauer Jos. Moest in Gemeinschaft mit dem Architekten H. Renard für eine allegorische weibliche Figur in der Art einer Pallas-Athene. Ein Entwurf des Hrn. Franz Brantzky wurde vom Preisgericht angekauft. —

Im Wettbewerb Rüdeshimer-Platz Wilmersdorf ist bei 305 Entwürfen die folgende Entscheidung gefallen: Der I. Preis (3000 M.) wurde einem Entwurf zuerkannt, den Arch. Heinrich Berg und Arch. H. v. Hoven, beide in Frankfurt a. M., eingereicht hatten. Den II. Preis (2000 M.)

erhielt der städtische Gartenarchitekt Alfred Hensel in Schöneberg, den III. Preis (1000 M.) Arch. Paul Jatzow in Schöneberg. Außerdem wurden zum Ankauf empfohlen die Entwürfe der Hrn. Arch. Fritz Schumann in Dresden, Arch. Kurt Hoppe in Wiesbaden, Arch. Alfred Wünsche in Friedenau und Bildhauer Hans Schmidt in Steglitz, Gartenarch. Wilh. Blumberger in Wädenswil bei Zürich, Arch. F. Berger in Schöneberg-Friedenau.

Wettbewerb Eigenheim-Baugesellschaft Frankfurt a. M. Der „Bund Deutscher Architekten“ hat auf Antrag der Frankfurter Ortsgruppe seine Mitglieder aufgefordert, sich nicht an dem von der Eigenheim-Baugesellschaft in Frankfurt a. M. ausgeschriebenen Wettbewerb für die Bebauung des Holzhausen-Parkes in Frankfurt a. M. zu beteiligen. —

Wettbewerb Stadtbad Komotau. Zu der Ankündigung S. 44 tragen wir nach, daß das Preisgericht durch die Hrn. Arch. P. P. Brang in Wien und Reg.-Bmstr. J. Boethke in Berlin ergänzt wurde.

Als Zusatz zum Programm wird bekannt gegeben: „Wenn aus irgend einem Grunde die Aufstellung des Ausführungs-Entwurfes nicht dem Verfasser des zur Ausführung empfohlenen und angenommenen Entwurfes, sondern einem anderen Architekten übertragen wird, übernimmt die Stadtgemeinde die Verpflichtung, den geistigen Anteil des Verfassers an dem zur Ausführung angenommenen Entwurf in allen Kundgebungen über den Bau des Bades ausdrücklich zu betonen. Dieselbe Verpflichtung übernimmt die Stadtgemeinde auch im Falle der Verwendung charakteristischer und grundlegender Gedanken aus preisgekrönten oder angekauften Arbeiten für die Aufstellung des Ausführungs-Entwurfes“. —

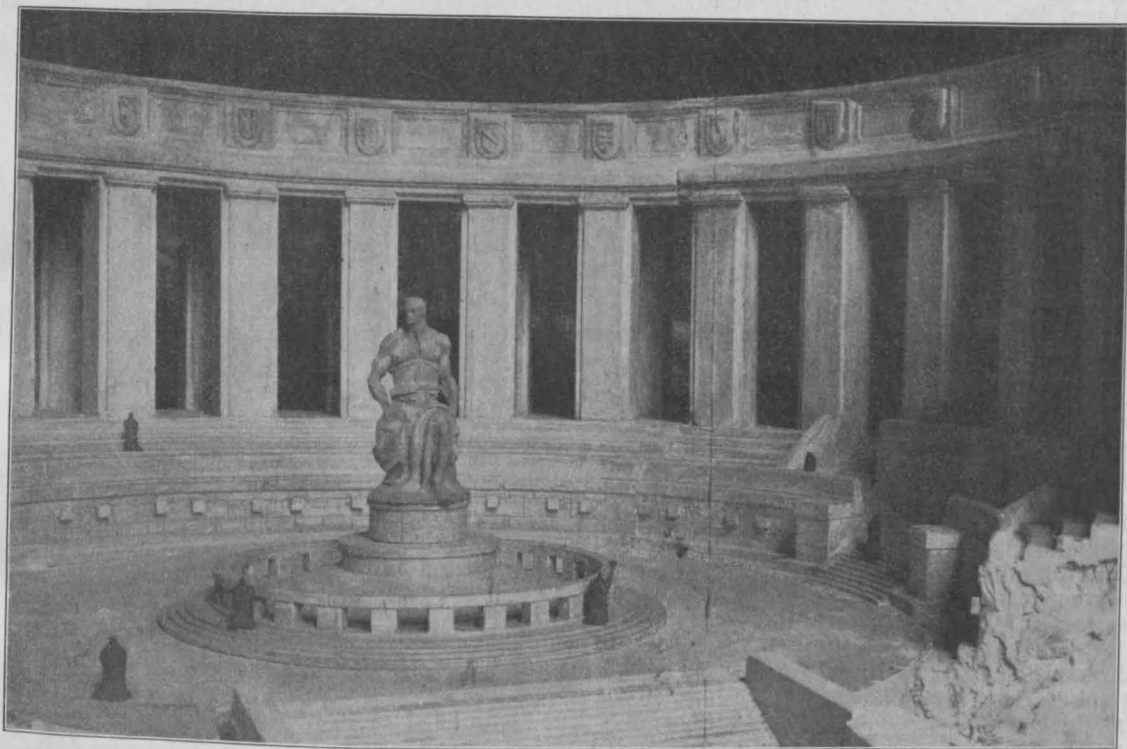
Inhalt: Fernere Tätigkeit des „Ausschusses für Groß-Berlin“. — Frankreichs Brücken im Städtebild. Die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn. — Wettbewerbe. — Tote. —

### Hierzu eine Bildbeilage: Frankreichs Brücken im Städtebild. Alte Brücke in Albi.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

## Karl von Groszheim und Gustav von Ebermayer †.

Am Samstag und Sonntag hat der Tod in unserem Fache reiche Ernte gehalten. Am Samstag den 4. Februar starb in München im 72. Lebensjahre der General-Direktor außer Diensten der kgl. bayerischen Staatseisenbahnen Staatsrat Dr. Ing. h. c. Gustav Ritter v. Ebermayer, ein Fachmensch, gleich ausgezeichnet in seinem Beruf als Ingenieur und Verwaltungsbeamter, wie als nach nur zweiitägigem Krankenlager die stämmige Gestalt des Architekten Geheimen Baurat Karl demie der Künste in Berlin übernommen hatte und in sein siebzigstes Lebensjahr eingetreten war. Beide Fachgenossen, auf deren reiches Lebenswerk wir noch eingehender zurückkommen, haben durch dieses für das Ansehen des Faches Außerordentliches gewirkt. Ehre und Ruhm daher ihrem Andenken! —



Entwurf „Ein Heiligtum“. Architekt: W. Brurein in Charlottenburg. Bildhauer: Prof. Hermann Hosäus in Grunewald. Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 12. BERLIN, DEN 11. FEBRUAR 1911.

## Das Zuwachssteuer-Gesetz.



Nach vielen Fährlichkeiten ist in der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 4. Februar 1911 der Gesetzentwurf über eine Zuwachssteuer als Schlußstein der Reichsfinanzreform mit 198 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenenthaltungen in dritter Lesung angenommen und damit ein Zustand der Unsicherheit im deutschen Bauleben der Gegenwart beseitigt worden, der so lange gedauert hat, daß er eine völlige Lähmung der privaten Bautätigkeit herbeiführte. Wenn man auch zugeben darf, daß der ideale Ge-

danke des Gesetzes, den Zuwachs an Wert der Allgemeinheit dienstbar zu machen, den ein Grundstück ohne die Einwirkung seines Besitzers lediglich durch die Allgemeinheit, insbesondere durch die Gunst der allgemein-politischen, der kommunal-politischen oder anderer Verhältnisse erfahren hat, so war doch der Entwurf, den die Reichsregierung auf diesem allgemein zu billigenden Grundsatz aufbaute, so weitgehend und so sehr nur vom fiskalischen Interesse eingegeben, daß er leidenschaftliche Proteste und Abänderungsvorschläge und -Anträge in einer Zahl wie kein anderer Gesetzentwurf zuvor im Gefolge hatte. Und das mit Recht. Denn der Regierungsentwurf, zum Gesetz geworden, würde wichtige Zweige des Erwerbslebens völlig lahm gelegt, den Untergang zahlreicher Gewerbetreibender herbeigeführt und damit dem Reich Steuerquellen verschlossen haben, die recht beträchtlich fließen. Wenn es Wochen und Monate gedauert hat, den Umschwung in der Anschauung herbeizuführen, so müssen der deutsche Grundstücksmarkt und die deutsche Bauindustrie diesen langandauernden Zustand der Unsicherheit als das geringere Uebel gegenüber dem größeren des Regierungsentwurfes hinnehmen.

Der Steuergedanke hat in Deutschland wohl zuerst im Jahre 1904 in Frankfurt a. M. Wurzel gefaßt. Er ist darauf von zahlreichen anderen Gemeinden aufgenommen und in den letzten Jahren auch in die englische Gesetzgebung übernommen worden. Ob er sich in der deutschen Gesetzgebung eine bleibende Stelle erringen kann, werden die Handhabung des Gesetzes und die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre zeigen. Ob er die Erwartungen in finanzieller Beziehung erfüllen wird, oder ob nicht die Nachwirkungen der Beunruhigung der Kreise, die von ihm betroffen sind, größer sind, als das finanzielle Ergebnis, wird



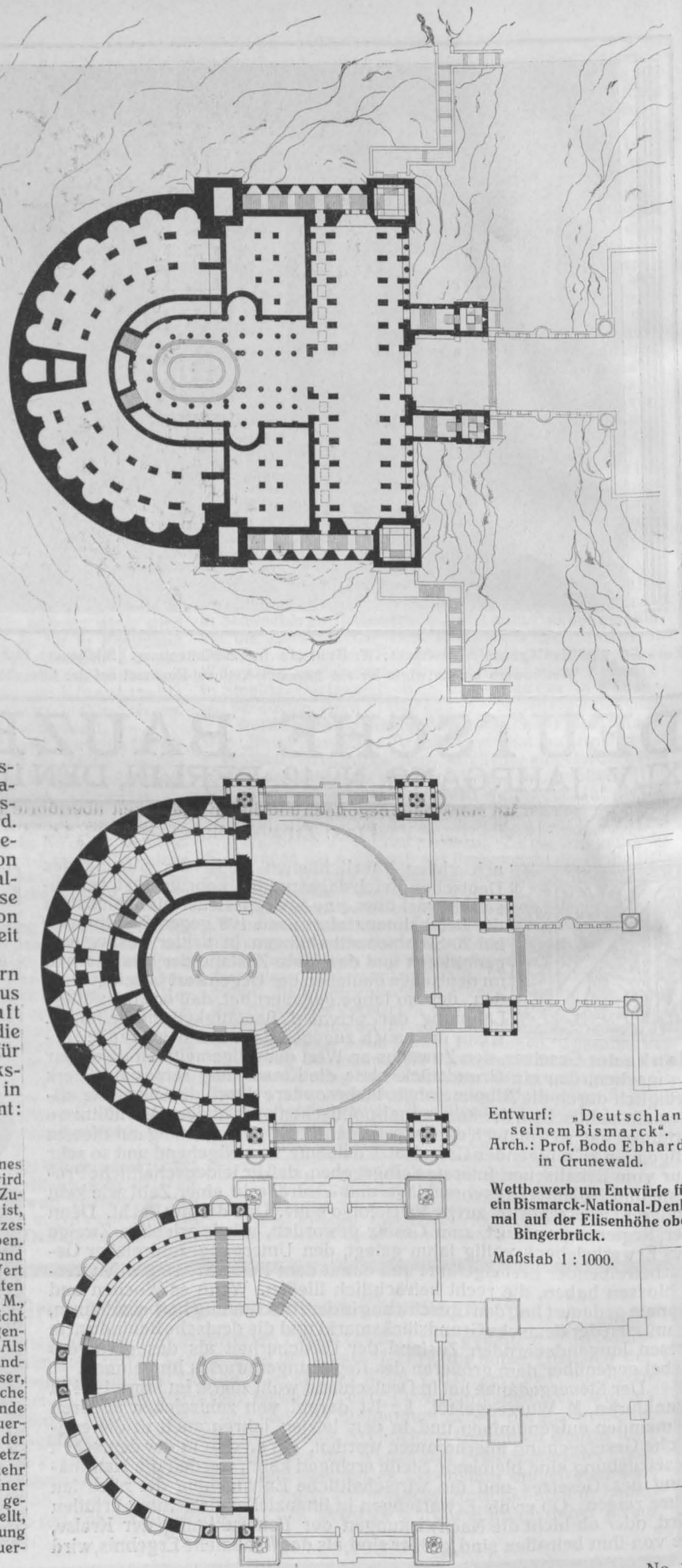


sich gleichfalls bald zeigen. Wir fürchten, es sind ertragsfähige und sehr steuerkräftige Zweige des modernen Wirtschaftslebens so schwer getroffen worden, daß die Einbuße an Steuerkraft den Gewinn aus dem Gesetz mehr als aufwiegt. Wir fürchten ferner, daß die Hoffnungen der idealistisch gesinnten Kreise, die aus der Wirkung des Gesetzes einen wohlthätigen materiellen Einfluß auf die Wohnverhältnisse erwarten, in das Gegenteil verkehrt werden. Wir glauben daher, daß die Dauer des Gesetzes im Ganzen oder in der beschlossenen Form eine begrenzte sein wird, ja, es scheint uns nicht ausgeschlossen, daß es bei einer Revision der Reichsfinanzreform, die in absehbarer Zeit kommen muß, als Reichsgesetz überhaupt verlassen wird. Ob und in welcher Form der Gedanke des Gesetzes dann von den Gemeinden zur Ausgestaltung ihrer Finanzverhältnisse aufgenommen wird, hängt von der Entwicklungsmöglichkeit der einzelnen Gemeinden ab.

Wir bieten unseren Lesern nachstehend einen Auszug aus dem am 1. April 1911 in Kraft tretenden Gesetz dar, der die Paragraphen enthält, welche für die am Bau- und Grundstücksmarkt interessierten Kreise in erster Linie inbetracht kommt:

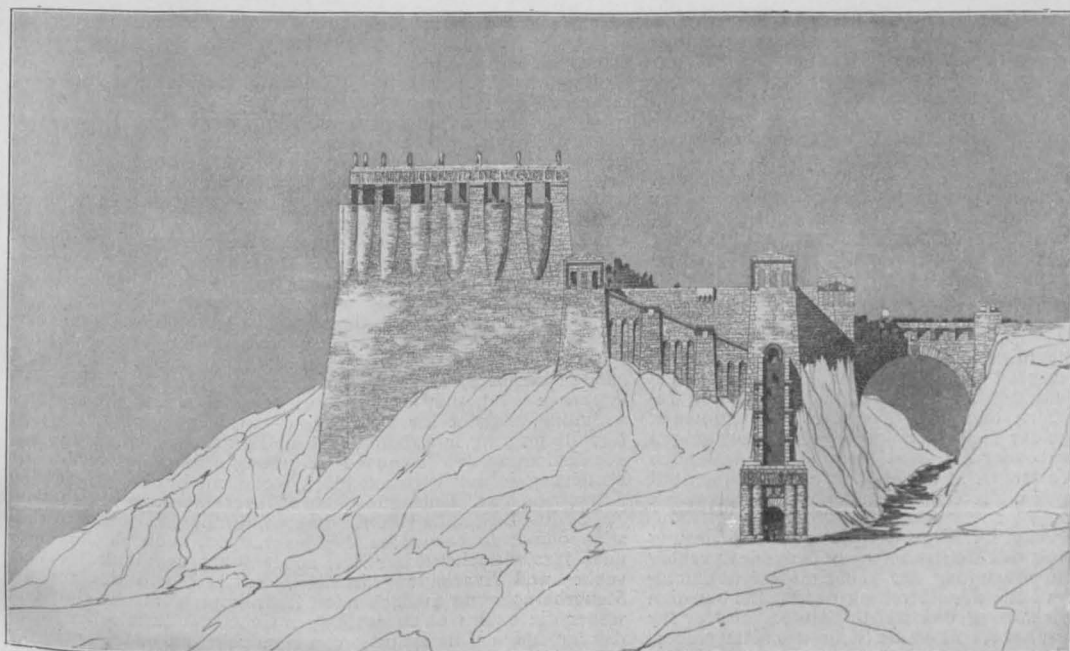
**I. Voraussetzungen der Steuerpflicht.**

§ 1. Beim Uebergang des Eigentumes an inländischen Grundstücken wird von dem Wertzuwachs, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist, gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes eine Abgabe (Zuwachssteuer) erhoben. Beträgt der Veräußerungspreis, und im Fall einer Teilveräußerung der Wert des Gesamtgrundstückes, bei bebauten Grundstücken nicht mehr als 20000 M., bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als 5000 M., so bleibt der Eigentumsübergang von der Steuer frei. Als unbebaut gelten auch solche Grundstücke, auf denen sich Gartenhäuser, Schuppen, Lagerstätten und ähnliche zu vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten befinden. Die Steuerfreiheit tritt nur ein, wenn weder der Veräußerer und sein Ehegatte im letzten Jahre ein Einkommen von mehr als 2000 M. gehabt haben, noch einer von ihnen den Grundstückshandel gewerbsmäßig betreibt. Wird festgestellt, daß die Veräußerung für Rechnung eines Dritten erfolgt, so ist die Steuer-



Entwurf: „Deutschland seinem Bismarck“. Arch.: Prof. Bodo Ebhardt in Grunewald.

Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück. Maßstab 1 : 1000.



§ 2. Erfolgt der Uebergang des Eigentumes nicht innerhalb eines Jahres nach Abschluß des zur Uebertragung des Eigentumes verpflichtenden Veräußerungsgeschäftes, so gelangt die Zuwachssteueraus Anlaß dieses Rechtsgeschäftes und, falls innerhalb des einjährigen Zeitraumes mehrere Rechtsgeschäfte dieser Art abgeschlossen worden sind, aus Anlaß des letzten Rechtsgeschäftes zur Hebung. Die Steuerpflicht tritt im Falle des Abs. 1 mit Ablauf eines Jahres nach Abschluß des Veräußerungs-

Geschäftes ein; für die Veranlagung ist der Zeitpunkt maßgebend, in welchem das Rechtsgeschäft oder bei mehreren Rechtsgeschäften das letzte Rechtsgeschäft abgeschlossen ist.

Als Rechtsgeschäfte im Sinne des Absatz 1 sind auch anzusehen:

1. Die Uebertragung der Rechte der Erwerber aus Veräußerungsgeschäften;

2. die Uebertragung von Rechten aus Anträgen zur Schließung eines Veräußerungsgeschäftes, die den Veräußerer binden, sowie aus Verträgen, durch die nur der Veräußerer zur Schließung eines Veräußerungsgeschäftes verpflichtet wird;

3. nachträgliche Erklärungen des aus einem Veräußerungsgeschäft berechtigten Erwerbers, die Rechte für einen Dritten erworben oder die Pflichten für einen Dritten übernommen zu haben;

4. die Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot und die Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe;

5. Rechtsgeschäfte, durch die jemand ermächtigt wird, ein Grundstück ganz oder teilweise auf eigene Rechnung zu veräußern.

§ 3. Die Besteuerung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein nach diesem Gesetz steuerpflichtiges Rechtsgeschäft durch ein anderes Rechtsgeschäft verdeckt wird, insbesondere an die Stelle des Ueberganges des Eigentumes ein Rechtsgeschäft tritt, der es ohne Uebertragung des Eigentumes einem anderen ermöglicht, über das Grundstück wie ein Eigentümer zu verfügen.

§ 4. Die Zuwachssteuer wird nicht erhoben:

1. beim Erwerbe von Todes wegen im Sinne der §§ 1—4 des Erbschaftssteuergesetzes, sowie beim Erwerb auf Grund einer Schenkung unter Lebenden

im Sinne des § 55 des Erbschaftssteuergesetzes, sofern nicht die Form der Schenkung lediglich gewählt ist, um die Zuwachssteuer zu ersparen;

2. bei der Begründung, Aenderung, Fortsetzung und Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft;

3. beim Erwerb auf Grund von Verträgen, die zwischen Miterben oder Teilnehmern an einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft zum Zweck der Teilung der zum Nachlaß oder zum Gesamtgut gehörenden Gegenstände abgeschlossen werden, sowie beim Erwerb auf Grund eines Zuschlages, der in den vorgenannten Fällen bei Teilung im Wege der Versteigerung einem Miterben oder Teilnehmer erteilt wird;

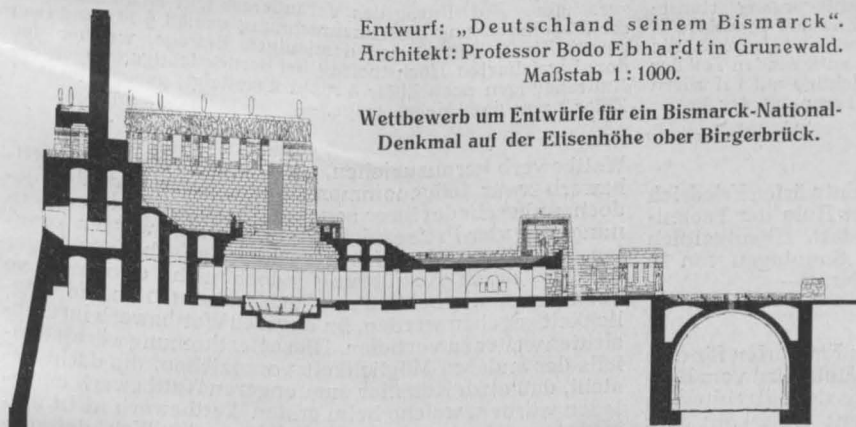
4. beim Erwerbe der Abkömmlinge von den Eltern, Großeltern und entfernteren Voreltern;

5. beim Einbringen in eine ausschließlich aus dem Veräußerer und dessen Abkömmlingen oder aus diesen allein bestehende Gesellschaft des bürgerlichen Gesetzbuches oder Vereinigung der im § 1b bezeichneten Art. Die Steuerpflicht tritt ein, soweit nachträglich ein Gesellschafter aufgenommen wird, der nicht zu den Abkömmlingen des Veräußerers gehört;

6. beim Einbringen von Nachlaßgegenständen in eine ausschließlich von Miterben gebildete Gesellschaft des bürgerlichen

Entwurf: „Deutschland seinem Bismarck“. Architekt: Professor Bodo Ebhardt in Grunewald. Maßstab 1:1000.

Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Birgerbrück.



freiheit nur zu gewähren, wenn die Voraussetzungen für die Befreiung auch in der Person des Dritten vorliegen.

§ 1a. Die Vorschriften dieses Gesetzes über Grundstücke finden Anwendung auf Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechtes gelten; ausgenommen sind unbewegliche Bergwerksanteile.

§ 1b. Dem Uebergang des Eigentumes an Grundstücken steht gleich der Uebergang von Rechten an dem Vermögen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Kommanditgesellschaft, Gewerkschaft, eingetragenen Genossenschaft, eines eingetragenen Vereins oder einer offenen Handelsgesellschaft, soweit das Vermögen der Vereinigung aus Grundstücken besteht, wenn entweder zum Gegenstande des Unternehmens die Verwertung von Grundstücken gehört, oder wenn die Vereinigung geschaffen ist, um die Zuwachssteuer zu ersparen.

§ 1c. Die Steuerpflicht wird begründet durch die Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch oder, wenn es einer solchen zum Uebergang des Eigentumes nicht bedarf, durch den Vorgang, der die Rechtsänderung bewirkt.

Sofern das Grundbuch noch nicht als angelegt anzusehen ist, tritt an die Stelle der Eintragung die Umschreibung in öffentlichen Büchern.



Gesetzbuches oder Vereinigung der im § 1b bezeichneten Art. Die Vorschrift der Ziffer 5 Satz 2 findet entsprechende Anwendung;

7. beim Austausch im Inlande gelegener Grundstücke zum Zweck der Zusammenlegung (Flurbereinigung) der Grenzregelung oder der besseren Gestaltung von Bauflächen (Umlegung) sowie bei Ablösung von Rechten an Forsten, wenn diese Maßnahmen auf der Anordnung einer Behörde beruhen oder von einer solchen als zweckdienlich anerkannt werden;

8. beim Austausch von Feldstücken zwischen angrenzenden Bergwerken und bei der Vereinigung zweier oder mehrerer Bergwerke zum Zweck der besseren bergbaulichen Ausnutzung, sofern sie nicht zum Zweck der Steuerersparung erfolgen.

Zu den Miterben im Sinne der Ziffern 3, 6 wird der überlebende Ehegatte gerechnet, der mit den Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat.

## II. Der steuerpflichtige Wertzuwachs.

§ 5. Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreise.

Der Preis bestimmt sich nach dem Gesamtbetrag der Gegenleistung einschließlich der vom Erwerber übernommenen oder ihm sonst infolge der Veräußerung obliegenden Leistungen und der vorbehaltenen oder auf dem Grundstücke lastenden Nutzungen und bei Verträgen über Leistung an Erfüllung statt nach dem Werte, zu dem die Gegenstände an Erfüllung statt angenommen werden.

§ 6. Beim Übergang im Wege der Zwangsversteigerung gilt als Preis der Betrag des Meistgebotes, zu dem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung der vom Ersteher übernommenen Leistungen. Im Falle der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot und der Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe, tritt an die Stelle des Meistgebotes der Wert der Gegenleistung, wenn sie höher ist als das Meistgebot.

§ 6a. Von dem Preise kommt in Abzug der Wert der vom Veräußerer übernommenen Lasten, der Maschinen, auch soweit sie zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstückes gehören, und der Erzeugnisse des Grundstückes, solange sie mit dem Boden zusammenhängen.

§ 7. Ist ein Preis nicht vereinbart oder nicht zu ermitteln, so tritt an dessen Stelle der Wert des Grundstückes.

Das Gleiche gilt, wenn auf dem Grundstücke eine der im § 1a bezeichneten Berechtigungen oder ein Nießbrauchsrecht lastet, zu deren Beseitigung der Veräußerer nicht verpflichtet ist, und der Wert des Grundstückes den Betrag der Gegenleistung übersteigt. Wenn die Beteiligten zum Zwecke der Steuerersparung einen Teil des Entgeltes in die Form einer Vermittlungsgebühr, einer den üblichen Zinssatz erheblich übersteigenden Verzinsung des gestundeten Preises oder einer sonstigen Nebenleistung kleiden, so ist der als Teil des Entgeltes anzusetzende Betrag durch Schätzung zu ermitteln.

§ 8. Die Wertermittlung ist in den Fällen, in denen für die Berechnung der Abgabe ein Wert in Betracht zu kommen hat, auf den gemeinen Wert des Grundstückes zu richten. Die Vorschrift des § 5, Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

Der Wert wiederkehrender Leistungen oder Nutzungen bestimmt sich nach den Vorschriften des Erbschaftssteuergesetzes.

§ 9. Betrifft der steuerpflichtige Rechtsvorgang steuerpflichtige und steuerfreie Gegenstände, ohne daß Einzelpreise oder -werte angegeben werden, so bestimmt die Steuerbehörde den auf die steuerpflichtigen Gegenstände entfallenden Teil der Gesamtsumme, wenn nicht der Steuerpflichtige auf Erfordern innerhalb der ihm bestimmten Frist die Trennung der Preise

oder Werte nachholt. Sind zum Zwecke der Steuerersparung unrichtige Angaben gemacht worden, so ist der Betrag durch Schätzung zu ermitteln.

Das Gleiche gilt für die Verteilung des Gesamtbetrages auf mehrere steuerpflichtige Gegenstände.

§ 10. Dem Erwerbspreis sind hinzuzurechnen:

1. als Kosten des Erwerbes, sofern nicht an Stelle des Erwerbspreises der Wert maßgebend ist, vier vom Hundert des Erwerbspreises und, falls der Veräußerer nachweislich einschließlich der ortsüblichen Vermittlungsgebühr einen höheren Betrag aufgewendet hat, dieser;

2. falls der Erwerb im Wege der Zwangsversteigerung erfolgt ist und der Veräußerer zur Zeit der Einleitung der Zwangsversteigerung Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger war, der nachweisliche Betrag seiner ausgefallenen Forderungen, bis zu dem Wert, den das Grundstück zur Zeit der Zwangsversteigerung oder, wenn der Wert zur Zeit der Eintragung der Forderung höher war, zu diesem Zeitpunkt hatte. Die Forderungen kommen, wenn sie durch entgeltliches Rechtsgeschäft erworben sind, nur in Höhe des geleisteten Entgeltes in Anrechnung. Beruht ihr Erwerb auf einer Schenkung, oder ist ihre Eintragung innerhalb kürzerer Zeit als sechs Monate vor der Einleitung der Zwangsversteigerung erfolgt, so werden die Forderungen nur berücksichtigt, wenn nach den Umständen Schenkung oder Eintragung keine Steuerersparung bezwecken;

3. die Aufwendungen für Bauten, Umbauten und für sonstige dauernde besondere Verbesserungen, auch solche land- oder forstwirtschaftlicher Art, sowie für bergmännische Versuchs- und Ausrichtungsarbeiten, die innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes gemacht sind und weder die nach § 6a abzugsfähigen Gegenstände betreffen, noch der laufenden Unterhaltung von Baulichkeiten oder der laufenden Bewirtschaftung von Grundstücken dienen, soweit die Bauten und Verbesserungen noch vorhanden sind. Außerdem sind 5 vom Hundert, oder wenn der Veräußerer Baugewerbetreibender oder Bauhandwerker und selbst der Bauunternehmer ist, 15 vom Hundert des anrechnungsfähigen Wertes den Aufwendungen hinzuzurechnen. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn der Unternehmer eine Gesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuches oder eine Genossenschaft ist, die nicht ausschließlich aus Baugewerbetreibenden oder Bauhandwerkern bestehen. Als Aufwendungen im Sinne dieser Vorschrift gelten Beträge, die aus Versicherungen gedeckt sind, nicht, wenn sie zur Wiederherstellung von Baulichkeiten verwendet sind, die vor dem für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraum errichtet waren;

4. die Aufwendungen, Leistungen und Beiträge für Straßenbauten, andere Verkehrsanlagen einschließlich der Kanalisierung, sowie ohne entsprechende Gegenleistung und Verzinsung geleistete Beiträge für sonstige öffentliche Einrichtungen, soweit die Aufwendungen, Leistungen und Beiträge innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes gemacht sind. Für jedes volle Jahr dieses Zeitraumes nach Schluß des Kalenderjahres, in welchem die Aufwendungen gemacht oder die Leistungen oder Beiträge verausgabt sind, längstens jedoch für fünfzehn Jahre, sind ihnen 4 vom Hundert ihres Betrages hinzuzurechnen. Auf Antrag des Veräußerers tritt an die Stelle dieser Zinsanrechnung die Hinzurechnung gemäß § 10c, und zwar gemäß Abs. 1 Ziffer 1 von demjenigen Betrage, welcher den dort bezeichneten Höchstbetrag bei Berücksichtigung auch der Aufwendungen nach Ziffer 4 nicht übersteigt, gemäß Absatz 1 Ziffer 2 von dem Mehrbetrage. —

## Vermischtes.

**Eine Ausstellung von Studien und Entwürfen Friedrich Adlers** findet vom 17.—28. Febr. in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg statt. Unentgeltlich offen an Wochentagen von 10—3, an Sonntagen von 10 bis 1 Uhr (siehe Anzeige in der heut. Nr.). —

## Wettbewerbe.

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine neue katholische Kirche in Sablon bei Metz** wird vom Bürgermeister für die in Deutschland ansässigen Architekten zum 15. Mai 1911 erlassen. Baukosten: 400 000 M.; Stil: bodenständige Gotik des 13. Jahrhunderts. 3 Preise von 3000, 2000 und 1500 M.; „vorgesehen“ 1500 M. zum Ankauf von 3 nicht preisgekrönten Entwürfen. Unter den Preisrichtern die Hrn. Hochbauinsp. Druxes in Metz, Gemeindevorstand Fröhlich in Sablon, Dombmstr. Knauth in Straßburg, Prof. Freih. Heintz v. Schmidt in München, Dombmstr. Schmitz in Metz und kais. Bt. Wahn d. selbst. Unterlagen gegen 3 M. durch das Bürgermeisteramt Sablon. —

**Wettbewerb Reformations-Denkmal Stuttgart.** Bei der Besprechung dieses Wettbewerbes S. 860, 1910, hatten wir auf das Mißliche des Umstandes hingewiesen, daß zu dem beabsichtigten engeren Wettbewerb außer den Urhebern der vier besten Vorentwürfe des Vorwettbewerbes noch weitere Künstler zugezogen werden können. Dazu wird dem „Schw. Merk.“ aus Künstlerkreisen geschrieben: „Diese Bestimmung ist dehnbar. Weshalb ist nicht klar gesagt, es soll dem Denkmals-Ausschuß vorbehalten sein, außer den Urhebern der vier mit je 1000 M. ausgezeichneten Entwürfe noch weitere Künstler zu dem engeren

Wettbewerb heranzuziehen, welche an dem ersten Wettbewerb zwar teilgenommen haben, deren Entwürfe jedoch, unbeschadet ihrer sonstigen Vorzüge, bei Zuerkennung der vier Preise nicht berücksichtigt werden konnten. So könnte den Urhebern künstlerisch eigenartiger Skizzen, deren Ausführung jedoch nicht durchweg so hoch stand, wie bei den mit Preisen bedachten, die Möglichkeit gegeben werden, im engeren Wettbewerb ihre Absichten weiter zu vertiefen. Diese Bestimmung wäre jedenfalls der anderen Möglichkeit vorzuziehen, die darin besteht, daß etwa Künstler zum engeren Wettbewerb eingeladen würden, welche beim ersten Wettbewerb nicht mitmachten. Denn es ist wohl selbstverständlich, daß diejenigen, die das erste Mal gut abgeschnitten haben, nur ungern mit anderen, die in dem ersten Wettbewerb ihre Kräfte noch nicht gemessen haben, in engeren Wettbewerb treten. Ganz abgesehen von der Möglichkeit der nachträglichen Heranziehung von Künstlern, die weder Württemberger noch in Württemberg ansässige Fremde sind, ein Fall, auf den besonders hinzuweisen ist. Diese Möglichkeit sollte nicht nur beim ersten, sondern auch beim zweiten Wettbewerb unter allen Umständen vermieden werden. Ein allgemeiner öffentlicher Wettbewerb wäre den beiden letzten Möglichkeiten entschieden vorzuziehen. Es würde jede Mißdeutung vermieden, wenn der Denkmal-Ausschuß eine ausreichende Erklärung über seine Auffassung geben würde.“ —

Inhalt: Das Zuwachsteuer-Gesetz. — Abbildungen: Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS SEEMANNS-ER-  
HOLUNGSHEIM IN  
KL. MACHNOW BEI  
ZEHLENDORF. \*\*\*  
ARCH.: GIESECKE  
& WENZKE IN CHAR-  
LOTTENBURG. \*\*\*  
KASINO. GARTEN-  
SÜDSEITE. \*\*\*\*\*  
=== DEUTSCHE ===  
\*\* BAUZEITUNG \*\*  
XLV. JAHRGANG 1911  
\*\*\*\*\* No. 13. \*\*\*\*\*





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO 13. BERLIN, DEN 15. FEBRUAR 1911.

## Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin).

Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung.

Architekten: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.



Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow, das Eigentum des gleichnamigen Vereins ist, wurde aus den Stiftungen und Beiträgen der Mitglieder in den Jahren 1909 bis 1910 errichtet. Es hat den Zweck, Angehörigen der Kriegs- und Handelsmarine, sowie der im Kolonialdienst stehenden Truppen, welche im

Dienst erkrankt oder erholungsbedürftig geworden sind, ein Heim zu bieten, in welchem dieselben Erholung und vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit abwarten können. Kein Krankenhaus, ein wirkliches Heim, Heilmittel vor allem der Aufenthalt in frischer Waldluft, gute Pflege und heitere Geselligkeit, das will der Verein den deutschen Seeleuten bieten und diesem Bestreben entsprechen die Wahl des Platzes im Klein-Machnower Forst und die Form der Anlage in bester Weise.

Die in den beigegebenen Abbildungen dargestellte Anlage entspricht im Wesentlichen einem Entwurf der Architekten, welcher bei einem im Jahre 1908 unter der „Vereinigung Berliner Architekten“ stattgehabten Wettbewerb mit dem I. Preis ausgezeichnet wurde. Wie der Lageplan zeigt, sind die auf dem sechs preussische Morgen großen, verhältnismäßig schmalen Gelände stehenden Gebäude des Heimes so angeordnet, daß alle Wohnräume der Sonne zugekehrt liegen. Eine Zufahrt verbindet alle Gebäude untereinander und mit der Straße.

Das Heim ist sowohl für Offiziere als auch für Mannschaften bestimmt und es hatte den verschiedenen Lebensgewohnheiten entsprechend eine räumliche Trennung stattzufinden, jedoch ohne diesen Umstand äußerlich hervorzuheben. Es ist der vordere Teil des Grundstückes den Mannschaften, der hintere den Offizieren vorbehalten. Die Mitte der Gebäudegruppe nimmt das Kasino ein, welches in einem Untergeschoß die umfangreichen Bade-Anlagen, Zentralheizung, Warmwasseranlage, sowie Wohnungen für Oekonom, Heizer und Gärtner enthält. Für die Wirtschaftszwecke ist ein besonderer Tiefkeller angelegt. Im Hauptgeschoß befinden sich die Küchenräume, Speisesäle und Geselligkeitsräume. Hierbei kommt die Zweiteilung der Anlage zum Ausdruck, indem die letzteren Räume für Offiziere und Mannschaften getrennt angelegt sind. Allerdings ist die Möglichkeit vorgesehen, bei größeren Feiern die Räume durch

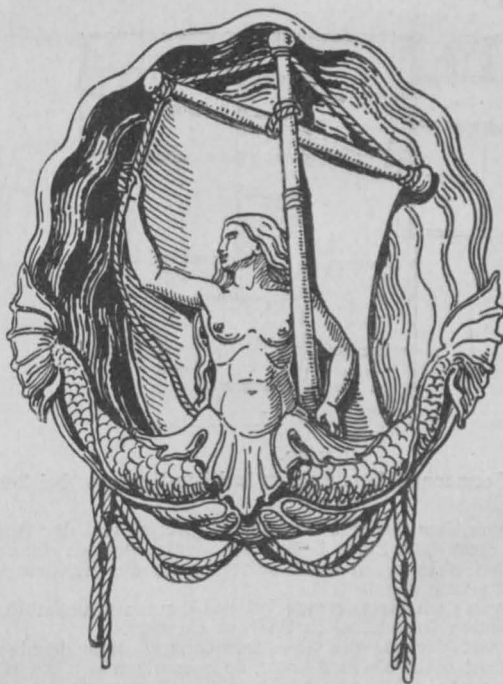
Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 106, 107 und 109.

Oeffnen der doppelten Klapptüren auch zusammen benutzen zu können. Das Dachgeschoß enthält sechs Zimmer für Deckoffiziere und im anderen Flügel Waschküche, Plättstube und Dienstbotenräume.

Im Vorderteil des Grundstückes sind 2 Mannschaftsgebäude geplant, von welchen nur das eine vorläufig errichtet wurde. Dieses Haus enthält im Erd-, Ober- und Dachgeschoß 13 große Wohn- und Schlafzimmer für je 2 Mann, sowie als gemeinsame Aufenthaltsräume in jedem Geschoß eine große Diele. Ferner 2 Badezimmer mit je 1 Wannen- und Brause-Bad und den nötigen Waschvorrichtungen, Klosette usw. Am Ende der Hauptzufahrt liegt das Verwaltungsgebäude, welches die Bureaus, die Bibliothek, sowie die Wohnräume des Anstaltsleiters enthält.

Links seitlich hinter dem Kasino befindet sich das Offiziershaus, ausgestattet mit 13 Einzelwohn-Zimmern und gemütlichen Dielen. Die Zugänge vom Offiziers- und Mannschaftshaus zum Kasino sind getrennt und sollen später als bedeckte Wandelgänge ausgebildet werden. —

(Schluß folgt.)



# Das Zuwachssteuer-Gesetz. (Schluß.)

## § 10a.

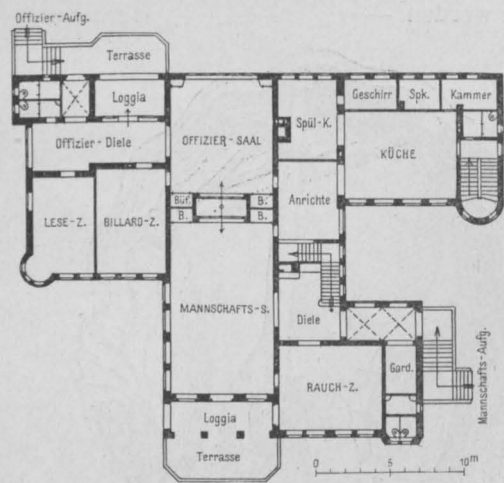
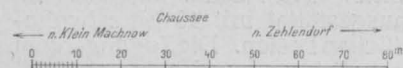
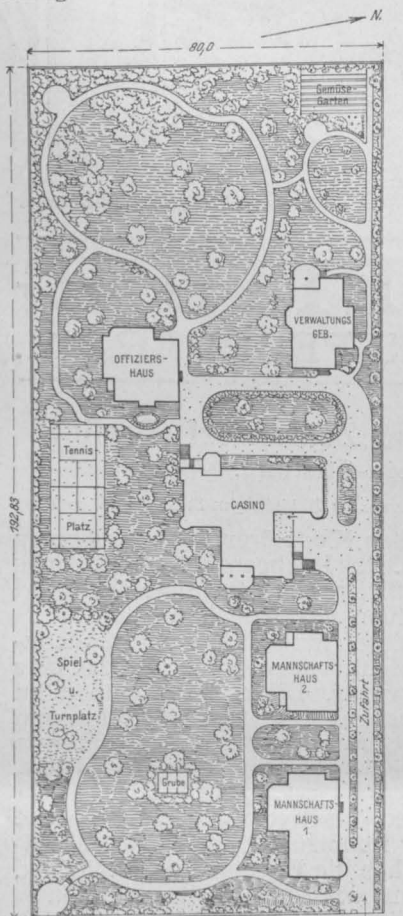


oweit es sich um die Verbesserung von Flächen handelt, die aus Moorland, Sumpfland, Oed- oder Heideland bestehen, ist auf Antrag des Veräußerers anstelle der in § 10 Ziffer 3 bezeichneten Aufwendungen dem Erwerbspreis die Erhöhung des Ertragswertes hinzuzurechnen.

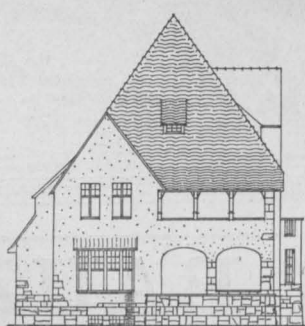
§ 10c. Dem Erwerbspreis werden für jedes Jahr des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes hinzugerechnet:

Die Hinzurechnung erfolgt für jedes volle Kalenderjahr nach Schluß des Jahres, in dem der für die Steuerberechnung maßgebende Zeitraum beginnt, oder die Aufwendung gemacht, oder in dem bei Bauten und Umbauten die behördliche Gebrauchsabnahme und soweit eine solche nicht besteht, die gebrauchsfertige Herstellung erfolgt ist.

§ 11. Beruht der Erwerb des Grundstücks auf einem steuerfreien Rechtsvorgang (§ 4), so ist für die Bemessung des Wertzuwachses von dem Preise zurzeit des letzten steuerpflichtigen Rechtsvorganges auszugehen.



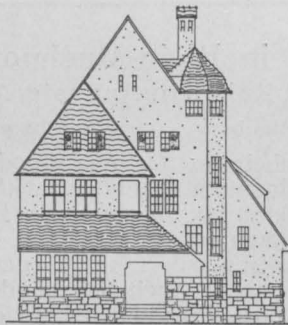
Kasino.



Hinterfront.



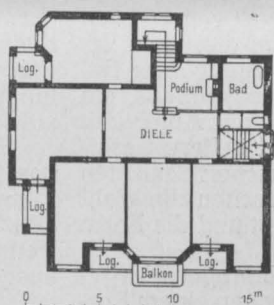
Linke Seitenfront.



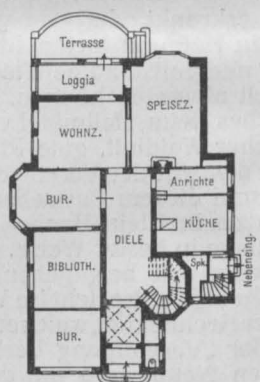
Straßenfront.



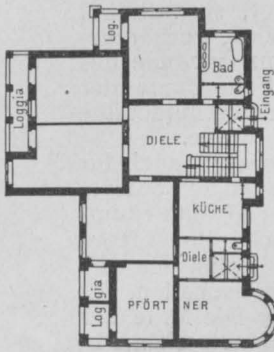
Rechte Seitenfront.



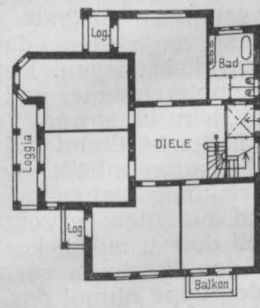
Offiziershaus.



Verwaltungsgebäude.



Mannschaftshaus 1.



Mannschaftshaus 2.

Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin). Arch.: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.

1. von dem Betrage des Erwerbspreises und der Anrechnungen nach § 10 Ziffer 1—3, § 10a, der zusammen einhundert Mark, bei Weinbergen dreihundert M. für das Ar nicht übersteigt, 2 1/2 vom Hundert;

2. von dem Mehrbetrage bei unbebauten Grundstücken 2, bei bebauten Grundstücken 1 1/2 vom Hundert.

Beträgt der für die Steuerberechnung maßgebende Zeitraum nicht mehr als fünf Jahre, so ermäßigen sich die Hinzurechnungen bei unbebaut gebliebenen Grundstücken auf die Hälfte.

Ob im Sinne dieser Vorschrift Rechtsvorgänge steuerfrei oder steuerpflichtig sind, ist auch für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach ihm zu bestimmen. Rechts-geschäfte der im § 2 bezeichneten Art stehen einem steuerfreien Erwerbsvorgang gleich, sofern sie vor dem 1. Januar 1911 abgeschlossen worden sind.

Wenn der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang mehr als vierzig Jahre vor dem Eintritt der Steuerpflicht liegt, so ist als Erwerbspreis der Wert anzusehen, den das Grundstück



vierzig Jahre vor dem Eintritt der Steuerpflicht hatte, sofern der Steuerpflichtige nicht nachweist, daß er oder sein Rechtsvorgänger vor jener Zeit bei einem steuerfreien oder steuerpflichtigen Erwerb einen höheren Erwerbspreis gezahlt hat.

Liegt der für die Bemessung des Wertzuwachses maßgebende Erwerbsvorgang vor dem 1. Januar 1885, so tritt an die Stelle des Preises der Wert, den das Grundstück an diesem Tage gehabt hat, wenn der Steuerpflichtige nicht nachweist, daß er oder sein Rechtsvorgänger vor jener Zeit bei einem steuerfreien oder steuerpflichtigen Erwerb einen höheren Erwerbspreis gezahlt hat.

Als für die Steuerberechnung maßgebender Zeitraum gilt im Falle des Abs. 3 der vierzigjährige Zeitraum, im Falle des Abs. 4 die Zeit seit dem 1. Januar 1885.

§ 12. Bei Grundstücken in Festungsrayons, die vor dem Erlaß des Rayongesetzes vom 21. Dezember 1871 erworben sind und für die eine Rayon-Entscheidung nicht gewährt worden ist, ist dem für den 1. Januar 1885 ermittelten Wert der Betrag hinzuzurechnen, um den das Grundstück durch Einführung der Rayonbeschränkung an Wert gemindert worden ist.

§ 13. Bei einem aus Anlaß der Flurbereinigung, Grenzregelung oder Umliegung (§ 44 Ziffer 7) empfangenen Grundstück ist als Erwerbspreis das Entgelt anzusehen, das der Eigentümer oder sein Rechtsvorgänger für das in die Flurbereinigung, Grenzregelung oder Umliegung gegebene Grundstück gezahlt hat. Ausgleichszahlen, die bei der Flurbereinigung, Grenzregelung oder Umliegung stattgefunden haben, sind entsprechend anzurechnen.

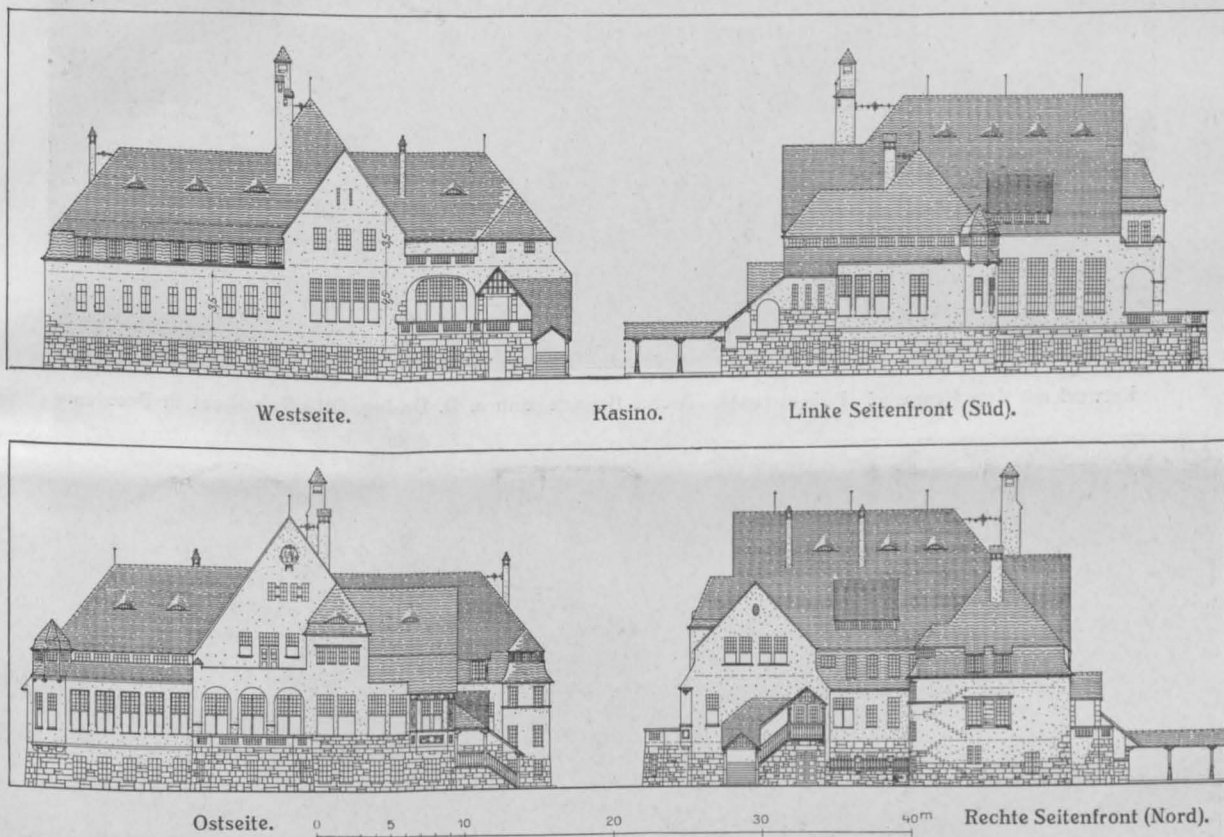
§ 14a. Bei Teilveräußerungen sind nur diejenigen Aufwendungen (§ 10, Ziffern 3, 4) anzurechnen, welche diesen Teil ausschließlich oder gemeinschaftlich mit anderen Teilen betreffen. Im letzteren Fall erfolgt die Anrechnung nach dem Verhältnis des Wertes, den die Grundstücksteile zurzeit der Veräußerung haben.

§ 15. Von dem Veräußerungspreis sind in Abzug zu bringen:

1. die dem bisherigen Eigentümer nachweislich zur Last fallenden Kosten der Veräußerung und Uebertragung einschließlich der für die Vermittelung gezahlten ortsüblichen Gebühr, sofern nicht an Stelle des Veräußerungspreises der Wert maßgebend ist;

2. auf Antrag des Veräußerers der Betrag, um den nachweislich während des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes, jedoch nicht länger als für 15 zusammenhängende Jahre, der aus dem Grundstück erzielte Jahresertrag hinter drei vom Hundert des Erwerbspreises zuzüglich der nach § 10 Ziffer 1—3 zulässigen Anrechnungen zurückbleibt. Ist statt des Erwerbspreises der Wert zu einer späteren Zeit als der des Erwerbes maßgebend (§ 11 Abs. 3 und 4), so sind die drei vom Hundert nicht von diesem Wert, sondern von dem Erwerbspreise zu berechnen, den der Steuerpflichtige oder sein Rechtsvorgänger vor jener Zeit bei einem steuerfreien oder steuerpflichtigen Erwerb gezahlt hat.

§ 15a. Dem Veräußerungspreis sind hinzuzurechnen Entschädigungen für eine Wertminderung des Grundstückes, soweit der Anspruch während des für die Steuerberechnung maß-



Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin). Arch. Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.

Hat der Eigentümer oder sein Rechtsvorgänger bei der Flurbereinigung, Grenzregelung oder Umliegung mehrere Grundstücke empfangen, so werden deren Erwerbspreise aus dem im Abs. 1 bezeichneten Entgelt nach dem Verhältnis berechnet, in welchem die Werte der empfangenen Grundstücke im Zeitpunkt der Flurbereinigung, Grenzregelung oder Umliegung zueinander gestanden haben.

§ 14. Beschränkt sich der steuerpflichtige Rechtsvorgang auf einen Teil eines Grundstückes, so wird der Erwerbspreis dieses Teiles nach dem Verhältnis seines Wertes zum Wert des Gesamtgrundstückes berechnet.

Unentgeltliche dauernde Ueberlassung von Grundstücken für Verkehrszwecke, für öffentliche oder gemeinnützige Zwecke wird in der Weise berücksichtigt, daß der Gesamterwerbspreis nicht auf die ursprüngliche, sondern auf die nach der Abtretung verbleibende Fläche verteilt wird. Hierzu ist nicht erforderlich, daß eine Eigentumsübertragung erfolgt ist.

Werden Teile eines örtlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Grundbesitzes durch verschiedene Rechtsvorgänge von demselben Veräußerer oder von dessen Erben innerhalb dreier Jahre übertragen, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, von dem Wertzuwachs des einen Teiles des Grundstückes einen bei der Veräußerung anderer Teile eingetretenen Verlust abzuführen. Die Zuwachssteuer wird bei den einzelnen Rechtsvorgängen fällig; etwa zuviel gezahlte Steuer wird nach dem letzten Rechtsvorgang erstattet.

gebenden Zeitraumes nach dem 1. Januar 1911 entstanden und der Betrag nicht nachweislich zur Beseitigung des Schadens verwendet worden ist.

§ 16. Wird die Zahlung der Zuwachssteuer nach dem Verträge von dem Erwerber übernommen, so ist ein nach den sonstigen Vorschriften dieses Gesetzes berechneter Steuerbetrag dem Veräußerungspreise hinzuzuzählen und hiernach die Steuer festzusetzen.

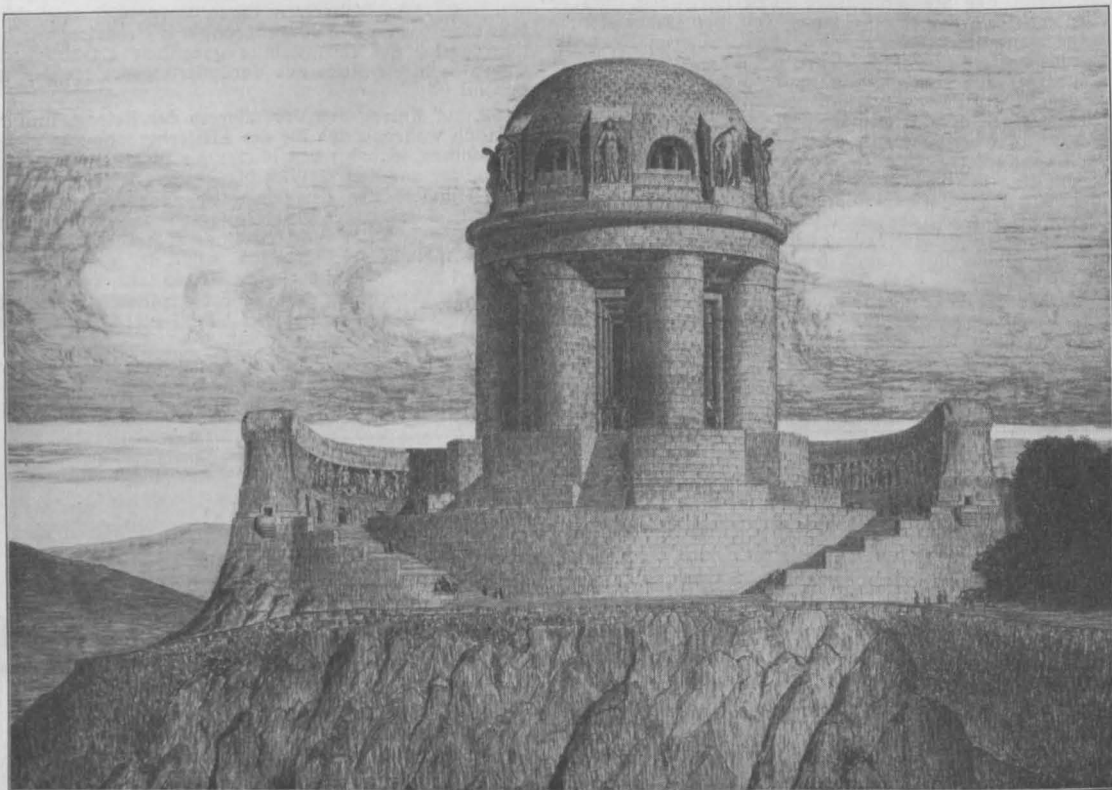
§ 17. Im Fall der steuerpflichtigen Ueberlassung eines gemeinschaftlichen Grundstückes an einen Mitberechtigten oder Gesellschafter bleibt für die Bemessung des Wertzuwachses der Anteil des Erwerbers außer Betracht. Beim Eintritt des nächsten Steuerfalles ist der Wertzuwachs, der für den Anteil des Erwerbers seit dem letzten vor der Auseinandersetzung gelegenen steuerpflichtigen Rechtsvorgang entstanden ist, und der für die Anteile der früheren Mitberechtigten oder Gesellschafter seit der Auseinandersetzung eingetretene Wertzuwachs gesondert zu versteuern.

§ 18. Bei der Vertauschung ist die Zuwachssteuer für jeden Tauschgegenstand gesondert zu berechnen und zu erheben.

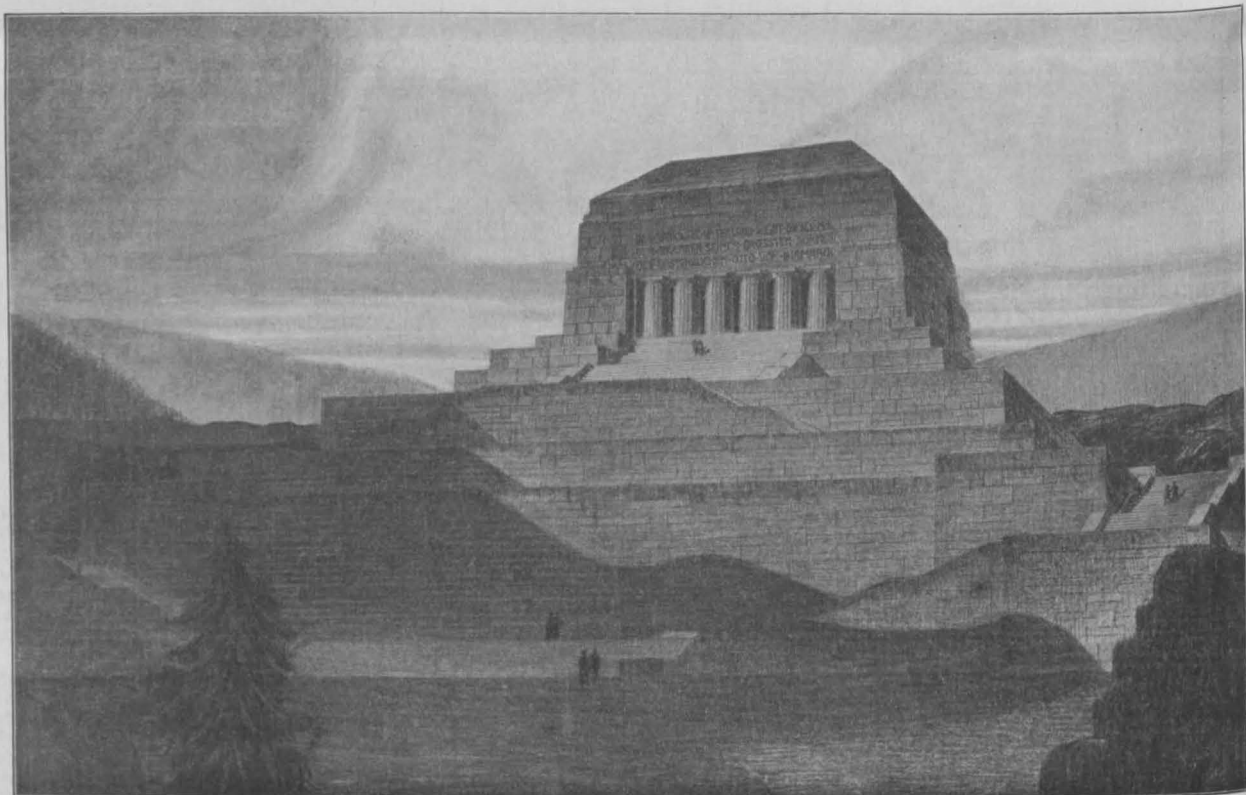
§ 19. Erfolgt der Erwerb auf Grund mehrerer aufeinanderfolgender Rechtsgeschäfte von dem bisherigen Berechtigten an den letzten Erwerber, so gilt der von dem ersten gezahlte Preis als Erwerbspreis und die Gesamtheit der Beträge, um die sich der Preis des Grundstückes zwischen je zwei Rechtsgeschäften

erhöht hat, als Wertzuwachs. Das Gleiche gilt, falls vor dem Uebergang an den letzten Erwerber die Steuerpflicht gemäß § 2 eingetreten ist, mit der Maßgabe, daß für den Uebergang an den letzten Erwerber als Erwerbspreis das Entgelt bestimmend ist, das bei der früheren Versteuerung als Veräußerungspreis zugrunde gelegt worden ist.

- 11 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 10 v. H. bis einschließlich 30 v. H. dieses Betrages,  
 12 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 30 v. H. bis einschließlich 50 v. H. dieses Betrages,  
 13 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 50 v. H. bis einschließlich 70 v. H. dieses Betrages,



Entwurf mit dem Kennwort „Felsenfest“. Arch.: Bauamtmann a. D. Dr.-Ing. Otto Schubert in Dresden.



Entwurf mit dem Kennwort „Ein deutsches Heiligtum“. Arch.: Arn. Hartmann in Grunewald-Berlin.  
 Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

### III. Der Umfang der Steuerpflicht.

#### § 20. Die Steuer beträgt:

10 v. H. bei einer Wertsteigerung von nicht mehr als 10 v. H. des Betrages, der sich aus dem Erwerbspreis und den Zu- und Abrechnungen (§§ 10 bis 10c, 14a) zusammensetzt,

- 14 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 70 v. H. bis einschließlich 90 v. H. dieses Betrages,  
 15 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 90 v. H. bis einschließlich 110 v. H. dieses Betrages,  
 16 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 110 v. H. bis einschließlich 130 v. H. dieses Betrages,





Offiziershaus.



Mannschaftshaus 2.

Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin). Arch.: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.  
15. Februar 1911.

- 17 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 130 v. H. bis einschließlich 150 v. H. dieses Betrages,
- 18 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 150 v. H. bis einschließlich 170 v. H. dieses Betrages,
- 19 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 170 v. H. bis einschließlich 190 v. H. dieses Betrages,
- 20 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 190 v. H. bis einschließlich 200 v. H. dieses Betrages,
- 21 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 200 v. H. bis einschließlich 210 v. H. dieses Betrages,
- 22 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 210 v. H. bis einschließlich 220 v. H. dieses Betrages,
- 23 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 220 v. H. bis einschließlich 230 v. H. dieses Betrages,
- 24 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 230 v. H. bis einschließlich 240 v. H. dieses Betrages,
- 25 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 240 v. H. bis einschließlich 250 v. H. dieses Betrages,
- 26 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 250 v. H. bis einschließlich 260 v. H. dieses Betrages,
- 27 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 260 v. H. bis einschließlich 270 v. H. dieses Betrages,
- 28 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 270 v. H. bis einschließlich 280 v. H. dieses Betrages,
- 29 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 280 v. H. bis einschließlich 290 v. H. dieses Betrages,
- 30 v. H. bei einer Wertsteigerung von mehr als 290 v. H. dieses Betrages.

Die Steuer ermäßigt sich für jedes vollendete Jahr des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes um 1 vom Hundert ihres Betrages. Ist das Grundstück vor dem 1. Januar 1900 erworben, so beträgt die Ermäßigung für die Zeit bis zum 1. Januar 1911  $1\frac{1}{2}$  vom Hundert jährlich.

Steuerbeträge, die im Ganzen unter zwanzig Mark bleiben, werden nicht erhoben.

§ 21. Die Entrichtung der Zuwachssteuer liegt demjenigen ob, dem das Eigentum an dem Grundstück vor dem die Steuerpflicht begründenden Rechtsvorgang zustand. Mehrere Steuerpflichtige haften als Gesamtschuldner.

Kann die Steuer von dem Veräußerer nicht beigetrieben werden, so haftet der Erwerber für die Steuer bis zum Betrage von 2 vom Hundert des Veräußerungspreises. Diese Bestimmung findet keine Anwendung beim Erwerb im Wege der Zwangsversteigerung.

Die Haftung fällt fort, sobald der Veräußerer einen entsprechenden Betrag gezahlt oder sichergestellt hat.

§ 22. Von der Steuerpflicht (§ 21 Abs. 1) befreit sind:

1. der Landesfürst und die Landesfürstin;
2. das Reich;
3. die Bundesstaaten und Gemeinden (Gemeindeverbände), in deren Bereich das Grundstück sich befindet;
4. Vereinigungen aller Art, welche, ohne Erwerbszwecken zu dienen, satzungsgemäß sich mit innerer Kolonisation, Arbeiteransiedlung, Grundschuldung oder Errichtung von Wohnungen für die minderbemittelten Klassen befassen, falls sie den zur Verteilung gelangenden Reingewinn auf eine höchstens 4prozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, den Mitgliedern, Geschäftsführern oder sonstigen Beteiligten auch nicht in anderer Form besondere Vorteile gewähren, bei Auslösung, Austritt eines Mitgliedes oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest ihres Vermögens für die vorbezeichneten Zwecke bestimmen. Ob diese Voraussetzungen zu treffen, entscheidet der Bundesrat. Er ist auch ermächtigt, solchen Vereinigungen der vorbezeichneten Art Steuerfreiheit zu zubilligen, die eine höchstens 5prozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen gewähren.

§ 22a. Durch die Landesgesetzgebung können Ausnahmen von der Bestimmung der Ziffer 1 des § 22 zugunsten der Gemeinden (Gemeindeverbände) gemacht werden. Wo solche landesgesetzlichen Bestimmungen bereits bestehen, behält es dabei sein Bewenden.

§ 23. Gehen dem Eintritt der Steuerpflicht mehrere aufeinanderfolgende Rechtsgeschäfte der im § 2 bezeichneten Art voraus (§ 19), so haften die an einem dieser Rechtsgänge als Veräußerer Beteiligten für die Steuer neben dem Steuerpflichtigen als Gesamtschuldner. Im Verhältnis der Beteiligten zueinander haftet jeder Veräußerer für die Steuer nur in der Höhe, in der er haften würde, wenn der Uebergang auf Grund des von ihm geschlossenen Veräußerungsgeschäftes erfolgt wäre.

§ 24. Jeder, der nach den Vorschriften des § 23 Abs. 1 für die Entrichtung der Abgabe haftet, ist berechtigt, innerhalb eines Monats nach Vornahme des die Haftpflicht begründenden Rechtsvorganges die Festsetzung und Erhebung der Abgabe von dem Wertzuwachs zu beantragen, der bis zu dem die Haftpflicht begründenden Rechtsvorgang entstanden ist.

§ 25. Ist im Falle des § 2 das steuerpflichtige Rechtsgeschäft nicht oder aufgehoben, so ist nach näherer Bestimmung des Bundesrates die Abgabe auf Antrag zu erlassen. Dasselbe gilt, wenn wegen Nichterfüllung der Vertragsbedingungen das Rechtsgeschäft rückgängig gemacht oder das Eigentum zurückübertragen wird. Ferner ist in den Fällen der Preisminderung nach §§ 459, 460 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Veräußerungspreis entsprechend zu ermäßigen und die Steuer entsprechend zurückzuzahlen.

Wird das Grundstück auf den bisherigen Eigentümer wieder übertragen, so kann nach näherer Bestimmung des Bundesrates die Abgabe erlassen werden. Die Abgabe muß erlassen werden, wenn die Rückübertragung innerhalb zweier Jahre seit der Veräußerung erfolgt. Wird die Steuer erlassen, so gilt die Veräußerung im Sinne dieses Gesetzes als nicht erfolgt.

## IV. Das Verfahren.

§ 26. Für die Verwaltung und Erhebung der Zuwachssteuer ist der Bundesstaat zuständig, in welchem sich das Grundstück befindet.

§ 29. Jeder steuerpflichtige Rechtsvorgang und, sofern eine Preiserhöhung eintritt, jedes Rechtsgeschäft der im § 2 bezeichneten Art ist binnen einer Frist von einem Monat der zuständigen Steuerbehörde anzumelden. Die Verpflichtung hierzu trifft den Veräußerer und den Erwerber. Sind mehrere Veräußerer oder Erwerber vorhanden, so trifft die Verpflichtung jeden von ihnen. Sie gilt in gleicher Weise für die gesetzlichen Vertreter.

Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem der Verpflichtete von dem steuerpflichtigen Rechtsvorgang oder von dem Rechtsgeschäft Kenntnis erhält.

Einer Anmeldung bedarf es nicht, wenn vor Ablauf der Frist die Auflassung oder Eintragung stattgefunden hat.

Sind mehrere Personen zur Erstattung der Anmeldung verpflichtet, so wird durch die von einem Verpflichteten bewirkte Anmeldung der Anzeigepflicht der übrigen genügt.

§ 31. Auf Verlangen der Steuerbehörde und innerhalb einer von ihr zu bestimmenden angemessenen Frist hat der gemäß § 29 zur Anmeldung verpflichtete Veräußerer dem Amt eine Zuwachssteuer-Erklärung einzureichen, welche die für die Steuerpflicht und die Steuerbemessung in Betracht kommenden Umstände ersehen läßt.

§ 32. Trägt die Steuerbehörde Bedenken, die Angaben in der Steuererklärung als richtig anzunehmen, so teilt sie dem Steuerpflichtigen die beanstandeten Punkte unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Gegenerklärung mit. Erfolgt innerhalb der gesetzten Frist keine Gegenerklärung oder führen die Verhandlungen nicht zu einer Einigung, so ist die Steuerbehörde befugt, nach näherer Bestimmung der Landesregierung die erforderlichen Ermittlungen selbständig vorzunehmen und danach die Steuer zu erheben.

Die Kosten der Ermittlungen fallen dem Steuerpflichtigen zur Last, wenn sie zu einer endgültigen Steuerfestsetzung führen, die den nach den Angaben des Steuerpflichtigen veranlagten Abgabebetrag um mehr als ein Drittel übersteigt.

§ 35. Ist die Zuwachssteuer berechnet, so erteilt die Steuerbehörde einen Steuerbescheid, der die Person des Steuerpflichtigen, den Betrag der Zuwachssteuer, deren Berechnungsgrundlagen und die von der Steuererklärung abweichenden Punkte sowie die zulässigen Rechtsmittel, die für dieselben festgesetzten Fristen, sowie die Behörden, bei denen sie anzubringen sind, angibt und zugleich die Anweisung zur Entrichtung der Steuer innerhalb einer zu bestimmenden Frist enthält. Die Frist muß mindestens einen Monat betragen.

§ 35a. Gegen den Steuerbescheid sind als Rechtsmittel zulässig:

1. die Beschwerde, soweit sie nicht landesrechtlich ausgeschlossen wird;
2. das Verwaltungsstreitverfahren oder ein durch die Landesgesetzgebung geordnetes anderweites Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, und wenn ein verwaltungsgerichtliches Verfahren nicht besteht oder landesrechtlich ausgeschlossen wird, der Rechtsweg.

§ 37a. Dem Grundstückseigentümer ist auf Antrag für sein Grundstück oder für Grundstücksteile von der Steuerbehörde ein Bescheid über die bis dahin feststellbaren Berechnungsgrundlagen zu erteilen. Der Bescheid unterliegt den gegen den Steuerbescheid gegebenen Rechtsmitteln. Die in dem Bescheid getroffenen Festsetzungen sind für die spätere Veranlagung maßgebend.

Für die Erteilung des Bescheides ist eine Gebühr von  $\frac{1}{2}$  vom Tausend des Erwerbspreises, mindestens aber von zwanzig Mark zu entrichten; außerdem fallen dem Antragsteller die Kosten des Rechtsmittelverfahrens zur Last.

§ 38. In Fällen, in denen die sofortige Einziehung der Steuer mit erheblichen Härten verbunden sein würde, ist die Steuer nach näherer Bestimmung des Bundesrates, nötigenfalls gegen Sicherheitsleistung, zu stunden, auch die Entrichtung in Teilbeträgen zu gestatten.

## V. Reich und Gemeinden.

§ 49. Von dem Ertrage der Zuwachssteuer erhält das Reich fünfzig vom Hundert. Weitere zehn vom Hundert erhalten, sofern nicht die Landesgesetzgebung eine andere Bestimmung trifft, die Bundesstaaten als Entschädigung für die Verwaltung und Erhebung der Steuer. Vierzig vom Hundert fließen den Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu, in deren Bereich das Grundstück sich befindet.

§ 49a. Die Gemeinden (Gemeindeverbände) sind berechtigt, mit Genehmigung der Landesregierung durch Satzung zu bestimmen, daß zu dem Anteil, der ihnen nach § 49 von dem Ertrag der Steuer zufließt, für ihre Rechnung Zuschläge erhoben werden.

Die Zuschläge sind nach Hunderteilen zu berechnen; sie dürfen im einzelnen Fall 100 vom Hundert des der Gemeinde (Gemeindeverband) zufließenden Betrages nicht übersteigen. Die Zuschläge dürfen für die verschiedenen Grundstücksarten und nach der Dauer des für die Steuererhebung maßgebenden Zeitraumes verschieden festgesetzt werden.

Reichssteuer und Zuschlag dürfen zusammen 30 vom Hundert der Wertsteigerung nicht übersteigen.

§ 51. Die Steuerpflicht nach Maßgabe dieses Gesetzes erstreckt sich auch auf Rechtsgänge, die nach dem 31. Dezember 1910 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes stattgefunden haben. Die Vorschriften des § 21 Abs. 2, 3 finden keine Anwendung.

## VI. Schlußbestimmungen. Grundstücksstempel.

Als Zeitpunkt des Eintrittes der Steuerpflicht und als Beginn der Anmeldepflicht (§ 29) gilt der Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes.



Ist auf Grund der in § 57 Abs. 2 mit Wirkung vom 1. Januar 1911 aufgehobenen Vorschriften eine Zuwachssteuer bereits entrichtet, so wird sie dem Steuerpflichtigen erstattet oder, soweit für denselben Rechtsvorgang Zuwachssteuer nach diesem Gesetz zu erheben ist, auf deren Betrag angerechnet.

§ 51a. Die Besteuerung unterbleibt, wenn die Urkunde über das Veräußerungsgeschäft, das zu dem Eigentumsübergang führte, vor dem 1. Januar 1911 in öffentlich beglaubigter Form errichtet oder bei einer Behörde eingereicht war.

§ 52. Betrifft ein steuerpflichtiger Rechtsvorgang Grundstücke, die von Aktiengesellschaften, Kommandit-Gesellschaften auf Aktien oder Gesellschaften und Vereinigungen der im § 1b bezeichneten Art nach dem 31. März 1905 erworben sind, so tritt bei Erwerbsvorgängen, die vor dem 1. Januar 1911 erfolgt sind, an die Stelle des Erwerbspreises der Wert, sofern dieser um mehr als fünfundzwanzig vom Hundert hinter dem angegebenen Erwerbspreis zurückbleibt und sich nicht aus den Umständen ergibt, daß die höhere Bemessung des Erwerbspreises keine Steuerersparung bezweckt.

§ 54. Hat vor dem 1. Januar 1911 eine Auseinandersetzung gemäß § 4 Ziffer 3 stattgefunden, so bleibt die Steuerpflicht für die Zeit vor der Auseinandersetzung auf den Anteil des Erwerbers beschränkt. Diese Vorschrift findet entsprechende Anwendung, wenn die Zuweisung an einen Erben unter Anrechnung auf den Erbteil auf letztwilliger Verfügung von Todes wegen beruht und der Erbfall vor dem 1. Januar 1911 eingetreten ist.

Hat einer von mehreren Abkömmlingen gemäß § 4 Ziffer 4 von seinen Eltern, Großeltern oder Voreltern vor dem 1. Januar 1911 gegen Entgelt ein Grundstück erworben, so bleibt für die Zeit vor dem Erwerb die Steuerpflicht auf den Anteil beschränkt, der dem Erwerber als gesetzliches Erbteil ohnehin angefallen sein würde.

Ist von dem Anteil des Erwerbers für die Zeit vor dem 1. Januar 1911 eine Zuwachssteuer bereits entrichtet, so wird diese Steuer auf die nach diesem Gesetz zu entrichtende Abgabe angerechnet.

§ 55. Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen und ist berechtigt, die nach diesem Gesetz fällige Abgabe auch über den Anteil des Reiches hinaus aus Billigkeitsgründen zu erlassen.

Bei Veräußerungen, die in die Zeit bis zum 30. Juni 1914 fallen, wird zu der in Tarifnummer 11 vorgesehenen Abgabe von ein Drittel vom Hundert des Kaufpreises ein Zuschlag von einhundert vom Hundert erhoben.

Nach dem 30. Juni 1914 wird der Steuersatz in Tarifnummer 11 von drei zu drei Jahren durch den Bundesrat einer Nachprüfung unterzogen. Uebersteigt innerhalb des dreijährigen Zeitraumes der durchschnittliche Jahresanteil des Reiches am Ertrag der Zuwachssteuer den Betrag von 25 Mill. Mark, so ist der Steuersatz in Tarifnummer 11 mit Wirkung vom Beginn des der Feststellung folgenden Rechnungsjahres für die folgenden drei Jahre nach näherer Bestimmung des Bundesrates entsprechend herabzusetzen.

§ 56c. Die Befreiungsvorschrift am Schluß der Tarifnummer 11 des Reichsstempel-Gesetzes wird dahin abgeändert:

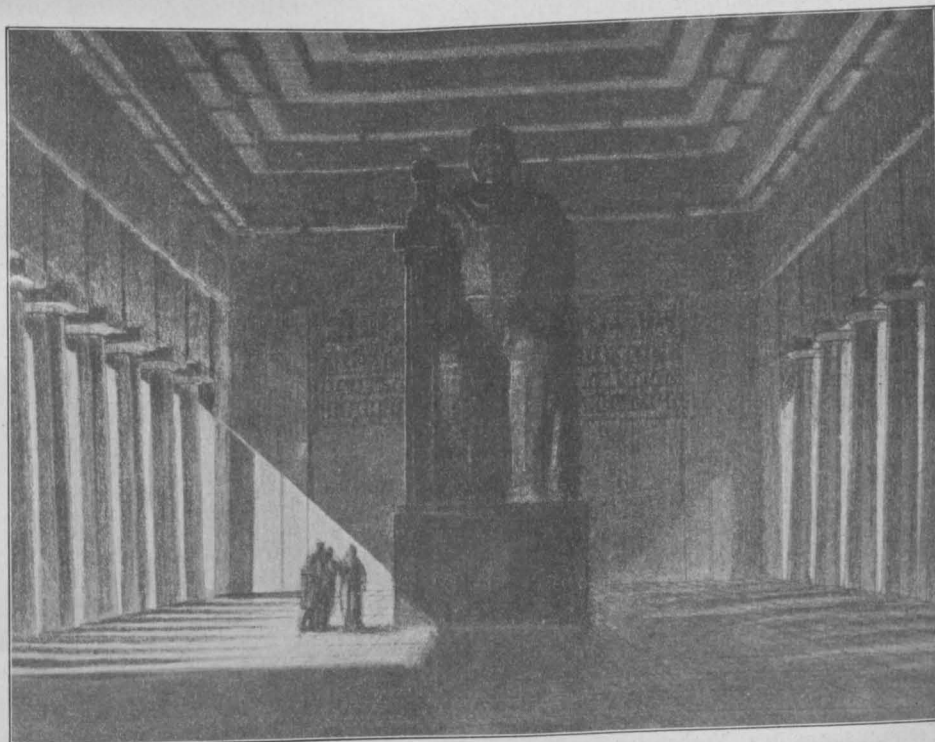
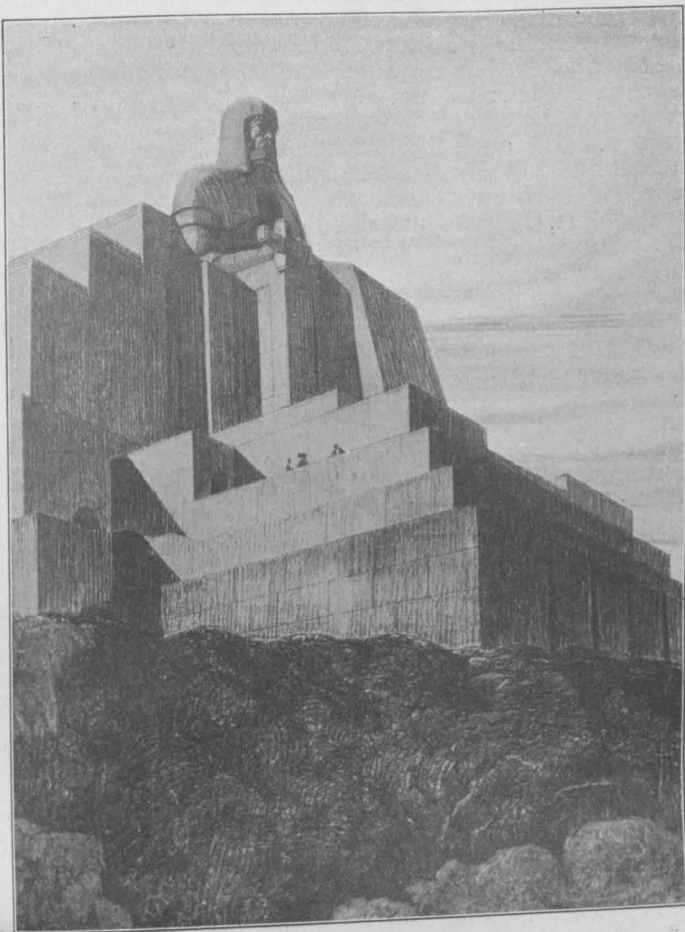
Befreit sind auf Antrag:

1. Grundstückübertragungen der in a und d dieser Tarifnummer bezeichneten Art, wenn der stempelpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20000 Mark, bei unbebauten Grundstücken 5000 M. nicht überschreitet. Erwirbt dieselbe Person von demselben Veräußerer durch verschiedene Rechtsvorgänge mehrere Grundstücke oder Grundstücksteile, so sind die Uebertragungen steuerpflichtig, wenn der Wert zusammen die angegebenen Beträge übersteigt, und die Umstände ergeben, daß der Erwerb Zweck der Ersparung der Steuer in mehrere Rechtsvorgänge zerlegt worden ist. Was im Sinne dieser Vorschrift als bebautes und unbebautes Grundstück anzusehen ist, bestimmt sich nach dem § 1 des Zuwachssteuer-Gesetzes.

Die Steuerfreiheit tritt nur ein, wenn weder der Erwerber und sein Ehegatte im letzten Jahre ein Einkommen von mehr als 2000 M. gehabt haben, noch einer von ihnen den Grundstückshandel gewerbsmäßig betreibt. Wird festgestellt, daß der Erwerb für Rechnung eines Dritten erfolgt, so ist die Steuerfreiheit nur zu gewähren, wenn die Voraussetzungen für die Befreiung auch in der Person des Dritten vorliegen.

§ 57. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1911 in Kraft.

Die Vorschriften der Landesgesetze und die Satzungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, welche die Besteuerung des Zuwachses bei der Veräußerung von Grundstücken betreffen, treten mit Wirkung vom 1. Januar 1911 außer Kraft, soweit sie nicht gemäß § 49b aufrecht erhalten werden. Die vor dem 1. Jan.



Entwurf „Ein deutsches Heiligtum“. Arch.: Arn. Hartmann in Grunewald-Berlin.  
Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe ober Bingerbrück.

1911 eingetretenen Rechtsvorgänge und die im § 51a bezeichneten Fälle des Eigentumsüberganges unterliegen auch dann noch diesen Gesetzen und Satzungen der Zuwachssteuer, wenn das Verfahren zur Feststellung der Steuer erst nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zum Abschluß kommt. —

Zu dem vorstehenden Gesetz äußerte sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in offiziöser Weise u. a., dieses erste wichtige Ergebnis der gesetzgeberischen Arbeit des laufenden Winters sei erst nach langwierigen und mühsamen Verhandlungen zustande gekommen. Die Ausdehnung der Beratungen sowohl in der Kommission als auch in der zweiten Plenarlesung sei teils auf die Schwierigkeiten der Materie, teils auch auf den Wunsch zurückzuführen, allen besonderen Einzel-Interessen, denen der Entwurf nahe trat, gerecht zu werden. Aber auch der formelle Teil des Gesetzes, insbesondere die Ausgestaltung des Rechtsmittelverfahrens habe immer erneut zu lebhaften Erörterungen geführt. Allerdings habe die Vorlage durch die Verhandlungen des Reichstages, insbesondere durch das Bemühen, allen verdienten Zuwachs von der Steuer auszuschließen, nicht unwesentliche Abschwächungen erfahren, die zu einem großen Teil dem festen Hausbesitz zu gute kommen werden. Inwieweit hierdurch der finanzielle Ertrag gemindert sei, der nach den Beschlüssen des Jahres 1909 im Beharrungszustand sich auf 20 Mill. M. für das Reich belaufen sollte, werde sich erst im Lauf der Zeit übersehen lassen. Zunächst werde sich die Veranlagung und Erhebung der Steuer und damit ihre finanzielle Entwicklung langsam vollziehen und das Aufkommen

### Vermischtes.

**Trauerfeier für Karl v. Groszheim in der Akademie der Künste zu Berlin.** Eine würdige, stimmungsvolle Trauerfeier veranstaltete die kgl. Akademie der Künste in ihrem vornehmen Hause am Pariser-Platz zu Ehren des vor wenigen Tagen dahingegangenen Präsidenten, des Geh. Baurates Prof. Karl v. Groszheim am Mittag des 9. Februar d. J. In dem ganz mit violetten Stoffen ausgeschlagenen großen Saal der Akademie war der Katafalk aufgestellt und auf ihm der mit purpurner Decke verhüllte Sarg. An den vier Ecken wurde er flankiert von hohen Bronzeständern, gefüllt mit Lorbeerlaub, in dessen mattem Grün das abgedämpfte Licht elektrischer Glühbirnen schimmerte, das zusammen mit der in Flor gehüllten Deckenbeleuchtung den Saal nur mit mattem Halblicht füllte. Am Kopfe des Saales nahmen Abordnungen mit den Bannern der akademischen Hochschule für bildende Künste, des Vereins Berliner Künstler usw. Stellung, zu beiden Seiten des Katafalkes nahmen die Senatoren in ihren purpurnen Talaren Platz, ihm gegenüber die Familie des Entschlafenen und dahinter die Vertreter von Staat und Stadt, sowie anderer Akademien und sonstiger künstlerischen Korporationen, schließlich die Trauergesellschaft, zumeist der Künstlerwelt und den engeren Berufsgenossen des Verstorbenen angehörend, die der Saal kaum faßte.

Die wehevollen Klänge des Beethoven'schen Trauermarsches aus der As-dur-Sonate, vorgetragen vom Militär-Orchester der kgl. akad. Hochschule für Musik und vierstimmiger Chorgesang des a capella-Chores derselben Anstalt leiteten die Feier ein. Dann entrollte Hr. Pfarrer N. Nithack-Stahn das Lebensbild des Dahingegangenen, den er nach dem Bibelwort als einen „weisen Baumeister“, als einen von Gott begnadeten, echten Künstler pries, wie sie der deutschen Kunst nie fehlen möchten. Nach ihm ergriff der ständige Sekretär der Akademie, Prof. Dr. Amersdorffer, das Wort, um eingehender v. Groszheim als Künstler und als Vorsitzenden der Akademie zu würdigen, in welcher Eigenschaft er noch einige Tage vorher an derselben Stelle dem verstorbenen Mitglied Prof. Hundrieser die letzte Ehre erwiesen habe. Mit kurzen, schlichten Worten legte dann der stellvertr. Präsident Prof. Arthur Kampf den Kranz der Akademie an der Bahre nieder, die bisher nur der vom Kaiser gespendete Kranz schmückte. Chorgesang und der Choral „Jesus meine Zuversicht“ schlossen die ernste Feier, welcher die Ueberführung der Leiche zum Lehrter Bahnhof folgte, von wosie der Heimat des Entschlafenen, Lübeck, zugeführt wurde. —

### Wettbewerbe.

**Ein Preisausschreiben um Entwurfsskizzen zu einem Verbandshaus des „Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“** auf dem Grundstück Köthener-Straße 33 erläßt der Vorstand mit Frist zum 20. April 1911 für die am 8. Februar 1911 in Groß-Berlin ansässigen Mitglieder der „Vereinigung Berliner Architekten“, des „Bundes Deutscher Architekten“, Ortsgruppe Berlin, und des ausschreibenden Verbandes. Die Mitgliedschaft muß seit dem 1. Januar 1911 bestehen. Ein I. Preis von 3000 M., ein II. von 2000 und zwei III. Preise von je 1000 M. Ferner

der nächsten Jahre jedenfalls nur einen unzulänglichen Maßstab für die tatsächliche Bedeutung des Gesetzes abgeben. Desto notwendiger sei es erschienen, den im Jahre 1909 eingeführten Umsatzstempel auf Grundstücke noch während der laufenden Finanzperiode — bis zum 1. Juli 1914 — fortbestehen zu lassen.

Zum Schluß heißt es:

„Für eine gedeihliche Entfaltung der neuen Abgabe, wie überhaupt des ganzen ihm zugrunde liegenden gesetzgeberischen Gedankens wird von wesentlicher Bedeutung sein, daß es nunmehr auch gelingt, die Ausführungs- und Veranlagungsbestimmungen den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens anzupassen. Hiefür mit allen Mitteln zu sorgen, ist die besondere Pflicht der Reichsverwaltung. Sie rechnet dabei auf die Mitwirkung der Gemeinden, die auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen besitzen. Aber auch die Mitarbeit der Interessenten des Grundstücksmarktes ist erwünscht und unentbehrlich. Es muß das allseitige Bestreben sein, unnötige Weiterungen, insbesondere auch Prozesse, durch eine geschickte Handhabung aus dem Weg zu räumen.“

Man kann das im Interesse aller Beteiligten, des Reiches wieder der Steuerträger, nur aufrichtig wünschen.

sind 1000 M. für den Ankauf von zwei weiteren Entwürfen bestimmt. Das Programm enthält ferner die nachahmenswerte Bestimmung, daß dem ersten Preisträger eine weitere Entschädigung von 1500 M. gewährt wird, falls ihm die künstlerische Ausführung des Entwurfes nicht übertragen wird. Preisrichter sind: Geh. Brt. Kyllmann, Brt. R. Wolfenstein, Brt. Reimarus, Arch. W. Bru-rein, Bmstr. Otto Heuer, deren Ersatzleute die Hrn. Brt. K. Reimer, Bmstr. Derlin, Arch. E. Rossius vom Rhyn und Bmstr. Ad. Born sind. Unterlagen kostenlos vom Verband Bernburger-Straße 24—25. —

**Wettbewerb zur Erlangung von Entwurfsskizzen für die Bebauung der Umgebung des neuen Bahnhofs-Empfangsgebäudes zu Dortmund.** Eingegangen sind 26 Entwürfe. Es erhielten je einen I. Preis von 5000 M. der Entwurf „so fast as düppem“, Verf. D. u. H. Schulze, Mitarbeiter Chr. Baumüller, Dortmund; Entwurf „Einheitliche Bauweise“, Verf. Emil Bercher und Friedrich Veil, Stuttgart; je einen II. Preis von 4000 M. Entwurf „Zukunft“, Verf. Curjel u. Moser, Karlsruhe; Entwurf „Im Schnee“, Verf. Adolf Haro, Hannover in Verbindung mit Heintz Möll, Hannover. Angekauft werden zu 1000 M. Entwurf „An der Fehmlinde“, Verf. Alois Beck u. Josef Rings, Offenbach a. M.; Entwurf „Rote Erde“, Verf. Carl Meyer, Hamburg und Wilh. Brand, Dortmund. Ausstellung vom 16. bis einschl. 26. Febr. in der Aula der Kunstgewerbeschule Dortmund. —

**Wettbewerb Synagoge Mainz.** Vom Vorstand der israelitischen Religions-Gemeinde zu Mainz erhielten wir unter dem 6. Febr. im Anschluß an unsere Ausführungen S. 88 eine Zuschrift des Inhaltes, daß die Entstehung der angeführten Notiz darin zu suchen sei, daß ein Reporter ein Privatgespräch falsch verstanden habe. Die Zuschrift fährt dann fort: „Wie sich ganz von selbst versteht, sind die die Namen der Verfasser enthaltenden Umschläge verschlossen geblieben und nach getroffener Entscheidung so dem Preisgericht übergeben worden. Dieses selbst hat diejenigen der preisgekrönten Bewerber — wozu auch die gehören, deren Entwurf zum Ankauf empfohlen wurde — geöffnet. Alle übrigen sind bis zum heutigen Tage verschlossen geblieben, erst heute wurde mit dem Einpacken zur Rücksendung begonnen und es wurden zu diesem Zweck dem hiermit betrauten Beamten die verschlossenen Umschläge übergeben.“

Von einem Teilnehmer am Wettbewerb wird übrigens mit Recht darüber Klage geführt, daß weder die Entscheidung noch die Frist der Ausstellung durch die Fachblätter bekannt gegeben worden ist. Es war daher dem Einsender auch nicht möglich, seinen Entwurf rechtzeitig zurück zu verlangen, er hat denselben nach seiner Angabe beschädigt und ohne Namenskuvert, das also doch geöffnet worden ist, am 10. d. M. zurück erhalten. —

Inhalt: Das Seemanns-Erholungsheim in Kl.-Machnow bei Zehlendorf (Berlin). — Das Zuwachssteuer-Gesetz. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

**Hierzu eine Bildbeilage: Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin).**

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





AS SEEMANNS-ER-  
HOLUNGSHEIM IN  
KL. MACHNOW BEI  
ZEHLENDORF. \*\*\*  
ARCH.: GIESECKE  
& WENZKE IN CHAR-  
LOTTENBURG. \*KA-  
SINO. NORDSEITE. \*  
=== DEUTSCHE ===  
\*\*BAUZEITUNG\*\*  
XLV. JAHRGANG 1911  
\*\*\*\*\* NO. 14. \*\*\*\*\*



Mannschafts-Speisesaal im Kasino.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 14. BERLIN, DEN 18. FEBRUAR 1911.

## Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin).

Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung.

Architekten: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 115, 116 und 117.



**L**nder Anlage und Ausstattung aller Räume ist das kasernen- und krankenhausmäßige mit Sorgfalt vermieden; die Räume weisen viele Verschiedenheiten auf und jedes Zimmer hat eine eigene Loggia. Im Ganzen hat bei Errichtung der Bauten die größte Einfachheit gewaltet, nur die Haupträume im Kasino zeigen eine reichere Durchbildung. Auch im Äußeren ist mit Verzierungen sparsam umgegangen, jedoch ist durch Gruppierung und gediegenes Material ein ansprechender Eindruck erzielt worden.

Die Sockelgeschosse sind in Rüdersdorfer Kalkstein, welcher auf der Baustelle roh bearbeitet wurde, aufgemauert, die Fassaden haben einen körnigen Terrasitputz erhalten, das Holzwerk ist farbig behandelt.

Die Häuser werden von einer Zentrale aus durch Niederdruck-Dampfheizung, welche von der Firma Junk in Berlin herrührt, erwärmt; die Fernleitungen liegen in begehbaren Betonkanälen. Ebenfalls zentral ist die Warmwasser-Bereitungsanlage, welche nebst der Badeanlage, in der alle Arten Duschen, Dampf-, elektrische und medizinische Bäder, auch ein kleines Schwimmbad vertreten sind, durch H. Schaffstaedt G. m. b. H. in Gießen ausgeführt wurden.

Die Maurer- und Zimmerarbeiten übernahmen Held & Francke in Berlin, die roten Biberschwanz-

dächer wurden durch Fr. W. Neutze geliefert, die Tischlerarbeiten wurden durch E. Mittag, die Schlosserarbeiten durch E. Franke, die Maler-Arbeiten durch M. Kellner, die Bildhauer-Arbeiten durch H. Giesecke, sämtlich in Charlottenburg, hergestellt.

Die Häuser haben Gas- und elektrische Lichtleitungen erhalten. Letztere einschl. aller Beleuchtungskörper wurden von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft angelegt. Die Küchen- und Waschküchen-Einrichtungen wurden durch die Firmen Gebr. Hammer und A. Bertuch in Berlin geliefert.

Die Ausführung der beiden Speisesäle lag in den Händen der Firma J. Groschkus in Berlin; Rauchzimmer, Bibliothek, Billardzimmer, sowie die gesamte Innenausstattung an Möbeln, Dekorationen, Teppichen, Betten, Bildern usw. wurden durch die Firma A. Wertheim geliefert und gestiftet. Porzellan und Glas stifteten P. Raddatz & Co., das Tafelsilber Krupp in Berndorf (Oesterreich).

Die Gartenanlagen, durch die Kl.-Machnower Baumschulen ausgeführt, haben den Waldcharakter des schönen Fleckchens Erde vollkommen bestehen lassen.

Die Baukosten betrugen für alle Gebäude zusammen 440 000 M., einschließlich der vollständigen inneren Einrichtung, der Abwässeranlage, der Einfriedigung, der Herstellung der Gartenanlagen und Wege, des Honorares und der Bauleitung. Für 1 qm bebaute Fläche ergeben sich rd. 250 M. und für 1 cbm umbauten Raum rd. 24 M. —



# Der Besuch der deutschen technischen Hochschulen im Winterhalbjahr 1910/1911.



ach den vorläufigen Feststellungen ergaben sich für das Winterhalbjahr 1910/1911 für die 10 deutschen technischen Hochschulen (über die bisher nur in einzelnen Abteilungen eröffnete 11. technische Hochschule in Breslau fehlen die Angaben noch) die in der Zusammenstellung I angegebenen Besuchsziffern. Es ist dazu zu bemerken, daß unter den Gasthörern solche Personen zu verstehen sind, die nur einzelne Vorlesungen hören, darunter befinden sich auf allen technischen Hochschulen auch Damen in größerer Zahl. Zu den Hörern gehören in Berlin 142 kommandierte Offiziere und Maschinen-Ingenieure der kais. Marine. In der Tabelle ist auch die Verteilung der Studierenden auf Deutschland und das Ausland angegeben. Mit Ausnahme von München, das eine kleine Zunahme gegenüber den endgültig festgestellten Zahlen des Wintersemesters des Vorjahres zeigt, weisen alle technischen Hochschulen einen geringen Rückgang auf.

München marschiert sowohl nach der Gesamtzahl wie nach der Zahl der ordentlichen Studierenden an der Spitze, hat allerdings dabei einen starken Zuzug aus den anderen Bundesstaaten und auch die höchste Zahl von Ausländern. Außerdem ist der technischen Hochschule eine Abteilung für Landwirtschaft angegliedert, die 161 Studierende zählt. Im übrigen steht München aber auch mit der Zahl der Studierenden der Abteilung für Architektur und derjenigen für Maschinenbau an der Spitze. Nur in der Abteilung für Bauingenieurwesen zeigt Berlin den höchsten Besuch. Günstig hat sich Danzig entwickelt, das in der Zahl der Studierenden Aachen schon überflügelt hat. Nächst Hannover besitzt Danzig auch die höchste Anzahl von Gasthörern.

In der Zusammenstellung II ist die Verteilung der Studierenden auf die verschiedenen Fachgebiete angegeben. Die fetten Zahlen geben die jeweiligen Höchstziffern an. —

I. Zahl der Besucher.

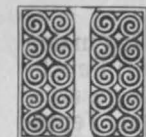
Lfd. No.	Name der Hochschule	Studierende	Hörer	Gast-hörer	Gesamt-Besuch	Von den aus dem eigenen Bundesstaat	Studierenden entstammen aus anderen Bundesstaaten	zus. aus Deutschl.	aus dem Ausland	Bemerkungen
1	München	2452	221	389	3062	1444	823	2267	795	Die Verteil. n. d. Herkunft bez. sich hier auf sämtl. Besucher
2	Berlin	2150	248	403	2943	1362	338	1700	450	
3	Darmstadt	1269		499	1768	514	760	1274	494	
4	Karlsruhe	1177		166	1343	371	334	705	472	desgl.
5	Dresden	935	122	390	1447	573	230	803	251	NB. Nicht b. allen technisch. Hochschulen sind die Zahlen für Hörer u. Gäste getrennt angegeben.
6	Hannover	870	95	776	1741	691	136	827	43	
7	Stuttgart	797		435	1232	607	152	759	38	
8	Danzig	625	76	614	1315	493	107	600	25	
9	Aachen	577	87	251	915	436	49	485	92	
10	Braunschweig	369	61	233	663	339	274	613	50	
Gesamtsumme		11221	910	1100	3056	16429	6830	3203	10133	2710

II. Verteilung der Zahl der Studierenden auf die einzelnen Fachgebiete.

Lfd. No.	Bezeichnung des Fachgebietes	Berlin	Hannover	Aachen	Danzig	Braunschweig	Dresden	Darmstadt	Karlsruhe	Stuttgart	München
1	Architektur	376	176	59	122	49	190	272	164	194	482
2	Bauingenieurwesen	606	346	123	228	97	181	248	256	209	579
3	Maschin.-Ing.-Wesen	599	210	62				416*)	270	151	856
4	Elektrotechnik	171	53	30	120	76*)	251	192	212	26	—
5	Schiffbau- u. Schiffsmasch.-Bau	182	—	—	78	*) einschl. Textil-Industrie		*) einschl. Papierfabrikation		—	—
6	Chemie	119	67	25	46	41	223	109	236	65	275
7	Hüttenkunde	89	—	243*)	—	—	—	—	—	17	—
8	Pharmacie	—	—	*) einschl. Bergbau		95	—	12	—	34	—
9	Allgem. Wissenschaft.	8	18	30	31	11	90	40	24	101*)	119
10	Forstwesen	—	—	—	—	—	—	—	20	*) Mathematik u. Naturwissenschaft 89, Allg. Fäch. 12	
11	Landwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	161
Gesamtsumme		2150	870	572	625	369	935	1289	1182	797	2452

## Zum Schutz der Standesbezeichnung „Architekt“.<sup>1)</sup>

Von Kammergerichtsrat Dr. Böhke in Berlin.



n No. 91 Jahrgang 1910, S. 739 sind unter Bezugnahme auf eine Reichsgerichts-Entscheidung Betrachtungen über den Schutz des Architektentitels angestellt, und die Schriftleitung verweist dort auf einen Artikel in No. 69, der mit den Worten schließt: „Es scheint uns hiernach, als ob es schon auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sei, die Bezeichnung „Architekt“ zu schützen, sodaß es des Erlasses besonderer Gesetze und der Schaffung von Architekten-Kammern hierzu garnicht bedürfe“. Beide Artikel gehen von irrigen Voraussetzungen aus. Die Sache scheint mir zu wichtig zu sein, als daß man mit Stillschweigen darüber hinweggehen könnte.

Zuvörderst gebe ich die in Betracht kommenden gerichtlichen Entscheidungen wieder, soweit ich sie in Zeitschriften habe ermitteln können. In der Deutschen Jur.-Ztg. 1906, S. 969 ist aus einem Urteil des Kammergerichtes vom 19. Mai 1906 folgendes mitgeteilt: „Die Bezeichnung (Architekt) ist keine gesetzliche, doch wird sie nach der herrschenden und als richtig anzuerkennenden Uebung nur solchen Bausachverständigen beigelegt, die ein akademisches Studium aufweisen und eine selbständige Tä-

tigkeit ausüben. Daß der Kläger sich höheres Wissen durch Selbststudium angeeignet und daß ihn die Regierung in verschiedenen Schreiben als „Architekt“ bezeichnet, ist nicht entscheidend“. Diesem Urteil gegenüber habe ich in der Deutschen Jur.-Ztg. 1906, S. 1366 darauf hingewiesen, daß es meiner Auffassung nach nicht unbedingt auf ein akademisches Studium ankomme, sondern daß es wesentlich der künstlerische Geist sei, der den Architekten ausmacht.<sup>2)</sup>

Die in der D. B.-Z. angeführte Reichsgerichts-Entscheidung kann nur die sein, die u. a. in der Leipziger Zeitschrift für Handelsrecht 1908, S. 543 abgedruckt ist (v. 28. 4. 08). Es heißt hier: „Die Beklagte, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ist eine Bauunternehmerfirma, liefert zugleich die architektonischen Entwürfe zu ihren Bauten und hat zu diesem Zwecke eine große Anzahl Architekten angestellt. Ihre Firma laute: X. & Y. nach den Namen der persönlich haftenden Gesellschafter der früheren offenen Handelsgesellschaft X. & Y. X. ist längst ausgeschieden. Y., der jetzige Geschäftsführer der

<sup>1)</sup> Vergl. den Aufsatz des Verfassers in No. 100 Jahrgang 1905, S. 606.

<sup>2)</sup> Vergl. ferner Jahrgang 1905, No. 48, Seite 289.

Beklagten, ist Kaufmann und will sich durch Selbststudium zum Architekten ausgebildet haben. Der Beklagte ist die Bezeichnung „X. & Y. Architekten“ untersagt worden. Unter einem Architekten versteht das Publikum nicht gerade einen akademisch ausgebildeten Bausachverständigen. Der Mangel eines akademischen Studiums macht die Bezeichnung also nicht unrichtig. Unrichtig ist aber die Bezeichnung, weil dem Publikum die nicht vorhandene künstlerische Betätigung zweier bestimmter Persönlichkeiten, X. & Y., vor Augen geführt werden soll. Das Publikum legt Wert auf die Individualität des zuzuziehenden Architekten, auf sein künstlerisches Können. Die hierin ausgeprägte Individualität gewährt eine gewisse Garantie, daß die künftigen Bauten die gleichen individuellen Vorzüge haben werden. Daher liegt in der unrichtigen Bezeichnung auch der Anschein eines besonders günstigen Angebotes“.

Man sieht hieraus, daß das Reichsgericht den Standpunkt des Kammergerichtes nicht vertritt, sondern, soweit es überhaupt den Begriff des Architekten bestimmt, sich meinen Ausführungen in der D. J.-Z. nähert. Der Hauptwert der reichsgerichtlichen Entscheidung liegt darin, daß sie den Zusatz „Architekt“ zur Firma einer G. m. b. H. nicht ohne weiteres zuläßt, zumal, wenn der Träger des einen Firmennamens ausgeschieden und der Träger des anderen von Beruf Kaufmann ist. Hiermit kann m. E. die Architektenschaft unbedingt zufrieden sein. Bei genauer Betrachtung des Reichsgerichtsurteils fallen jedenfalls alle Schlussfolgerungen weg, die in No. 91 gezogen sind.

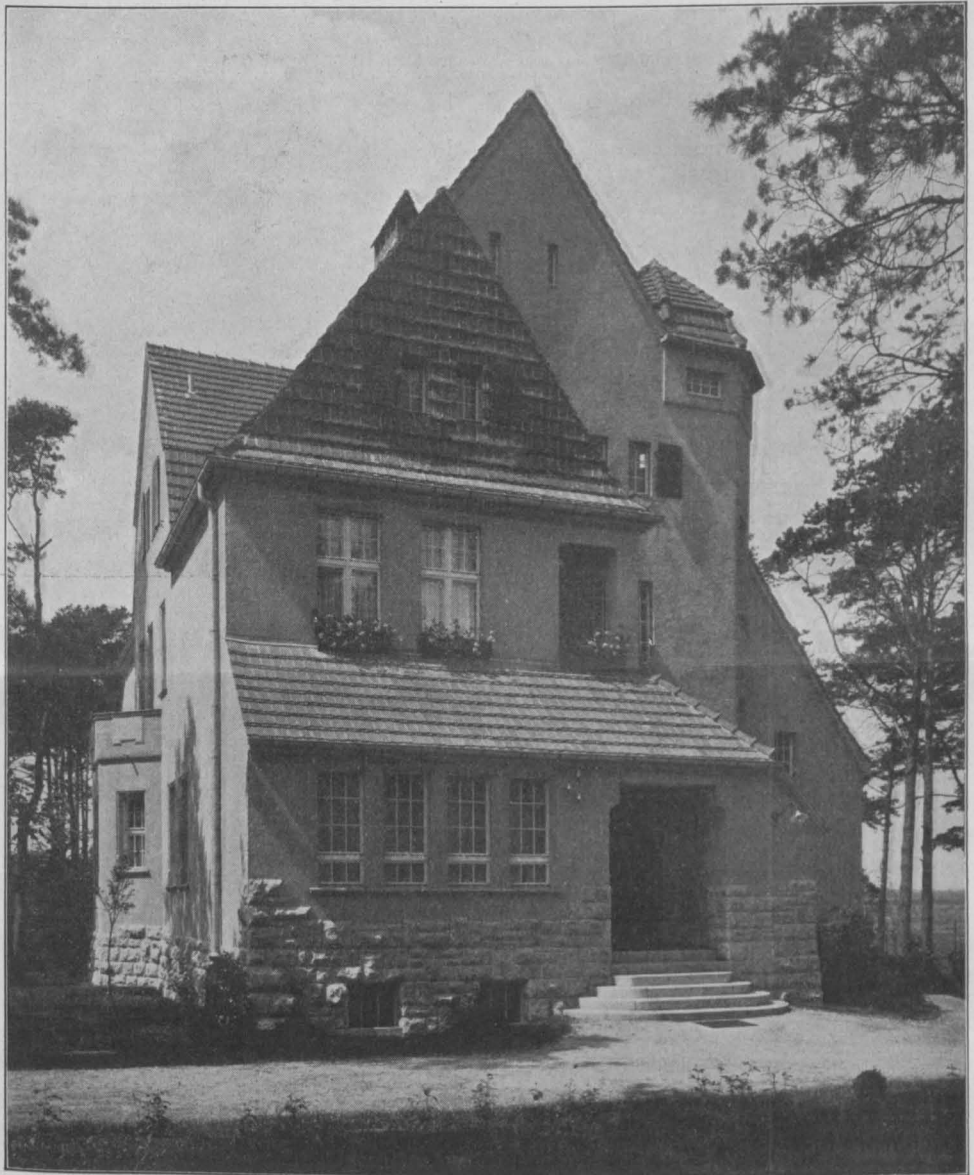
Das wichtigste bei beiden mitgeteilten Entscheidungen ist aber, daß sie sich gar nicht unmittelbar auf den Titelschutz beziehen. Es handelt sich offenbar um Streitigkeiten aus dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai 1896 (jetzt vom 7. Juni 1909). In § 1 heißt es dort: „Wer in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, über geschäftliche Verhältnisse, insbesondere über die Beschaffenheit . . . von gewerblichen Leistungen . . . unrichtige Angaben tatsächlicher Natur macht, welche geeignet sind, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, kann auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden.“

Die Gerichte können daher die Führung der Bezeichnung „Architekt“ nur dann untersagen, wenn sich Jemand unbefugt öffentlich oder wenigstens einem größeren Personenkreis gegenüber so nennt und wenn dies zum Zwecke des Wettbewerbes geschieht.

Das Einzelangebot eines Bauunternehmers fällt z. B. nicht unter das Gesetz. Ebenso werden Angestellte von Baugewerbetreibenden, ferner Gärtner, Dekorateur usw. nicht von dem Verbot betroffen. Ueberdies wirkt das Gesetz nicht ipso jure. Vielmehr muß derjenige, der sich benachteiligt fühlt, Zivil-Klage erheben oder Straftrag stellen. Das ist nicht Jedermanns Sache und kostet

auch Geld. Freilich könnten sich die rechtsfähigen Architekten-Vereine das Gesetz mehr zu nutze machen, indem sie die nötigen gerichtlichen Schritte unternehmen. Daß dies nicht öfter geschieht, beruht wohl nur darauf, daß die Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen noch nicht weit genug vorgedrungen ist.

Es ist zuzugeben, daß durch vermehrte Anwendung des Gesetzes Manches erreicht werden kann. Es werden sich aber immer Unstimmigkeiten daraus ergeben, daß das Wettbewerbsgesetz nicht zum Titelschutz bestimmt ist und daß die zivilrechtliche Entscheidung nur gegenüber dem Kläger, nicht gegenüber der Allgemeinheit gilt, wenn auch tatsächlich die Allgemeinheit Vorteil vom Vorgehen des



Verwaltungsgebäude — Straßenfront.  
Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin).  
Architekten: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.

Einzelnen hat. Einigt sich z. B. der Kläger mit dem verurteilten Beklagten, so verliert die gerichtliche Entscheidung ihre Wirksamkeit.

Durchgreifender Schutz der Standesbezeichnung „Architekt“ oder einer gleichwertigen Bezeichnung kann nur auf gesetzlichem Weg erreicht werden. Ich verweise im übrigen auf meine Ausführungen über den Schutz der Berufsbezeichnungen „Architekt“ und „Ingenieur“ in der D. B.-Z. 1905 Nr. 100 S. 606 und über Architektenkammern in der D. B.-Z. 1909 Nr. 10 S. 67.

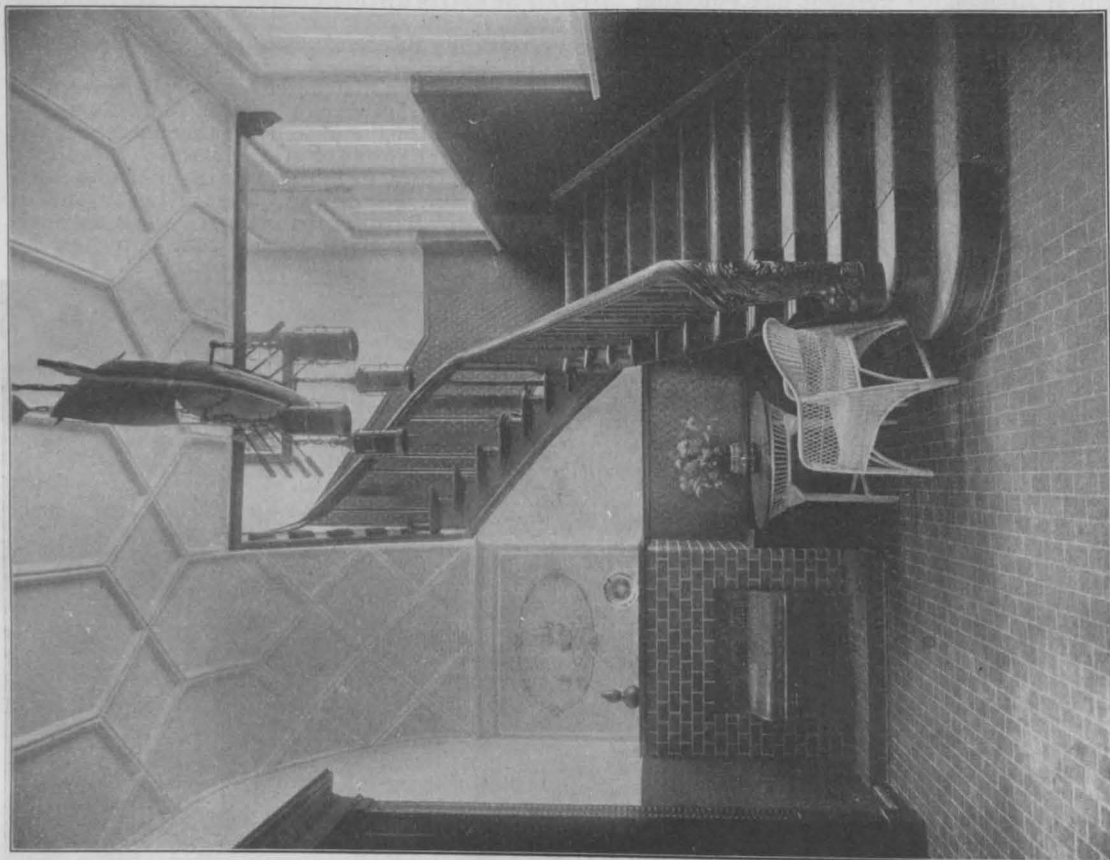
Daß der Baumeistertitel seit dem Reichsgesetz vom 30. Mai 1908 einen weitgehenden Schutz genießt<sup>3)</sup>, hebe ich nur nebenbei hervor, um darzutun, daß der Gesetz-

<sup>3)</sup> Näheres siehe Prof. Dr. K. Hülse im Jahrgang 1908 Nr. 87, S. 598.



geber sehr wohl in der Lage ist, Bestrebungen zu fördern, die darauf hinzielen, dem Wissen und Können den gebührenden Rang zuzuweisen. —

Voraussetzung ausgegangen, daß die Berufsbezeichnung „Architekt“ nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen allgemein geschützt sei. Wir sind uns vielmehr



Diele im Kasino.



Diele im Offiziershaus.

Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin).  
Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung.  
Architekten: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.

Nachschrift der Redaktion. Wir sind bei unserer Bemerkung in No. 69, 1910 keineswegs von der irrigen vollständig darüber klar, daß ein solcher Schutz nur durch ein besonderes Gesetz auf Grund einer festeren Organi-



Bibliothek im Verwaltungsgebäude und Rauchzimmer im Kasino.  
 Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin). Arch.: Giesecke & Wenzke in Charlottenburg.  
 18. Februar 1911



sation des Architektenstandes erreicht werden kann. Wir haben aber schon früher dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob aus einer solchen Organisation, die von einer gewissen Einengung und Schematisierung untrennbar ist, einem freien, künstlerischen Beruf, wie der des Architekten, nicht

mehr Nachteile als Vorteile erwachsen. Den Stand der Architekten wirklich schädigende, unlautere Elemente können aber, wie auch aus den vorstehenden Äußerungen hervorgeht, jetzt schon ausgemerzt werden. Nur das hatten wir feststellen wollen. —

### Vermischtes.

**Die Umgestaltung des Theater-Platzes in Dresden** ist vom Stadtverordneten-Kollegium daselbst in seiner Sitzung vom 19. Jan. 1910 nach einem Entwurf des Stadtrats. Erlwein gegen eine große Minderheit angenommen worden. Da wir unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit als bekannt voraussetzen dürfen, so können wir uns auf das Bedauern beschränken, daß eines der schönsten Städte- und Platzbilder Deutschlands nunmehr der Verstümmelung anheim fällt. —

**Verunstaltung von Nürnberg?** Die „Köln. Ztg.“ läßt sich aus Nürnberg folgendes schreiben: „Wenn man zur Frühlingszeit um die Stadt Albrecht Dürers pilgert, bietet sich dem Auge ein Bild wahrlich unauslöschlicher Schönheit in immer wechselnder Abstufung. Die alten Mauern, überblüht von hängenden Syringen, das Lila der duftenden Dolden, dazwischen eingesprengt in leuchtendem Gelb Goldregen, das dunkle Grün des Efeus auf den braungrauen Quadern, und dahinter dann in unvergeßlichen Konturen die Stadt mit ihren Giebeln und Türmen. Es gibt wenig in deutschen Landen, was dem gleiche. Aber mit der Herrlichkeit soll es nun vorbei sein, ist es zum großen Teil schon vorbei. „Man“ ist nämlich zur Ansicht gekommen, daß „kein Mensch der Bäume wegen nach Nürnberg reise,“ sondern „wegen der alten Befestigungswerke“. So hat man denn beschlossen, „abzuholzen“ und „freizulegen“, und Axt und Spaten werden eifrig in Bewegung gesetzt. Daß alle Einsichtigen über diesen Vandalismus — man kann es nicht anders nennen — empört sind, hilft nichts. Schon sind die Bäume dutzendweise gefallen, wundervolle Partien auf Jahre hinaus zerstört. Ich meine, hier steht eine Frage von mehr als lokaler Bedeutung zur Diskussion. Vor dieser barbarischen Geschmacklosigkeit erhebe man einmütig Protest, um zu retten, was noch zu retten ist.“

Was bisher in Nürnberg geschehen ist, den Charakter und die Poesie der inneren Stadt mit ihren Mauern und Gräben zu erhalten, würde es uns schwer machen, zu glauben, daß die hier vorgetragenen Klagen begründet sind, wenn sie nicht in einer ernstesten Zeitung erhoben worden wären und wenn nicht auch die „Münch. N. N.“ Folgendes zu berichten wüßten: „Die Kommission für Heimatschutz der neuen Vereinigung zur Pflege von Kunst und Heimatschutz in Franken hat in eigens hierzu abgehaltener Sitzung mit Bedauern von den Abholzungen an dem alten Befestigungswerk der Stadt Kenntnis genommen. Sie hat die Erwartung ausgesprochen, daß der Magistrat diese Abholzungen, die offensichtlich zur Freilegung der alten Stadtmauer viel zu weit gehen, vorerst einstellen werde, bis sich berufene Organe darüber geäußert haben, in welchem Umfang sie ohne Schaden für das bisher so reizvolle Stadtbild vorgenommen werden können.“ Die zuständigen Stellen kommen daher an der Pflicht nicht vorbei, der Öffentlichkeit eine Erklärung über die erhobenen und begründeten Anschuldigungen zu geben. —

**Hinsichtlich der zulässigen Beanspruchung massiver Decken** erhalten wir vom Berliner Polizei-Präsidium nachstehende Zuschrift: „In dem Erlaß des Hrn. Ministers der öffentl. Arbeiten vom 21. Januar 1909 (Zentr.-Bl. d. Bauverw. S. 81) betr. die baupolizeiliche Behandlung ebener massiver Decken bei Hochbauten ist für die zulässigen

hohen Druckspannungen bis 35 kg/qcm ausdrücklich die Verwendung von Zementmörtel vorausgesetzt. Zur Beseitigung von Zweifeln weise ich im Einverständnis mit dem Hrn. Minister der öffentl. Arbeiten darauf hin, daß unter Zementmörtel nur reiner Zementmörtel zu verstehen ist. Demnach ist die Beifügung auch nur eines geringen Kalkzusatzes zum Fugenmörtel selbst für die Zugzone unzulässig und wird nicht mehr geduldet werden.“

**Namensänderung des Polytechnikums in Zürich.** Nach schweizerischen Blättern hat die Professoren-Konferenz des Züricher Polytechnikums einstimmig beschlossen, dem Bundesrat vorzuschlagen, daß der Name „Eidgenössische polytechnische Schule“ in „Technische Hochschule“ (bezw. „Université technique“) abgeändert werde, gegebenen Falles nach dem Gutdünken der Behörde mit dem Zusatz: „eidgenössische“ oder „schweizerische“. —

**Wirtschaftswissenschaftlicher Hochschul-Kursus in Danzig.** Der Westpreussische Bezirksverein des „Vereines Deutscher Ingenieure“ veranstaltet, wie in den Jahren 1907 und 1909, so auch in diesem Jahre in den Räumen der Danziger Hochschule in der Zeit vom 20. bis 25. März einen wirtschaftswissenschaftlichen Vortragskursus, der folgende Vorträge umfassen wird:

Prof. Prinz-Danzig: „Ueber die Bedeutung der technischen Betriebe mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse des Ostens“; Ministerialdirektor Geheimrat Peters-Berlin: „Ueber den jetzigen Stand der Binnenschiffahrtsabgaben“; Syndikus Dr. Fehrmann-Danzig: „Ueber die Wirkung der Binnenschiffahrtsabgaben auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens“; Prof. Dr. Moldenhauer-Cöln: „Ueber die Reichsversicherungsordnung. — Koalitionsrecht und Koalitionszwang. — Ueber die Belastung der wirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen durch die deutsche soziale Gesetzgebung“; Dr. Swaet-Posen: „Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen. — Ueber landwirtschaftliche Nebengewerbe“; Justizrat Dr. Crüger: „Gewerbliches Genossenschaftswesen. — Beleihung von Buchforderungen“; Reg.-Rat Dr. Schweighoffer-Berlin: „Ueber Syndikate und Kartelle“; Hochschul-Prof. Dr. Mollwo-Danzig: „Die Ergebnisse der letzten Berufs- und Gewerbezahlung. — Die Reichswertzuwachssteuer“; Hochschul-Prof. Geheimrat Genzmer-Danzig: „Ueber grundlegende Fragen des Städtebaues“; Rechtsanwalt Zander-Danzig: „Unlauterer Wettbewerb“.

Daneben sind noch die Besichtigung der kaiserlichen Werft und der Talsperre Straschin-Prangschin, sowie drei Diskussionsabende vorgesehen.

Der Vortragskursus kommt dem besonders in technischen Kreisen lebendigen Wunsche nach volkswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fortbildung in dankenswerter Weise entgegen. Die Vorträge behandeln zum Teil Fragen, die heute im Vordergrund der öffentlichen Erörterung stehen; die Namen der für die Vorträge gewonnenen Herren verbürgen eine fachkundige und anregende Behandlung, die, wie anzunehmen ist, eine lebhafte Aussprache auf den Diskussionsabenden hervorruft. Teilnehmerkarten (für den ganzen Kursus 20 M. und für Einzelvorträge 1 M. für die Stunde) geben die Technische Hochschule, die Landwirtschaftskammer und die Danziger Verkehrszentrale aus. —

## Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

An die Einzelvereine!

München-Berlin, den 10. Februar 1911.

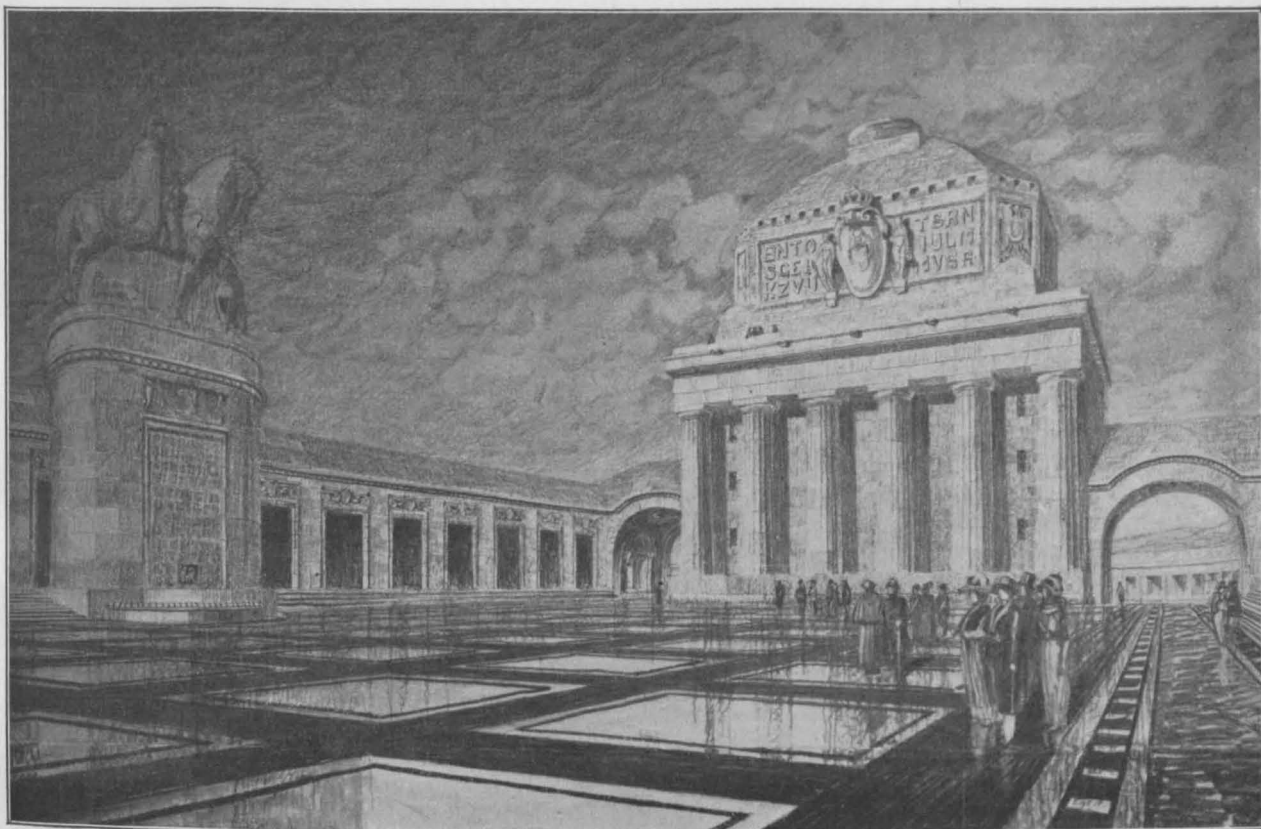
In München verschied nach längerem Krankenlager am 4. d. M. S. Exzellenz Dr.-Ing. Gustav von Ebermayer, Generaldirektor a. D. der kgl. bayerischen Staatseisenbahnen.

Zu den vielen Körperschaften, die trauernd an der Bahre dieses hervorragenden Fachgenossen stehen, gehört auch der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, an dessen Tätigkeit der Verbliebene stets den regsten Anteil nahm. Wie sehr man seine Mitarbeit zu schätzen wußte, geht nicht zum mindesten daraus hervor, daß von Ebermayer von 1893 bis 1895 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidete. Der Verband wird dem Hingeschiedenen stets ein ehrenvolles und dankbares Andenken bewahren.

Der Verbandsvorstand.

Der Vorsitzende: R. Reverdy.

Der Geschäftsführer: Franz Franzius.



Entwurf mit dem Kennwort „Raumkunst“. Architekt: Otto Karow in Aachen.

## BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

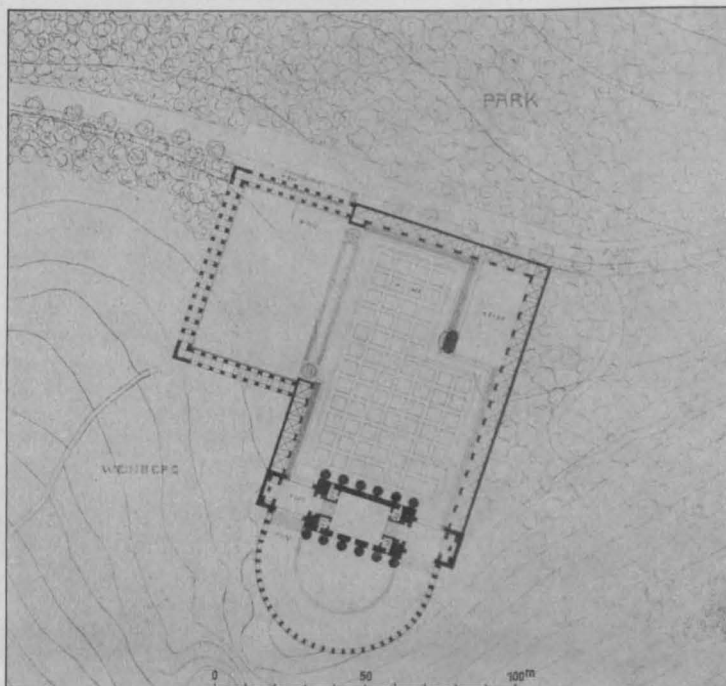
### Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.



Im beginnenden Herbst des Jahres 1909 erging an die deutsche Künstlerschaft der Aufruf, sich an einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück zu beteiligen. Wohl hatten zahlreiche Städte des Deutschen Reiches

in einem Denkmal dem Begründer des Reiches bereits eine dauernde Huldigung dargebracht, wohl erhebt sich seit Jahren vor dem Reichstagsgebäude in Berlin ein großes Denkmal des ersten Kanzlers des neuen Reiches. Aber weder an den Denkmälern der Städte, noch an dem Denkmal der Reichshauptstadt, das nach seiner künstlerischen Gestaltung schon manchmal mit harten Worten verurteilt wurde, hat die Nation einen Anteil. Das National-Denkmal für Otto von Bismarck war nach Form, Inhalt und begleitenden Umständen noch zu schaffen. Das unternimmt nun in freiwilliger Werbearbeit ein Denkmal-Ausschuß, an dessen Spitze der Oberpräsident der Rhein-Provinz, Hr. Staatsminister v. Rheinbaben, steht. „Immer näher rückt der Tag, an dem vor 100 Jahren Bismarck, der getreue Eckart des deutschen Volkes, geboren wurde. Der 1. April 1915 soll Deutschlands Söhne an dem National-Denkmal Bismarcks zu gemeinsamer Jahrhundertfeier vereint sehen.“ So hieß es in dem Aufruf des Ausschusses zur Beteiligung am Wettbewerb. Der Ausschluß erließ im Herbst des Jahres 1909

diesen Wettbewerb, der Monate lang die deutsche Künstlerschaft in Atem hielt und nunmehr zur Entscheidung gelangt ist. Ueber die Bedingungen des Wettbewerbes haben wir S. 23 f. des Jahrganges 1910 berichtet. Es sei aus ihnen unter nochmaliger Darstellung der Lageverhältnisse des Denkmalplatzes wiederholt, was zur Beurteilung des Wettbewerbes zu



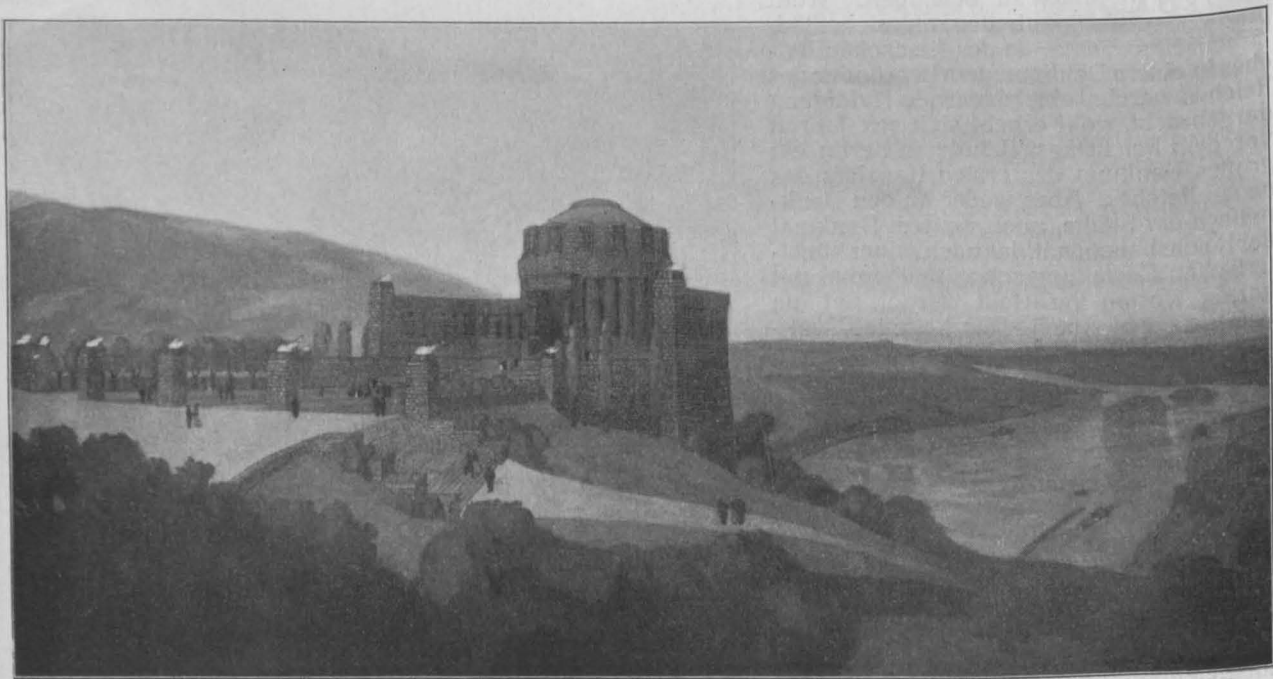
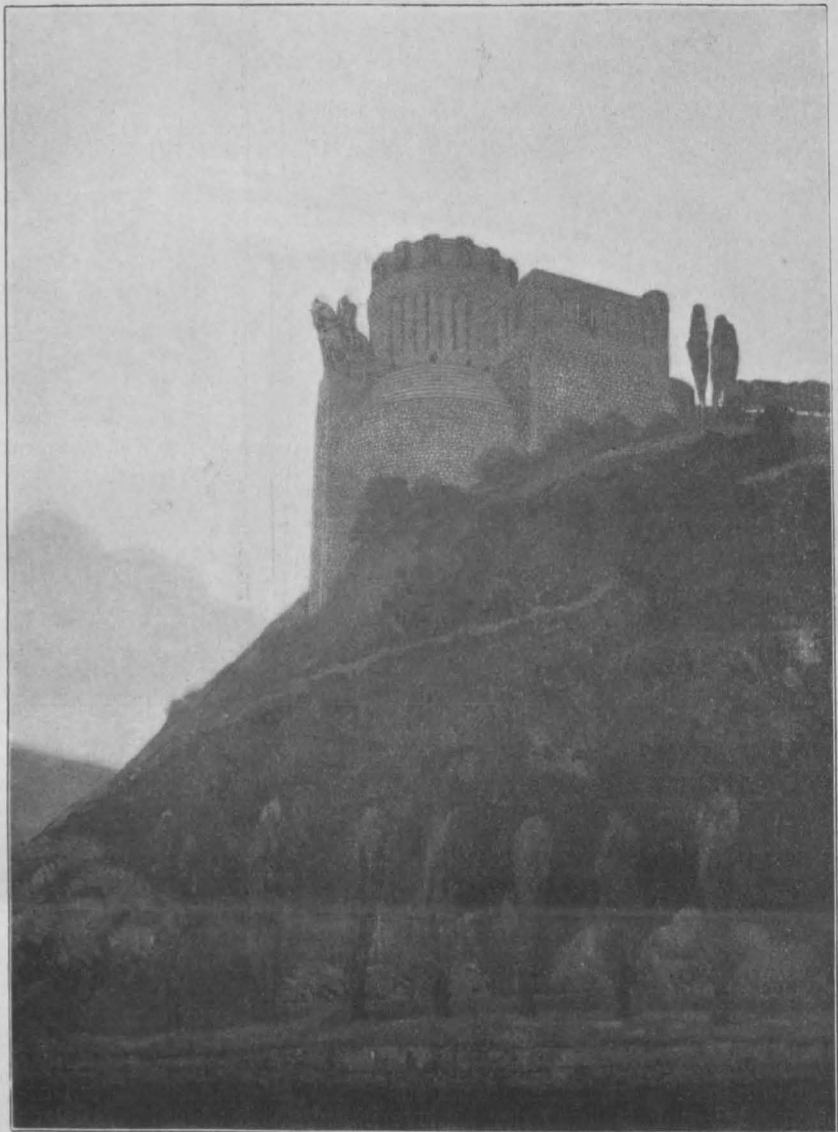


wissen erwünscht ist. „Auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück, auf einem durch günstige Lage und glücklichen Maßstab bevorzugten Hügel, auf dem äußersten Vor-

sprung des Hunsrück ins Rheintal, will das deutsche Volk dieses Wahrzeichen der Dankbarkeit und Verehrung errichten.“ Es hat nicht an begründeten Ein-

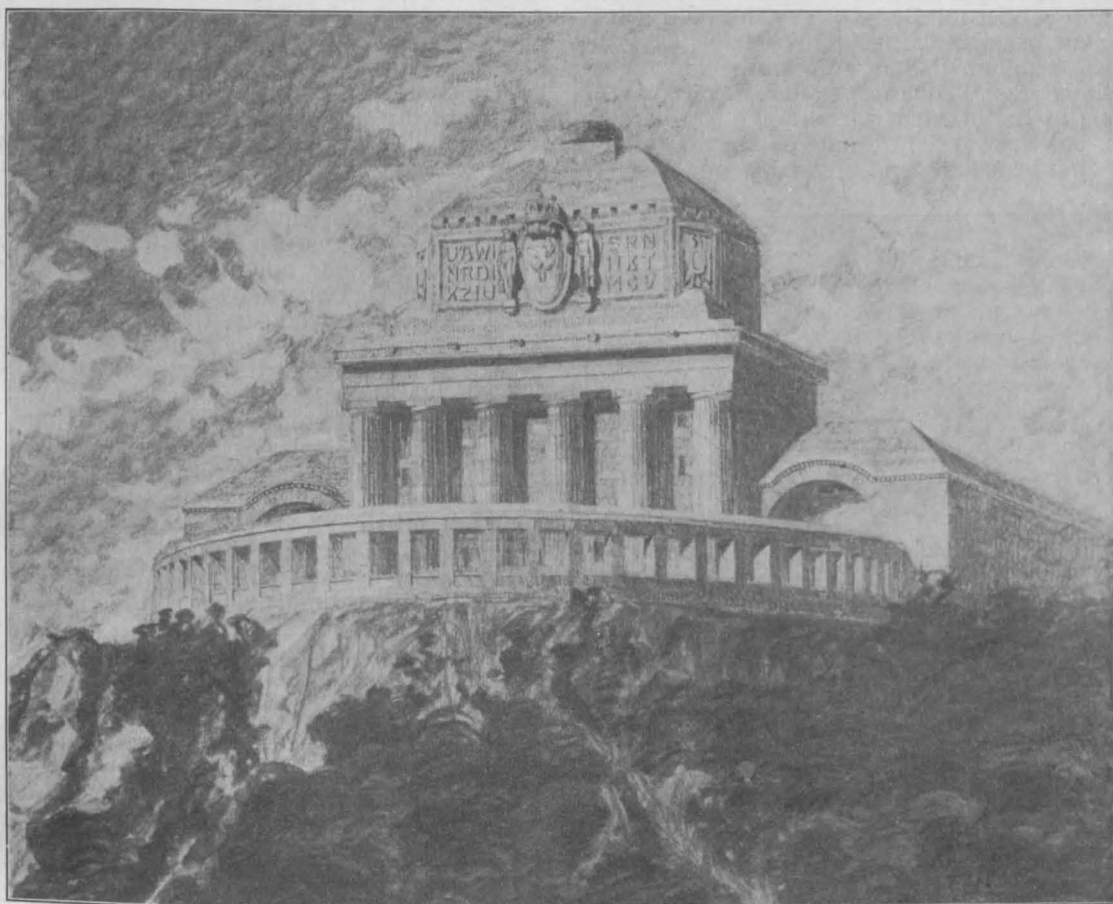
wendungen gegen die Wahl dieses Platzes, der in der Abbildung S. 123 dargestellt ist, gefehlt; sie sind auch in unserer Zeitung zum Ausdruck gekommen. Die Hauptbedenken bestanden in der Nachbarschaft des Germania-Denkmales, welches man, obwohl seine künstlerische Form keineswegs das deutsche Volk begeistert hat, doch in seiner ideellen Bedeutung nicht geschmälert zu sehen wünschte, sowie in Fragen der Beleuchtungsverhältnisse des Standortes für das Denkmal auf der Elisenhöhe. Wir glauben, der Wettbewerb hat diese Bedenken entkräftet und einmal gezeigt, daß das Denkmal eine Gestalt erhalten kann, in der es in keinerlei formalen und ideellen Wettbewerb mit dem ihm gegenüber aufgestellten Germania-Denkmal zu treten braucht, und daß es ferner möglich ist, eine Denkmal-Anlage zu schaffen, welche zu allen Zeiten der wechselnden Tagesbeleuchtung ansprechende Bilder ergibt. Der Denkmal-Ausschuß hält denn auch an dem einmal gewählten Platze fest und begründet diese Haltung noch durch eine Reihe praktischer Erwägungen, unter welchen die unmittelbare Nähe einer größeren Stadt sowie die hierdurch gegebenen Wohn- und Verkehrsmöglichkeiten nicht die geringste Rolle spielen.

Es blieb den Teilnehmern des Wettbewerbes überlassen, an welcher Stelle der Elisenhöhe sie das von ihnen vorgeschlagene Denkmal zu errichten gedachten. Bedingung war nur, daß das Denkmal sowohl vom Rhein wie von der Nahe aus, also von den verschiedensten Punkten seiner weiteren Umgebung

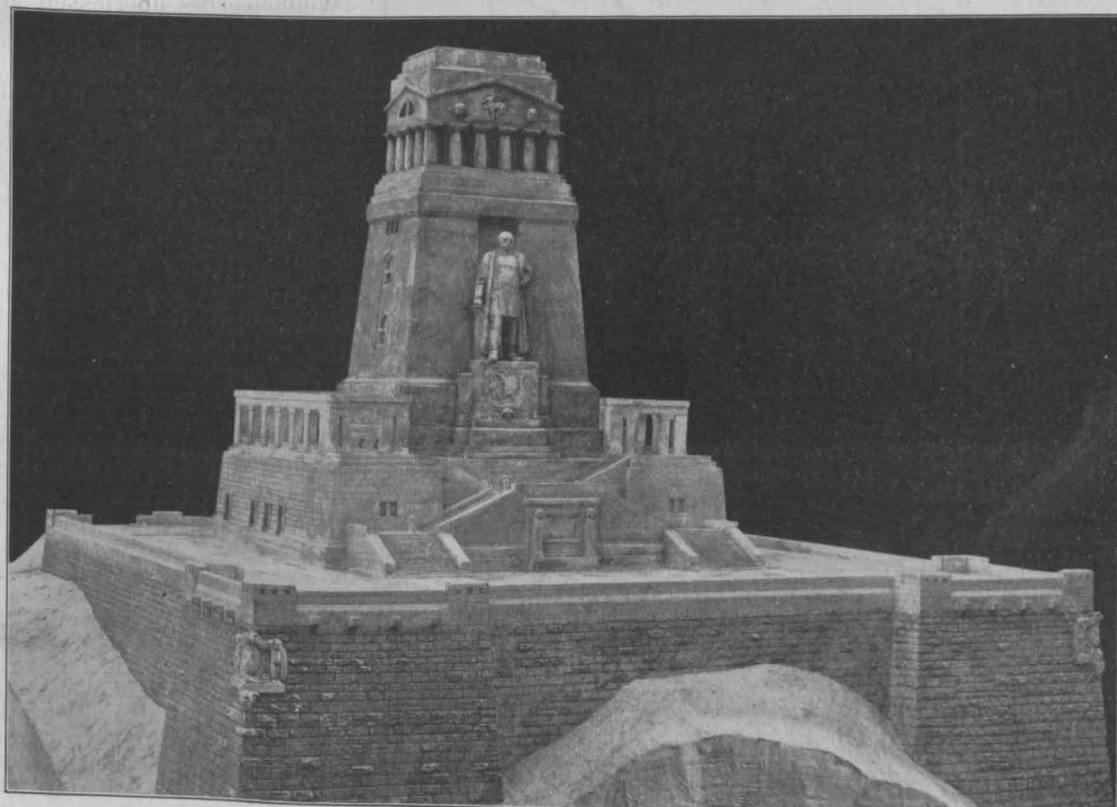


Entwurf: „Kraft“. Arch.: Gebrüder Rank, Bildhauer: Eduard Beyrer, Kunstmaler: Prof. Fritz Erler, sämtlich in München.

gleichmäßig zur Geltung komme und den Denkmalplatz beherrsche. Die Kosten des Denkmals sollten gen und Stützmauern nicht überschreiten. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß Entwürfe, welche



Entwurf mit dem Kennwort „Raumkunst“. Architekt: Otto Karow in Aachen.



Entwurf: „Ehrenfels“. Architekt: Geheimer Baurat Prof. Dr. Hugo Licht in Leipzig.

die Summe von 1800000 M. einschl. der Kosten für die Gründung, die Erdbewegung, für Terrassenanlagen die genannte Summe ersichtlich überschreiten, von der Zuerkennung eines Preises ausgeschlossen werden. 18. Februar 1911.



den müßten. Die Entscheidung des Wettbewerbes hat gezeigt, daß an dieser Bestimmung künstlerisch wertvolle Entwürfe scheiterten. Das Preisrichter-Kollegium schien mit Bedacht gewählt. Wir schrieben damals, es lasse die Zusammensetzung des Preisgerichtes erhoffen, daß sich Vorgänge wie bei der Beurteilung des Wettbewerbes für das Bismarck-Denkmal in Berlin nicht wiederholen werden. Indessen, das Preisgericht erfuhr doch im Laufe des Jahres eine bedeutungsvolle Veränderung insofern,

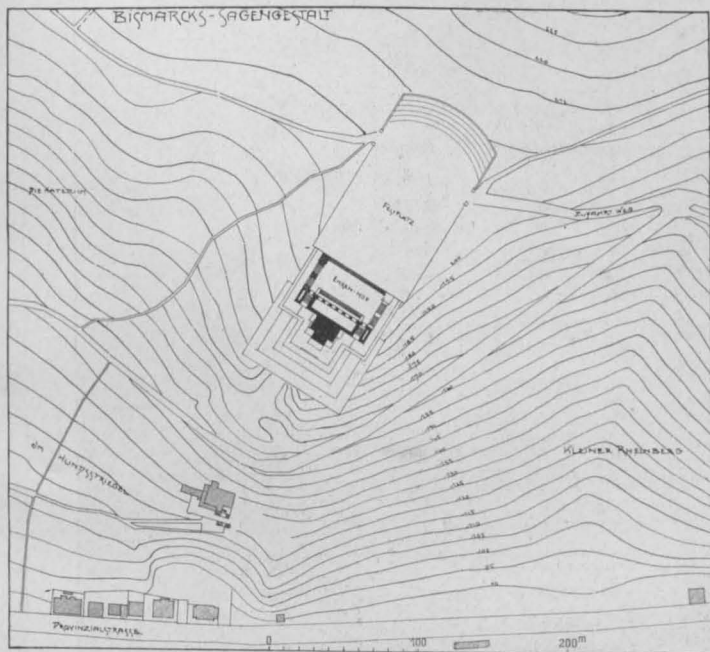
und errang als solcher den I. Preis. Es liegt auf der Hand, daß dieses Zusammentreffen von Umständen keine inneren Beziehungen hatte und daß der Vorgang an sich formal ohne Einwand ist. Es ist aber durchaus begreiflich, daß die Teilnehmer des Wettbewerbes eine Benachteiligung in der Gleichheit der Waffen darin erblicken und daß dem ausgetretenen Preisrichter Gesichtspunkte der Jury bekannt wurden, mit denen die übrigen Teilnehmer des Wettbewerbes nicht rechnen konnten. Da der Vorgang im deutschen Wettbewerbswesen leider nicht vereinzelt dasteht, so kann nur der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß er sich nicht wiederholen möge. Ein Preisrichter muß bei Uebernahme eines Amtes im Preisgericht entschlossen sein, der zu lösenden Aufgabe nicht anders denn als platonischer fachlicher Beurteiler gegenüber zu stehen. Die anstelle von Gebhardt, Klinger, Hahn und Treu eingetretenen Preisrichter waren die Hrn. Maler Prof. Ludwig Dill in Karlsruhe, Bildhauer Prof. Jos. Flossmann in Pasing, sowie die Museums-Direktoren Lichtwark in Hamburg und Volbehr in Magdeburg. Das Künstlerelement im Preisgericht wurde also geschwächt, obwohl unter den Ersatzleuten Persönlichkeiten wie Hans Grässel in München, Prof. v. Kalkreuth in Stuttgart und Prof. Habich in Darmstadt in Aussicht genommen waren.

Es liefen 379 Entwürfe ein, eine ungeheure Zahl, die Zeugnis ablegt von dem großen Interesse, welches die ideale Aufgabe bei der deutschen Künstlerschaft fand, vielleicht aber zu einem Teil auch auf eine gewisse Notlage in diesen Kreisen zurückzuführen ist. Das Preisgericht hat dieser großen Zahl von Entwürfen durch Vermehrung der verteilten Geldsummen entsprochen. Es hat zu den 5 Preisen und den 10 Entschädigungen noch 5 Ankäufe von je 1000 M. vollzogen.

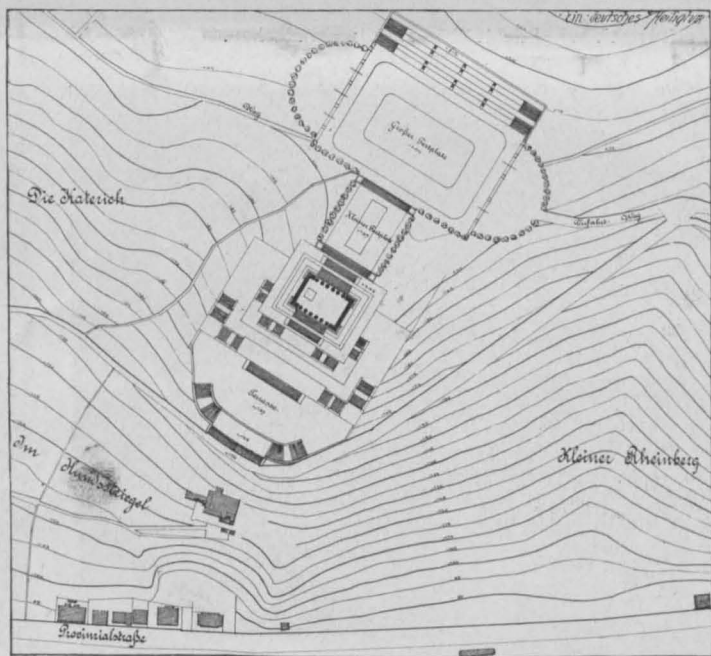
Da das Protokoll des Preisgerichtes bei der Eröffnung der Ausstellung noch nicht erschienen war, so sind wir genötigt, die Entscheidungen des Preisgerichtes und eine kurze Begründung derselben dem Katalog zu entnehmen, dessen Angaben jedoch sich an das Protokoll anschließen. Wir ergänzen damit zugleich unsere vorläufigen Nachrichten der Seiten 76 und 88. Es erhielt den I. Preis von 20000 M. der Entwurf mit dem Kennwort: „Siegfrid-Dolmen“ des Bildhauers Prof. Hermann Hahn in München und des Architekten Prof. Dr. Herm. Bestelmeyer in Dresden. Dazu sagt der Katalog, das Denkmal entspreche in seiner edlen und sinnvollen Form den Anforderungen, die aus der Besonderheit der Aufgabe und der Gestaltung des Geländes sich ergeben. Ein altgermanisches Heldendenkmal, einfacher Steinkreis mit Architrav. Ueber dem Eingang an der Rückseite Bismarck-Büste oder Relief. Im Inneren zwischen Bäumen eine Statue des jugendlichen Siegfried, der das Schwert prüft. Symbol des durch Bismarck zu neuen großen Taten geführten deutschen Volkes.

Den einen der beiden II. Preise von 10000 M. errang der Entwurf „Sache der Auffassung“ des Hrn. Arch. Fr. Brantzky in Köln. Von ihm sagt der Katalog: „Wuchtiger, gut silhouettierter und stimmungsvoller Entwurf, der zugleich die Festplatzfrage in praktischer Weise löst. An der Front großes Relief, Bismarck als Ritter mit der Reichsfahne. Bedenken bestehen gegen den Festungscharakter der Architektur.“

Der andere der beiden II. Preise von 10000 M. wurde dem Entwurf „Heiligtum“ des Arch. Reg.-Bmstr. Alfred Fischer in Düsseldorf zuerkannt. Von ihm wird ausgeführt, es sei eine vortrefflich dem Ge-



Entwurf: „Bismarcks Sagengestalt“.



Entwurf: „Ein deutsches Heiligtum“.  
Architekt: Arnold Hartmann in Grunewald-Berlin.  
(Siehe die Ansichten in No. 13, Seite 108 und 111.)

als Künstler, deren Urteil in die Wage fallen mußte, wie Prof. v. Gebhardt in Düsseldorf, Dr. Max Klinger in Leipzig und Prof. Dr. G. Treu in Dresden ausschieden. Die Veränderung aber, die bei den Teilnehmern des Wettbewerbes am meisten empfunden wurde, erfuhr das Preisgericht durch das Ausscheiden des Bildhauers Prof. Herm. Hahn in München. Dieser Künstler schied einige Monate vor Ablauf des Wettbewerbes, dessen Termin verlängert wurde, aus, trat unter die Teilnehmer des Wettbewerbes

lände angepaßte Anlage mit feiner Steigerung des künstlerischen Eindruckes vom Festplatz durch den Hof bis zum Innenraum. Das Oberlicht des Tempels und die Dachform seien weniger glücklich. Besonders spreche die ruhige und feierliche Stimmung des Ganzen an. Die Architektur sei noch nicht hinreichend durchgearbeitet.

Der eine der beiden III. Preise von je 5000 M. fiel dem Entwurf „Seid einig“ des Arch. Otho Orlando Kurz und des Bildhauers Bernhard Bleeker, beide in München, zu. Der Entwurf wird als eine geschmackvolle und einheitliche Arbeit bezeichnet, die den absoluten Maßstab der Architektur sehr richtig nehme und das Gelände in seiner natürlichen Schönheit belasse. Doch sei der Entwurf nicht als Bismarck-Denkmal charakterisiert.

Den anderen III. Preis von 5000 M. erhielt der Entwurf „Der Berg“ des Architekten Prof. Richard Riemerschmid in Pasing bei München. An diesem Entwurf wird die reizvolle Umrisslinie des Kuppelbaues gerühmt, der in gutem Verhältnis stehe zur Berghöhe. Zudem zeige der Entwurf eine romantische Ausgestaltung der Gesamtanlage. —

Entschädigungen von je 2000 M. wurden zuerkannt den Entwürfen:

„St. Georg“. Verfasser: Prof. Georg Wrba in Dresden. Mitarbeiter für die Architektur Dipl.-Ing. Max Wrba, für die Malerei Prof. Otto Gussmann, beide in Dresden. Von dem Entwurf wird gerühmt, der Außenbau sei elegant und feierlich, mit Neigung zur Pracht-Entfaltung. Der Innenraum biete vortreffliche Gelegenheit zur Anbringung von Skulpturen.

„Perennius“. Verfasser: Architekt Geh. Hofrat Prof. Dr. Friedr. v. Thiersch und Bildhauer Ludwig Dasio, beide in München. „Fein profilierter Turm in klassisierenden Formen. Der Bau ist dem Charakter der Landschaft angepaßt.“ Der Turm ist als Gegenstück zur Ruine Ehrenfels aufgefaßt.

„Unser die Kraft“. Verfasser: Architekt Joh. Müller in Pasing und Bildhauer Richard Müller in München. „Zentralbau, aus dem Quadrat zum Polygon übergeleitet. Eigenartiger und entwickungsfähiger Gedanke, der der Örtlichkeit vortrefflich gerecht wird, aber an unzulänglicher organischer Entwicklung und an Häufung von Architektur-Motiven leidet. Sehr gute Plastik.“

„Einherier“. Verfasser: Architekt Prof. Dr. Hermann Bestelmeyer in Dresden und Bildhauer Prof. Herm. Hahn in München. „Zentralbau mit Kegeldach, für reichen Skulpturenschmuck berechnet.“

„Steinwacht“. Verfasser: Architekt Prof. Dr. Herm. Bestelmeyer in Dresden und Bildhauer Prof. Georg Albertshofer in München. „Arbeit von eindrucksvoller und einheitlicher Wirkung. Rundbau mit Kegeldach und Umgang. Im Umgang reicher Skulpturenschmuck. Der schöne Umgang relativ und absolut wohl zu groß im Maßstab.“

„Minzelstein“. Verfasser: Architekt Prof. Paul Pfann und Bildhauer Prof. Ernst Pfeifer, beide in München. „Ideenreicher, durch Einfachheit ausgezeichnet Entwurf, der die besondere Figur des

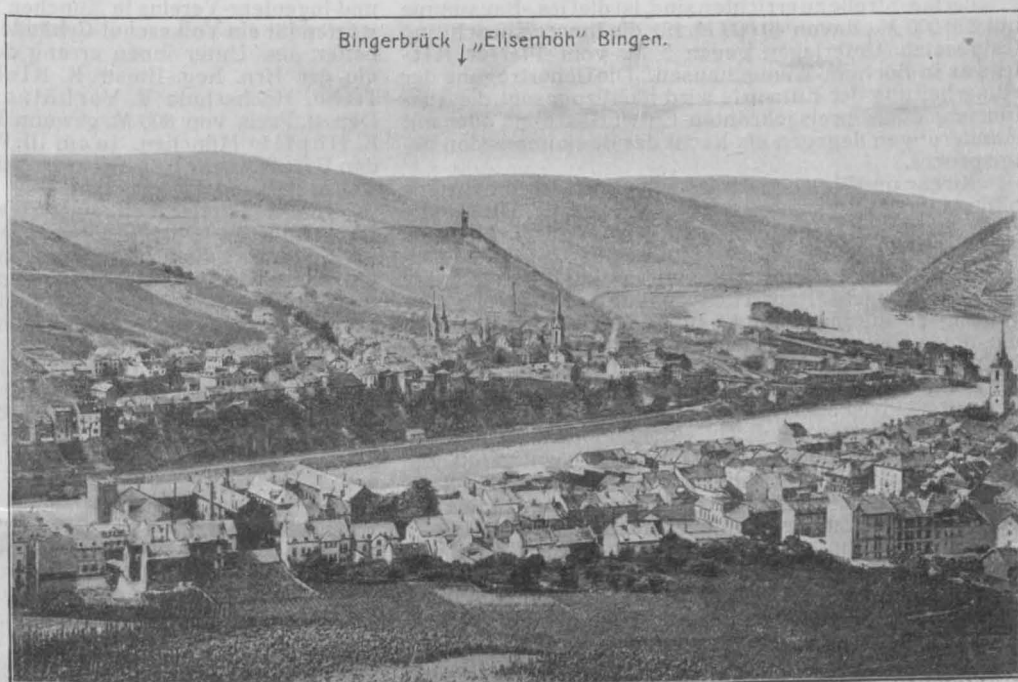
Platzes wohl berücksichtigt.“ Doch harmoniere die ovale Form der Steinsetzung nicht mit der Linie des Unterbaues.

„Adler“. Verfasser: Arch. Prof. Rich. Berndt in München. „Beachtenswert die Ausbildung des Festplatzes und der Zufahrtstraßen.“

„Patriae in serviendo consumor“. Verfasser: Architekt Oswald Ed. Bieber und Maler G. G. Klemm, beide in München. „Einfache Grundform, welche dem Gelände gut eingefügt ist, aber bei gewaltigen Formen den Eindruck einer Ruine nicht vermeidet.“

„Gedanken und Erinnerungen“. Verfasser: E. Schütze und Otto Kohtz, in Gemeinschaft mit Rudolf Kohtz, sämtlich in Friedenau bei Berlin. „Die konsequente Durchbildung der sehr selbständig behandelten Formen ist anzuerkennen. Die Höhe erscheint jedoch für den Platz zu bedeutend.“

„Stein und Eichen“. Verfasser: Prof. Max Läger in Karlsruhe. Nach dem Katalog habe der



Bingerbrück „Elisenhöf“ Bingen.

Entwurf etwas außerordentlich Bestechendes, besonders in der Gliederung des Platzes, lasse aber bei genauer Prüfung der Gesamtanlage und namentlich der Größenverhältnisse etwas den richtigen Maßstab vermissen. —

Zum Ankauf für je 1000 M. wurden empfohlen die Entwürfe:

„Faust: Es kann die Spur von meinen Erdetagen nicht in Aeonen untergehen“. Verfasser: Architekt Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf. „Es wurde versucht, über massiven Unterbauten einen machtvollen Zentralbau aufzuführen, eine Art modernes Pantheon, das nach außen hin durch wuchtige Einzelformen kräftig gegliedert erscheint. An der Rückwand des reich ausgestatteten Innenbaues erhebt sich ein monumentales Bismarck-Bildnis.“

„Otto“. Verfasser: Arch. Reg.-Bmstr. Wilh. Kirchbauer und Bildhauer Karl Burger in Aachen. „Reicher Entwurf, der sich in der Längsentwicklung dem Rücken des Hügels gut anpaßt. Die plastische und musivische Dekoration des Inneren beachtenswert.“

„Proklamation“. Verfasser: Maler M. Pechstein, Bildhauer H. Schmidt und Arch. A. Wünsche, sämtlich in Berlin. „Sehr beachtenswerte Skulptur. Realistische Behandlung, aber monumental.“

„Wo Mut und Kraft in deutscher Seele flammen“. Verfasser: Paul Baumgarten in Berlin und Adolf Amberg in Wilmersdorf. „Architektur sehr wuchtig, die Bismarckfigur eine der besten unter den streng stilisierten.“



„Panathenäen“. Verfasser: Arch. Prof. Hans Poelzig, Bildhauer Prof. Theod. von Gosen, beide in Breslau. An dem Entwurf hebt der Katalog im Anschluß an das Protokoll rühmend hervor, daß die Umrisslinie sich gut der Form des Geländes anschmiege. Doch ergebe sich, daß eine organische Verbindung von Theater und Kultstätte in sich und gleichzeitig mit der Natur nicht erreicht sei. Im Ein-

### Wettbewerbe.

**Ein Preisausschreiben um Entwürfe zu einer ev. Kirche nebst Pfarrhaus der Gemeinde Bochum - Wiemelhausen** erläßt die Baukommission dieser Gemeinde für die ev. Architekten des Rheinlandes und Westfalens mit Frist zum 1. Mai 1911. Drei Preise von 2000, 1200, 600 M., Ankäufe für je 300 Mark „vorbehalten“. Preisrichter neben der Baukommission (Mitgliederzahl ist nicht genannt) 3 Architekten, nämlich die Herren: Brt. Siebold in Bethel bei Bielefeld, Stadtr. Knipping in Bochum, Arch. Nordmann in Essen. Etwaige Ersatzpreisrichter wählt das Preisgericht selbst. Für die beiden Gebäude, die in Bochum an der Königsallee zwischen Schell- und Friederika-Straße zu errichten sind, ist die Ges.-Bausumme auf 220 000 M., davon 40 000 M. für die innere Einrichtung festgesetzt. Unterlagen gegen 5 M. vom Pfarrer Althöfer in Bochum-Wiemelhausen. Die Uebertragung der Ausarbeitung der Entwürfe wird nicht zugesagt, die Ausführung eines preisgekrönten Entwurfes ohne oder mit Änderungen dagegen als Recht der Baukommission beansprucht.

Kirche und Pfarrhaus müssen eine malerische Gruppe bilden, die der Umgebung zur Zierde gereicht. Die äußere Anordnung der beiden Gebäude, sowie Stilart, Material, ob durch Kreuzgang verbunden oder nicht, alles wird freigegeben, gewünscht wird nur, daß beide auf den ersten Blick als evangelische Kirchengebäude und als zusammengehörig zu erkennen sind. Beide Gebäude müssen für die angegebene Summe schlüsselfertig zu liefern sein, insbesondere sind in der Summe enthalten die Beträge für Zentralheizung, elektrische Lichtanlage, Orgel, Glocken mit elektrischem Antrieb, Uhr, ferner die ganze innere Einrichtung, sowie das Architektenhonorar.

Die Kirche muß etwa 800 Sitzplätze enthalten, ein Teil davon darf Ausziehplätze sein; ein anderer Teil — bis zu 60 — können auf der Sängerbühne und etwa ein Drittel auf den Emporen untergebracht sein.

Die drei Hauptstücke der Kirche — Altar, Kanzel und Orgel — müssen zu einem einheitlichen Bild gruppiert werden, aus welchem die Kanzel, als die Hauptstätte des evangelischen Gottesdienstes, durch Anordnung und Gestaltung wichtig hervorspringen muß. Der Prediger muß von allen Plätzen zu sehen sein; tote Stellen dürfen nicht vorkommen; deswegen müssen auch den Blick störende Säulen vermieden werden. Gewünscht wird also eine Predigtkirche mit im Inneren zentraler Form; auch die Bänke sollen zentral aufgestellt werden und der Mittelgang kann fortfallen, wenn er die zentrale Anlage stören sollte. Die Orgel darf bis auf 1 m über dem Boden niedrig gelegt werden. Der Altar darf mit der Rückseite an die Kanzel stoßen.

Mit der Kirche muß eine Sakristei verbunden sein.

Der Raum unter der Kirche ist auszubauen; was davon übrig bleibt nach Abgang des Heizkellers, einer Klosettanlage und einer Garderobe, soll zu Sälen eingerichtet werden, von denen der größte etwa die Hälfte des übrig bleibenden Raumes ausmachen soll. Alle diese Säle müssen miteinander zu verbinden, gemeinsam zu benutzen sein und ihr Licht von außen bekommen. Der große Saal muß ein größeres Podium für Aufführungen enthalten. Neben diesem Saal sind eine Kaffeeküche und ein Büfett vorzusehen. Die Kosten für die innere Einrichtung dieser Säle sind in der Bausumme nicht enthalten.

Das Pfarrhaus muß im Erdgeschoß drei Wohnräume mit anschließender Veranda, eine Küche mit Speiseraum und ein kleines Wartezimmer enthalten und im Obergeschoß ähnlich eingerichtet sein. Das Dachgeschoß ist zu Mansarden und Trockenboden auszubauen.

An Zeichnungen 1 : 200 werden verlangt: zwei Grundrisse, mindestens zwei Aufrisse, zwei Schnitte, ein Schaubild; ferner sind zu liefern ein Erläuterungsbericht und Kostenüberschläge nach dem Inhalt des umbauten Raumes. —

**In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer festen Straßenbrücke über den Rhein in Cöln** anstelle der alten Schiffbrücke ist die Frist zur Einreichung von Entwürfen und Angeboten bis zum 15. Mai d. J. erstreckt und demgemäß die Bindefrist der Firmen für ihre Angebote bis zum 15. Jan. 1912 verlängert worden. —

zelen fälle der Mangel eines betonten Einganges auf.

Das sind, nebst der kurzen Charakterisierung, die das Protokoll enthält, die zur Auszeichnung gelangten Entwürfe. Ueber die Grundsätze, nach denen sich das Preisgericht bei der Abwägung der einzelnen Arbeiten gegeneinander leiten ließ, wird wohl das Protokoll Näheres enthalten. Wir kommen daher hierauf zurück, wenn es erschienen sein wird. —

(Fortsetzung folgt.)

**Im Wettbewerb Volksschule Bautzen** erhielt den I. Pr. von 3000 M. Arch. J. A. Bohlig in Dresden; zwei gleiche Preise von je 1000 M. wurden den Bauräten Schilling & Graebner in Dresden, sowie den Arch. Gebr. Kießling in Kötzschenbroda zugesprochen. —

**Wettbewerb Eigenheim-Baugesellschaft Frankfurt am Main.** Nach Beratungen der Ortsgruppe Frankfurt des „Bundes Deutscher Architekten“ mit der „Eigenheim-Baugesellschaft Frankfurt“ wurde eine grundsätzliche Einigung über die strittigen Punkte erzielt, nach welcher der Teilnahme der Mitglieder der Ortsgruppe am Wettbewerb nichts mehr entgegen steht. —

**In einem Wettbewerb des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins in München zur Erlangung von Entwürfen für ein Volksschul-Gebäude in Speyer** liefen 70 Arbeiten ein. Unter ihnen errang den I. Preis von 1000 M. die der Hrn. Reg.-Bmstr. K. Klebe und Assistent der Techn. Hochschule R. Vorhölzer, beide in München. Den II. Preis von 800 M. gewann Hr. Bauamts-Assessor K. Höpfl in München. Je ein III. Preis von 400 M. wurde den Hrn. W. Goschenhofer in München und K. Schenkel in Pasing zugesprochen. —

**Internationaler Wettbewerb Welttelegraphen-Vereins-Denkmal Bern.** Dazu wird uns geschrieben:

„Bevor an eine Bearbeitung des Denkmalgedankens am Helvetia-Platz herangetreten werden kann, müßte dieser höchst unglücklich angelegte Platz überhaupt erst vom Standpunkte des Städtebaues richtig gelöst werden. Erst auf Grund eines künstlerisch gelösten Platzes kann an die Lösung eines Denkmals herangetreten werden. Nach der deutschen Uebersetzung der Unterlagen ist für das Denkmal eine Summe von 170 000 Frs. zur Verfügung gestellt. Diese Summe dürfte aber für eine monumentale Lösung, wie sie als aus der Lage ersichtlich vom Preisgericht gedacht ist, keinesfalls ausreichen. Auch ist die Annahme der Lage des Denkmals in Beziehung zur Kirchenfelder-Brücke in keiner Weise einwandfrei.“

Was weiter das Programm betrifft, so ist das Modell i. M. 1 : 10 verlangt, ein Maßstab, der viel zu groß ist und den Bewerbern nur unnötige Kosten verursachen würde.

Dann heißt es im Artikel VI: „Die Entwürfe sollen in Bern bis 15. August 1911 abgeliefert sein, an welchem Tage sämtliche Sendungen geöffnet werden. Später eingehende Sendungen bleiben unberücksichtigt“. Nachdem das Preisausschreiben aber ein internationales ist, so kann nur ein Absendungstermin festgelegt werden, da sonst die Künstler, die sich am Wettbewerb beteiligen und nicht in Bern sind, infolge der kürzeren ihnen zur Verfügung stehenden Zeit im Nachteil sind. Auch kann durch ein Versehen der Post der eine oder andere Entwurf zu spät anlangen, trotzdem der Künstler ihn rechtzeitig aufgegeben hatte.

Unter den Preisrichtern ist kein deutscher Architekt gewählt. Dem Preisgericht steht eine Summe von 20 000 Francs zur Honorierung der besten Entwürfe zur Verfügung; Anzahl und Höhe der Preise sind seinem Ermessen vorbehalten. Hiermit ist wiederum keine Garantie gegeben, daß die Gesamtsumme von 20 000 Frs. auch zur Verteilung gelangt.

Im Artikel XVI heißt es, daß die prämierten Entwürfe in das Eigentum des Welt-Telegraphenvereins übergehen; es ist kein Wort davon gesagt, daß das Veröffentlichungs-Recht dem Verfasser verbleibt.

Die genannten Punkte zeigen also, daß das Preisausschreiben nicht festgelegt wurde auf Grund der auch bei uns üblichen Normen. Da vor Richtigstellung der oben erwähnten Punkte irgend ein Vorteil für einen deutschen Künstler nicht zu erwarten ist, so muß vor einer Beteiligung gewarnt werden. —

K.

Inhalt: Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin). (Schluß.) — Der Besuch der deutschen technischen Hochschulen im Winterhalbjahr 1910/1911. — Zum Schutz der Ständesbezeichnung „Architekt“. — Vermischtes. — Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Seemanns-Erholungsheim in Klein-Machnow bei Zehlendorf (Berlin).

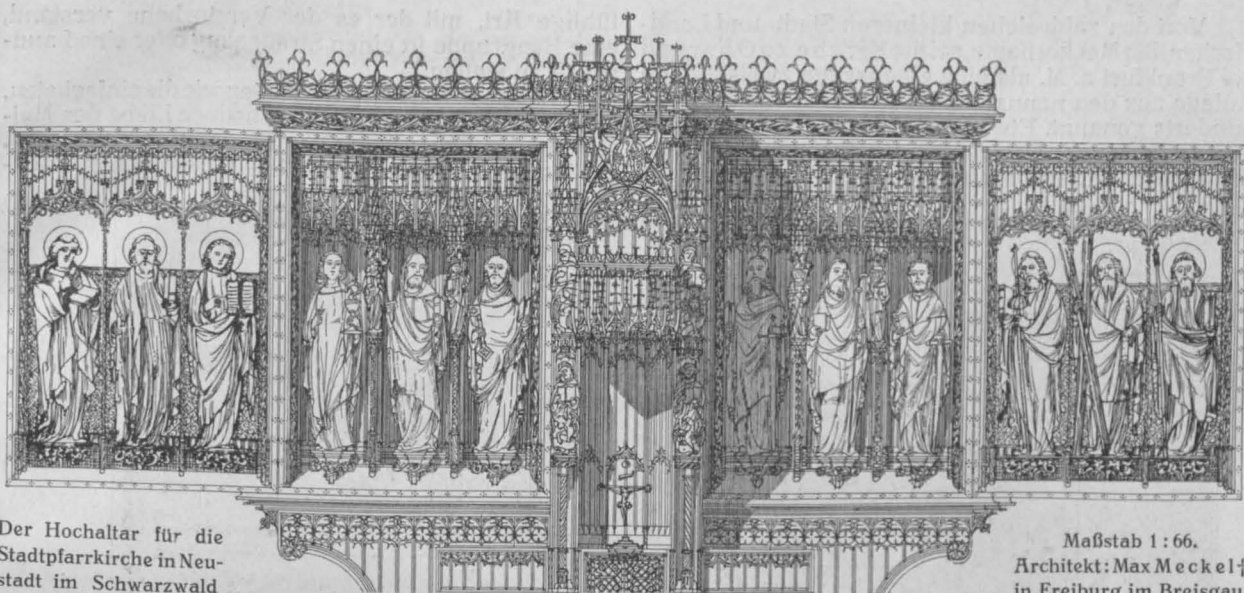
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AUS DEM LEBENSWERKE VON MAX MECKEL. \* DIE  
 RÖMERFASSADEN ZU FRANKFURT AM MAIN. \*\*  
 HAUS ZUM RÖMER MIT DACHREITER, HAUS LIM-  
 PURG UND HAUS LÖWENSTEIN. \* WETTBE-  
 WERBS-ENTWURF. \* ARCHITEKT: MAX MECKEL †  
 IN FREIBURG IM BREISGAU. \* \* \* \* \*

DEUTSCHE BAUZEITUNG  
 \* \* \* \* \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 15. \* \* \* \* \*





Der Hochaltar für die  
Stadtpfarrkirche in Neu-  
stadt im Schwarzwald

Maßstab 1:66.  
Architekt: Max Meckel†  
in Freiburg im Breisgau.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

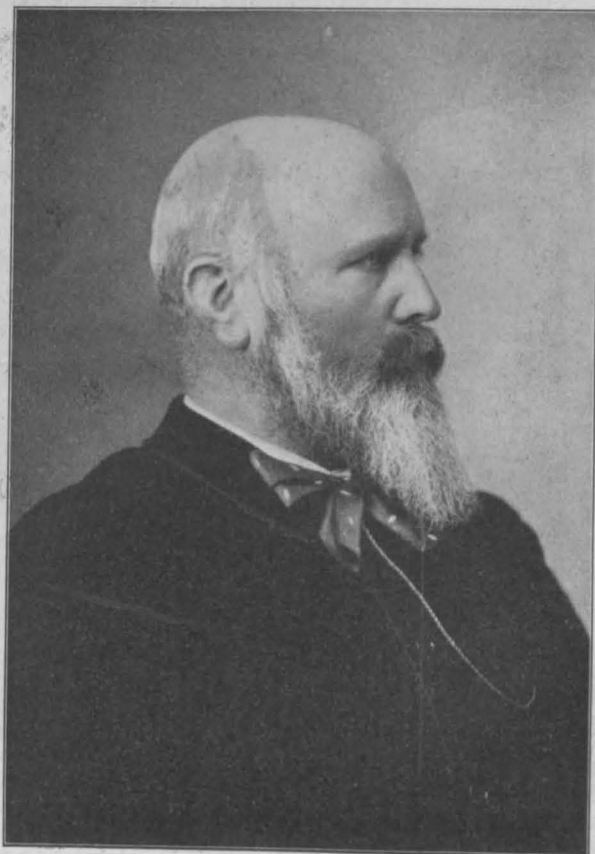
XLV. JAHRGANG. NO. 15. BERLIN, DEN 22. FEBRUAR 1911.

## Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.

Hierzu eine Bild-Doppelbeilage, sowie die Abbildung Seite 127.



Die Bedeutung Max Meckels im Bauleben der Gegenwart rechtfertigt es, wenn wir unter Wiedergabe seines Bildnisses und einiger seiner charakteristischen Werke nochmals auf die Lebensarbeit und die Stellung des Verstorbenen in der zeitgenössischen Baukunst zurückkommen. Er war einer der schönsten und interessantesten Charakterköpfe in der heutigen Künstlerschaft, ein Kopf, aus dem ebenso sehr die feste Energie zielsicheren Wollens wie die vornehme Abkehr vom Lärm des Tages sprechen. Zu den bedeutendsten Arbeiten des verstorbenen Meisters zählt der Ausbau des Römers in Frankfurt a. M. Die Ansicht Seite 127 stellt den ersten, preisgekrönten Entwurf Meckels für die Römerfassade dar, der damals sowohl vom Magistrat zu Frankfurt wie auch von S. M. dem Kaiser genehmigt wurde und infolgedessen eine eingehende Durcharbeitung in allen Einzelheiten erfuhr, wie sie unsere Bild-Doppelbeilage zeigt. Dieses Blatt ist außerordentlich charakteristisch für die von Meckel vertretene Stilrichtung der deutschen Spätgotik und zeigt seine außerordentliche Kenntnis und Liebe zu den Einzel- und Kleinformen dieses Stiles wie seine vollständige Beherrschung. Man darf es aufrichtig bedauern, daß diese Prunkfassade nicht zur Ausführung gelangte; sie wäre eines der glänzendsten Schmuckstücke deutscher Baukunst der Gegenwart geworden und ebenbürtig an die Seite einer Reihe ausgezeichneten ähnlicher Werke der Vergangenheit getreten. Die Stadtverordneten-Versammlung von Frankfurt entschloß sich zur Ausführung eines einfacheren Entwurfes, die in den Jahren 1896—1900 erfolgte. Wir haben die Gesamtgruppe der Römerbauten in ihrer neuen Gestalt auf Seite 5, Jahrgang 1909 sowie auf der Bildbeilage zu No. 73 des Jahrganges 1910 zur Darstellung gebracht und fügen auf Seite 126 noch zwei Portale an, die Zeugnis ablegen von dem frischen ornamentalen Kleinleben, in dem sich das freudige Schaffen des Meisters erging. Gewiß ist auch die heutige Römerfassade eine hohe Achtung gebietende künstlerische Leistung; die ursprünglich von Meckel gedachte Fassade aber hätte als repräsentatives Bauwerk für Frankfurt a. M. mit seinen reichen materiellen Hilfsmitteln etwa das werden können, was der Dogenpalast für Venedig war und ist. An die Errichtung der neuen Römerfassade schloß sich als eine gemeinschaftliche Arbeit Max Meckels und seines Sohnes C. A. Meckel, der mit schönstem Erfolg im Geiste seines Vaters arbeitet, der Ausbau des Stadtverordneten-Saales, des Kaiser-Saales und des Hauses Alt-Limpurg des Römers an.

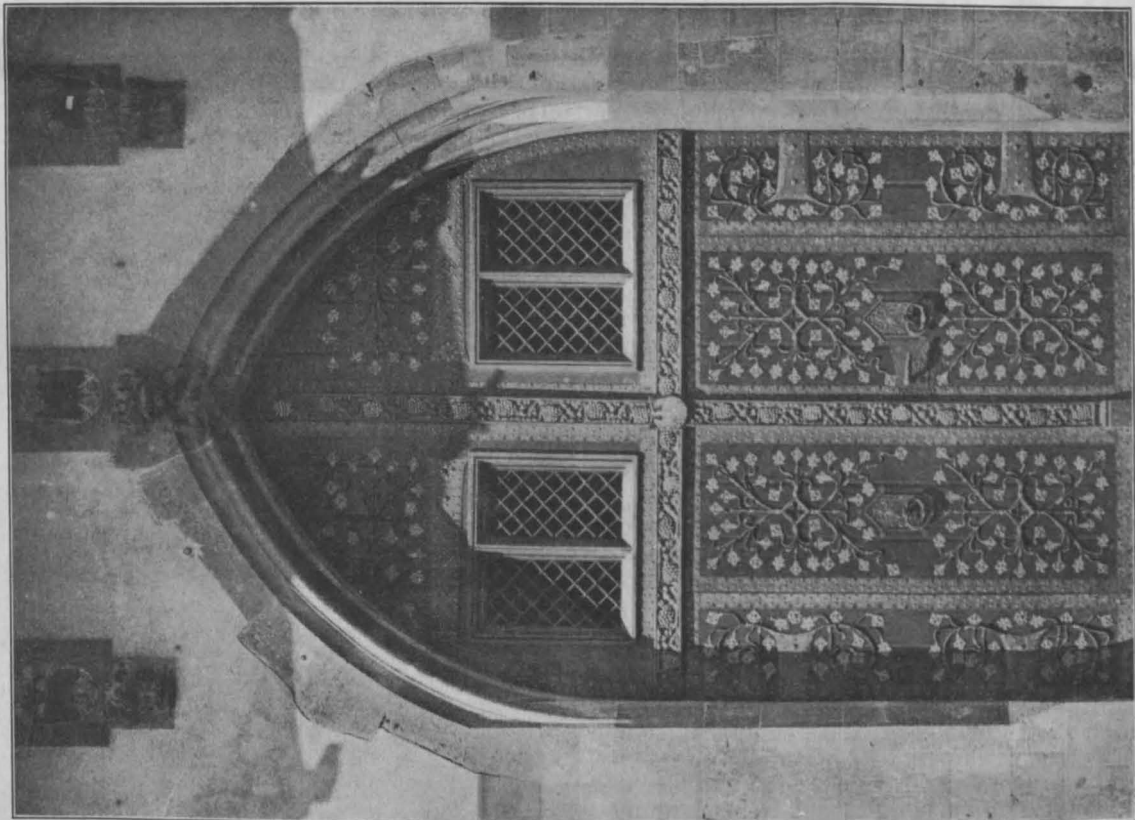
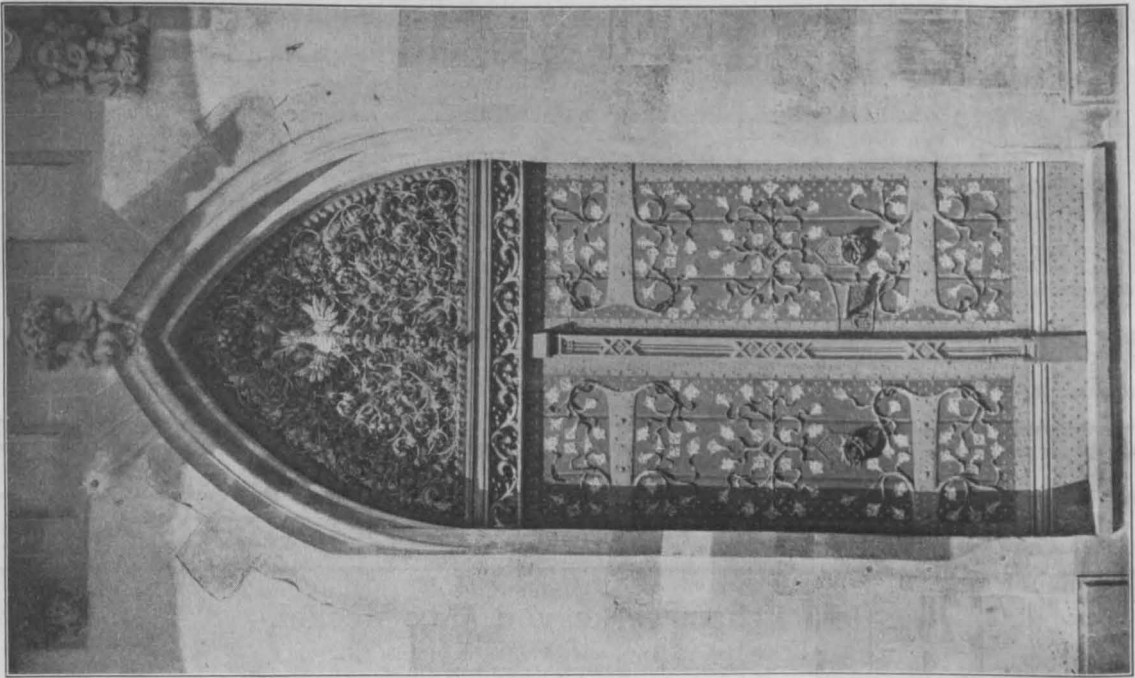


Max Meckel (28. November 1847 — 24. Dezember 1910).

Von den zahlreichen kleineren Stadt- und Landkirchen, die Meckel baute, sei die Kirche zu Oberrad bei Frankfurt a. M. als eine eigenartige zweischiffige Anlage aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts genannt. Etwas früher entstand die Kirche zu Landsberg in Ostpreußen als eine in ihrer Anlage wie in der formalen Durchbildung nicht minder eigen-

fühliche Art, mit der es der Verstorbene verstand, eine Baugruppe in einen Straßenzug oder eine Landschaft zu stellen.

Alle diese Werke, die reichsten wie die einfachsten, lassen ohne Ausnahme die selbstlose Liebe des Meisters in der Behandlung der Einzelheiten erkennen, die bis zur Zurücksetzung aller persönlichen Rück-



Die Römer-Portale in Frankfurt a. M. Architekt: Baudirektor Max Meckel †.  
Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.

artige Schöpfung in den Formen des spätgotischen Backsteinbaues des Ordenslandes. Aus der Stadtpfarrkirche in Neustadt im Schwarzwald geben wir am Kopf dieser Nummer den Entwurf zum Hauptaltar wieder, den Max Meckel selbst zeichnete. Der Altar ist mit Ausnahme der Stein-Mensa in Holz geschnitten und nach Art der mittelalterlichen Altarschreine mit reichem farbigem Schmuck und reicher Glanzvergoldung versehen. Die Kirche zu Lautenbach im Renchtal im Schwarzwald ist ein Beispiel für die fein-

sichten und materiellen Interessen ging und in weiteren Fachkreisen bekannt und fast sprichwörtlich war. Auf einer japanischen Bronze fand sich einst eine Meisterschrift des Inhaltes etwa: „Ich vergnügte mich, indem ich sie machte“. Aus der Arbeit Meckels für den Römer, die nicht ausgeführt wurde, wie auch aus den anderen Arbeiten gewinnt der Beschauer den Eindruck, daß sie in der Stimmung selbstloser Freude am Werke geschaffen wurden, die den Künstler im allgemeinen beseelen soll. —

(Fortsetzung folgt.)



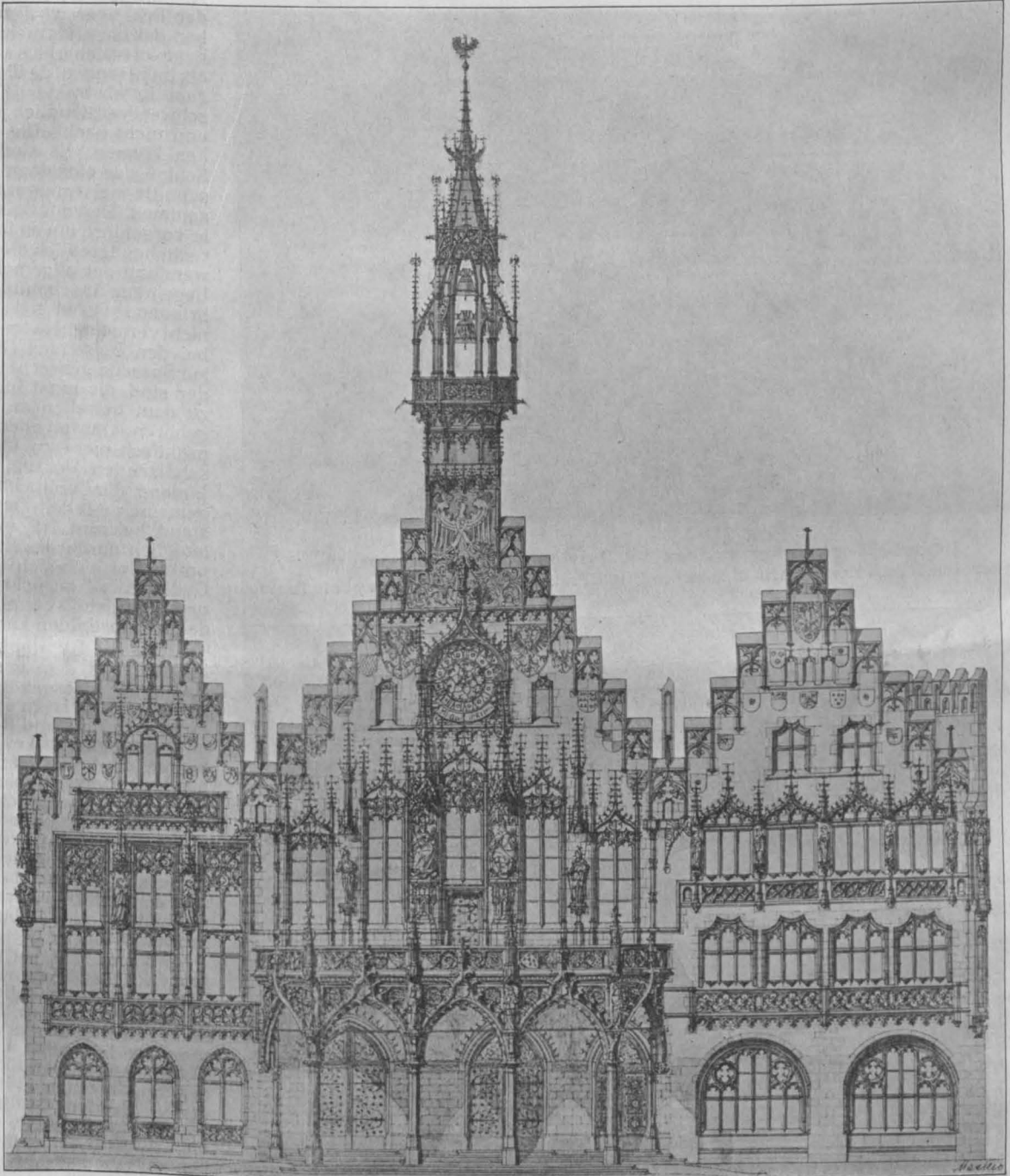
## Literatur.

**Eiserne Brücken.** Bearbeitet von Regierungs-Bau-  
meister Karl Bernhard, Zivilingenieur und Privatdozent  
an der Technischen Hochschule zu Berlin. Mit etwa 700  
Abbildungen im Text und 13 Tafeln. Deutsches Bau-  
handbuch, Baukunde des Ingenieurs. Der Brückenbau.  
Band I. Verlag: Deutsche Bauzeitung G. m. b. H. Ber-  
lin 1911. Preis geh. 15 M., geb. 17 M. —

Soeben ist das genannte Werk in unserem Verlag er-  
schienen. Es umfaßt in reichster Illustration 34 Bogen

bahnen; V. Hauptträger fester Brücken; VI. Bewegliche  
Brücken; VII. Eiserne Stützen und Pfeiler; VIII. Bauaus-  
führung.

Ueber Zwecke und Ziele des Werkes gibt am besten  
das nachstehende Vorwort des Verfassers Auskunft: „In  
vorliegendem Werke ist die Aufgabe zu lösen gesucht, in  
einem Bande einen vollständigen Ueberblick über den Bau  
eiserner Brücken vom theoretischen und bautechnischen  
Standpunkt aus zu schaffen, wobei an den gegebenen  
Stellen auch die ästhetischen Gesichtspunkte hervorge-



Aus dem Lebenswerke von Max Meckel. Die Römerfassaden in Frankfurt a. M. nach dem Wettbewerbs-Entwurf.

Text. Außerdem sind 13 große Tafeln beigegeben, auf denen  
die wichtigsten Einzelheiten je eines ganzen Brückenbau-  
werkes zur Darstellung gekommen sind. Wie die auf S.  
130 und 131 beigegebenen Proben der Textillustrationen\*)  
zeigen, ist, wo es zum besseren Verständnis diene, neben  
der Konstruktionszeichnung auch die Photographie nach  
dem Bauwerk herangezogen worden. Das Buch zerfällt in  
acht Hauptkapitel: I. Grundlagen für die allgemeine An-  
ordnung der Brücken; II. Grundlagen für die statischen  
Berechnungen; III. Konstruktionselemente; IV. Brücken-

hoben werden mußten, die der Ingenieur schon beim er-  
sten Entwurf, namentlich aber bei der Wahl und Form-  
gebung des eisernen Tragwerkes und später auch bei der  
Durchbildung der Einzelheiten erkennen und beachten  
muß, soll ein Bauwerk entstehen, das Anspruch auf Schön-  
heit machen darf.

Nach der theoretischen Seite hin ist jedoch der Ge-  
genstand nur soweit verfolgt, als es innerhalb des ge-  
gebenen Rahmens eines Handbuches für empfehlenswert  
erschien. Der Hauptsache nach erstreckt sich die Bear-  
beitung in dieser Richtung nur auf den Hinweis der vor-  
züglichsten Quellen, über welche die deutsche Literatur,

\*) Vergl. auch Jahrg. 1910 S. 814 und 815.

wie keine andere in der Welt, verfügt. Selbstverständlich ist ohne ein gründliches Vorstudium der Statik im allgemeinen ein Verständnis für Brücken in Eisen nicht denkbar; der Brückenbauer muß dieses Gebiet völlig beherrschen. Es erschien daher auch nicht praktisch, bei den verschiedenen Brückenbauarten einen Ueberblick über die dazu nötigen statischen Hilfsmittel zu entwickeln. Der

nieur auf bestimmten Gebieten seines Faches schnellen und klaren Aufschluß zu geben, um den neuesten Stand der Technik beurteilen zu können. Somit sind die konstruktiven Anordnungen mehr vom Standpunkt der Erfahrungswissenschaft als von dem der reinen Theorie behandelt. Sie sind einerseits in ihren Einzelheiten und elementaren Grundlagen kritisch besprochen und geschichtlich beleuchtet, andererseits durch möglichst viele, von einander abweichende Beispiele neuester Ausführung erläutert. Jeder Praktiker wird zugeben, daß nirgends mehr das Beispiel erzieherisch wirkt, als im Eisenbau, da die Regeln in abstrakter Form schwer verständlich sind und nicht nachhaltig wirken können. Es sind am Schluß der einzelnen Abschnitte meist mehrere zusammenhängende Beispiele vorgeführt, um an ihnen recht handgreiflich die Anwendung der allgemeinen Regeln zur Anschauung zu bringen. Dabei hat sich nicht vermeiden lassen, daß bei den Beispielen Dinge zur Sprache gebracht worden sind, die nicht immer zu dem betreffenden Teil gehören. Das hat aber den praktisch nicht zu unterschätzenden Vorzug, daß Jemand, der bereits im allgemeinen mit dem Gegenstand bekannt ist, vieles lediglich durch das Studium der Beispiele sich in das Gedächtnis zurückrufen und sein Urteilsvermögen dadurch fortbilden kann.



Entwurf mit dem Kennwort: „Siegfrid-Dolmen“. I. Preis von 20000 M.  
Verfasser: Bildh. Prof. Herm. Hahn in München, Arch. Prof. Dr. Herm. Bestelmeyer in Dresden.



Entwurf mit dem Kennwort: „Sache der Auffassung“. Ein II. Preis von 10000 M.  
Verfasser: Architekt Franz Brantzky in Cöln.

Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

Zusammenhang des Gegenstandes selbst würde dadurch gestört werden, da der statische Stoff nicht so eingeeengt werden kann, wie der konstruktive, zu dessen Ergänzung ja in hervorragendem Maße die zeichnerische Darstellung hinzutritt, in die mehr oder weniger einzudringen der Leser von dem jeweiligen Zweck der Benutzung des Handbuchs abhängig machen kann. Mit dem Studium der statischen Theorie kann aber in ähnlicher Weise nicht vorgegangen werden. Bei dem Zweck des Buches handelt es sich nun im Wesentlichen darum, dem Brückeningen-

Hinweis auf den wesentlichen Inhalt der Vorschriften der meisten deutschen Bundesstaaten, namentlich auch bezüglich der Straßenbrücken, nebst einem Nachtrag über die Vorschriften für die deutschen Schutzgebiete vorangestellt all dem, was über den Baustoff und seine Festigkeitsverhältnisse wissenswert erscheint. Dazu gehört auch natürlich die Gestaltung des Walzeisens und dessen Zusammensetzung und Verbindung zu Tragwerken. Von Wert erschien eine im Anhang aufgeführte Zusammenstellung der deutschen Walzwerke mit ihren wesentlichen,

Was die Auswahl des Inhaltes aus dem großen Gebiet der eisernen Brücken betrifft, so ist in erster Linie dem Umstand Rechnung getragen, daß es sich hier um ein deutsches Bauhandbuch handelt, infolgedessen es vornehmlich die deutsche Brückenbautechnik zur Darstellung bringen, die ausländische nur insoweit berücksichtigen soll, als letztere erstere beeinflusst hat oder zu beeinflussen verspricht.

Im einzelnen sei kurz bemerkt, daß die Grundlagen des Brückenbaues ganz allgemein zur Darstellung gebracht sind, namentlich bezüglich Lage, Richtung, Gefällverhältnissen, Spannweiten, Höhen- und Breitengestaltung. Hieran erst schließt sich die Erörterung der Hauptbestandteile eiserner Brücken im besonderen.

In den Grundlagen für die statische Berechnung, die Gegenstand des zweiten Kapitels sind, ist alles, was sich auf Eigengewichte und Belastungen bezieht, unter



für den Brückenbau in Betracht kommenden Erzeugnissen. Dieses Kapitel enthält auch einige auf einer amerikanischen Berufsreise gesammelte praktische Regeln des amerikanischen Brückenbaues.

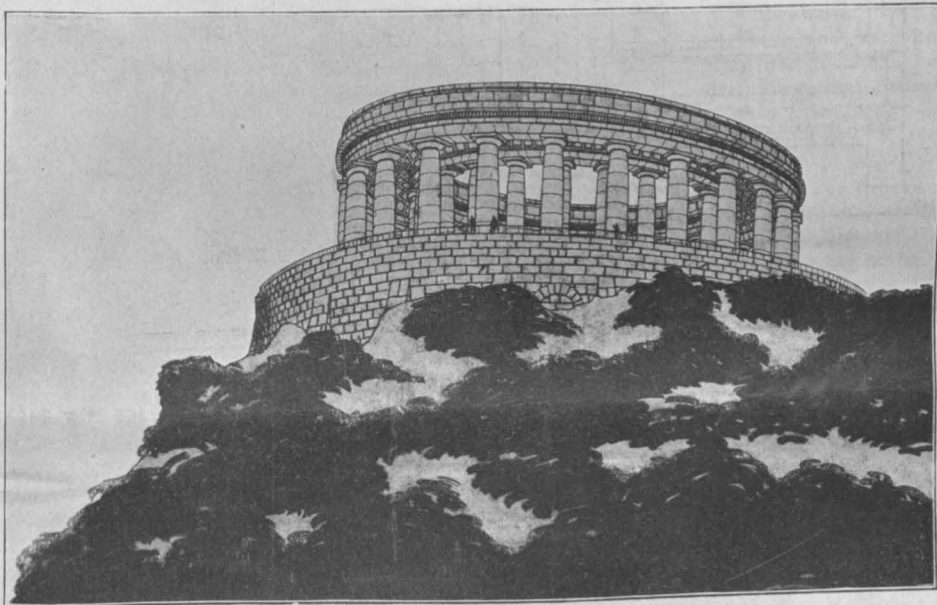
Der Querschnittsgestaltung der Fahrbahnen eiserner Brücken für die verschiedenen Zwecke ist das nächste Kapitel gewidmet und zwar unter Vorführung einer großen Reihe neuerer Beispiele, welche auch namentlich dem Straßenbrückenbau entnommen sind. Hier ist auch auf die Ausdehnung, die Entwässerung und Beleuchtung der Straßenbrücken-Fahrbahn besonders hingewiesen, da über diesen Teil des Brückenbaues zusammenhängend kaum etwas neuzeitlichen Ansprüchen Genügendes bisher dargestellt worden ist.

Die Hauptträger der eisernen Brücken sind in dem nächsten Kapitel mit einer kurzen geschichtlichen Darstellung nebst Uebersichten über Bauart und Spannweiten älterer und neuerer Brücken eingeleitet. Die Linienführung der Gurte ist von der ästhetischen wie von der geometrischen Seite besonders behandelt. Die Einzelheiten der Hauptträger sowohl, als auch deren Gesamtanordnungen sind durch eingehende Besprechung einer großen Reihe von Beispielen vorgeführt, welche durch Abbildungen im Text und in besonderen Tafeln zusammenhängend zur Darstellung gelangt sind. Hier haben die neuesten Ausführungen und Anschauungen des Brückenbaues Platz gefunden und es sind sowohl Beispiele der preußischen Staatsbahn, als auch anderer deutscher Verwaltungen zur Darstellung gebracht. Daß die im Laufe der Jahre vom Verfasser aufgestellten eigenen Entwürfe und ausgeführten Bauwerke, sowie Veröffentlichungen der „Deutschen Bauztg.“ hier in ausgedehntem Maße Platz gefunden haben, ergibt sich aus naheliegenden Gründen. Die Auswahl ist aber in erster Linie mit Rücksicht auf den praktischen Wert für den Brückenbau getroffen. Mit besonderer Darstellung der Queraussteifung, Ausbildung der Lager und Gelenke der Hauptträger schließt dieses den Kern des Werkes darstellende Kapitel.

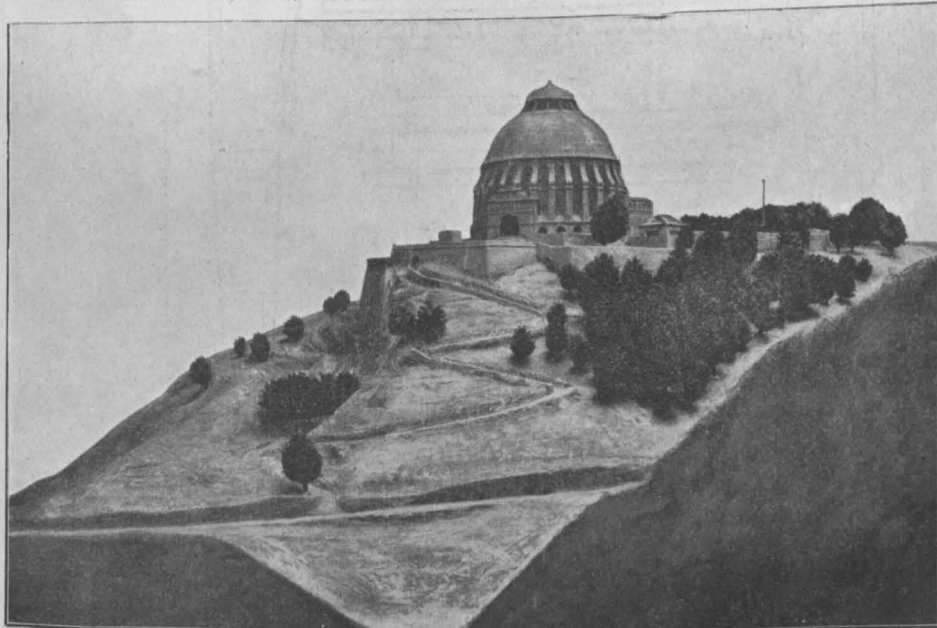
In dem darauf folgenden Kapitel über bewegliche Brücken und dem letzten über Bauausführung ist der Niederschlag meiner an der Technischen Hochschule zu Berlin in den letzten Jahren gehaltenen Vorlesungen über



Entwurf mit dem Kennwort: „Ein Heiligtum“. Ein II. Preis von 10000 M.  
Verf.: Arch. und Reg.-Bmstr. Alfr. Fischer, Mitarbeiter Bildh. Walt. Kniebe, beide in Düsseldorf.



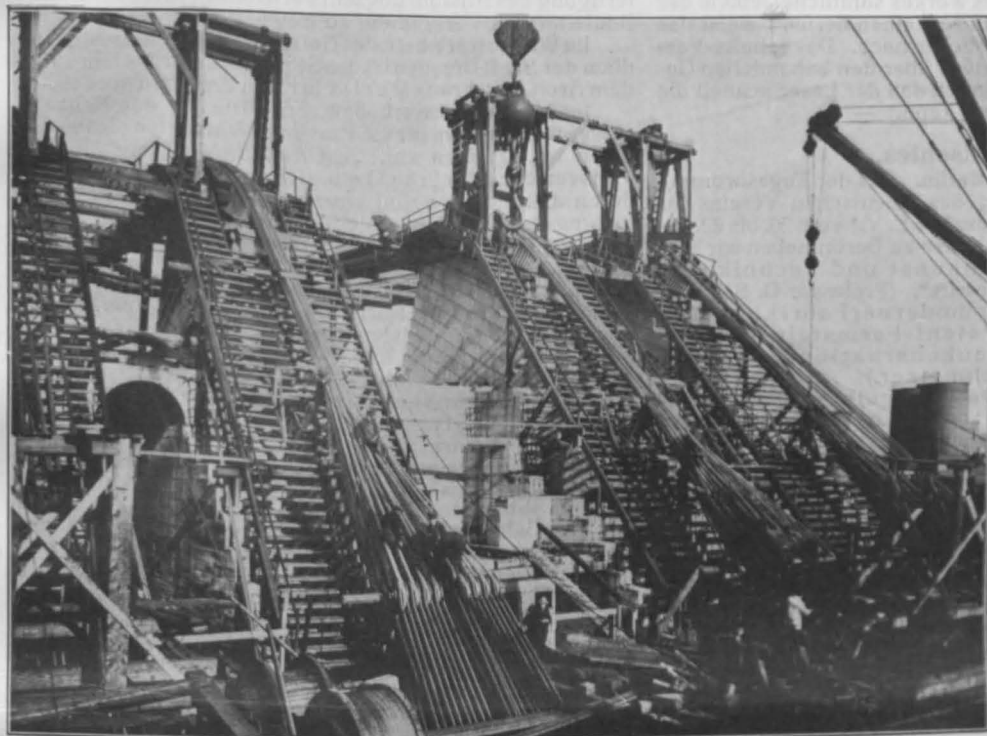
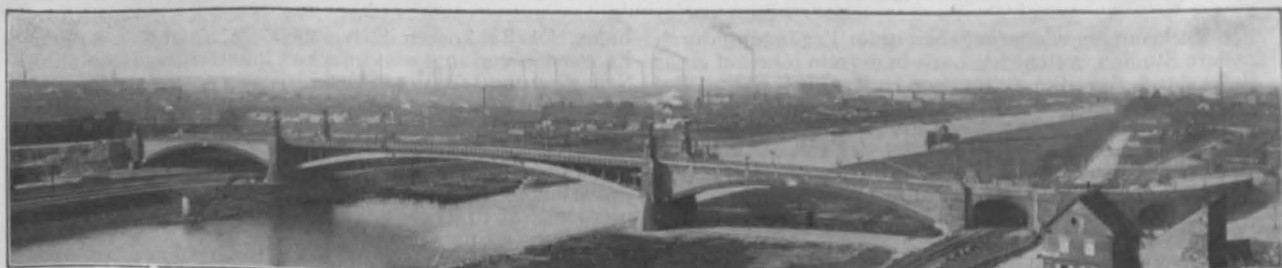
Entwurf mit dem Kennwort: „Seid einig“. Ein III. Preis von 5000 M.  
Verfasser: Architekt Otho, Orlando Kurz, Bildhauer Bernh. Bleeker, beide in München.



Entwurf mit dem Kennwort: „Der Berg“. Ein III. Preis von 5000 M.  
Verfasser: Architekt Prof. Richard Riemerschmid in Pasing bei München.  
Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.



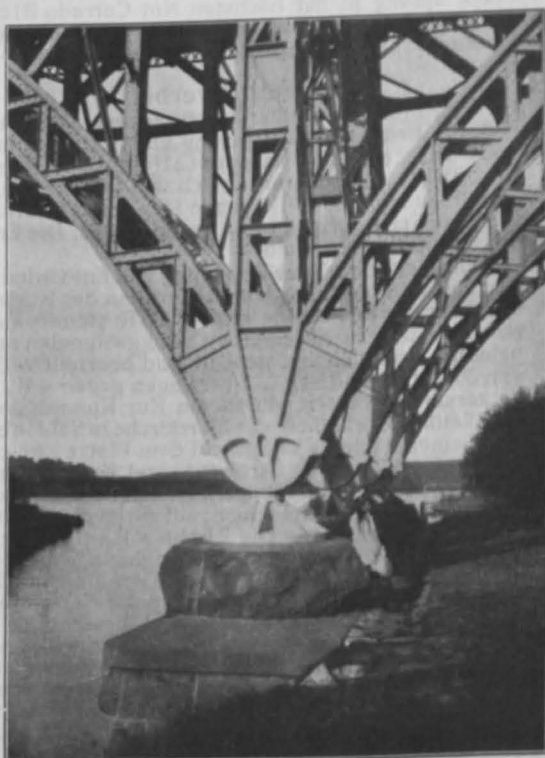
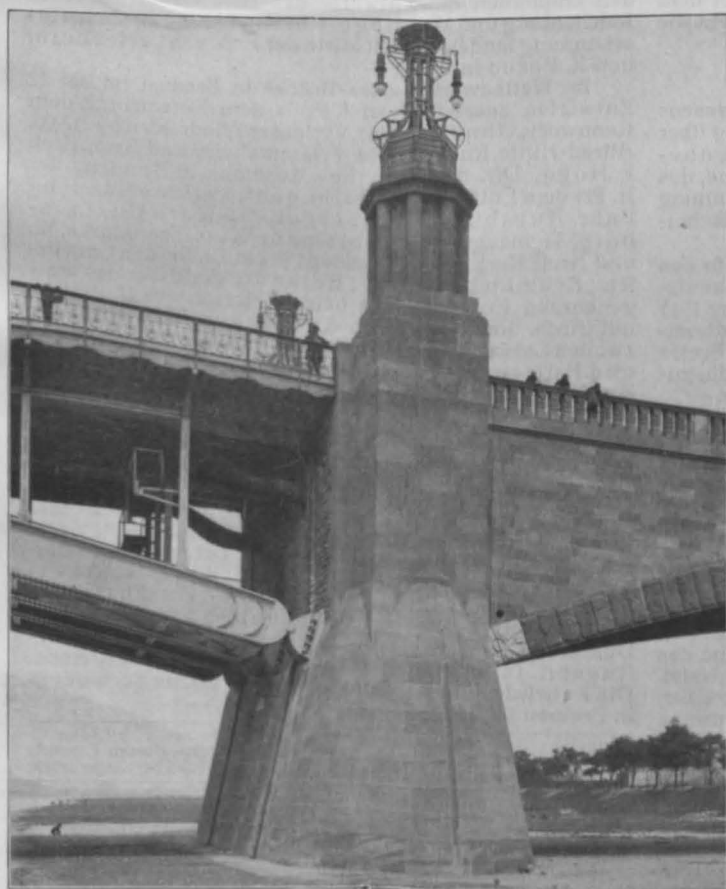




Oben und links unten:  
Gesamtansicht  
und Zwischenpfeiler der  
neuen Neckar-Brücke in  
Mannheim.

Mitte:  
Montage und Verankerung  
der Rückhaltkabel  
der Manhattan-Brücke  
in New York.

Unten rechts:  
Auflager der Brücke  
über den Stößensee im  
Zuge der Döberitzer  
Heerstraße bei Berlin.



Illustrationsprobe aus Karl Bernhard:  
Eiserne Brücken.  
Deutsches Bauhandbuch,  
Baukunde des Ingenieurs. Der Brückenbau, Band I.

nen Vorlesungen wiedergegeben unter Ergänzung durch neuere Studien, welche ich noch in diesem Jahr auf einer Reise durch Amerika zu machen Gelegenheit hatte. Bei den beweglichen Brücken ist auch Wert auf die Bewegungseinrichtungen und deren Berechnung gelegt.

Die Bauausführung beschäftigt sich mit der eigentlichen Praxis des Brückenbaues im Bureau, in der Werkstatt und auf dem Bauplatz unter Berücksichtigung lediglich neuzeitlicher Gesichtspunkte, Einrichtungen und Aufstellungsvorgänge.

Das vorletzte Kapitel beschäftigt sich mit einer kurzen Darstellung eiserner Stützen und Pfeiler. —

Wie weit der Inhalt des Werkes sämtliche Gebiete des Baues eiserner Brücken im Einzelnen berührt, weist das Inhaltsverzeichnis ausführlicher nach. Das Inhaltsverzeichnis ist mit Schlagwörtern über den behandelten Gegenstand derartig ausgestattet, daß der Leser schnell die gesuchte Darstellung finden kann. —

### Vermischtes.

**Keramische Woche in Berlin.** Aus der Tagesordnung der 47. ord. Versammlung des „Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie E. V.“ vom 20. bis 22. Februar 1911 im Architektenhause zu Berlin heben wir hervor: „Neuere Backsteinkunst und Technik, besonders auch im Auslande“. (Professor O. Stiehl); „Ueber die Architektur moderner Fabrikbauten“. (Prof. Hans Poelzig); „Patent-Formstein-Balkendecken, Wände und Baukonstruktionen, System Seidel“. (Ziv.-Ing. L. Schmelzer.)

Ueber das Thema „Der Zeitgeist und die Baustoffe“ sprach anlässlich der Hauptversammlung des „Vereins Deutscher Verblendstein- und Terrakotta-Fabrikanten“ Prof. Dr. Friedrich Seeßelberg. —

**Rettung der Piazza d'Erbe in Verona.** Die von einer wüsten Bauspekulation bedrohte herrliche Piazza d'Erbe ist nach langem erbittertem Kampf gerettet worden durch den Maler Angelo dall'Oca Bianca, der sich, wie die „M. N. N.“ schreiben, seit einem Jahrzehnt in der Öffentlichkeit mit „Barbaren“ herumzuschlug, die eine Anzahl der malerischen alten Häuser an der Piazza niederreißen und durch moderne Mietkasernen und ein Tingeltangel ersetzen wollten. Schon vor Jahren gelang es dall'Oca Bianca, ein internationales Künstlerplebiszit zugunsten des Platzes zustande zu bringen, allein der Eindruck hielt nicht lange vor und in letzter Zeit sollte der entscheidende Ansturm auf Piazza d'Erbe unternommen werden. Zum Glück sprang in der höchsten Not Corrado Ricci dem wackeren Kämpen bei, und nun hat das Parlament die Piazza d'Erbe zum Nationalmonument erklärt. —

### Wettbewerbe.

**Eine Preisaufgabe der kgl. Akademie des Bauwesens in Berlin** betrifft die Verfassung einer Abhandlung über die künstlerische Ausgestaltung von Eisenbetonbauten, ein außerordentlich zeitgemäßes Thema, das gestellt zu haben die Akademie Dank und Anerkennung verdient. Frist: 1. April 1911. Preis: 2500 M. Die Entscheidung trifft die Akademie. —

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau eines Kurhauses in Grado** wird von der Kurkommission bei einer Bausumme von 300 000 K. zum 10. März 1911 erlassen. Die Entwürfe werden „von geeigneten und kompetenten Preisrichtern geprüft und beurteilt“. 3 Preise von 3000, 1200 und 800 K. Unterlagen gegen 4 K., die zurückerstattet werden, durch die Kur-Kommission. —

**Wettbewerb katholische Pfarrkirche zu Sablon bei Metz.** Die Gemeinde beabsichtigt, auf dem Platze zwischen der Kirch-, Kapellen-, St. Bernhard- und Kreuz-Straße eine katholische Kirche zu erbauen. Die bestehende alte Kirche soll vorläufig erhalten bleiben; auf sie ist aber sonst keine Rücksicht zu nehmen. Die Kirche soll enthalten: a) 1000 Sitzplätze für Erwachsene im Langhaus (von 47—94 cm), und 400 Kinderplätze (45—50). b) Geräumigen Chor für Hauptaltar und Chorgestühl, auf jeder Seite drei Sitze; mindestens zwei Nebenaläre und mindestens fünf Beichtstühle. Letztere und die Kanzel sind in den Bauplan einzuzichnen. c) Raum für den Taufstein in der Nähe des Einganges. d) In einem besonderen Anbau eine Sakristei. Sie muß doppelt sein: 1. für Meßdiener und Schweizer, 2. für die Geistlichkeit. Dieser Teil soll Paramentenschränke enthalten. e) Einen Platz für Orgel und Sänger. Auf strenge Orientierung wird kein Wert gelegt. Als Stil wird bodenständige Gotik des XIII. Jahrh. festgesetzt. Für das Mauerwerk sind Bruchsteine, für die architektonischen Gliederungen Jaumont-Hausteine in Aussicht zu nehmen.

Für die Ausgestaltung des freibleibenden Platzes sind besondere Vorschläge im Lageplan zu machen unter Ein-schluß des Platzes der alten Kirche und des alten Kirch-

hofes. Die Baukosten dürfen 400 000 M. nicht übersteigen. Es werden verlangt als einfache Linienzeichnungen ohne Schraffierung 1:200 zwei Grundrisse, drei Ansichten, die zur Klarstellung erforderlichen Durchschnitte (Längs- und Querschnitt), ein Lageplan, eine perspektivische Ansicht. Der Standpunkt wird freigegeben. Außerdem ein Erläuterungsbericht und ein Kostenüberschlag. Ersatz-Preisrichter sind u. a. Hr. Dombaumeister Hertel in Köln und Hr. Prof. Fr. Ostendorf in Karlsruhe. Die Gemeinde übernimmt keine Verpflichtung, einen der eingereichten Entwürfe zur Ausführung zu bringen; es ist jedoch in Aussicht genommen, mit einem der Preisträger behufs Anfertigung des Ausführungsentwurfes und Uebernahme der Bauleitung in Verbindung zu treten. —

**Im Wettbewerb betr. das Gottfried Semper-Reisestipendium der Stadt Dresden** ist das Stipendium auf das Jahr 1911 dem Arch. Karl Franz Moritz in Kiesa verliehen worden. —

**In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau eines Ständehauses für die Provinzial-Verwaltung in Posen** liefen 143 Arbeiten ein. „Da kein Entwurf, der für die Preisverteilung in Frage kam, sich wesentlich vor den anderen auszeichnete und eine vollkommene (? Die Red.) Lösung der Aufgabe darstellte, beschloß das Preisgericht einstimmig, die Preise anderweit festzusetzen, und zwar einen I. Preis von 4000 M. und zwei II. Preise von je 3000 M. zu erteilen“. Der I. Preis wurde dem Entwurf „Dezember 1910“ des Arch. Karl Ehlers in Hamburg zuerkannt; die beiden II. Preise fielen an die Herren Max Grünfeld in Charlottenburg und Rud. Pérignon in Würzburg. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe der Hrn. W. H. König in Gemeinschaft mit E. Wendtland, sowie Cremer & Wolfenstein, sämtlich in Berlin. Ausstellung vom 24. Febr. bis 14. März im Kaiser Friedrich-Museum in Posen.

**In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Kurhaus in Karlsbad** sind 51 Arbeiten eingelaufen. Mit Stimmeneinheit erhielten den I. Preis von 5000 K. die Hrn. Geh. Hofrat Prof. Dr. Friedr. v. Thiersch in München für den Entwurf „Generalife“ und Architekt Ad. Alex. Lang in Wien für den Entwurf „Quellenheil“; die II. Preise von je 3000 K. gewannen die Hrn. Prof. Em. v. Seidl unter Mitarbeit des Hrn. Arch. Theod. Schäffer für den Entwurf „Saluti voluptatis humanitatis“ und Architekt P. Birkenholz in München für den Entwurf „Quelle“; je einen III. Preis von 1500 K. errangen die Hrn. Heinr. Bergtholdt und Adolf Herberger in München für den Entwurf „Heil“, sowie Arch. Artur Streit in Teplitz-Schönau für den Entwurf „Kurgast“. Zum Ankauf für je 1000 K. wurden empfohlen die Entwürfe der Hrn. Osk. Rößler in Reichenberg und Max Hegele in Wien. Eine ehrende Anerkennung fanden die Entwürfe der Hrn. v. Stutterheim und R. Perco in Wien. —

**Im Wettbewerb Kaiser-Brücke in Bremen** ist bei 42 Entwürfen zuerteilt: Der I. Preis dem Entwurf mit dem Kennwort „Ohne Maske“, Verfasser Friedr. Krupp A.-G., Alfred-Hütte, Rheinhausen-Friemersheim und Arch. Prof. E. Högg, Dir. des Gewerbe-Museums in Bremen; der II. Pr. dem Entwurf „Sichelbogen“, Verfasser Masch.-Fabr. Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Gustavsburg, Tiefbauges. Phil. Holzmann & Co., Frankfurt a. M., und Arch. Karl Roth, Dresden; je ein III. Pr. den Entwürfen „Bremen best“ und „Roland“, Verfasser des erstgenannten Entwurfes die beiden Firmen des II. Preises mit Arch. Rich. Janssen & Meeßen in Bremen, des zweiten Entwurfes die Deutsch-Luxemb. Bergwerks- und Hütten-A.-G. Abt. Dortmunder Union, Arch. Bachmann & Pinno in Dortmund und Tiefbauunternehmung F. H. Schmidt in Altona; der IV. Pr. dem Entwurf mit dem Kennwort „Teerhofpfeiler“, Verf. Aug. Klönne in Dortmund, Arch. Rud. Jacobs und Hermann Werner in Bremen. Außerdem wurden zum Ankauf empfohlen die Entwürfe „Ansgariturm“, Verf. Louis Eilers in Hannover, Reg.-Bmstr. Ad. Muesmann und Reg.-Bmstr. Rob. Kain, Bremen; „Freie Bahn“, Arch. Abbehusen & Blendermann in Bremen, Masch.-Fabr. Augsburg-Nürnberg A.-G. Werk Gustavsburg und Phil. Holzmann & Co. A.-G., Frankfurt a. M.; „Slicht un fast“ Verf. Brückenbau Flender A.-G. Düsseldorf-Benrath, Tiefbauunternehmung Grün & Bilingier A.-G. in Mannheim u. Arch. H. Wagner in Bremen. Die Entwürfe sind bis einschl. 5. März d. J. im Technikum in Bremen täglich 9—4 Uhr ausgestellt. —

Inhalt: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel. — Literatur. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Wettbewerb um Entwurf für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

Hierzu eine Bildbeilage: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel — Die Römerfassaden zu Frankfurt am Main

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

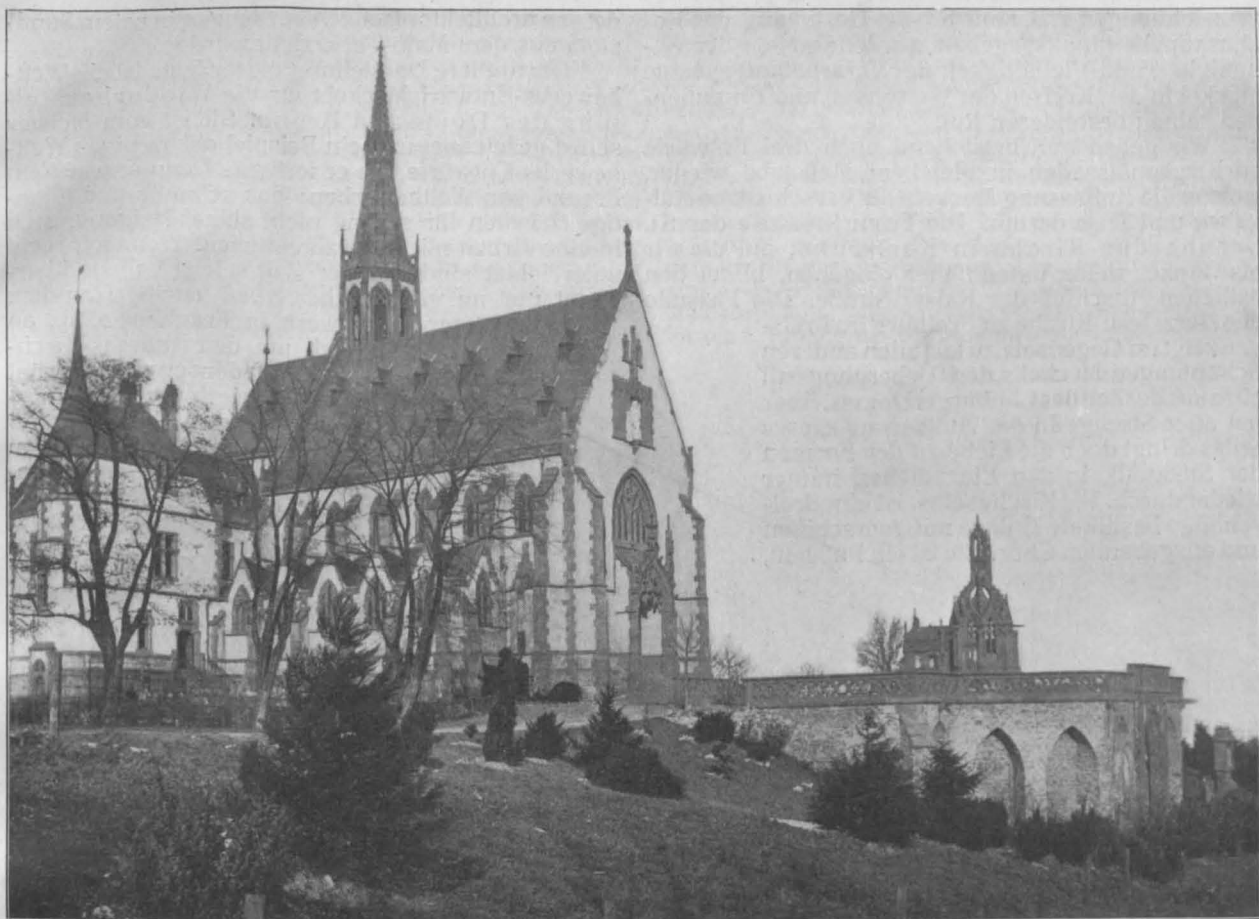




US DEM LEBENSWERKE VON MAX MECKEL. \*  
 DIE ST. ROCHUS-KAPELLE BEI BINGEN AM  
 RHEIN. \* ARCHITEKT: MAX MECKEL IN FREI-  
 BURG IM BREISGAU. \* OSTANSICHT MIT DEM  
 AUSSENCHOR ZUR ABHALTUNG DES GOTTES-  
 DIENSTES BEI DEN GROSSEN PILGERZÜGEN.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

\*\*\*\*\* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 16. \*\*\*\*\*



St. Rochus-Kapelle von Kiedrich bei Bingen am Rhein. Arch. Max Meckel † in Freiburg i. Brg.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 16. BERLIN, DEN 25. FEBRUAR 1911.

## Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.

(Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildung Seite 135.



in Werk, das der Meister mit besonderer Liebe und Hingabe entwarf und ausführte, ist die St. Rochus-Kapelle von Kiedrich bei Bingen a. Rhein. Die Kapelle ist eines der Hauptwerke Meckels, nicht sowohl seiner Größe nach, als hinsichtlich seiner künstlerischen Bedeutung; das Werk zeigt die künstlerische Absichten seines Urhebers in Formen von reifer Entwicklung. Die Mannigfaltigkeit und die sichere Behandlung der Einzelheiten reihen das Bauwerk unserer Tage den alten rheinischen Werken der Spätzeit würdig an.

Die Gesamtanlage ist von malerischen Grundzügen beherrscht und sucht eine unauffällige Einordnung in die umgebende an Geschichte und Formen reiche Landschaft. Der Bau ist in der Hauptsache Putzbau; der Putz herrscht in den Flächen, während für die architektonischen Gliederungen roter Sandstein aus dem Main-Tal gewählt wurde. Die Dächer sind mit Schiefer gedeckt, während der Helm des Turmes in Haustein konstruiert wurde.

Besondere Beachtung verdient aus den reichen Bildungen die Ostansicht mit dem zierlichen Außenchor, die auf unserer Bildbeilage zur Darstellung gebracht ist. Dieser Außenchor ist zur Abhaltung des Gottesdienstes bei den alljährlich die Kapelle aufsuchenden großen Pilgerzügen bestimmt. Am Tage

des heiligen Rochus, des 1295 in Montpellier geborenen Schutzpatrones gegen Pest und Seuchen, am 16. August, wallfahrten lange Pilgerzüge zur Kapelle, um dem Heiligen ihre Verehrung zu bezeugen. Für diese Pilgergemeinde wird bei solchen und anderen außergewöhnlichen Anlässen im Freien von der mit dem Außenchor in Verbindung stehenden Außenkanzel gepredigt. In allem, in der reich gegliederten Gesamtanlage dieser Gotteshausgruppe, in der Vereinigung selbständiger Bauteile, wie Kapellen, Terrassen usw. zu einem vielgestaltigen und doch einheitlichen Ganzen, in dem Erfindungsreichtum der über das Werk in freigebigem Maße gestreuten schmückenden Einzelheiten zeigt sich die ungewöhnliche Liebe des Schöpfers zu seiner Arbeit, das gemütvoll Vertiefen nicht nur in den sichtbaren, künstlerischen Teil, sondern auch in den Gedanken, dem das Bauwerk dienen soll. Gerade das letztere ist in der Baukunst unserer Tage mit ihren vorwiegend wirtschaftlichen Trieben so selten, daß uns ein Hinweis auf diese Eigenschaft besonders gerechtfertigt erscheint.

Und noch eins bleibe bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt: Das ist als ein Ausfluß der großen Hingabe zu seinen Schöpfungen die seltene Sorgfalt, mit der Meckel alle Einzelheiten bearbeitete. Er konnte sich in dieser Beziehung kaum genug tun; Unkosten wurden nicht gescheut, persönliche Rücksichten nicht genommen, wenn es galt, einer Arbeit die letzte künstlerische Vollendung zu geben. Ueber 700 Ein-



zelzeichnungen z.B. sind für die Gestaltung der Rochuskapelle hinausgegeben worden; wegen der Genauigkeit und Vielfältigkeit der Verarbeitungen hatte Meckel in den Kreisen der Wissenden und Erkennenden seinen besonderen Ruf.

Wir geben nun beistehend noch drei Entwürfe zu Kirchenfassaden in gleichem Maßstabe wieder, welche die Auffassung Meckels für verschiedene Aufgaben und Ziele dartun. Die Turmfassade der St. Bernhardus-Kirche in Karlsruhe, auf die wir als Ganzes weiter unten näher eingehen, bildet den östlichen Abschluß der Kaiser-Straße. Die Fassade der Herz-Jesu-Kirche zu Freiburg im Breisgau zeigt im Gegensatz zu fast allen anderen Schöpfungen Meckel's den Uebergangsstil etwa aus der Zeit des Limburger Domes. Aber bei aller Strenge in der Auffassung dieses Stiles dringt doch die Liebe zu den Formen der Spätgotik in den Einzelheiten immer wieder durch. Die Kirche selbst ist eine dreischiffige basilikale Anlage mit Querschiffen und ausgebautem Chor. Sie ist ein Putzbau,

dessen architektonische Gliederungen in rotem Sandstein aus dem Main-Tal erstellt wurden.

Die mittlere Darstellung dieser Seite ist ein Wettbewerbs-Entwurf Meckels für die Wiederherstellung des Domes zu Brunn. Sie ist vom Meister selbst gezeichnet und ein Beispiel der wenigen Wettbewerbs-Entwürfe, die er fertigte. Denn er war kein Freund von Wettbewerben; das schnelle und flüchtige Arbeiten für sie lag nicht seiner Neigung, sich in eine Arbeit mit Ruhe zu vertiefen. Wenn wir recht unterrichtet sind, war er Zeit seines Lebens überhaupt nur an vier Wettbewerben beteiligt: an dem Römer-Wettbewerb in Frankfurt a. M., an dem Wettbewerb um den Andreas-Kirchturm in Hildesheim, in dem er preisgekrönt wurde, an dem Wettbewerb um die Wiederherstellung des Domes in Brunn und in Gemeinschaft mit seinem Sohne Carl Anton an dem Wettbewerb um das Kollegiengebäude in Freiburg, in dem der Entwurf der beiden Künstler an zweiter Stelle preisgekrönt wurde. —

(Schluß folgt.)



Links:  
Turmansicht der St. Bernhardus-Kirche zu Karlsruhe. (Westseite.)

Mitte:  
Dom zu Brunn. (Westseite.)  
(Wettbewerbs-Entwurf zum Ausbau.)

Rechts:  
Turmansicht der Herz-Jesu-Kirche zu Freiburg im Breisgau.

### Vermischtes.

Die Angelegenheit der Errichtung eines neuen königlichen Opernhauses in Berlin ist um einen wichtigen Schritt weiter gekommen. Wir berichteten schon, daß zur Verfassung von Entwürfen die Arch. Reg.- u. Brt. (Geh. Brt.) E. Fürstenau, Geh. Hofbrt. Prof. F. Genzmer, Geh. Brt. Dr. Ludwig Hoffmann, Geh. Ob.-Hofbrt. v. Ihne in Berlin, kgl. Brt. Karst in Cassel, Prof. M. Littmann in München, kgl. Brt. H. Seeling in Charlottenburg und Geh. Hofbrt. Prof. Dr. F. v. Thiersch in München gegen ein Honorar von je 10000 M. eingeladen wurden. Ludwig Hoffmann glaubte der Einladung nicht entsprechen zu können, die übrigen Genannten nahmen sie an und lieferten zum 1. Dezember 1910 ihre Entwürfe ab. Diese sind inzwischen vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten in

Königs-Platz ausgedehnt worden und haben zu der Auffassung geführt, daß in erster Linie dieses Gelände ins Auge zu fassen sei und zwar so, daß der Neubau mit seiner Achse in die Mittellinie des Königs-Platzes zu liegen komme. Das bedinge aber außer der Inanspruchnahme des dem Fiskus gehörigen Kroll'schen Besitztumes noch die Erwerbung einiger Nachbargrundstücke und zwar der Anwesen in den Zelten No. 22 und 23, sowie Große Quer-Allee No. 1—2. Der Kaufpreis dieser drei Grundstücke im Gesamtflächenmaß von 3790 qm wurde im Etat mit 3101000 M. angeführt. Den Verfassern der Pläne wurden die sich hieraus ergebenden Lageverhältnisse nach der umstehenden Skizze mit der Maßgabe als Grundlage für die Bearbeitung gegeben, daß es ihnen unbenommen war, für die Erfüllung des Programmes auch andere Baustel-



Aus dem Lebenswerke von Max Meckel. St. Rochus-Kapelle von Kiedrich bei Bingen a. Rh.

Berlin geprüft und am 19. Februar S. M. dem Kaiser vorgelegt worden. 3 Entwürfe wurden zur engsten Wahl gestellt; ihre Verfasser sind aber der Öffentlichkeit noch nicht bekannt geworden. Der Kaiser hat die Entwürfe eingehend besichtigt und beurteilt, eine Entscheidung aber noch nicht gefällt. Diese wird jedoch für die nächste Zeit erwartet.

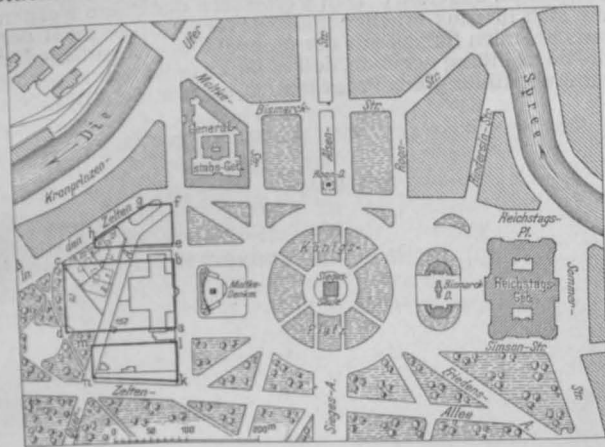
Ueber die Platzfrage bemerken die Erläuterungen zum Etat des Finanzministeriums für das Jahr 1911, daß sich die Vorarbeiten und Untersuchungen zunächst darauf erstreckt haben, ob auf dem Gelände des alten Opernhauses selbst und der angrenzenden Flächen ein geeigneter Neubau möglich sein werde. Nachdem diese Frage verneint werden mußte, sind die Untersuchungen auf andere Plätze, zuletzt auf den des Kroll'schen Etablissements am

len in Vorschlag zu bringen, daß sie aber in erster Linie das Gelände am Königs-Platz zu berücksichtigen hätten. Von den an der Planbearbeitung beteiligten Architekten haben nach den Erläuterungen des Finanzministeriums sechs den Platz bei Kroll teils ausdrücklich als vorzüglich für den Neubau geeignet erklärt, teils durch ihren Entwurf die Brauchbarkeit des Platzes nachgewiesen, ohne sich besonders über seine Wahl zu äußern. Von einem Architekten ist zwar der Kroll'sche Platz für weniger geeignet erklärt worden als die dem kgl. Schloß benachbarte, das Gelände des Finanzministeriums umfassende Stelle hinter der Neuen Wache; doch wird auch von diesem Architekten die Errichtung des Gebäudes am Königs-Platz für möglich gehalten. Infolgedessen sind die genannten Grundstücke vorläufig erworben und es ist



das Gelände am Königs-Platz endgültig zur Errichtung des neuen kgl. Opernhauses bestimmt worden.

Aus dem Bauprogramm sei erwähnt, daß das neue Opernhaus für 2250 Sitzplätze und 250 Stehplätze im obersten Rang zu planen war. Sehr umfangreich war das Programm für die Nebenanlagen. Die Bausumme war mit 12 Mill. M. bemessen. Während dem eigentlichen Opernhause das Rechteck *abcd* überwiesen war, sollten die Teilstücke *lmnk* und *efgh* in anderer Weise, etwa durch mehr-



geschossige Wohngebäude oder Geschäftsräume für die Intendantur usw. bebaut werden. Die erstere Annahme hat in der Öffentlichkeit eine wenig günstige Beurteilung erfahren, nach unserer Ansicht mit Unrecht. Denn es werden vermutlich die Entwürfe dargelegt haben, daß der gewaltigen Baumasse des Opernhauses selbst zum wirksamen Abschluß der westlichen Seite des Königs-Platzes entsprechende Baumassen an die Seite gestellt werden müssen. Das ist eine künstlerische Notwendigkeit.

Die Angelegenheit hat am 20. Februar die Budget-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschäftigt. Die Entscheidung wurde jedoch noch ausgesetzt, weil die Kommission zunächst über eine Reihe von Punkten Klarheit haben und auch die eingereichten Pläne kennen lernen wollte. —

### Wettbewerbe.

**Wettbewerb der kgl. Akademie des Bauwesens in Berlin betr. eine Abhandlung über die künstlerische Ausgestaltung von Eisenbetonbauten.** In der Abhandlung soll die Frage erörtert werden, ob und inwieweit es gelungen ist oder gelingen kann, Eisenbetonbauten künstlerisch auszugestalten. Auf die konstruktive Seite der Sache ist dabei nur insoweit einzugehen, als es die Erörterung der ästhetischen Fragen unbedingt erfordert. Die Abhandlung soll sich gliedern: I. in eine übersichtliche, durch Abbildungen veranschaulichte Darstellung der bisherigen Entwicklung und des gegenwärtigen Standes des Eisenbetonbaues in künstlerischer Hinsicht; II. in eine Beurteilung des bisher Geleisteten unter Gegenüberstellung des Gelingenen und des Minderwertigen oder Verfehlten; III. in eine Prüfung der Frage, welche allgemeinen Gesichtspunkte für die auf die künstlerische Ausgestaltung der Eisenbetonbauten gerichteten Bestrebungen aufzustellen sind und welche Aussichten auf Erfolg diese Bestrebungen haben.

Die Abbildungen können in Handzeichnungen oder Photographien bestehen oder vorhandenen Veröffentlichungen entnommen werden; sie sollen in den Text eingerückt oder in einem Atlas beigegeben werden. Für den Textband wie für den Atlas sind die Formate der „Zeitschrift für Bauwesen“ in Aussicht genommen.

Für die Bearbeitung der Aufgabe steht als Vergütung der Betrag von 2500 M. zur Verfügung. Unter den auf Grund der öffentlichen Bekanntmachung sich meldenden Bewerbern wählt die Akademie des Bauwesens den für die Bearbeitung der Abhandlung Geeignetsten aus und erteilt ihm den Auftrag dazu bei gleichzeitiger Zahlung von 1000 M. als Vergütung für Vorarbeiten und Reisen. Die Abhandlung ist, auf Reichsformat einseitig mit Maschinenschrift geschrieben, neun Monate nach Erteilung des Auftrages abzuliefern. Nach ihrem Eingang wird der Restbetrag von 1500 M. gezahlt. Die Akademie erwirbt damit die Abhandlung als Eigentum und das alleinige Recht ihrer Veröffentlichung. —

**Wettbewerb für das „Friedrich Luisen-Hospiz“ in Bad Dürckheim im Schwarzwald.** Als Huldigung für das

badische Großherzogspaar zu seinem goldenen Ehejubiläum hatten die badischen Israeliten beschlossen, in Bad Dürckheim eine Kinderheilstätte unter dem Namen „Friedrich Luisen-Hospiz“ zu errichten. Die Anstalt wird auf dem unmittelbar an das Kindersolbad des badischen Frauenvereins anstoßenden Gelände erbaut. Zur Erlangung von Entwürfen hat der großh. Oberrat der Israeliten einen beschränkten Wettbewerb eröffnet. Von neun Arbeiten hat das Preisgericht, dem u. a. Geh. Ob.-Brt. Prof. Dr. Warth und Brt. Prof. Stürzenacker in Karlsruhe sowie Stadtbmstr. Jordan von Konstanz angehörten, einstimmig dem Entwurf „Ruth“ des Arch. Arthur Lehmann in Mannheim den I. Preis, dem Entwurf „Kinderheim“ des Arch. Joseph Picard in Konstanz den II. Preis zuerkannt. —

**Wettbewerb Realschule Rothenburg ob der Tauber.** Der Entwurf des Hrn. Architekten Martin Mendler in München, der mit einem Preise bedacht wurde, wurde zur Ausführung bestimmt. —

**Wettbewerb Bebauungsplan Südgelände Schöneberg.** Bei 31 Entwürfen errang den I. Preis von 10000 M. der des Hrn. Prof. Bruno Möhring in Berlin; der II. und der III. Preis von 6000 und 3000 M. wurden zusammengelegt und zwei gleiche Preise von je 4500 M. den Entwürfen der Hrn. Henry Gross in Charlottenburg, sowie Stadtbauinsp. Wolff in Gemeinschaft mit Reg.-Bfhr. Freimüller in Schöneberg zuerkannt. —

**Bei dem Wettbewerb um Entwürfe für einen Wasserturm für St. Avold** hat das Preisgericht unter 22 Arbeiten einstimmig folgenden Spruch gefällt: I. Preis: Architekt E. Priedat, Kommunal-Baumeister in Metz; II. Preis: Architekt R. Dirr, Kommunal-Baumeister in Metz; III. Preis: Hell & Mann, Architekten in Saarbrücken. Das Preisgericht hat ferner den mit dem I. Preis gekrönten Entwurf des Architekten Priedat zur Ausführung empfohlen. —

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal Eisenhöhe.** Man teilt uns folgendes Schreiben des Kunstausschusses mit: „Es wird seitens des Kunstausschusses für das B.-N.-D. beabsichtigt, eine Publikation der Wettbewerb-Entwürfe in allernächster Zeit herauszugeben, wobei auch Ihr Entwurf reproduziert werden soll. Da es in Ihrem Interesse liegen wird, daß dieser Entwurf richtig zur Anschauung gebracht wird, so bitte ich, mir mitzuteilen, welche Blätter bzw. Modelle unter dem ausgestellten Material Sie in erster Linie abgebildet zu sehen wünschen.“

Es wäre nicht ausgeschlossen, falls Sie selbst noch Ergänzungen oder Abänderungsvorschläge oder zur Reproduktion geeignete und Ihnen besonders wertvoll erscheinende Details haben, diese bei der Publikation zu berücksichtigen, wobei natürlich Abänderungsvorschläge als solche charakterisiert werden müßten.

Es dürfte in nächster Zeit ohnehin an Sie die Mitteilung gerichtet werden, daß wir den Teilnehmern am Wettbewerb anheimstellen, Abänderungsvorschläge zu machen. Da aber unsere Publikation möglichst sofort herausgegeben werden soll, würde es zweckmäßig sein, derartiges Material möglichst bald einzusenden.“

Dazu schreibt uns ein preisgekrönter Teilnehmer des Wettbewerbes u. a. Folgendes:

„Was darin bezügl. „Abänderungsvorschlägen“ zu den bestehenden Entwürfen gesagt ist, ist etwas so ganz Ungewöhnliches und jeder Gepflogenheit bei Wettbewerben Widersprechendes, daß nach meinem Empfinden unbedingt Stellung dagegen genommen werden muß. Wo soll es hinführen, wenn jetzt jeder Teilnehmer am Wettbewerb hingehen darf und nach Studien der ausgestellten Entwürfe die Fehler seines Entwurfes beseitigt? Es sei nur auf den I. Preis-Entwurf hingewiesen, dessen Denkmal unvermittelt, ohne Eingliederung in die Natur, auf den Berg gestellt ist. Was bleibt von diesem Entwurf noch übrig, wenn derselbe auf diese Kardinalfehler hin „abgeändert“ wird. Auch die Nachlieferung von Einzelheiten usw. widerspricht jeder Sitte bei Wettbewerben und kann ebenfalls nur dazu beitragen, das ursprüngliche Ergebnis des Wettbewerbes zu verschleiern und unkenntlich zu machen. Abänderungsvorschläge und Einzelheiten sind Dinge, die nur für den zur Ausführung bestimmten Entwurf in Frage kommen können. Es wäre bedauerlich, wenn die Karre noch weiter verfahren würde, als sie es schon ist.“ —

Inhalt: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel — Die St. Rochus-Kapelle bei Bingen a. Rh.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G.m.b.H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.